

Die Arbeitszeit in der Landwirtschaft und die Frage einer Arbeitszeitverkürzung unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Rheinhessen

Dissertation

vorgelegt der

Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät

der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz

zur Erlangung des Grades eines

Doktors der Staatswissenschaften (Dr. rer. pol.)

von

Diplom-Volkswirt Diether H. Kraus

Mainz 1959

1960

Die Arbeitszeit in der Landwirtschaft und die Frage einer Arbeitszeitverkürzung unter besonderer Berücksichtigung der Verhältnisse in Rheinhessen

Dissertation

vorgelegt der

Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät

der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz

zur Erlangung des Grades eines

Doktors der Staatswissenschaften (Dr. rer. pol.)

von

Diplom-Volkswirt Diether H. Kraus

Mainz 1959



1. Berichterstatter: Professor Dr. A. Montaner

2. Berichterstatter: Professor Dr. W. Bosch

Tag der mündlichen Prüfung: 28. Juli 1959

Datum des Diploms -6. APR. 1960

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Vorwort	5
A. Geschichtlicher Rückblick	
1. Die Zeit bis zum Ersten Weltkrieg	7
2. Die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg	10
B. Die Besonderheiten der Arbeitszeit in der Landwirtschaft	
1. Die Naturabhängigkeit der Landarbeit	16
2. Die Betriebs- und Arbeitskräftestruktur und ihre Bedeutung für die Arbeitszeit	19
3. Psychologische, ethische und soziologische Besonderheiten des Bauernstandes	23
C. Die Dauer der Arbeitszeit in der Landwirtschaft	
1. Die Landarbeitszeit in Tarif und Statistik	26
2. Die Landarbeit in arbeitsphysiologischer Sicht	33
3. Die Arbeitszeit der Frauen in der Landwirtschaft	35
4. Die Arbeitszeit der Kinder in der Landwirtschaft	42
5. Die Arbeitszeit der Jugendlichen in der Landwirtschaft	45
6. Die Landarbeitszeit und die Arbeitszeit im industriellen Bereich	52
7. Landarbeitszeit und Landarbeitslohn	57
8. Die Arbeitszeit auf dem Land und die Abwanderung aus der Landwirtschaft	61
9. Kurze Betrachtung der Ansätze internationaler Landarbeitszeitregelung und der Gestaltung der Landarbeitszeit in einigen europäischen Ländern	74
D. Die Steigerung der Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft	
1. Die Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft	77
2. Preiserhöhung	77
3. Die Mechanisierung der Landarbeit	78
4. Betriebsvergrößerung und Intensivierung	86
5. Die Verbesserung der Arbeitsverfahren	90
6. Verbesserung der Betriebsstruktur	91
7. Die Bildungsfrage	93
Schlußbetrachtung	94
Tabellenverzeichnis	97
Literaturverzeichnis	99
Anhang	116
Abkürzungsverzeichnis	119

VORWORT

Auch die Landwirtschaft hat sich mit der allgemeinen Tendenz zur Arbeitszeitverkürzung auseinanderzusetzen.

Der Wunsch nach Anpassung an städtische und industrielle Arbeitsbedingungen wird insbesondere von den abhängigen landwirtschaftlichen Arbeitskräften zum Ausdruck gebracht. Aber auch ein Teil der Selbständigen und ihrer Familienangehörigen sieht in dieser Angleichung ein erstrebenswertes Ziel. In vielen Fällen dient die Technisierung diesem Zweck. „Angesichts des steigenden Lebensstandards der deutschen Bevölkerung allgemein“, schreibt BLOHM, „wollen auch endlich einmal die landwirtschaftlichen Erwerbspersonen in den Genuß der Arbeitserleichterung und Arbeitszeitverkürzung gelangen, die die Technisierung bietet...“¹

Im Rahmen dieser Arbeit sollen nach der Darstellung der Entwicklung der Arbeitszeitfrage die gegenwärtigen Arbeitszeitverhältnisse beschrieben und die Schwierigkeiten untersucht werden, die durch eine Arbeitszeitverkürzung in der Landwirtschaft entstehen.

Daneben aber muß der Arbeitszeitregelung, die sich auf besonders gefährdete Personengruppen (Frauen, Kinder und Jugendliche) bezieht, Beachtung geschenkt werden.

Außerdem sollen die Wege aufgezeigt werden, die eine Minderung der Arbeitsbeanspruchung ermöglichen, ohne das Arbeitseinkommen je Arbeitskraft zu schmälern.

Mein besonderer Dank gilt Herrn Prof. Dr. A. MONTANER, der die Arbeit anregte und mir wertvolle Unterstützung und Förderung zuteil werden ließ. Auch Herrn Dr. K. SAMMEL möchte ich an dieser Stelle für zahlreiche Hinweise und Ratschläge danken.

Den nachfolgenden Behörden und Verbänden, die mir bei der Materialbeschaffung behilflich waren, sei ebenfalls für das freundliche Entgegenkommen gedankt:

Ministerium für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten Rheinland-Pfalz; Sozialministerium Rheinland-Pfalz; Statistisches Bundesamt, Wiesbaden; Max-Planck-Institut für Landarbeit und Landtechnik, Bad Kreuznach; Land- und Hauswirtschaftlicher Auswertungs- und Informationsdienst e. V., Bad Godesberg; Landwirtschaftskammer Rheinhessen, Alzey; Deutscher Gewerkschaftsbund, Landesbezirk Rheinland-Pfalz, Mainz; Bauernverband Rheinhessen e. V., Mainz; Rhein Hessische Landjugend, Mainz; Weinbauverband Rheinhessen, Mainz; Arbeitgeberverband für Landwirtschaft, Wein-, Obst- und Gemüsebau in der Provinz Rheinhessen, Mainz; Arbeitsamt Mainz; Kulturamt Bingen und Jugendsozialwerk e. V., Neustadt a. d. Weinstraße.

¹ Blohm, Georg, Grenzen der Technik in wirtschaftlicher, finanzieller und sozialer Beziehung, in: Archiv der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft, Band 12, hrsg. vom Vorstand der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft (DLG), Frankfurt a. M. 1953, S. 41. Im folgenden zitiert: Blohm, Grenzen der Technik.

A. Geschichtlicher Rückblick

1. Die Zeit bis zum Ersten Weltkrieg

Landarbeiter- und Landarbeitszeitfragen wurden erst dann Gegenstand wissenschaftlicher Forschung, als mit der Bauernbefreiung und der fortschreitenden Industrialisierung der Mensch als Arbeitskraft in den Mittelpunkt sozial- und agrarpolitischer Betrachtungen rückte.

Zur Zeit des Untertänigkeitsverhältnisses waren die Arbeitskräfte in der Landwirtschaft in erster Linie der Herrschaft verpflichtet.¹ Sie hatten sich nach deren Wünschen und Befehlen zu richten.

Die Beschreibung des gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisses der niederen ländlichen Bevölkerung in den östlichen preußischen Provinzen bei VON DER GOLTZ läßt sich nur bedingt auf das mittlere und südliche Deutschland übertragen. In diesem Arbeitsverhältnis, in dem die Untertanen u. a. „der Herrschaft zu Spann- oder Handdiensten (Frohnden, Robot), gemessenen oder ungemessenen, verpflichtet waren“;² „verschmolzen sich private und öffentliche Rechte und Pflichten in untrennbarer Weise; es war unvermeidlich, daß der Gutsherr die Rechte, welche er als Obrigkeit auszuüben die Befugniß hatte, auch auf die Pflichten seiner Unterthanen zu Arbeitsleistungen auszudehnen versuchte, und daß ihm dabei von den Unterthanen kein erfolgreicher Widerstand entgegengesetzt werden konnte“;³ Widerwille bei der Arbeitsausführung, Ungehorsam und ungewöhnliche Trägheit waren die Mittel des Widerstandes gegen die Obrigkeit.⁴ Erst die Bauernbefreiung löste den Untertan aus diesem Abhängigkeitsverhältnis.

Im Gegensatz zum übrigen Deutschen Reich entledigte sich Rheinhessen während der Franzosen-Herrschaft im ausgehenden 18. Jahrhundert relativ früh der feudalen Fesseln. Die Verordnung über die Abschaffung der lehnherrschaftlichen Rechte übertrug die französische Agrargesetzgebung auf das besetzte Gebiet.⁵ Damit wurden Frondienste, Zins- und Zehntrechte beseitigt, mit denen die überwiegende Mehrzahl der Bauern belastet war. „Denn wohl jeder hatte einen Grund- und einen Gerichtsherrn über sich, und eine große Anzahl einen Leihherrn.“⁶

Bedingt durch die kleinbäuerliche Betriebsstruktur brachte die Bauernbefreiung im rheinhessischen Raum nicht die gleichen sozialen Umwälzungen, wie sie im östlichen Deutschland stattfanden. „Die Leibeigenschaft war in Hessen im 18. Jahrhundert nur noch ein Recht auf Fronen und Abgaben. Im übrigen hatten die Pflichtigen dieselbe Rechtsstellung wie die freien Bauern, auf ihren Gütern ruhten die gleichen Lasten.“⁷ Aber selbst nach der gesetzlichen Auflösung des feudalen Wirtschaftssystems blieben insbesondere beim Gesinde Überreste der alten Feudalverfassung bestehen. Bezüglich der Arbeitsverpflichtung kommt dies besonders deutlich zum Ausdruck. In der überwiegenden Mehrzahl der Gesindeordnungen, die meist in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts erlassen wurden, finden sich keine Bestimmungen über die Arbeitszeit. Eine „ungemessene, der Bestimmung der Herr-

¹ von der Goltz, Theodor, Die ländliche Arbeiterfrage und der preußische Staat, Jena 1893, S. 24. Im folgenden zitiert: von der Goltz I.

² von der Goltz I, a. a. O., S. 24.

³ von der Goltz I, a. a. O., S. 193.

⁴ von der Goltz I, a. a. O., S. 193.

⁵ Sammlung der Verordnungen und Beschlüsse, erlassen durch den Regierungs-Kommissär in den vier neuen Departementen des linken Rhein-Ufers; dritter Teil, 5tes Heft, Straßburg im VIIten Jahre der Franken-Republik, S. 9 ff. Vgl. auch: Sammlung der Verordnungen und Beschlüsse, erlassen durch den Regierungs-Kommissär in den vier neuen Departementen des linken Rhein-Ufers; erster Teil, erstes und zweites Heft, a. a. O., S. 21.

Bei der Übernahme des rheinhessischen Gebietes durch das Großherzogtum Hessen im Jahre 1816 wurden die durch die französische Herrschaft eingeführten Neuerungen beibehalten (Patent vom 8. Juli 1816, in: Archiv der Großherzoglich Hessischen Gesetze und Verordnungen, Band 2, vom Januar 1814 bis zum Ende des Jahres 1819, Darmstadt 1834, S. 247 ff.).

⁶ Thomas, Adolf, Beiträge zur Geschichte der Bauernbefreiung und der Entlassung des ländlichen Grundbesitzes im Großherzogtum Hessen, Mainz 1910, S. 8.

⁷ Thomas, a. a. O., S. 3.

schaft unterliegende"⁸ Dienstpflicht kennzeichnete die Gesindeordnungen. Nur in einzelnen Ordnungen wurde die Arbeitszeit ausdrücklich geregelt.⁹ Die Straf- und Schadensersatzbestimmungen der Gesindeordnungen schützten in erster Linie die Interessen der Dienstherrschaft.¹⁰ Andererseits gehörte es zu den Pflichten der Herrschaft, das Gesinde nicht zu überanstrengen und auf seine Körperbeschaffenheit und Kräfte Rücksicht zu nehmen.¹¹ Ergänzt wurden diese Vorschriften später durch § 618, Abs. 2 BGB.¹²

Diese Regelungen erklärten sich zum Teil aus der Eigentümlichkeit des Gesindeverhältnisses, das darin bestand, daß die „Verpflichtung zur Arbeit sich nicht auf bestimmte Arbeitsstunden am Tage erstreckt, sondern daß es jeder Zeit zur Verfügung des Dienstherrn stehen muß, falls die Natur der übernommenen Obliegenheiten dies erfordert“.¹³

Waren die Vorschriften der Gesindeordnungen aus den Überresten der feudalen Wirtschaftsverfassung, der patriarchalischen Ordnung auf dem Bauernhof, dem Alter der Gesindekräfte, denen gegenüber der Dienstherrschaft noch bestimmte Erziehungsrechte eingeräumt wurden, und den besonderen Arbeiten in Haus und Hof zu verstehen, so entsprachen sie doch nicht den Wünschen und beruflichen Erwartungen der jungen Menschen auf dem Lande, die deshalb in steigendem Maße die landwirtschaftliche Arbeit verließen. „Die jungen Leute vermieden sich lieber in den Städten als Dienstboten oder werden Tagearbeiter in den Fabriken.“¹⁴

Während für die Gesindekräfte keine genau abgegrenzte Arbeitszeit bestand und deshalb auch Aufzeichnungen über die Arbeitsdauer fehlen, liegen für die Landarbeiter Untersuchungen vor. In Fragebogen- und Erfahrungsberichten wurden Erhebungen für das gesamte Deutsche Reich, getrennt nach Ländern und Provinzen, durchgeführt und ausgewertet.¹⁵

Auf Grund der Befragungen durch den Congress Deutscher Landwirthe „schwankt die tägliche Arbeitszeit im Sommer zwischen 10 und 16 Stunden, im Winter zwischen 7 und 10 Stunden; nur ganz vereinzelte Angaben bewegen sich über oder unter diesen Grenzen“.¹⁶ Die unterschiedlichen Vegetationsperioden im Deutschen Reich bedingten die Differenzen in den Arbeitszeiten. Im allgemeinen wurde im Sommer im Norden und Nordosten Deutsch-

⁸ Gerhard, Stephan, Die geltenden Preussischen Gesindeordnungen, Band I, 2. Auflage, Guttentagsche Sammlung Nr. 31a; Preussische Gesetze, Berlin 1914, S. 35.

Vgl. auch: Kähler, W., Gesindewesen und Gesinderecht in Deutschland, Jena 1896, S. 146.

⁹ So heißt es zum Beispiel im § 19 der Gesindeordnung des Großherzogtums Sachsen-Weimar-Eisenach vom 18. Juni 1823: „Die von der Herrschaft ihm übertragenen, dem Dienstverhältnisse und den Kräften des Dienstboten angemessene Verrichtungen muß derselbe zu jeder Zeit, bei Tag und Nacht, pünktlich und unverdrossen besorgen...“ (zitiert nach: Suchsland, K., Vorschläge zur gesetzlichen Neuregelung der ländlichen Arbeiterverhältnisse des Deutschen Reiches. Gesetzentwurf mit ausführlicher Begründung und einer Übersicht des bestehenden Rechtszustandes des Deutschen Reiches, Berlin 1894, S. 17).

Der Art. 12 der Gesindeordnung des Großherzogtums Sachsen-Meiningen vom 22. Februar 1838 lautet: „Ein Dienstbote ist verbunden, seiner Herrschaft den ganzen Tag zu arbeiten und sich nach der bestehenden häuslichen Ordnung zur Ruhe zu begeben...“ (zitiert nach: Suchsland, a. a. O., S. 18). Vgl. hierzu auch: Gerhard, Stephan, Die geltenden Preussischen Gesindeordnungen, Band II, Guttentagsche Sammlung Nr. 31b: Preussische Gesetze, Berlin 1902, S. 305 und S. 270.

Die hessische Gesindeordnung enthält keine Vorschrift über die Arbeitszeit (Gesetz-Sammlung für das Großherzogtum Hessen 1819 bis 1905, enthaltend sämtliche hessischen Gesetze und Verordnungen in der zeitlichen Reihenfolge und dem geltenden Wortlaut, 3. Band, 1899 bis 1904, Mainz 1905, S. 113 ff.).

¹⁰ Buchenberger, Adolf, Agrarwesen und Agrarpolitik, 1. Band, Leipzig 1892, S. 577 ff.

¹¹ Kähler, a. a. O., S. 153.

¹² Gemäß Artikel 95 EGBGB blieben die landesrechtlichen Vorschriften des Gesinderechts unberührt. Jedoch finden bestimmte Vorschriften des BGB Anwendung.

¹³ Buchenberger, a. a. O., S. 562.

¹⁴ von der Goltz, Theodor, Die Lage der ländlichen Arbeiterverhältnisse, in: Berichte über die Verhandlungen der 22. Versammlung des Deutschen Landwirtschafts-Rats vom 5. bis einschl. 8. März 1894, Charlottenburg, S. 234.

¹⁵ von der Goltz, Theodor, Die Lage der ländlichen Arbeiter im Deutschen Reich. Bericht an die vom Congress Deutscher Landwirthe niedergesetzte Commission zur Ermittlung der Lage der ländlichen Arbeiter im Deutschen Reich, Berlin 1875. Im folgenden zitiert: von der Goltz II, sowie: Die Verhältnisse der Landarbeiter in Deutschland, 1. bis 3. Band, Schriften des Vereins für Sozialpolitik, LIII, LIV, LV, Leipzig 1892.

¹⁶ von der Goltz II, a. a. O., S. 480.

lands länger gearbeitet (12 bis 14 Stunden) als in Süd- und Mitteldeutschland (10 bis 12 Stunden). Dafür bot die kürzere Arbeitszeit im Winter im Norden gegenüber dem Süden einen gewissen Ausgleich.¹⁷

Für die Provinz Rheinessen wurde die Zahl der täglichen Arbeitsstunden im Sommer mit 11 und im Winter mit 8 bis 9 Stunden bei 260 bis 270 Arbeitstagen angegeben. In der Hauptsache handelte es sich um Tagelöhner mit Grundbesitz von durchschnittlich 25 bis 100 Ar.¹⁸ Die zwanzig Jahre später vom Verein für Sozialpolitik durchgeführte Untersuchung kam bezüglich der Arbeitszeiten zu ähnlichen Ergebnissen. Über die Arbeitszeit in der Provinz Rheinessen schrieb der Berichterstatter: „Die regelmäßige Dauer der Arbeitszeit scheint im Sommer 11, im Winter 8-9 Stunden zu betragen; gearbeitet wird in der Regel im Sommer von 5 Uhr morgens bis 7 Uhr abends mit Unterbrechung durch eine zweistündige Mittagspause und je $\frac{1}{2}$ stündige Frühstücks- und Vesperpausen, im Winter von Tagesanbruch bis zum Eintritt der Dunkelheit. Zur Erntezeit und zur Weinernte pflegt öfters einmal $1\frac{1}{2}$ bis 2 Stunden über die gewöhnliche Zeit hinaus gearbeitet zu werden, doch sind die Arbeiter im allgemeinen leicht zu Überstunden zu veranlassen.“¹⁹

Die Abwanderung und die Einwirkung der gewerblichen Arbeiterschaft auf die Landarbeiter waren schon im ausgehenden 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts Gegenstand der Auseinandersetzungen über Landarbeiter- und Landarbeitszeitrfragen.

AEREBOE sah in der geringen Freizeit an Werk- und Feiertagen eine Ursache der Landflucht und forderte daher für das Hausgesinde und die Viehpfleger vertraglich feste Arbeitszeiten und eine Überstundenvergütung.²⁰ Mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse der Landwirtschaft räumte WYGODCINSKI dem Landarbeiter zwar kein gleiches, aber doch ein gleichwertiges Recht, wie das der gewerblichen Arbeiter, ein.²¹ Die Einwirkung der gewerblichen Arbeiter wurde für die Unzufriedenheit und die Forderungen der Landarbeiterschaft verantwortlich gemacht. Auch für die Provinz Rheinessen sah der Berichterstatter die Einflüsse als „keineswegs vorteilhaft“²² an, weil sie u. a. die landwirtschaftlichen Arbeiter zur Forderung höherer Löhne und kürzerer Arbeitszeit veranlaßten.²³ Die Landarbeit galt allgemein als gesünder und geistig wie körperlich weniger anstrengend als Fabrikarbeit. Dies kommt auch bei STIEGER zum Ausdruck: „Die zu weit getriebene Arbeitsteilung hat zwar auf der einen Seite des Menschen Leistungen erhöht, auf der anderen Seite aber für seine Gesundheit Nachteile im Gefolge gehabt, die das Streben nach Verkürzung der täglichen Arbeitszeit und nach arbeitsfreien Urlaubstagen veranlaßt haben, die eben das von der Fabrikarbeit gestörte Gleichgewicht im Körperzustand wieder herstellen sollten. Nun geraten Fabrikarbeiter mit solchen Strebungen und Gewohnheiten als Führer an den Landarbeiter und dürfen ihnen nun dieselben Segnungen bringen, d. h. drängen als merkwürdige Auswirkung der vielgerühmten Freiheit den in ihrer Gesundheit gar nicht geschädigten Landarbeitern das schwere Unrecht der Arbeitsverkürzung – auch in dringlicher Zeit – und den Unsinn von jährlich sechs Urlaubstagen auf, zu denen der innere Anlaß tatsächlich völlig fehlt.“²⁴

Die überlangen Arbeitszeiten²⁵ nahmen insbesondere die Sozialisten zum Anlaß, kürzere Beschäftigungszeiten zu fordern. Die Sozialdemokratische Partei brachte in den Jahren 1907 und 1912 gleichlautende Anträge im Reichstag ein. Neben der Aufhebung der Strafbestimmungen in den Gesindeordnungen und der Einführung des Koalitionsrechtes stand

¹⁷ von der Goltz II, a. a. O., S. 480.

¹⁸ von der Goltz II, a. a. O., S. 418 und S. 420.

¹⁹ Die Verhältnisse der Landarbeiter in Deutschland, 2. Band, Schriften des Vereins für Sozialpolitik, LIV, Leipzig 1892, S. 213 f.

²⁰ Aereboe, Friedrich, Die ländliche Arbeiterfrage nach dem Kriege (Vortrag, gehalten am 18. 2. 1918), 2. Auflage, Betriebswirtschaftliche Vorträge aus dem Gebiet der Landwirtschaft, 2. Heft, Berlin 1922, S. 11, 15.

²¹ Wygodcinski, W., Die Landarbeiterfrage in Deutschland, Tübingen 1917, S. 76.

²² von der Goltz II, a. a. O., S. 421.

²³ von der Goltz II, a. a. O., S. 493 f.

²⁴ Stieger, Georg, Der Mensch in der Landwirtschaft, Berlin 1922, S. 227 f.

²⁵ Vgl. die Beispiele der Arbeitsverträge bei Schmidt, Georg, Lohnformen und Arbeitsverhältnisse in der Landwirtschaft. Ein Beitrag zur Beurteilung der Lage der deutschen Landarbeiterschaft, Berlin 1913, S. 42 ff.

der Wunsch der Sozialdemokraten nach reichsgesetzlichen Bestimmungen, welche „die Zeit, die Dauer und die Art der Arbeit so regeln, wie es die Erhaltung der Gesundheit, die Gebote der Sittlichkeit, die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter und ihr Anspruch auf gesetzliche Gleichberechtigung fordern“.²⁶

Nach drei Beratungen, in denen die Strafbestimmungen und das Koalitionsrecht im Vordergrund standen, wurde der Antrag im Jahre 1909 einer Kommission überwiesen. Die gegensätzlichen Auffassungen von Gutsherren und Arbeitervertretern traten deutlich zutage. Die unterschiedlichen Arbeitsverhältnisse und -bedingungen im gesamten Deutschen Reich und der wechselnde Arbeitsbedarf während des Jahres führten zu keiner Einigung.²⁷ Trotz der Schwierigkeiten bei der Regelung der Arbeitszeit in der Landwirtschaft erstrebten die Sozialisten gesetzliche Bestimmungen. „Es kann nicht der Willkür und Gewinnsucht der Gutsherren erlaubt werden, die Lebenskraft ihrer Arbeiter vorzeitig zu erschöpfen und ihnen jede Möglichkeit einer kulturellen Entwicklung zu unterbinden.“²⁸ DAVID erklärte: „So schwierig auch eine Normierung der landwirtschaftlichen Arbeitszeit bei dem Wechsel der Jahreszeiten, der Verschiedenartigkeit der Betriebsverhältnisse und der Unberechenbarkeit der Witterung sein mag, so dringend notwendig ist sie doch andererseits im Interesse der Gesundheit und der kulturellen Entwicklung der Landarbeiterschaft.“²⁹ KAUTSKY schrieb bereits im Jahre 1899: „Wir sehen aber keinen Grund, warum nicht in der Landwirtschaft ebenso wie in der Industrie der achtstündige Arbeitstag das Ziel der Arbeiterbewegung in Bezug auf die Länge des Arbeitstages schon in der kapitalistischen Gesellschaft sein sollte.“³⁰

2. Die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg

Nach dem Ersten Weltkrieg wurden sogleich die Gesindeordnungen und die Ausnahmegesetze gegen die Landarbeiter außer Kraft gesetzt.³¹ Schon Anfang Januar 1919 bestimmte eine Verordnung betreffend eine vorläufige Landarbeitsordnung³² im § 3:

„Die tägliche Höchstarbeitszeit beträgt in vier Monaten durchschnittlich acht, in vier Monaten durchschnittlich zehn und in weiteren vier Monaten elf Stunden. Darüber hinaus geleistete Überstunden sind besonders zu vergüten.“

§ 4 lautet:

„In die Arbeitszeit sind die Wege vom Hofe zur Arbeit und von der Arbeit zum Hofe einzurechnen, nicht dagegen die Arbeitspausen sowie die Fütterungszeiten bei den Arbeitsgespannen.“

Die Regelung des § 3 entspricht einer Jahresarbeitszeit von 2 900 Stunden, die allerdings bei Überstundenvergütung überschritten werden können. Die Überstunden, die teilweise als eine Pflichtleistung in den Tarifverträgen vorgesehen waren, wurden von den Arbeitgebern wegen der erhöhten Lohnausgaben nur selten in Anspruch genommen.³³ Die fol-

²⁶ Verhandlungen des Reichstags, XII. Legislaturperiode, I. Session, Band 239, Anlage zu dem stenographischen Bericht Nr. 1 bis Nr. 106, Berlin 1907, S. 758. Sowie: Verhandlungen des Reichstags, XIII. Legislaturperiode, I. Session, Band 298, Anlage zu dem stenographischen Bericht Nr. 1 bis Nr. 351, Berlin 1914, S. 188.

²⁷ Verhandlungen des Reichstags, XII. Legislaturperiode, I. Session, Band 234, stenographische Berichte, Berlin 1909, S. 6393 ff.

²⁸ David, Eduard, Sozialismus und Landwirtschaft, 2. Auflage, Leipzig 1922, S. 570.

²⁹ David, a. a. O., S. 570.

³⁰ Kautsky, Karl, Die Agrarfrage, Stuttgart 1899, S. 374.

³¹ Aufruf des Rates der Volksbeauftragten an das deutsche Volk vom 12. November 1918, RGBl., S. 1303.
³² Verordnung, betreffend eine vorläufige Landarbeitsordnung vom 24. Januar 1919, RGBl., S. 111 ff. Diese Verordnung ist heute noch gültig.

³³ Ausschuß zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft (Enquête-Ausschuß): Untersuchungen über Landarbeitsverhältnisse. Verhandlungen und Berichte des Unterausschusses für Landwirtschaft (II. Unterausschuß), Band 7, Berlin 1929, S. 167 ff. Im folgenden zitiert: Untersuchungen über Landarbeitsverhältnisse.

gende Tabelle (Tabelle 1) zeigt, daß ein großer Teil der Tarifverträge selbst die in der vorläufigen Landarbeitsordnung vorgesehene Zeit unterschritten. Außerdem kommen darin deutlich das Maß und die regionalen Unterschiede der Arbeitszeitverkürzung nach dem Kriege gegenüber der Vorkriegszeit zum Ausdruck.

Tabelle 1

Arbeitszeit der deutschen Landwirtschaft in den Jahren 1913, 1920 und 1925³⁴

Gebiet	Jährliche Arbeitszeit (ohne Überstunden)		
	1913	1920	1925
	in Stunden		
Freistaat Hessen	3200	2868–3000	2800–2900
Rheinland	2800	2800	2800
Hannover	2850–3000	2650–2850	2750
Thüringen	3000–3200	2800	2800
Sachsen-Anhalt	bis 3300	2650–2750	2750–2800
Hessen-Nassau	3600	2800	2800
Brandenburg	2850–2900	2700–2800	2850–2900
Pommern	3000–3600	2700–2900	bis 2900
Mecklenburg-Strelitz	meist über 3000	2764	2900
Baden	unbeschränkt	2900	2900
Bayern	3000–3500	2900	2900

In Mitteldeutschland und im Rheinland machte sich der Einfluß der Industrie auf die Arbeitszeit in der Landwirtschaft deutlich bemerkbar. Während in diesen Gebieten die kürzesten Arbeitszeiten bestanden, erreichten Süddeutschland, Nord- und Nordostdeutschland die in der vorläufigen Landarbeitsordnung vorgesehene Arbeitszeit von 2 900 Stunden. „Der Vergleich der heute vorherrschenden Arbeitszeit mit der Vorkriegszeit ergibt auch da, wo die Tarifvereinbarungen maßgebend sind, eine ziemlich bunte Mannigfaltigkeit.“³⁵ Insbesondere dort, wo vor dem Krieg die Arbeitszeit schon stark verkürzt war, blieben die Beschäftigungszeiten gleich. „Aber auch in einzelnen rein ländlichen Gegenden wird heute hier und dort, selbst in Großbetrieben, ebenso lange gearbeitet wie vor dem Kriege, wobei dann allerdings die Tarifzeiten häufig überschritten werden dürften.“³⁶ Im allgemeinen betrug die Arbeitszeitverkürzung in den Großbetrieben etwa 10 vH, das entsprach jährlich 300 bis 350 Stunden.³⁷

³⁴ Zusammengestellt nach: Untersuchungen über Landarbeitsverhältnisse, a. a. O., S. 216 f. Siehe hierzu auch: Tarifmäßige Landarbeiterlöhne im Jahre 1924, in: Wirtschaft und Statistik, 4. Jg. (1924), S. 677. Sowie: Tarifmäßige Landarbeiterlöhne im Jahre 1925, in: Wirtschaft und Statistik, 5. Jg. (1925), S. 581.

³⁵ Untersuchungen über Landarbeitsverhältnisse, a. a. O., S. 42.

³⁶ Untersuchungen über Landarbeitsverhältnisse, a. a. O., S. 42.

³⁷ Untersuchungen über Landarbeitsverhältnisse, a. a. O., S. 42.

Die nach dem Krieg stark verkürzte Arbeitszeit wurde in zahlreichen Landesteilen um die Mitte der zwanziger Jahre wieder etwas heraufgesetzt.³⁸

Allerdings zeigte sich in der Praxis, daß die in der vorläufigen Landarbeitsordnung festgesetzte Jahresarbeitszeit von 2 900 Stunden nicht benötigt wurde.³⁹

Die Verkürzung der Arbeitszeit und ihr Einfluß auf den landwirtschaftlichen Betrieb wurden von Arbeitgeber und Arbeitnehmer verschieden beurteilt. Während die Arbeitgeberorganisationen die Folge der Arbeitszeitverkürzung in einer hohen Belastung durch den Zwang zur vermehrten Einstellung von Arbeitskräften, zu größerer Gespanntheit und zur Einführung von landwirtschaftlichen Maschinen sahen, der keine Reduzierung der Arbeitskräfte gegenüberstand, war der Zentralverband der Landarbeiter der Ansicht, daß die Verkürzung der Arbeitszeit weder produktionshindernd noch -schädigend gewirkt habe.⁴⁰

Die Arbeitszeitverkürzung führte im Durchschnitt zu einer Stunde Arbeitszeitminderung täglich, aber noch nicht zur Angleichung an die industrielle Arbeitszeit. Der Achstundentag blieb weiterhin das Ziel zahlreicher Landarbeitervereine.⁴¹

Der IV. Unterausschuß des Ausschusses zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft untersuchte die Wirkungen der Arbeitszeitverkürzung auf die Arbeitsleistung in landwirtschaftlichen Betrieben. Die Ermittlungen erstreckten sich auf vier landwirtschaftliche Großbetriebe, deren Arbeitsaufwand und -bedarf unter Berücksichtigung der durch Mechanisierung freigesetzten Arbeitskräfte in einer Vorkriegsperiode (1909/10-1913/14) und in zwei Nachkriegsperioden (1922/23-1924/25 und 1925/26-1927/28) verglichen wurden.⁴²

Tabelle 2 gibt einen Überblick über die Entwicklung der Intensität der menschlichen Arbeit⁴³ und der täglichen Arbeitszeit.

Gegenüber der Vorkriegsperiode betrug die Arbeitszeitverkürzung zwischen 8-20 vH. Außerdem zeigt die Tabelle, daß trotz verkürzter Arbeitszeit „keine g l e i c h m ä ß i g e

³⁸ Bericht des Verbandsvorstandes über die Verbandsarbeit in den Jahren 1923 bis 1925, Schriften des Deutschen Landarbeiterverbandes, Nr. 17, Berlin 1926, S. 41.

Vgl. hierzu auch: Die wirtschaftliche Lage der Landarbeiter und Landarbeiterinnen in Deutschland, Schriften des Deutschen Landarbeiterverbandes, Nr. 19, Berlin 1928, Anhang, Tabelle 9.

Während in der Provinz Rheinhesen die jährliche Arbeitszeit bis 1925 mit 2799 Stunden angegeben wurde, stieg sie ab 1926 auf 2833 Stunden.

Auch für 1928 wird die tarifliche Arbeitszeit noch mit 2833 Stunden angegeben, die sich wie folgt verteilen: Vier Monate im Jahr acht Stunden, zwei Monate neun und sechs Monate elf Stunden täglich. (Helmerking, Wilhelm, Untersuchungen über die vergleichsweise Höhe der Landarbeiterlöhne in Deutschland vor und nach dem Kriege, Schriften des Deutschen Landarbeiterverbandes, Nr. 30, Berlin 1931, S. 81.)

³⁹ Bernier, Wilhelm, Die Lebenshaltung, Lohn- und Arbeitsverhältnisse von 145 deutschen Landarbeiterfamilien, Schriften des Deutschen Landarbeiterverbandes, Nr. 32, Berlin 1931, S. 74 ff.

Bernier berücksichtigte allerdings nur die abhängige Arbeit. Auch fehlte in der Zusammenstellung der Arbeitsaufwand für Pflege- und Fütterungszeiten der Tiere.

⁴⁰ Untersuchungen über Landarbeitsverhältnisse, a. a. O., S. 181 ff.

⁴¹ Niederschrift der 2. Generalversammlung des Deutschen Landarbeiterverbandes zu Berlin vom 16. bis 21. 2. 1920, Schriften des Deutschen Landarbeiterverbandes, Nr. 8, Berlin 1920, S. 12.

⁴² Ausschuß zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft, Verhandlungen und Berichte des Unterausschusses für Arbeitsleistung (IV. Unterausschuß), Band 8: Die Arbeitsleistung in landwirtschaftlichen Betrieben und ihre Abhängigkeit von Arbeitszeit, Arbeitslohn und anderen Faktoren, dargestellt auf Grund der dem Arbeitsleistungsausschuß vorliegenden Materialien und Verhandlungsergebnisse, Berlin 1930. Im folgenden zitiert: Verhandlungen und Berichte des Unterausschusses für Arbeitsleistung.

⁴³ Ein Unterausschuß wurde durch Gesetz ermächtigt, die Frage zu untersuchen, „in welcher Weise die Dauer der Arbeitszeit und die Art der Entlohnung nach den Erfahrungen der letzten Jahre auf die Arbeitsleistung eingewirkt haben“ (Gesetz über einen Ausschuß zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft vom 15. April 1926, RGBl. I, S. 195, § 3 Abs. 2). Im Sinne dieses Gesetzes verstand man unter Arbeitsleistung die Intensität der menschlichen Arbeit, die wie folgt definiert wurde: Intensität der menschlichen Arbeit = Arbeitskraftaufwand je Arbeiterstunde (nicht in absoluten Zahlen, z. B. kalorimetrisch, gemessen, sondern nur in seinen Änderungen verfolgt, für deren Ausmaß z. B. die Änderungen der je Aufwandstunde gedeckten Bedarfseinheiten kennzeichnend sind). (Nicht zu verwechseln mit dem in der betriebswirtschaftlichen Literatur verwendeten Begriff „Arbeitsintensität“, der eine Beurteilung der je Flächeneinheit aufgewendeten Arbeit enthält.) Verhandlungen und Berichte des Unterausschusses für Arbeitsleistung, a. a. O., S. 200.

Erhöhung der rechnerisch ermittelten Intensität der menschlichen Arbeit eingetreten ist",⁴⁴ abgesehen von Betrieb Nr. 3, bei dem in beiden Nachkriegsperioden bei verkürzter Arbeitszeit die Intensität anstieg. Doch wurde dieser Tatsache wegen ihrer Geringfügigkeit (5 vH) keine Bedeutung beigemessen.⁴⁵

Tabelle 2

Intensitäts- und Arbeitszeitentwicklung in vier landwirtschaftlichen Großbetrieben⁴⁶

Betrieb		Erste	Zweite
Nachkriegsperiode in vH gegenüber Vorkriegsperiode			
			Abnahme = ./. Zunahme = +
1	a)*	./. 16,5	+ 10,0
	b)**	./. 17,0	./. 12,5
2	a)	+ ./. 0	+ 11,0
	b)	./. 15,0	./. 12,5
3	a)	+ 5,0	
	b)	./. 20,0	
4	a)	./. 2,0	(unbestätigt)
	b)	./. 8,0	

* Intensität der menschlichen Arbeit

** Tägliche Arbeitszeit im Durchschnitt des Jahres für alle Arbeiter

Die geringe Wirkung der Arbeitszeitverkürzung war um so erstaunlicher, als durch die Verkürzung insbesondere die Arbeitsstunden, die in die Dunkelheit fallen und deshalb mit geringerem Wirkungsgrad verbunden sind, betroffen wurden.⁴⁷

Der Ausschuß kam zu folgendem Ergebnis: „Die Entwicklung der Intensität der menschlichen Arbeit in den einzelnen Betrieben ließ erkennen, daß neben dem Faktor Arbeitszeit noch andere Faktoren gewirkt haben, deren Wirkung wesentlich deutlicher zum Ausdruck kam.“⁴⁸ Dazu rechneten in erster Linie die Arbeitskosten und die Arbeitsmarktlage. „Man hat sich von dem Augenblick an, in dem die Kosten je Arbeiterstunde stiegen, bemüht, mit möglichst wenig Arbeitern auszukommen.“⁴⁹ Erhöhte Lohnkosten und angespannte Arbeitsmarktlage führten zu rationellerem Arbeitseinsatz, da die Arbeitgeber bestrebt waren, Leerlauf nach Möglichkeit zu vermeiden. Der Ausschuß maß diesen beiden Faktoren „Lohnhöhe“ und „Arbeitsmarktlage“ den größten Einfluß auf die Intensität der menschlichen Arbeit bei. „Wurde in einer Periode eine Erhöhung der Intensität der menschlichen Arbeit ermittelt, so ließ sie sich stets darauf zurückführen, daß die Leistungsgelegenheit und Leistungsforderung erhöht worden waren.“⁵⁰ Es gelang dem Ausschuß jedoch nicht, den Faktor „Arbeitszeit“ zu isolieren.

Außerdem wurde festgestellt, „daß die Erhöhung der Intensität der menschlichen Arbeit in der Nachkriegszeit in keinem einzigen Fall der Untersuchung allein groß genug war,

⁴⁴ Verhandlungen und Berichte des Unterausschusses für Arbeitsleistung, a. a. O., S. 122.

⁴⁵ Siehe Fußnote ⁴⁴.

⁴⁶ Verhandlungen und Berichte des Unterausschusses für Arbeitsleistung, a. a. O., S. 196.

⁴⁷ Siehe Fußnote ⁴⁶.

⁴⁸ Siehe Fußnote ⁴⁴.

⁴⁹ Siehe Fußnote ⁴⁴.

⁵⁰ Verhandlungen und Berichte des Unterausschusses für Arbeitsleistung, a. a. O., S. 178.

um den Arbeitszeitausfall auszugleichen“⁵¹ sondern daß auch die Verminderung des Arbeitsbedarfs (Extensivierung), des Bedarfs an menschlicher Arbeitskraft, insbesondere durch Maschinenanwendung und Verbesserung der Arbeitsmethoden, sowie die Erhöhung der Arbeiterzahl von Einfluß waren.⁵²

Entgegen den festen tariflichen Arbeitszeiten in landwirtschaftlichen Großbetrieben richtete sich die bäuerliche Arbeit in erster Linie nach dem jeweiligen Bedarf und der Persönlichkeit des Betriebsleiters. „In den bäuerlichen Familienwirtschaften wird nach wie vor die Arbeitszeit ausschließlich durch die jeweiligen Anforderungen der Wirtschaft und die Auffassung des Betriebsleiters bestimmt.“⁵³ Selbst für den erweiterten Familienbetrieb mit Gesindekräften traf diese Arbeitsregelung zu: „... insbesondere ist für die Arbeitszeit der Knechte und Mägde in den bäuerlichen Betrieben auch noch heute vielfach der jeweilige Bedarf maßgebend.“⁵⁴ „An der Arbeitszeit der Bauernbetriebe ist die Revolution spurlos vorübergegangen; es bestehen nach wie vor die alten Arbeitszeiteinteilungen“, stellte ein Betriebsleiter fest.⁵⁵ Bezeichnend für diese Regelung der Arbeitszeit in bäuerlichen Betrieben war die Festlegung einer Nachtruhezeit für Gesinde in Bayern.⁵⁶ Im NS-Staat standen die Erhaltung des Bauernstandes und die „Erzeugungsschlacht“ zur Erreichung einer maximalen Selbstversorgung im Vordergrund. Der Abwanderung aus der Landwirtschaft begegnete man mit dem Verbot einer Beschäftigung ehemaliger Landarbeiter in gewerblichen Betrieben.⁵⁷ Die Auswertung der Lohnerhebung 1937 enthält keine Angaben über die Arbeitszeit; lediglich der Urlaub wird mit jährlich durchschnittlich acht Tagen angegeben.⁵⁸ Die Arbeitszeitordnung vom 30. April 1938 schließt die Landwirtschaft aus ihrem Geltungsbereich aus.⁵⁹ Die tariflichen Arbeitszeiten blieben im allgemeinen die gleichen wie in den zwanziger Jahren.⁶⁰ Für Rheinhessen ergaben sich geringfügige Änderungen.⁶¹

⁵¹ Verhandlungen und Berichte des Unterausschusses für Arbeitsleistung, a. a. O., S. 180.

⁵² Siehe Fußnote ⁵¹.

Olfenius untersuchte 19 Gutsbetriebe in Mecklenburg vor und nach dem Krieg und kam zu dem Ergebnis, daß nach dem Krieg über die Hälfte der untersuchten Wirtschaften zu einer mehr oder weniger extensiveren Betriebsform übergegangen waren. Als Ursache hierfür wurde übereinstimmend die kürzere Arbeitszeit angegeben (Olfenius, Eberhard, Über den Einfluß der verkürzten Arbeitszeit und Arbeitsrationalisierung in der Landwirtschaft, Dissertation Rostock 1922, S. 13 ff.).

⁵³ Untersuchungen über Landarbeitsverhältnisse, a. a. O., S. 41.

⁵⁴ Siehe Fußnote ⁵³.

⁵⁵ Untersuchungen über Landarbeitsverhältnisse, a. a. O., S. 300.

⁵⁶ So hieß es z. B. im Tarifvertrag für familienfremde landwirtschaftliche Dienstboten in Oberfranken (Bayern):

„Die Nachtruhe beträgt in der Regel vom 15. November bis 15. März 10 Stunden, in der übrigen Zeit 8 Stunden, soweit es die wirtschaftlichen und Naturverhältnisse bedingen, kann in der Zeit vom 15. Mai bis 15. September die Nachtruhe auf 7 Stunden verringert werden.“

(Schmitt, Julius, Tarifverträge in der Landwirtschaft, Schriften des Deutschen Landarbeitervverbandes, Nr. 13, Berlin 1922, S. 26.)

⁵⁷ Gesetz zur Regelung des Arbeitseinsatzes vom 15. Mai 1934, RGBl. I, S. 381 f.

⁵⁸ Die amtliche Lohnerhebung in der Landwirtschaft für das Jahr 1937, in: Wirtschaft und Statistik, 21. Jg. (1941), S. 403.

⁵⁹ Arbeitszeitordnung vom 30. April 1938, RGBl. I, S. 447, § 1 Abs. 1 Nr. 1.

⁶⁰ Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, 59. Jg. (1941/42), Berlin 1942, S. 401 f.

⁶¹ § 1 der Manteltarifordnung zur Regelung der Arbeitsverhältnisse für die in der Landwirtschaft und im Weinbau beschäftigten Arbeiter in Rheinhessen vom 11. 10. 1934 (TR Nr. 551/1, RABl., N.F., 15. Jg. (1935), Nr. 1 vom 5. 1. 1935, S. VI 15) lautete:

„Die tägliche Arbeitszeit beträgt in vier Monaten durchschnittlich 8 Stunden, in zwei Monaten durchschnittlich 9 Stunden, in sechs Monaten durchschnittlich 10 Stunden.“

Die Tarifordnung und Lohnordnung für die landwirtschaftlichen Betriebe des Regierungsbezirkes Wiesbaden und des früheren Freistaates Hessen vom 9. 5. 1935 (TR Nr. 990/1, RABl., N.F., 15. Jg. (1935), Nr. 15 vom 25. 5. 1935, S. VI 326) bestimmte in § 3 Satz 1:

„Die jährliche Höchstarbeitszeit darf 2800 Stunden nicht übersteigen.“

Auch im § 3 Satz 1 der Tarifordnung zur Regelung der Arbeitsverhältnisse der landwirtschaftlichen Arbeiter und Arbeiterinnen im Regierungsbezirk Wiesbaden und im Lande Hessen vom 1. 12. 1938 (TR Nr. 790/6, RABl., N.F., 18. Jg. (1938), Nr. 35 vom 15. 12. 1938, S. VI 1594) wurde festgelegt:

„Die jährliche regelmäßige Arbeitszeit darf 2800 Stunden nicht überschreiten.“

Nach dem Zweiten Weltkrieg ist auch in der Landwirtschaft die Arbeitszeitfrage von Wissenschaft und Praxis wiederholt aufgegriffen worden. Die Schaffung genügender Freizeit für die landwirtschaftlichen Arbeitskräfte durch eine Regelung der Arbeitszeit hat sich erst allmählich entwickelt und ist heute noch nicht abgeschlossen. „Daß die Landerbeiterfrage in der Sozialpolitik so sehr vernachlässigt worden ist, hat seinen Grund gewiß vor allem darin“, schreibt VON ZWIEDINECK-SUDENHORST, „daß die Klassengegensätzlichkeit im gewerblichen Leben die sozialpolitische Arbeit weit mehr in Anspruch nahm...“⁶²

⁶² von Zwiedineck-Südenhorst, Otto, Sozialpolitik, Leipzig und Berlin 1911, S. 427.

B. Die Besonderheiten der Arbeitszeit in der Landwirtschaft

1. Die Naturabhängigkeit der Landarbeit

Die landwirtschaftliche Arbeit muß sich den organischen Wachstumsvorgängen anpassen. „Der Produktionsprozeß vermag innerhalb der landwirtschaftlichen Produktion nur ‚gelenkt‘ oder ‚geleitet‘ zu werden, nicht aber in dem Sinne ‚beherrscht‘, wie das in der naturunabhängigen und darum hochrationalisierbaren industriellen Produktion in der Regel der Fall ist.“¹

Neben den saisonalen Schwankungen führen Witterungseinflüsse zu unregelmäßigen Arbeitsansprüchen. Auch die Stallarbeit läßt sich in keine Schablone pressen, da das Vieh ohne Rücksicht auf Tages- und Nachtzeit Pflege und Wartung verlangt. Die saisonalen Schwankungen können durch eine vielseitige und ausgewogene Anbauweise zum Teil gemildert werden. Aufschiebbarer, weniger zeitgebundene Arbeiten lassen sich in arbeitsarme Zeiten verlegen. Ein vollständiger Ausgleich ist jedoch nicht zu erzielen. Besonders im Familienbetrieb können Absatzverhältnisse, Parzellengröße und Stallverhältnisse zu Differenzen zwischen Arbeitskapazität und Arbeitsbedarf führen.² Klima- und Bodenverhältnisse bestimmen weitgehend Produktionsmöglichkeiten und Wachstumszeiten. Die lange Vegetationsperiode in Rheinhessen³ „ist nicht nur der Entwicklung des Pflanzenwachstums förderlich, sondern läßt auch dem Bauer und Landwirt in Arbeitsverteilung und Arbeitsausgleich weiten Spielraum“.⁴ Auch tragen Kellerarbeiten im Winter und der jahreszeitlich frühe Arbeitsbeginn in den Weinbergen zum Ausgleich bei.⁵

Dem unterschiedlichen Arbeitsbedarf im Laufe des Jahres entsprechend kennt die amtliche Statistik verschiedene Gruppen von landwirtschaftlichen Arbeitskräften. Nach der Dauer der Beschäftigung unterscheidet die Statistik:

ständige oder Dauerarbeitskräfte

nichtständige, vorübergehend oder nicht vollbeschäftigte Personen, auch Saisonarbeitskräfte genannt.⁶

Die Einstellung nichtständiger Arbeitskräfte bietet dem Landwirt die Möglichkeit, die Schwankungen im Arbeitsbedarf teilweise zu überbrücken. Neben den nichtständigen familieneigenen Personen kommen in erster Linie die Frauen der Landarbeiter und der auf dem Lande lebenden Industriearbeiter sowie die Kräfte in Frage, die durch ihre eigene kleine Landwirtschaft nicht voll ausgelastet sind. Die kleinbäuerliche Betriebsstruktur und die starke Durchsetzung Rhein Hessens mit Betrieben unter 5 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche (LN),⁷ deren Arbeitskapazität unter Umständen den größeren Betrieben aushelfen kann, kommt der rheinhessischen Landwirtschaft zugute.

In Rheinland-Pfalz werden die Arbeitsspitzen in erster Linie durch nichtständige familienfremde Arbeitskräfte bewältigt.⁸ Aber auch die Beschäftigung der voll- und nicht vollbeschäftigten familieneigenen und der ständig beschäftigten familienfremden Arbeitskräfte schwankt entsprechend dem Arbeitsbedarf. Deutlich zeichnen sich zwei Höhepunkte

¹ Strisch, H. und Weippert, G., Die Eingliederung der Landwirtschaft in die Marktwirtschaft, in: Berichte über Landwirtschaft N.F., Band XXXIV (1956), Heft 3, S. 371.

² Müller, G. und Schmidt, H., Der betriebsnotwendige Arbeitskräftebesatz, in: Berichte über Landwirtschaft N.F., Band XXXVI (1958), Heft 2, S. 265.

³ Klimakunde des Deutschen Reiches, Band II, Berlin 1933, S. 52 f., 190, 361.

⁴ Frech, Franz Waldemar, Die Struktur der rheinhessischen Landwirtschaft, Darmstadt und Leipzig 1941, S. 91.

⁵ Ritter weist auf die leichtere Anpassung des Betriebsgefüges an die Arbeitskapazität im Gemischtbetrieb hin. Die arbeitswirtschaftlichen Vorteile würden allerdings von den Inhabern solcher Betriebe nicht eingesehen. (Ritter, Fritz, Arbeitswirtschaftliche Probleme im Gemischtbetrieb, in: Weinberg und Keller, 5. Band (1958), Heft 4, S. 163.)

⁶ Die statistischen Definitionen dieser einzelnen Arbeitergruppen werden, soweit sie im Rahmen dieser Arbeit von Belang sind, im Text oder in der Fußnote aufgeführt.

⁷ Auf einen landwirtschaftlichen Betrieb über 5 ha entfallen in Rheinhessen ungefähr zwei Betriebe unter 5 ha. Errechnet vom Verfasser nach: Landwirtschaftliche Betriebszählung am 22. 5. 1949 und Schleppererhebung 1950 in Rheinland-Pfalz, Statistik von Rheinland-Pfalz, Band 16, hrsg. vom Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, Bad Ems 1951, S. 66. Im folgenden zitiert: Statistik von Rheinland-Pfalz, Band 16.

⁸ Die Arbeitskräfte der landwirtschaftlichen Betriebe im Wirtschaftsjahr 1956/57, in: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, 11. Jg. (1958), Heft 6, S. 170.

während des Jahres ab: Bestellung und Pflegearbeiten (April bis Juni) und Erntezeit (August bis Oktober). „Da die Pflegearbeiten noch nicht in dem Maße auf maschinellm Wege ausgeführt werden können wie die Entearbeiten, fiel der Höchststand der familienfremden Arbeitskräfte in den Monat Juni. Er wird insbesondere durch die Pflegearbeiten an Rüben- und Gemüsekulturen hervorgerufen worden sein. Außerdem werden zu dieser Zeit noch zusätzliche Arbeitskräfte für die Bergung der Heuernte benötigt.“⁹

Der verminderte Arbeitsbedarf im Winter läßt sich zum Teil durch Entlassung von Arbeitskräften ausgleichen. Bedenklich ist dieses Vorgehen dann, wenn der Bauer in arbeitschwachen Monaten die Lohnausgaben scheut und dadurch der Landarbeiter unter Umständen auf Arbeitslosenunterstützung angewiesen bleibt. „Dieses Hilfsmittel ist unsozial und gefährlich. Es treibt die Entlassenen mit absoluter Sicherheit aus der Landwirtschaft hinaus...“,¹⁰ schreibt MÜNZINGER.

Die Zusammenstellung der arbeitslosen Männer und Frauen in der Landwirtschaft im Arbeitsamtbezirk Mainz (Anhang I) zeigt deutlich die Schwankungen im Laufe des Jahres. Die Gegenüberstellung der Arbeitslosigkeit im Frühjahr und Herbst in den Jahren 1953 und 1956¹¹ gibt ein Bild von der länderspezifischen verschiedenen Anzahl der Arbeitslosen. Außerdem zeichnet sich in den letzten Jahren eine Tendenz zur verstärkten Saisonarbeit ab. Dem jeweiligen Arbeitsbedarf kann sich der landwirtschaftliche Betrieb auch durch Änderung der täglichen Arbeitszeit anpassen. Besonders in den arbeitschwachen Wintermonaten verkürzt der Bauer seine und seiner Hilfskräfte Arbeitszeit. Eine Umfrage bei den Sowjetzonenflüchtlings, die vorübergehend in der Landwirtschaft Beschäftigung finden, kam zu dem Ergebnis, daß im Sommer etwa 12 Stunden, im Winter dagegen etwa 8 Stunden gearbeitet wird. Es handelte sich hierbei um jugendliche Arbeitskräfte.¹² Die Landjugendbefragung ergab einen Unterschied zwischen Sommer- und Winterarbeitszeit von durchschnittlich 2-3 Stunden.¹³ Dabei bleibt allerdings unberücksichtigt, ob es sich um eine produktive Tätigkeit oder nur um „Beschäftigung“ handelt.

Tabelle 3

Die landwirtschaftlichen Arbeitslosen nach Ländern in den Jahren 1953 und 1956 in 1000¹⁴

Gebiet	28. Febr. 1953	30. Sept. 1953	Differenz	29. Febr. 1956	30. Sept. 1956	Differenz
	1	2	1 ./ 2	3	4	3 ./ 4
Schleswig-Holstein						
und Hamburg	23,2	9,3	13,9	18,6	3,2	15,4
Niedersachsen und Bremen	45,4	15,9	29,5	37,2	4,3	32,9
Nordrhein-Westfalen	7,2	3,3	3,9	9,1	1,1	8,0
Hessen	5,3	1,7	3,6	5,0	0,5	4,5
Rheinland-Pfalz	3,3	1,1	2,2	3,8	0,3	3,5
Baden-Württemberg	3,3	1,3	2,0	3,3	0,3	3,0
Bayern	16,1	4,5	11,6	15,0	1,5	13,5
Bundesgebiet	103,8	32,1	71,7	92,0	11,2	80,8

Quelle: Statistik der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung

⁹ Die Arbeitskräfte der landwirtschaftlichen Betriebe im Wirtschaftsjahr 1956/57, in: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, 11. Jg. (1958), Heft 6, S. 171.

¹⁰ Münzinger, Adolf, Der Arbeitsertrag in der bäuerlichen Familienwirtschaft, Band 2, Berlin 1929, S. 822.

¹¹ Tabelle 3.

¹² Nach mündlicher Mitteilung des Herrn Walendy im Jugendsozialwerk e.V., Neustadt a. d. Weinstraße.

¹³ Die Lebenslage der westdeutschen Land-Jugend, hrsg. von Hellmut Wollenweber und Ulrich Planck, 1. Band, Grunddaten zur Struktur, sozialen Lage und Berufssituation der ländlichen Jugend von Ulrich Planck, München 1956, S. 246. Vgl. auch: Hage, Karl und Noß, Elisabeth, Umfang und Bedeutung der Frauenarbeit in bäuerlichen Familienbetrieben. Untersuchungen an Hand von Arbeitstagebuchaufzeichnungen in 41 bäuerlichen Familienbetrieben Hessens, Schriftenreihe B der Bundesforschungsanstalt für Hauswirtschaft, Hamburg 1953, S. 57.

¹⁴ Zusammengestellt aus: Der Grüne Plan 1957, 2. Grüner Bericht der Bundesregierung. Herausgegeben im Auftrage des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Bonn-München-Wien 1957, S. 33. Im folgenden zitiert: Grüner Plan 1957.

Die unterschiedliche Inanspruchnahme des Menschen im landwirtschaftlichen Betrieb hat zur Folge, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit den Arbeitskräften nur für die arbeitsstarken Sommermonate eine Entlastung bringen könnte. Eine verkürzte Winterarbeit ist weder physiologisch begründet noch wirtschaftlich vertretbar. Im Gegenteil bedingt die kurze Arbeitszeit im Winter eine im Interesse des landwirtschaftlichen Stundenlöhners liegende Arbeitszeit- und damit Lohngarantie.¹⁵ Auch die Auflösung der patriarchalischen Ordnung und das schwindende Verantwortungsbewußtsein des Arbeitgebers seinem Arbeitnehmer gegenüber ist in diesem Zusammenhang von Bedeutung. Denn der Landwirt „hat sich die Vorteile des Arbeitgebers im modernen industriellen Vertragsarbeitsverhältnis längst auch zu eigen gemacht, betont die darin stehende menschliche und soziale Distanz zu seinem Arbeitnehmer und fühlt sich grundsätzlich keineswegs über den Vertragsinhalt hinaus ihm gegenüber verpflichtet...“¹⁶

Diese Gedanken haben in neuester Zeit dazu geführt, in die Tarifverträge entsprechende Bestimmungen aufzunehmen.¹⁷ So lautet z. B. § 4 Abs. 2 des Landarbeitertarifvertrages für das Land Hessen vom 8. 3. 1956: „In den Wintermonaten Dezember, Januar und Februar darf eine Mindeststundenzahl von 180 Stunden im Monat nicht unterschritten werden.“ Erst der neueste Manteltarifvertrag für Landwirtschaft und Weinbau in Rheinland-Pfalz vom 1. 7. 1958 sieht eine derartige Regelung vor. In drei Wintermonaten darf eine wöchentliche Arbeitszeit von 42 Stunden nicht unterschritten werden.¹⁸

Von dem Recht, trotz Nichtbeschäftigung Arbeitslohn zu verlangen, wird der Arbeitnehmer wenig Gebrauch machen können, da für den Arbeitgeber jederzeit die Möglichkeit besteht, den Arbeitnehmer zu entlassen.

Die Tarifverträge passen sich in ihrer Arbeitszeitregelung den natürlichen Gegebenheiten der Landwirtschaft an. § 8 des Manteltarifvertrages für Landwirtschaft und Weinbau in Rheinland-Pfalz vom 1. 7. 1958 schreibt in Ziffer 1 vor:

„Die regelmäßige Jahresarbeitszeit darf 2600 Stunden nicht überschreiten. Die Verteilung der Jahresarbeitszeit soll durch betriebliche Vereinbarung erfolgen. Dabei darf eine regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit von 56 Stunden nicht überschritten und in drei Wintermonaten eine wöchentliche Arbeitszeit von 42 Stunden nicht unterschritten werden.“

§ 8 Ziffer 3 lautet:

„Im Rahmen der durch Ziffer 1 gezogenen Grenzen beträgt die regelmäßige Arbeitszeit, sofern keine betriebliche Regelung erfolgt ist, in den Monaten

Dezember, Januar, Februar bis zu 46 Stunden

März, April, November bis zu 52 Stunden

Mai, Juni, Juli, August,
September, Oktober bis zu 56 Stunden.“

Darüber hinaus geleistete Arbeit ist Mehrarbeit und besonders zu vergüten.¹⁹ Die Mehrarbeitszeitregelung nimmt auf die besonderen zeitlichen Erfordernisse einer rechtzeitigen Bestellung und Ernte und einer den Lebensgewohnheiten der Tiere entsprechenden Fütterungs- und Melkzeit Rücksicht. § 9 Ziffer 2 und 3 des obengenannten Tarifvertrages bestimmt:

„Werden aus betrieblichen oder ernährungswirtschaftlichen Gründen unvorhergesehene und unaufschiebbare Arbeiten über die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit hinaus notwendig, so sind diese auf Weisung des Arbeitgebers zu leisten.“

¹⁵ Für Monatslöhner mit festem Arbeitsverdienst entfällt eine solche Arbeitszeitgarantie.

¹⁶ Schelsky, Helmut, Die Jugend der industriellen Gesellschaft und die Arbeitslosigkeit, in: Arbeitslosigkeit und Berufsnot der Jugend, Band II, Köln 1952, S. 281.

¹⁷ Rahmentarifvertrag für die landwirtschaftlichen Betriebe im Lande Niedersachsen vom 27. 3. 1950, § 4 Abs. 1.

Manteltarifvertrag für Landarbeiter in Westfalen/Lippe vom 20. 5. 1957, § 4 Abs. 2.

Rahmentarifvertrag für Landarbeiter in Bayern vom 26. 6. 1957, § 4 Abs. 4.

Rahmentarifvertrag für Landarbeiter in Schleswig-Holstein vom 24. 5. 1957, § 3 Abs. 2.

Rahmentarifvertrag für Landarbeiter in Berlin vom 16. 3. 1953, § 6 Abs. 4.

¹⁸ Manteltarifvertrag für Landwirtschaft und Weinbau in Rheinland-Pfalz vom 1. 7. 1958 (TR Rheinland-Pfalz 33/56), § 8 Ziffer 1 Satz 3.

¹⁹ Manteltarifvertrag für Landwirtschaft und Weinbau in Rheinland-Pfalz vom 1. 7. 1958 (TR Rheinland-Pfalz 33/56), § 9 Ziffer 1, 4 ff.

An Sonn- und Feiertagen sind Arbeiten tunlichst zu vermeiden. Sie müssen geleistet werden, wenn dies zur Aufrechterhaltung des ordnungsmäßigen landwirtschaftlichen Betriebes erforderlich ist (z. B. Füttern, Melken u. ä.). Dies trifft insbesondere auch auf Bestell- und Erntearbeiten zu.“

Volkswirtschaftliche und privatwirtschaftliche Interessen erhalten somit den Vorrang vor sozialpolitischen Erwägungen. Für die Zurückstellung der persönlichen Belange des Arbeiters zugunsten des gesellschaftlichen Interesses sprach sich schon VON ZWIEDINECK-SÜDENHORST aus: „Eine für den gewerblichen Arbeiter exzessiv erscheinende Arbeitszeit ist bei landwirtschaftlicher Betätigung nicht nur gesundheitlich in der Regel wohl hinnehmbar, sondern sie ist auch im gesellschaftlichen Interesse, namentlich wenn es sich um die Rechtzeitigkeit gewisser Arbeiten und ihrer Vollendung handelt, ökonomisch unerlässlich.“²⁰ Durch die Naturgebundenheit der landwirtschaftlichen Produktionsweise ist ein gleichmäßiger Arbeitsanfall unmöglich. Gewisse Ausgleichsmöglichkeiten sind durch eine entsprechende Fruchtfolge und Anbaumenge sowie durch zusätzliche Arbeitskräfte oder Mechanisierung gegeben. In der Marktwirtschaft kann sich der Landwirt nicht allein darauf beschränken, eine möglichst gleichmäßige Beschäftigung für seine Arbeitskräfte zu suchen. Eine generelle Regel läßt sich nicht aufstellen. Jedoch wird es das Ziel des Landwirts sein müssen, das privatwirtschaftlich günstigste Verhältnis aus sozialen und arbeitsmarktpolitischen Erfordernissen einerseits und der Rücksichtnahme auf Absatzverhältnisse und natürliche im Wesen der Landwirtschaft liegende Faktoren andererseits herauszufinden.²¹

2. Die Betriebs- und Arbeitskräftestruktur und ihre Bedeutung für die Arbeitszeit

Die Arbeitskräfte in der Landwirtschaft bilden keine einheitliche soziale Gruppe. Nicht nur in der Dauer ihrer Arbeitsleistungen (ständige und nichtständige Kräfte), sondern auch in ihrer Stellung zum Betrieb (Selbständige, mithelfende Familienangehörige und abhängige Kräfte) unterscheiden sie sich. Dementsprechend beurteilen sie auch ihre Arbeitszeit. Eine nichtständige Arbeitskraft, die etwa nur während der Arbeitsspitzen herangezogen wird, stellt sich zu den überlangen Arbeitszeiten anders als der neben ihm arbeitende ständige Landarbeiter. Die Landwirtschaftliche Betriebszählung (LBZ) 1949 gab für Rheinessen bezüglich der familienfremden Kräfte lediglich die Anzahl der ständigen und nichtständigen familienfremden Arbeitskräfte an. Neben 11 271 ständigen familienfremden Kräften waren 11 302 nichtständige²² familienfremde Arbeitskräfte beschäftigt.²³

Insbesondere fällt jedoch in der Landwirtschaft die unterschiedliche Einstellung der familieneigenen Kräfte einerseits und der familienfremden Personen andererseits zum Betrieb und zur Arbeit ins Gewicht. Deutlich zeigen sich Unterschiede im Arbeitsrhythmus. Der Selbständige vermag seine Arbeitsleistung über einen längeren Zeitraum zu verteilen und beliebige Pausen einzulegen. „Der Lohnarbeiter dagegen muß nach einem kurzen, je Stunde hoch bezahlten Arbeitstag streben, um seinen persönlichen Interessen hinterher nachgehen und sich – überspitzt ausgedrückt – Lebensfreude kaufen zu können. Für den Selbständigen

²⁰ von Zwiedineck-Südenhorst, a. a. O., S. 428.

²¹ Rinderspacher hingegen stellte neben die Interessen des Betriebes die Interessen der Gesellschaft. Er möchte das Anbauverhältnis und die Fruchtfolge vom Bauern so eingerichtet wissen, „wie es den volkswirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Erfordernissen am besten entspricht“. (Rinderspacher, Friedrich, Die besondere Bedeutung der Arbeitszeitfrage für das Landarbeiterproblem, Dissertation Heidelberg, Leipzig 1935, S. 78.)

²² Nichtständige Arbeitskräfte = nichtständig Beschäftigte, die in der Woche vom 15.–21. Mai beschäftigt waren.

²³ Statistik von Rheinland-Pfalz, Band 16, a. a. O., S. 71, S. 73. (Es wurden nur Arbeitskräfte in Betrieben mit LN berücksichtigt.)

In Rheinland-Pfalz wurde im Juli 1956 über die Hälfte der Arbeitsleistungen der familienfremden Arbeitskräfte von nichtständigen Kräften verrichtet. Diese leisteten 53,4 vH der von den familienfremden Kräften bearbeiteten Monatswerke. Als Maßeinheit für ein Monatswerk wird die der monatlichen Arbeitszeit einer vollbeschäftigten Arbeitskraft entsprechenden Leistung zugrunde gelegt. (Die Arbeitskräfte der landwirtschaftlichen Betriebe im Juli 1956, Statistische Berichte, Arb.-Nr. III/27/1, erschienen am 22. Juni 1957, hrsg. vom Statistischen Bundesamt Wiesbaden, S. 25, S. 9. In folgenden zitiert: Statistische Berichte, Arb.-Nr. III/27/1.)

dagegen fallen Berufsarbeit und persönliche Interessen weitgehend zusammen.“²⁴ Für ihn ist „die Arbeitszeit ein Faktor im Leben des Arbeiters, der nicht nur zur Fristung des Lebens dient, sondern einen Eigenwert besitzt und im Gesamtausgleich mit der Freizeit und mit dem Realeinkommen sozusagen einen selbständigen Anspruch anmeldet“.²⁵ Tabelle 4 zeigt die Zusammenstellung der Arbeitskräfte nach familieneigenen und familienfremden Personen sowie die Verteilung der Betriebe als auch der LN auf die einzelnen Betriebsgrößenklassen.

Tabelle 4

Die Betriebs- und Arbeitskräftestruktur in Rheinhessen nach der LBZ 1949²⁶

Größenklassen nach der LN	Vertlg. der Betriebe mit LN	Vertlg. der LN	v. 100 ständ. Arb.-Kräften waren		Verteilung der ständigen Arbeitskräfte	
			fam. eig.	fam. fremd	fam. eig.	fam. fremd
in ha	in vH	in vH				
0,1 b. u. 2	45,8	11,2	95	5	30,4	7,9
2 „ 5	25,0	20,0	90	10	28,7	14,6
5 „ 10	18,4	31,2	83	17	26,0	24,5
10 „ 20	8,6	27,3	65	35	13,0	31,8
20 „ 50	1,3	8,5	33	67	1,9	17,6
50 und darüber	0,9	1,8	10	90	0,0	3,6
zusammen:	100,0	100,0	82	18	100,0	100,0

Das Überwiegen der familieneigenen Arbeitskräfte kam deutlich zum Ausdruck. Zwischen den Betriebsgrößen ergaben sich naturgemäß Unterschiede. Im Durchschnitt setzten sich 100 ständige Arbeitskräfte aus 82 familieneigenen und 18 familienfremden Kräften zusammen. Die Aufteilung der familienfremden Arbeitskräfte auf die Betriebsgrößenklassen zeigt, daß knapp 8/10 in Betrieben unter 20 ha LN beschäftigt waren, in denen 2/3 der gesamten betrieblichen Arbeitskräfte auf familieneigene Personen entfielen. Diese Betriebe, die etwa 98 vH der Gesamtzahl ausmachten, bearbeiteten rund 9/10 der LN. Die meisten familienfremden Kräfte arbeiteten demnach in Betrieben, in denen sie eine zahlenmäßige Minderheit bilden (Tabelle 5). Mehr als 2/3 der familienfremden Arbeitskräfte arbeiteten in

²⁴ Priebe, Hermann, Die Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft, in: Berichte über Landwirtschaft N.F., Band XXX (1952), Heft 2, S. 172.

²⁵ von Stackelberg, Heinrich, Arbeitszeit und Volkswirtschaft, in: Schmollers Jahrbuch, 66. Jg. (1942), S. 273.

²⁶ Errechnet vom Verfasser nach: Statistik von Rheinland-Pfalz, Band 16, a. a. O., S. 22, 66, 67, 70, 71. Die familieneigenen Arbeitskräfte in der Tabelle setzten sich aus den ständigen mithelfenden Familienangehörigen (Personen von 14 Jahren und darüber) und den Betriebsinhabern im Hauptberuf zusammen, die ihren Betrieb selbst leiten.

Tabelle 5

Aufteilung der ständigen familienfremden Arbeitskräfte in Rheinhessen nach der LBZ 1949²⁷

In den Betrieben* waren . . . ständ. fam. fremde Arb. Kräfte beschäftigt.	Vertlg. d. Betr.* mit ständigen fam. fremden Arb. Kräften in vH	Vertlg. der ständigen familienfremden Arbeitskräfte in vH
1 - 4 Personen	92,6	68,3
5 - 9 Personen	5,6	16,7
10 - 19 Personen	1,3	8,6
20 - 49 Personen	0,5	4,7
50 - 99 Personen		1,7
100 u. mehr Personen	—,—	—,—
zusammen:	100,0	100,0

* = nur Betriebe mit ständigen familienfremden Arbeitskräften

Betrieben bis zu vier familienfremden Personen. Nur 15 vH der familienfremden Kräfte waren in Rheinhessen in Betrieben mit zehn und mehr familienfremden Personen beschäftigt; das sind nur rund 2 vH der Betriebe mit familienfremden Kräften.

Rund 4/5 der Betriebe in Rheinhessen beschäftigten ausschließlich familieneigene Kräfte.²⁸

Zusammenfassend läßt sich feststellen:

1. Zum überwiegenden Teil setzten sich die ständigen Arbeitskräfte in Rheinhessen aus familieneigenen Personen zusammen.
2. 4/5 der Betriebe arbeiteten ausschließlich mit familieneigenen Kräften (reine Familienbetriebe).
3. Der größte Teil der familienfremden Arbeitskräfte wurde in Betrieben bis zu vier ständigen familienfremden Personen beschäftigt.

Im Prinzip dürften diese Zahlen auch heute noch ihre Gültigkeit haben. Die starke Abwanderung mag die Entwicklung zum Familienbetrieb noch unterstützt haben.

Im Familienbetrieb erlaubt das gemeinsame Interesse aller Familienangehörigen am Erfolg des landwirtschaftlichen Betriebes eine Vernachlässigung der Arbeitszeitfrage vom sozialen Standpunkt. Dem schwankenden Arbeitsbedarf entsprechend wechseln Perioden unterschiedlicher Arbeitszeiten untereinander ab. Im allgemeinen zeigt sich im Familienbetrieb „von altersher eine ausgeprägte Vorliebe für ausgedehnte Arbeitszeiten“²⁹; eine straffe Arbeitsausführung in kürzerer Zeit durch angespannte Arbeit ist ihm fremd. Da im Familienbetrieb keine Lohnausgaben entstehen, neigt der Landwirt dazu, die Arbeitskapazität

²⁷ Errechnet vom Verfasser nach: Personalverhältnisse in den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben. Ergebnisse der landwirtschaftlichen Betriebszählung vom 22. 5. 1949, Statistik der Bundesrepublik Deutschland, Band 23, hrsg. vom Statistischen Bundesamt Wiesbaden, Stuttgart und Köln 1952, S. 276 f. Im folgenden zitiert: Statistik der Bundesrepublik Deutschland, Band 23.

²⁸ Errechnet vom Verfasser nach: Statistik der Bundesrepublik Deutschland, Band 23, a. a. O., S. 406 f.

²⁹ Ries, Ludwig Wilhelm, Die Arbeit in der Landwirtschaft, 2. Auflage, Stuttgart z. Z. Ludwigsburg 1950, S. 54. Im folgenden zitiert: Ries I.

seiner Familie möglichst voll auszuschöpfen. Denn: „Solange das vorhandene Arbeitspotential nicht ausgenutzt ist, werden mit Erfolg Produktionen betrieben, die im ökonomisch organisierten Großbetrieb unter gleichen Verhältnissen zu wirtschaftlichen Verlusten führen würden.“³⁰ Hierin liegen mit die starke Intensität bäuerlicher Betriebe und die zeitweise überlangen Arbeitszeiten begründet.

Auch die jeweilige Generationssituation der bäuerlichen Familie ist für ihre Arbeitseffizienz und Arbeitsbeanspruchung maßgebend. Bezüglich des Einflusses der Verbrauchsbedürfnisse auf die bäuerliche Arbeitsleistung stellt TSCHAJANOW fest: „Das Maß, in dem der Bauer seine eigene Arbeitskraft ausbeutet, wird ihm auf das strengste durch die Schwere seiner Belastung mit Verbrauchsansprüchen seiner Familie vorgeschrieben.“³¹

Im allgemeinen entstehen die Spannungen im sozialen Bereich dort, wo die beiden verschiedenen Arbeitsauffassungen der familieneigenen Kräfte einerseits und der familienfremden andererseits in einem Betrieb zusammentreffen und nur aus dem Verständnis für die Belange des Lohnarbeiters eine für beide Sozialpartner befriedigende Zusammenarbeit gewährleistet ist. Denn gerade im landwirtschaftlichen Betrieb hängt der Erfolg entscheidend von dem reibungslosen Zusammenspiel von Arbeitgeber und Arbeitnehmer ab.

Die Beschäftigung lediger Gesindearbeitskräfte, die sich dem Arbeitsrhythmus der Bauernfamilie unter Verzicht auf einen eigenen Lebensbereich anpassen, erlaubt dem Landwirt, die Arbeitskapazität seines Betriebes zu vergrößern.³² Als typische Gesindebetriebe kommen in Rheinhessen die Betriebe von 5 bis 20 ha in Betracht, in denen im Jahre 1949 68,5 vH der Knechte und 57,4 vH der Mägde beschäftigt waren.³³ Die starke Abwanderung stellt die Betriebsleiter gerade dieser Betriebsgrößen vor besondere Aufgaben.

Die Lohnarbeitsbetriebe, deren überwiegender Teil der Arbeitskapazität von familienfremden Kräften gestellt wird, sind gezwungen, sich den Belangen ihrer Arbeiterschaft weit mehr als der bäuerliche Betrieb anzupassen. Allein die Lohnausgaben bedingen zwangsläufig eine straffere Arbeitsweise. Diese Betriebe führen in zunehmendem Maße regelte und kürzere Arbeitszeiten ein.³⁴

Für die Arbeitskräftestruktur ist weiterhin von Bedeutung, daß eine Arbeitskraft sowohl Selbständiger oder mithelfender Familienangehöriger in einem Betrieb sein kann als auch vorübergehend oder ständiger abhängiger Arbeiter im anderen meist größeren Betrieb. Von 100 Arbeitnehmern (ohne Gesinde und Lehrlinge) waren 1949 fünfzehn Inhaber eines landwirtschaftlichen Betriebes.³⁵ Diese Arbeitskräfte bringen den Forderungen des landwirtschaftlichen Betriebes zumeist Verständnis entgegen. Außerdem stehen sie in der Regel mit dem größeren Betrieb in einem Austauschverhältnis, indem sie ihre Arbeitskraft zur Verfügung stellen und dagegen die Spannarbeiten vom größeren Betrieb übernommen werden.

Die besondere Arbeitskräftestruktur in der Landwirtschaft erlaubt kein einheitliches Urteil über die Arbeitszeitverhältnisse. Das Vorherrschen des Familienbetriebes ist für die rheinhessische Landwirtschaft charakteristisch. Bei Verbindung von Familien- und Gesindearbeitsverfassung entstehen die Spannungen, die im größeren Betrieb zugunsten einer Rücksichtnahme auf die Belange des Lohnarbeiters in zunehmendem Maße vermindert werden.

³⁰ Kötter, H. und Müller, G., Wirtschaftliche und soziale Bestimmungsgründe der Lage der westdeutschen Landwirtschaft, in: Berichte über Landwirtschaft N.F., Band XXXIV (1956), Heft 3, S. 411.

³¹ Tschajanow, Alexander, Die Lehre von der bäuerlichen Wirtschaft. Versuch einer Theorie der Familienwirtschaft im Landbau. Aus dem Russischen übersetzt von Friedrich Schlömer, Berlin 1923, S. 32.

³² Da es sich bei den Gesindekräften in erster Linie um Jugendliche handelt, verweist der Verfasser auf den Abschnitt: „Die Arbeitszeit der Jugendlichen in der Landwirtschaft“.

³³ Errechnet vom Verfasser nach: Statistik von Rheinland-Pfalz, Band 16, a. a. O., S. 73.

³⁴ Vgl. hierzu: 45-Stunden-Woche in der Landwirtschaft, in: Handelsblatt, 10. Jg. (1955), Nr. 75 vom 1.7. 1955, S. 2. Ferner: Die 5-Tage-Woche in einem großbäuerlichen Betrieb, in: Rundbrief VI/7 der Agrarsozialen Gesellschaft e.V. Göttingen vom 21. Juli 1955.

³⁵ Errechnet vom Verfasser nach: Statistik von Rheinland-Pfalz, Band 16, a. a. O., S. 67 und S. 71 ff. Die LBZ wies allerdings nicht die Inhaber der landwirtschaftlichen Betriebe gesondert aus, die nur vorübergehend in anderen Betrieben aushalfen und in keinem regelmäßigen, längerfristigen Arbeitsvertrag standen.

3. Psychologische, ethische und soziologische Besonderheiten des Bauernstandes

Die Maßnahmen und Verhaltensweisen des bäuerlichen Menschen werden mancherorts noch keineswegs vom Rationalen her bestimmt. Durch die Einheit von Hof und Leben, die Anhänglichkeit und Verpflichtung zur erbten Scholle und durch den erst seit dem letzten Jahrhundert sich langsam vollziehende Wandel von der Bedarfs- zur Erwerbswirtschaft blieben außerwirtschaftliche Momente in der bäuerlichen Wirtschaft erhalten. „Landwirtschaft betreiben ist eine Lebensweise, nicht einfach ein Geschäft“, schreibt SAMUELSON.³⁶ NIEHAUS sagt von den europäischen Bauern: „Für sie ist die bäuerliche Existenz nicht nur eine wirtschaftliche Tätigkeit, sondern eine besondere, von langer Tradition geprägte und mit mannigfachen Gefühlswerten verbundene Lebensform, ein ‚way of life‘.“³⁷ Zur Abhängigkeit des Betriebes von Familieninteressen lesen wir bei ABEL: „Die Familie mit ihren besonderen Verhältnissen, ihrem Stolz und ihrer vermeintlichen ‚Ehre‘, ist ein vorgegebener Faktor. Der Betrieb paßt sich an, und das Ergebnis dieser Anpassung braucht nicht immer der ökonomischen ratio zu entsprechen.“³⁸ PREUSCHEN und HESSELBACH sehen das Wesen der Familienwirtschaft in der Voranstellung der Familieninteressen vor die Rentabilitätsfragen. „Nicht die höchste Wirtschaftlichkeit des Betriebes, sondern die angestrebte Lebensform der Familie ist das Ziel. Dieser Lebensform soll der Betrieb soweit wie möglich die Voraussetzungen liefern. In der Familienwirtschaft bleibt das Persönliche primär.“³⁹

Diese von außerwirtschaftlichen Elementen mitbestimmte Wirtschaftsform bleibt auch auf die Arbeitsweise nicht ohne Einfluß. Nach der angestammten Lebensform richtet sich auch der Arbeitsaufwand der Familie. NIEHAUS schreibt hierzu: „Das Streben nach einem standesgemäßen Lebensunterhalt bei einem Arbeitsaufwand, der auch noch Zeit für Feierabende und Feiertage übrigläßt, charakterisiert alles Bauernum, das noch nicht in den Bereich kapitalistischen Erwerbstrebens geraten ist.“⁴⁰ Die Einheit von Arbeit und Leben auf dem Hof prägt aber noch vielerorts die Arbeitsauffassung von der Arbeit als Aufgabe unter Vernachlässigung des Arbeitserfolges. „Ob jemand fleißig oder tüchtig ist, wird in weiten Kreisen der Landwirtschaft nicht darnach beurteilt, ob er etwas Ordentliches vor sich bringt, sondern vielmehr darnach, wie sauer er sich sein Leben und seine Arbeit werden läßt, wie früh er aufsteht, wie lange er sich quält, wieviel Schweiß er vergießt.“⁴¹ „Der strengen Denkungsweise des ehrbaren Bauern kommt es fast wie Sünde vor, sich bei Tageslicht auszuruhen oder sich einer unterhaltenden oder belehrenden Tätigkeit zu widmen.“⁴² Sich diesen Vorurteilen zu entziehen und entgegen der Sitte und Dorfmeinung neue Wege zu gehen, verlangt eine starke Persönlichkeit. Nur ständige und mit der Mentalität des Bauern vertraute Beratungsarbeit vermag die Arbeitsauffassung weiter bäuerlicher Kreise zu ändern. Denn sowohl zunehmende Mechanisierung als auch engere Marktverflechtung verlangen eine Abkehr von der mit der eigentümlichen Arbeitsauffassung zwangsläufig verbundenen ungeplanten und unrationellen Arbeitsorganisation. Die Betriebskosten der Maschine zwingen zur strafferen Arbeitsweise. Andererseits wird die Beschäftigung mit betriebs- und marktwirtschaftlichen Fragen neben der eigentlichen landwirtschaftlichen Arbeit für den Betriebsleiter in steigendem Maße zur Notwendigkeit. Die Marktverflechtung der Landwirtschaft mit der übrigen Volkswirtschaft führt den Landwirt zwangsläufig auch zur Berücksichtigung erwerbswirtschaftlicher Momente. Denn: „Er produziert nicht mehr nur für den Nahrungsbedarf und die Verbesserung des Hofes, son-

³⁶ Samuelson, Paul, A., Volkswirtschaftslehre. Eine einführende Analyse, Köln 1952, S. 91.

³⁷ Niehaus, H., Probleme der Bauernwirtschaft im internationalen Urteil, in: Berichte über Landwirtschaft N.F., Band XXX (1952), Heft 1, S. 56.

³⁸ Abel, Wilhelm, Agrarpolitik, 2. neubearbeitete Auflage, Grundriß der Sozialwissenschaft, Band 11, Göttingen 1958, S. 98.

³⁹ Preuschen, G. und Hesselbach, J., Anpassung von Arbeitsbedarf an den Arbeitsbesatz im Familienbetrieb, in: Agrarwirtschaft, 7. Jg. (1958), Heft 3, S. 69.

⁴⁰ Niehaus, H., Der Bauer in der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Versuch einer agrarpolitischen Orientierung, Agrarwissenschaft und Agrarpolitik, Heft 12, Köln und Opladen 1948, S. 33.

⁴¹ Ries, Ludwig Wilhelm, Mehr Leistung und weniger Mühe in der Landarbeit, Stuttgart z. Z. Ludwigsburg 1952, S. 8.

⁴² Ries I, a. a. O., S. 54.

dern um des Erwerbes im eigentlichen Sinne willen, denn er muß immer allen seinen Verpflichtungen im Geld nachkommen.“⁴³

Die erwerbswirtschaftlichen Überlegungen haben sich jedoch nicht gleichzeitig und an allen Orten gleichermaßen durchgesetzt. „In der bäuerlichen Welt bleiben Jahrhunderte alte Unterschiede bestehen, so daß der Kapitalismus einzelne Gruppen oder Gegenden heraushebt, sie ruckartig in neue Formen des Lebens und Betriebes hineinstößt, an anderen spurlos vorübergeht.“⁴⁴ Verkehrslage, Betriebsgröße, Ausbildung, Erziehung und natürliche Standortbedingungen sind mit die Bestimmungsgründe für die Ausbreitung erwerbswirtschaftlichen Denkens. Eine Untersuchung der kleinbäuerlichen Lebensverhältnisse kommt zu ähnlichem Ergebnis, daß nämlich in der Regel die Dörfer mit günstiger natürlicher Ausstattung und günstiger Verkehrs- und Marktlage sich durch geistige Aufgeschlossenheit und aktive Auseinandersetzung mit der technisch-ökonomischen Umwelt auszeichnen. „Ein Zusammenhang zwischen objektiven Gegebenheiten (natürliche Erzeugungsbedingungen und Verkehrslage) und geistiger Bewältigung der ökonomisch-technischen Situation ist nicht zu verkennen.“⁴⁵ Den entscheidenden Ausschlag allerdings gibt der Mensch selbst, „der im einen Fall die gegebenen Chancen zu nutzen weiß, im andern Fall vor den ja nicht zu leugnenden Schwierigkeiten zurückschreckt“.⁴⁶

Die Untersuchung kristallisierte verschiedene geistige Grundhaltungen heraus, die für bestimmte ökonomische Verhaltensweisen maßgebend sind: den traditionell eingestellten Landwirt, für den das Festhalten am Hergebrachten und die Erhaltung des Hofes vor dem Streben nach möglichst hohem Gewinn steht, und den marktrational denkenden Unternehmerbauer, der sich dem Fortschritt in Wissenschaft und Technik aufgeschlossen zeigt und die jeweilige Marktsituation bei seinen Maßnahmen berücksichtigt.

Die traditionell orientierte Wirtschaft, in der zumeist eine patriarchalische Familienverfassung vorherrscht, ist durch wenig zweckrationales Handeln gekennzeichnet. Man arbeitet in der Regel nicht, „um einen bestimmten Erfolg zu erzielen, sondern um die anfallende Arbeit recht und schlecht hinter sich zu bringen. Es fehlt diesen Familien die Initiative und das zielgerichtete zähe Streben, sich aus eigener Kraft bessere Lebensbedingungen zu erringen“.⁴⁷ Insbesondere führt die wenig sinnvolle Arbeitsorganisation und die durch Tradition bestimmte Arbeitsteilung zu mitunter gesundheitsschädigender Arbeitsbelastung der Schulkinder und der Nichtberücksichtigung der physiologischen Leistungsfähigkeit der Bäuerin.⁴⁸

Im Gegensatz hierzu zeichnet sich die marktrational orientierte Wirtschaft durch eine durchdachte Arbeitsplanung aus. Ein Partnerschaftsverhältnis zwischen Mann und Frau wirkt sich in einer auf das physiologische Leistungsvermögen abgestimmten Arbeitsteilung aus. Bezeichnend für diese Wirtschaftsform ist, „daß die Arbeitszeitregelung, die Einführung von Arbeitspausen und die Einhaltung des Feierabends, und damit das Arbeitsklima bei bewußter Arbeitsplanung günstiger gestaltet ist als bei Familien, denen diese fremd ist . . .“⁴⁹ Auch in diesen Familien bleibt eine Überbelastung der Kinder durch das Erfolgsstreben der Eltern nicht ausgeschlossen.⁵⁰

Der Übergang von konservativ-patriarchalischer Haltung zum echten Partnerschaftsverhältnis vollzieht sich, den Beobachtungen in kleinbäuerlichen Dörfern zufolge, über sogenannte Übergangstypen, in denen wohl nicht mehr das ausgeprägte Patriarchat vorherrscht, eine

⁴³ Howald, Oskar, Die sozialen Probleme der bäuerlichen Wirtschaft und ihre Bedeutung für die westliche Zivilisation, in: Agrarwissenschaft und Agrarpolitik, Heft 16: Probleme ländlicher Sozialwissenschaften, Köln und Opladen 1951, S. 59.

⁴⁴ Beckmann, Fritz, Der Bauer im Zeitalter des Kapitalismus, in: Schmollers Jahrbuch, 50. Jg. (1926), S. 720.

⁴⁵ Weippert, Georg, Kleinbäuerliche Lebensverhältnisse in soziologischer Sicht, in: Berichte über Landwirtschaft N.F., 160. Sonderheft: Lebensverhältnisse in kleinbäuerlichen Dörfern, Hamburg und Berlin 1954, S. 25.

⁴⁶ Ebenda.

⁴⁷ von Dietze, C., Rolfes, M. u. Weippert, G., Lebensverhältnisse in kleinbäuerlichen Dörfern, Ergebnisse einer Untersuchung in der Bundesrepublik 1952, Berichte über Landwirtschaft N.F., 158. Sonderheft, Hamburg und Berlin 1953, S. 145.

⁴⁸ von Dietze/Rolfes/Weippert, a. a. O., S. 142 ff.

⁴⁹ von Dietze/Rolfes/Weippert, a. a. O., S. 147.

⁵⁰ von Dietze/Rolfes/Weippert, a. a. O., S. 148.

Partnerschaft jedoch noch nicht erreicht ist. Die Übertragung eines Teiles der Verantwortung und Funktionen, die der Mann im Patriachat innehatte, auf die Frau geht „häufig auf Kosten ihrer starken physischen und psychischen Belastung, wodurch die Bäuerin ihrem Aufgabenbereich als Mutter mehr und mehr entfremdet wird“.⁵¹

Daß in landwirtschaftlichen Berufen im Gegensatz zu anderen sozialen Schichten unseres Volkes noch weitgehend die Geltung des konservativen und patriarchalischen Leitbildes überwiegt, stellen WURZBACHER⁵² und GRÜNEISEN⁵³ in verschiedenen soziologischen Untersuchungen fest.

Die enge Verflechtung der rheinhessischen Landwirtschaft mit den umliegenden Wirtschaftsgebieten Rhein-Main und Mannheim-Ludwigshafen und die günstigen natürlichen Erzeugungsbedingungen sprechen für eine weite Verbreitung des marktrational orientierten Landwirts in Rheinhessen.

⁵¹ von Dietze/Rolfes/Weippert, a. a. O., S. 157.

⁵² Wurzbacher, Gerhard, Leitbilder gegenwärtigen deutschen Familienlebens, Dortmund 1951, S. 159 f.

⁵³ Grüneisen, Karl-Guenther, Landbevölkerung im Kraftfeld der Stadt. Gemeindestudie des Institutes für Sozialwissenschaftliche Forschung Darmstadt, Monographie II, Darmstadt 1952, S. 52 ff. u. S. 67 ff.

C. Die Dauer der Arbeitszeit in der Landwirtschaft

1. Die Landarbeitszeit in Tarif und Statistik

Sowohl tarifliche Bestimmungen als auch statistische Erhebungen geben Auskunft über die Arbeitszeiten der familienfremden Arbeitskräfte.

Da die landwirtschaftliche Arbeitszeitregelung den jahreszeitlich und witterungsbedingt schwankenden Arbeitsbedarf berücksichtigen muß, kennt sie im Gegensatz zur gewerblichen Wirtschaft keine das ganze Jahr hindurch einheitliche gleich lange Arbeitszeit. Die Tarife begnügen sich in der Regel mit der Festlegung einer regelmäßigen Jahresarbeitszeit, überlassen die weitere Verteilung betrieblichen Vereinbarungen oder schreiben für bestimmte Zeiträume Durchschnittsarbeitszeiten vor. Nach manchen Tarifen kann auch zwischen diesen beiden letztgenannten Möglichkeiten gewählt werden. Der in Rheinhessen zur Zeit gültige Manteltarif sieht Durchschnittsarbeitszeiten für bestimmte Zeiträume für den Fall vor, daß keine betrieblichen Vereinbarungen getroffen wurden.¹

Eine Tendenz zur Verkürzung der tariflichen Arbeitszeit ist seit der vorläufigen Landarbeitsordnung von 1919 deutlich festzustellen.² Nach dem Stand vom Dezember 1956 gibt KÜPER die tarifliche Arbeitszeit nach Abzug des Urlaubs im Durchschnitt von sieben Bundesländern für ständige Lohnarbeitskräfte ohne Kost und Unterkunft mit 2547 Stunden jährlich an.³ Ohne Urlaubsabzug dürfte die durchschnittliche Jahresarbeitszeit für Lohnarbeitskräfte ohne Kost und Unterkunft nach dem Stand Ende 1957 bei 2650 Stunden liegen.

Für die Gespannführer erhöht sich die Arbeitszeit, da die Fütterungs- und Pflegezeiten nicht in die regelmäßige Arbeitszeit eingerechnet werden.⁴

In mehreren Tarifverträgen wird auch die regelmäßige Arbeitszeit der Arbeitskräfte in Hausgemeinschaft (Gesinde) ausdrücklich geregelt. Durch die Übernahme der Stallarbeiten und die Dienste im Haushalt verlängert sich deren Arbeitszeit gegenüber den Lohnarbeitskräften ohne Kost und Unterkunft beträchtlich. So heißt es zum Beispiel im § 4 Ziffer 2 des Landarbeiter-Manteltarifs für das Land Hessen vom 8. 3. 1956:⁵

„Die regelmäßige Arbeitszeit der Haushaltsbeteiligten verlängert sich mit Rücksicht auf die von ihnen betriebsüblicherweise werktätig und sonntätig zu leistenden Vor- und Abschlußarbeiten – zum Beispiel Viehpflege, sonstige Stallarbeiten, unaufschieb-

¹ Siehe S. 18.

² Siehe S. 10 f., Fußnote^a S. 14, S. 18.

Der erst 1958 durch einen Vertrag abgelöste Manteltarifvertrag für Landwirtschaft und Weinbau in Rheinland-Pfalz vom 19. 3. 1954 (TR Rheinland-Pfalz 33/27) legte noch eine jährliche regelmäßige Arbeitszeit von 2750 Stunden fest. § 7 Ziffer 1 lautete:

„Die jährliche regelmäßige Arbeitszeit darf 2750 Stunden nicht überschreiten.

Die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit beträgt in den Monaten:

Januar, Februar, November, Dezember: bis zu 48 Stunden

März, Oktober: bis zu 54 Stunden

April, Mai, Juni, Juli, August, September: bis zu 60 Stunden.“

Auch der Manteltarifvertrag für die Arbeitnehmer in landwirtschaftlichen Betrieben im Landesteil Rheinhessen vom 17. 8. bzw. 27. 8. 1959 (TR Rheinland-Pfalz 33/5) sah in § 7 eine regelmäßige Jahresarbeitszeit von 2750 Stunden vor.

³ Küper, M., Die Berechnung des Arbeitskräftebesatzes bäuerlicher Familienbetriebe unter Berücksichtigung leistungsbedingter Abschläge, in: Berichte über Landwirtschaft N.F., Band XXXV (1957), Heft 2, S. 339.

⁴ § 10 Ziffer 3 Satz 1 des Manteltarifvertrages für Landwirtschaft und Weinbau in Rheinland-Pfalz vom 1. 7. 1958 bestimmt:

„Gespannführer sind verpflichtet, ihre Gespanne an Wochentagen außerhalb der regelmäßigen Arbeitszeit morgens, mittags und abends sowie an Sonn- und Feiertagen ordnungsgemäß zu füttern und zu pflegen.“

§ 8 Ziffer 8 des gleichen Tarifvertrages lautet:

„Gespannführer und Arbeitskräfte in Hausgemeinschaft sollen bei Pferdearbeiten die Pferde so frühzeitig angeschnitten haben, daß bei Arbeitsbeginn der Hof mit den Tagelöhnern pünktlich verlassen werden kann.“

⁵ Landarbeiter-Manteltarif für das Land Hessen vom 8. 3. 1956.

bare Hausarbeiten usw. – entsprechend.

Die Arbeitszeit beträgt in 8 Monaten 66 Stunden und in 4 Wintermonaten 54 Stunden wöchentlich. Die Vergütung hierfür ist im Tariflohn enthalten.

Diesen Arbeitnehmern ist monatlich jeder zweite Sonntag bzw. gesetzliche Feiertag ab 13 Uhr und jeder vierte Sonntag bzw. gesetzliche Feiertag ganz arbeitsfrei zu geben.“

Mit dieser letzten Bestimmung sollte diesen Arbeitskräften ein gewisser Ausgleich für die sonntägliche Arbeit geschaffen werden.

KÜPER gibt die tarifliche Arbeitszeit im Dezember 1956 nach Abzug des Urlaubs für die Arbeitskräfte mit Kost und Unterkunft mit 3226 Stunden jährlich an.⁶

Auch bei den Arbeitskräften in Hausgemeinschaft schwanken die tariflichen Arbeitszeiten in den einzelnen Bundesländern. Nach dem Stand Ende 1957 ergeben sich folgende extreme Werte: Der Tarifvertrag für Landarbeiter im Tarifgebiet Nordrheinland vom 23. 4. 1956 begrenzt die Vor- und Nacharbeiten auf 10 Stunden wöchentlich.⁷ Der Rahmentarif für landwirtschaftliche Arbeitnehmer in Kost und Wohnung (Dienstboten) in Bayern vom 5. 6. 1951 geht in § 4 Abs. 2 weit über diese Grenze hinaus.⁸

„Die regelmäßige Arbeitszeit ohne Pausen darf in den 4 Wintermonaten 64 Stunden je Woche, in den 8 übrigen Monaten 70 Stunden je Woche nicht übersteigen.“

Nach dem Stand Ende 1957 dürfte die tarifliche Jahresarbeitszeit für Arbeitnehmer in Hausgemeinschaft bei durchschnittlich 3300 Stunden liegen. Der Manteltarifvertrag für Landwirtschaft und Weinbau in Rheinland-Pfalz vom 1. 7. 1958 kennt keine Regelung der Arbeitszeit für Arbeitnehmer in Hausgemeinschaft.

Über die in der Praxis üblichen Arbeitszeiten geben statistische Repräsentativ-Erhebungen einen Einblick. Im Gegensatz zu den periodischen Erhebungen in der Industrie wurden in der Landwirtschaft nur sehr selten repräsentative Untersuchungen durchgeführt. Es gibt lediglich die Lohnerhebungen in der Landwirtschaft für das Jahr 1937,⁹ und 1949/50¹⁰ sowie die Gehalts- und Lohnstrukturerhebung in der Landwirtschaft 1953.¹¹ Zur Darstellung der Arbeitszeit bieten jedoch nur die beiden letzten auswertbare Unterlagen, da für die Lohnerhebung 1937 keine Arbeitszeitauswertung vorliegt.

Die Lohnerhebung 1950 wählte aus jedem Landkreis 10 bis 15 Betriebe. Im gesamten Lande Rheinland-Pfalz umfaßte die Untersuchung 484 Betriebe, darunter waren nur 202 mit weniger als 20 ha. Legt man die Zahlen der LBZ 1949 zugrunde, so wurde jede 22. männliche und jede 28. weibliche familienfremde Arbeitskraft erfaßt.¹² Die Ermittlung der bezahlten Arbeitsstunden, die als Erhebungsmerkmal dienten, stieß bei den Monatslöhnern (vorwiegend Gesinde) auf Schwierigkeiten.

Aus der Verteilung der erfaßten Arbeitskräfte auf die Jahresarbeitszeitgruppen lassen sich Schlüsse auf die übliche landwirtschaftliche Arbeitszeit ziehen. Tabelle 6 stellt die

⁶ Küper, a. a. O., S. 339.

⁷ Manteltarifvertrag für Landarbeiter in Nordrheinland vom 23. 4. 1956.

⁸ Rahmentarif für landwirtschaftliche Arbeitnehmer in Kost und Wohnung (Dienstboten) in Bayern vom 5. 6. 1951.

⁹ Die amtliche Lohnerhebung in der Landwirtschaft für das Jahr 1937, in: Wirtschaft und Statistik, 21. Jg. (1941), Nr. 21, S. 403 ff.

¹⁰ Die Arbeiterverdienste in der Landwirtschaft 1950, Statistische Berichte, Arb.-Nr. VI/16/1, erschienen am 31. Mai 1952, hrsg. Statistisches Bundesamt Wiesbaden. Im folgenden zitiert: Statistische Berichte, Arb.-Nr. VI/16/1.

Für Rheinland-Pfalz: Die Lohnerhebungen 1949/50 in der Landwirtschaft, im Weinbau und in der Forstwirtschaft in Rheinland-Pfalz, Kleine Schriftenreihe des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz, Heft 21. Im folgenden zitiert: Kleine Schriftenreihe des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz, Heft 21.

¹¹ Die Verdienste in der Land- und Forstwirtschaft, Heft 2: Verdienste der Arbeiter und Angestellten in der Landwirtschaft, Statistik der Bundesrepublik Deutschland, Band 92. Im folgenden zitiert: Statistik der Bundesrepublik Deutschland, Band 92, Heft 2. Ferner: Die Verdienste der Arbeiter in der Landwirtschaft 1953, Statistische Berichte, Arb.-Nr. VI/16/2, erschienen am 3. 2. 1956, hrsg. vom Statistischen Bundesamt Wiesbaden. Im folgenden zitiert: Statistische Berichte, Arb.-Nr. VI/16/2.

Für Rheinland-Pfalz: Die Gehalts- und Lohnstrukturerhebungen in Rheinland-Pfalz, Statistik von Rheinland-Pfalz, Band 33C/D. Im folgenden zitiert: Statistik von Rheinland-Pfalz, Band 33C/D.

¹² Errechnet vom Verfasser nach: Statistische Berichte, Arb.-Nr. VI/16/1, a. a. O., S. 4.

prozentuale Verteilung der Arbeitskräfte auf die Jahresarbeitszeitgruppen dar. Bei den Arbeitskräften, die unter 2 000 Stunden beschäftigt waren, handelte es sich vorwiegend um vorübergehend Beschäftigte, denn die durchschnittliche Jahresarbeitszeit der Arbeitskräfte „unter 2 000 Stunden“ lag bei 1 000 bis 1 200 Stunden.¹³ Tabelle 6 zeigt deutlich, daß Gesindekräfte und Facharbeiter zu einem weit größeren Teil die höchste Jahresarbeitszeitgruppe besetzten als die Landarbeiter. Die Hälfte der männlichen Facharbeiter und zwischen 1/3 bis zur Hälfte der männlichen Gesindekräfte arbeiteten 2 750 Stunden und mehr.

Tabelle 6

Erfaßte Arbeitskräfte nach Geschlecht, Jahresarbeitszeit- und Arbeitergruppen¹⁴

Arbeitergruppe	Arbeitskräfte					
	davon mit einer Jahresarbeitszeit					
	von ... bis unter ... Stunden					
	insgesamt 2000		2000	2250	2500	2750
			bis	bis	bis	und
			2250	2500	2750	mehr
	Anzahl	in vH	in vH	in vH	in vH	in vH
(männlich)						
Ungelernte Gesindekräfte	1376	43	3	6	10	38
Gelernte Gesindekräfte	5528	34	4	5	8	49
Ungelernte Landarbeiter	484	41	5	12	17	25
Gelernte Landarbeiter	4841	24	5	12	27	32
Facharbeiter	3863	25	3	7	15	50
Jugendliche Gesindekräfte	3344	46	6	6	7	35
Jugendliche Landarbeiter	592	41	5	9	19	26
(weiblich)						
Ungelernte Gesindekräfte	718	40	6	6	8	40
Gelernte Gesindekräfte	2696	34	4	5	7	50
Ungelernte Landarbeiter	558	80	5	4	4	7
Gelernte Landarbeiter	2838	75	6	6	6	7
Facharbeiter	326	37	5	7	8	43
Jugendliche Gesindekräfte	2365	42	5	6	6	41
Jugendliche Landarbeiter	454	74	6	7	5	8

¹³ Statistische Berichte, Arb.-Nr. VI/16/1, a. a. O., S. 7.

¹⁴ Statistische Berichte, Arb.-Nr. VI/16/1, a. a. O., S. 6.

Für Rheinland-Pfalz wurde die durchschnittliche Jahresarbeitszeit der Arbeitskräfte in der höchsten Gruppe für männliche Gesindekräfte im Alter von 21 und mehr Jahren mit 3 076, unter 21 Jahren mit 3 097 und für weibliche Gesindekräfte mit 3 025 bzw. 3 095 Stunden angegeben. Die Facharbeiter der höchsten Jahresarbeitszeitklasse arbeiteten durchschnittlich 3 085 Stunden; die Landarbeiter im Alter von 21 und mehr Jahren waren dagegen im Durchschnitt 2 997 Stunden im Jahr beschäftigt.^{15 16}

Abgesehen von den Ländern Bayern und Württemberg-Hohenzollern, die besonders hohe Arbeitszeiten aufwiesen, ergaben sich zwischen den einzelnen Bundesländern nur geringe Unterschiede.¹⁷

Auch die Ergebnisse der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1953 wurden auf repräsentativem Wege gewonnen. Die Untersuchung erfaßte etwa 6 vH aller landwirtschaftlichen Betriebe mit 5 und mehr ha, die nach der LBZ 1949 familienfremde Arbeitskräfte beschäftigten. Wegen des schwankenden Arbeitsanfalls wurden auch in dieser Erhebung Jahresarbeitszeiten ermittelt. Quantitatives Erhebungsmerkmal waren im Gegensatz zu der Lohnerhebung 1950 die geleisteten Arbeitsstunden.¹⁸ Außerdem bezog sich die Untersuchung bezüglich der Jahresarbeitszeiten nur auf die Stundenlöhner der Dauerarbeitskräfte¹⁹ und Facharbeiter, da der Arbeitszeitnachweis auf geleistete Stunden abgestellt war, für die geleisteten Arbeitsstunden der Monatslöhner jedoch keine Anschreibung in den Betrieben vorlag.

Die Verteilung der im Bundesgebiet erfaßten Stundenlöhner auf die entsprechenden Jahresarbeitszeitklassen geht aus den Tabellen 7 und 8 hervor. Für die männlichen Arbeitergruppen lag die größte Häufung bei der Jahresarbeitszeitgruppe „2 500 bis unter 2 750 Stunden“, die rund die Hälfte der Landarbeiter und Jugendlichen aufnahm. 39,5 vH der Landarbeiter und 30,4 vH der Jugendlichen arbeiteten 2 750 und mehr Stunden. Zwischen 2 500 und 3 000 Stunden waren rund 3/4 der männlichen Dauerarbeitskräfte beschäftigt. Auch die Jahresarbeitsgruppe „2 250 bis unter 2 500 Stunden“ war noch relativ stark besetzt. Die Jahresarbeitszeiten der Hilfsarbeiter zeigten eine breite Streuung. Nur 26,7 vH arbeiteten zwischen 2 500 und 2 750 Stunden.

Die Facharbeiter leisteten die meisten Arbeitsstunden. Die Gruppe „2 500 bis unter 2 750 Stunden“ nahm 36,3 vH auf, während die nächsthöhere noch mit 34,9 vH besetzt war. Mehr als 9/10 der Facharbeiter arbeiteten 2 500 und mehr Stunden, rund 7/10 zwischen 2 500 und 3 000 Stunden und rund 2/10 über 3 000 Stunden.

Im Gegensatz zu den männlichen Arbeitskräften wiesen die Arbeitszeiten der weiblichen sehr weite Streuungen auf; über das Jahr gerechnet war keine deutliche Schwerpunktbildung zu erkennen. Im allgemeinen besetzten die weiblichen Arbeitskräfte mehr als die männlichen die niedrigeren Jahresarbeitszeitgruppen.

Die durchschnittliche Jahresarbeitszeit aller Dauerarbeitskräfte unterschied sich in den einzelnen Bundesländern nur wenig voneinander; eine Tatsache, die auch bereits in der Lohnerhebung 1950 festgestellt werden konnte. Zwischen 2 737 und 2 932 Stunden schwank-

¹⁵ Statistische Berichte, Arb.-Nr. VI/16/1, a. a. O., S. 7.

¹⁶ Auf eine prozentuale Verteilung der Arbeiter in Landwirtschaft und Weinbau in Rheinland-Pfalz wurde wegen der teilweise geringen Erhebungsmassen zugunsten einer Aufteilung für das gesamte Bundesgebiet verzichtet. Die starke Häufung in der höchsten Jahresarbeitszeitklasse war auch in Rheinland-Pfalz festzustellen. (Kleine Schriftenreihe des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz, Heft 21, a. a. O., S. 83 ff.)

¹⁷ Statistische Berichte, Arb.-Nr. VI/16/1, a. a. O., S. 7.

¹⁸ Geleistete Arbeitsstunden = geleistete Normal- und Überstunden ohne Stunden, für die Urlaubsent-schädigung gewährt wurde. (Statistik der Bundesrepublik Deutschland, Band 92, Heft 2, a. a. O., S. 18.)

¹⁹ Dauerarbeitskräfte = ständige Arbeitskräfte, die während des ganzen Jahres oder des größten Teiles des Jahres beschäftigt waren. (Statistik der Bundesrepublik Deutschland, Band 92, Heft 2, a. a. O., S. 5.)

Tabelle 7

Erfafte Arbeitskräfte im Stundenlohn nach ausgewählten Arbeitergruppen, Geschlecht und Jahresarbeitszeiklassen, Februar 1953 bis Januar 1954

(Ergebnisse der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung in der Landwirtschaft 1953)²⁰

Arbeitergruppe (männlich)	Arbeitskräfte									
	davon mit einer Jahresarbeitszeit von ... bis unter ... Stunden									
	insgesamt	unter 1000	1000 — 1500	1500 — 2000	2000 — 2250	2250 — 2500	2500 — 2750	2750 — 3000	3000 — 3250	3250 und mehr
Anzahl										
										vH
Dauerarbeitskräfte* im Alter von 21 und mehr Jahren	4487	0,7	0,6	1,1	1,3	10,0	47,3	28,6	6,6	3,8
davon: Hilfsarbeiter	135	8,1	11,1	13,3	3,0	15,5	26,7	11,9	3,0	7,4
Landarbeiter	4352	0,4	0,3	0,7	1,2	9,9	48,0	29,1	6,7	3,7
im Alter von 14 bis unter 21 Jahren	313	—	0,6	1,3	1,9	13,4	52,4	24,0	4,5	1,9
Facharbeiter mit Spezialausbildung	2109	—	—	0,4	0,7	6,5	36,3	34,9	12,9	8,3

* Ohne Facharbeiter mit Spezialausbildung

²⁰ Statistik der Bundesrepublik Deutschland, Band 92, Heft 2, a. a. O., S. 19.

Tabelle 8

Erftöfte Arbeitskräfte im Stundenlohn nach ausgewählten Arbeitergruppen, Geschlecht und Jahresarbeitszeitklassen, Februar 1953 bis Januar 1954

(Ergebnisse der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung in der Landwirtschaft 1953)²¹

Arbeitergruppe (weiblich)	Arbeitskräfte									
	davon mit einer Jahresarbeitszeit von ... bis unter ... Stunden									
	insgesamt	unter 1000	1000 — 1500	1500 — 2000	2000 — 2250	2250 — 2500	2500 — 2750	2750 — 3000	3000 — 3250	3250 und mehr
Anzahl										
vH										
Dauerarbeitskräfte* im Alter von 21	1217	8,5	16,1	16,1	9,4	18,3	17,3	9,2	2,8	2,3
davon: Hilfsarbeiter	145	21,4	33,8	25,5	4,1	5,5	4,8	2,1	0,7	2,1
Landarbeiter	1072	6,7	13,7	14,8	10,1	20,1	19,0	10,2	3,1	2,3
im Alter von 14 bis unter 21 Jahren	99	1,0	5,1	9,1	12,1	22,2	36,4	12,1	2,0	—
Facharbeiter mit Spezialausbildung	26	—	3,9	7,7	11,5	3,8	3,9	11,5	26,9	30,8

* Ohne Facharbeiter mit Spezialausbildung

²¹ Statistik der Bundesrepublik Deutschland, Band 92, Heft 2, a. a. O., S. 19.

ten die durchschnittlichen Jahresarbeitszeiten aller Dauerarbeitskräfte in den Ländern.²² Die entsprechenden Arbeitszeitangaben für Rheinland-Pfalz bezogen sich in der Landwirtschaft nur auf die das ganze Jahr über beschäftigten landwirtschaftlichen Arbeitskräfte in Stundenlohn in 84 Betrieben mit 50 und mehr ha,²³ im Weinbau auf 45 Betriebe mit 10 und mehr ha Rebland.²⁴ Die in der Bundesrepublik festgestellte Schwerpunktbildung in der Jahresarbeitszeitgruppe „2 500 bis unter 2 750 Stunden“ bei den männlichen Arbeitskräften traf sowohl für die Landwirtschaft als auch für den Weinbau in Rheinland-Pfalz zu.²⁵ Die Streuung um diese Gruppe entsprach in Landwirtschaft und Weinbau der für das Bundesgebiet ermittelten Tendenz: Die männlichen Arbeitskräfte verteilten sich, soweit sie nicht die Gruppe „2 500 bis unter 2 750 Stunden“ besetzten, auf die folgenden höheren; die weiblichen ohne deutliche Schwerpunktbildung vorwiegend auf die Klassen bis zu 2 750 Stunden.²⁶

Die aus Betrieben mit 50 und mehr ha gewonnenen Ergebnisse können allerdings nicht als charakteristisch für die Arbeitszeit der Arbeitskräfte in den klein- und mittelbäuerlichen Betrieben Rheinheßens angesehen werden. In diesen Betrieben ist die Spezialisierung nicht so weit möglich wie in größeren, so daß ein beträchtlicher Teil dieser Arbeitskräfte mit zusätzlichen Vor- und Abschlußarbeiten belastet ist.

Infolge methodischer Unterschiede und mangelnder Übereinstimmung der Teilerhebungs- massen und Erhebungsmerkmale sind die Ergebnisse der Erhebungen 1950 und 1953 nicht miteinander vergleichbar. Dagegen bieten die Arbeitszeiten einzelner Arbeitergruppen innerhalb ein und derselben Erhebung Vergleichsmöglichkeiten.

Die bezahlten Arbeitsstunden der Gesindekräfte geben nur einen ungefähren Anhalt über die effektiv geleisteten Stunden, für die keine amtlichen statistischen Unterlagen zur Verfügung stehen. Hierüber geben lediglich nichtamtliche Befragungen Auskunft.²⁷

Nach der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1953 arbeiteten 67 vH aller erfaßten Stundenlöhner zwischen 2 500 und 3 000 Stunden. Nur 21 vH waren weniger als 2 500 Stunden beschäftigt, 40 vH zwischen 2 500 und 2 750 und 12 vH sogar über 3 000 Stunden.²⁸ Die gegenwärtig gültigen tariflichen Arbeitszeiten stimmen somit für einen großen Teil der Arbeiterschaft mit den effektiv geleisteten Arbeitsstunden überein, wie sie durch die Erhebung 1953 ermittelt wurden.

Während bezüglich der tariflichen Arbeitszeit der Landarbeiter eine Tendenz zur Arbeitszeitverkürzung nach dem Ersten Weltkrieg festgestellt werden kann,²⁹ liegen Vergleichsunterlagen für die effektiv geleisteten Arbeitsstunden nicht vor.

Daß sich aber auch in der Landwirtschaft, zumindest in den Großbetrieben von „50 ha und mehr“, eine Tendenz zur Arbeitszeitverkürzung anbahnt, geht aus Tabelle 9 hervor. Gegenüber September 1953 weist die Tabelle für den September 1957 bei den Landarbeitern 2,6 vH und bei den Spezialarbeitern 4,5 vH weniger bezahlte Arbeitsstunden aus. Auch beim Vergleich von März 1957 mit dem gleichen Monat des Jahres 1958 ergibt sich für beide Arbeitergruppen ein Rückgang an bezahlten Arbeitsstunden.

²² Statistik der Bundesrepublik Deutschland, Band 92, Heft 2, a. a. O., S. 93 ff.

²³ Vgl. hierzu Tabelle 4.

²⁴ In Rheinheßens wurden nach der LBZ 1949 nur 24 Betriebe mit 10 und mehr ha Rebfläche gezählt, d. s. 0,13 vH der Betriebe mit Rebfläche überhaupt. (Errechnet vom Verfasser nach: Statistik von Rheinland-Pfalz, Band 16, a. a. O., S. 41.)

In Rheinland-Pfalz wurden in der Landwirtschaft 150 männliche und 37 weibliche, im Weinbau 523 männliche und 108 weibliche Arbeitskräfte im Stundenlohn erfaßt. (Statistik von Rheinland-Pfalz, Band 33C/D, a. a. O., S. 63, 133.)

²⁵ 37,3 vH der erfaßten Stundenlöhner in der Landwirtschaft und 37,7 vH im Weinbau gehörten dieser Klasse an. (Errechnet vom Verfasser nach: Statistik von Rheinland-Pfalz, Band 33C/D, a. a. O., S. 63, 133.)

²⁶ Statistik von Rheinland-Pfalz, Band 33C/D, a. a. O., S. 63, 133.

²⁷ Siehe S. 17.

²⁸ Errechnet vom Verfasser nach: Statistische Berichte, Arb.-Nr. VI/16/2, a. a. O., S. 9.

²⁹ Siehe S. 10 f., Fußnote ⁶¹ S. 14, S. 18, Fußnote ² S. 26.

Tabelle 9

Die Entwicklung der durchschnittlich bezahlten Arbeitsstunden in der Landwirtschaft³⁰

Sept. 1953	September 1957		März 1957	März 1958	
Stunden	Stunden	Abnahme in vH	Stunden	Stunden	Abnahme in vH
Männliche Landarbeiter					
236,9	230,7	./ 2,6	218,2	216,1	./ 1,0
Männliche Spezialarbeiter					
246,8	235,8	./ 4,5	224,7	210,5	./ 6,3

2. Die Landarbeit in arbeitsphysiologischer Sicht

Wenn auch für die Einführung einer Arbeitszeitverkürzung letzten Endes weniger arbeitsphysiologische als vielmehr politische und soziale Gesichtspunkte maßgebend sind, so muß doch auf die Schwere der Landarbeit hingewiesen werden, zumal sich aus der besonderen Betriebs- und Arbeitskräftestruktur in der Landwirtschaft für bestimmte Personengruppen Gefahrenquellen ergeben können. Wie im folgenden gezeigt wird, spielt die Arbeitszeitverkürzung als Schutzmaßnahme noch eine wichtige Rolle.

Daß bei der Einführung des Achtstundentages in der Industrie nach dem Ersten Weltkrieg den arbeitsphysiologischen Gesichtspunkten eine untergeordnete Bedeutung beigemessen wurde, hebt LEHMANN deutlich hervor: „Maßgebend für das Streben nach dem Achtstundentag wie auch für die gesetzliche Regelung nach dem Ersten Weltkrieg war nicht der Gedanke, Beanspruchung und Leistungsfähigkeit in Übereinstimmung zu bringen, auch nicht so sehr die Forderung, gesundheitliche Schäden zu vermeiden, sondern es waren in erster Linie soziale Gesichtspunkte.“ Es galt, dem Arbeiter mehr Freizeit zuzubilligen. „Er sollte Zeit und Kraft finden, am kulturellen und politischen Leben teilzunehmen.“³¹ RIES und PRIEBE vertreten die Ansicht, daß für die Dauer der Landarbeitszeit die arbeitsmarktpolitische Situation und weniger arbeitsphysiologische Fragen ausschlaggebend sind. „Im übrigen wird die tatsächliche Länge der täglichen Arbeitszeit heute und in Zukunft weniger durch arbeitsphysiologische Erwägungen entschieden als vielmehr durch die hauptsächlichsten Bewerber um die Arbeitskraft des Landarbeiters, die Industrie und das Baugewerbe“, schreibt RIES.³² Bei PRIEBE lesen wir: „Es kommt heute weniger darauf an, was man dem Menschen ohne Überbeanspruchung zumuten kann, wichtiger ist die Frage, was er zu leisten bereit ist. Ihre Beantwortung ergibt sich aus dem Vergleich

³⁰ Die Arbeiterverdienste in der Landwirtschaft, in: Wirtschaft und Statistik, 10. Jg. N.F. (1958), Heft 8, S. 444.

³¹ Lehmann, Gunther, Praktische Arbeitsphysiologie, Stuttgart 1953, S. 336.

³² Ries, Ludwig Wilhelm, Arbeitstechnik und Arbeitswirtschaft, in: Handbuch der Landwirtschaft, 2. Auflage, 5. Band: Wirtschaftslehre des Landbaues, hrsg. von Prof. Dr. E. Woermann, Berlin und Hamburg 1954, S. 276 f.

mit anderen Berufen.“³³ Für diese Leistungsbereitschaft ist die Differenz in der Arbeits- schwere in landwirtschaftlicher und nichtlandwirtschaftlicher Tätigkeit entscheidend. Im folgenden soll die arbeitsphysiologische Frage der Landarbeit kurz behandelt werden.

Die Beurteilung der Landarbeit allein auf der Grundlage der rein körperlichen Anstrengung, wobei der Kalorienverbrauch als Maßstab dient, berücksichtigt nur eine Seite der Beanspruchung des arbeitenden Menschen. Die zunehmende Mechanisierung erhöht die nervlichen Anforderungen an den Arbeitenden sowohl in der Landwirtschaft als auch in der Industrie. Für diese Beanspruchung stehen jedoch keine Meßmethoden zur Verfügung. Dadurch wird der Aussagewert eines auf den reinen kalorienmäßigen Verbrauch abgestellten Vergleichs vermindert, was bei folgender Gegenüberstellung zu berücksichtigen ist. Hierbei wird von Berufen ausgegangen, deren Arbeitsverrichtungen relativ einseitig erfolgen und daher einer Messung des Kalorienverbrauchs keine besonderen Schwierigkeiten entgegenstellen.

Für den Fuhrknecht gibt LEHMANN bei achtsündiger Arbeitszeit einen Tagesumsatz von 3 000 bis 3 600 kcal an, eine Leistung, die in der Industrie und im Gewerbe von vielen Berufen überschritten wird.³⁴

Bei dem Traktorenführer, dessen Tagesumsatz an Kalorien mit 2 800 bis 3 200 kcal³⁵ relativ gering ist, ändert sich unter Zugrundelegung einer zehnstündigen Arbeitszeit je nach der zu verrichtenden Tätigkeit der Tagesbedarf bis auf 4 800 kcal und erreicht damit die Schwerstarbeit eines Holzfällers, Sackträgers oder eines Kohlenhauers.³⁶ Diese besonders anstrengenden Arbeiten fallen jedoch nur vorübergehend im landwirtschaftlichen Betrieb an.

Ein besonders hoher täglicher Kalorienbedarf entsteht bei ausgesprochener Handarbeit, die im bäuerlichen Betrieb je nach Mechanisierungsgrad zwischen 65 und 80 vH der im Betrieb geleisteten Arbeit (ohne Hausarbeit) liegt.³⁷ Die von LEHMANN angegebenen Werte hinsichtlich des Winzers an der Mosel und des Erntearbeiters in Ungarn mit 3 600 bis 4 800 bzw. 4 600 bis 6 000 kcal Tagesumsatz, bezogen auf acht Arbeitsstunden pro Tag, geben einen Anhaltspunkt für die Arbeitsleistung bei ausgesprochener Handarbeit.³⁸

Bei der arbeitsphysiologischen Beurteilung im kleineren, vielseitigen landwirtschaftlichen Betrieb ist zu berücksichtigen, daß die anfallende Arbeit sich aus einer Vielzahl einzelner oft nur kurze Zeit beanspruchenden Verrichtungen zusammensetzt, die zudem durch Pausen voneinander getrennt sind. Durch diese natürlichen Unterbrechungen entstehen gegenüber dem meist durch die Maschine vorgeschriebenen Arbeitstempo in der industriellen Wirtschaft arbeitsphysiologische Vorteile, die im gewissen Rahmen längere Arbeitszeiten in der Landwirtschaft vertretbar erscheinen lassen. Dagegen vergrößert sich die Arbeitsleistung in der Landwirtschaft gegenüber der Industrie durch die meist längere Arbeitszeit.³⁹ Mit zunehmender Mechanisierung treten nun an die Stelle der die körperliche Kraft stark beanspruchenden Landarbeit physiologisch leichtere Maschinenarbeiten. Gerade diese be-

³³ Priebe, Hermann, Landarbeit heute und morgen, Hamburg und Berlin 1953, S. 26.

³⁴ Lehmann, a. a. O., S. 141.

³⁵ Siehe Fußnote ³⁴.

³⁶ Dupuis, H., Preuschen, R. und Schulte, B., Zweckmäßige Gestaltung des Schlepperführerstandes, Schriftenreihe Landarbeit und Technik, Heft 20, 1955, S. 22 f.

³⁷ Biesalski, E., Der Umfang der Handarbeit im bäuerlichen Betrieb, in: Berichte über Landwirtschaft, N.F., Band XXXV (1957), Heft 4, S. 866 f.

³⁸ Siehe Fußnote ³⁴.

³⁹ Wander errechnete einen Durchschnittswert aus den verschiedenen Arbeiten im Jahresablauf. Unter Berücksichtigung der längeren Arbeitszeit in der Landwirtschaft überstieg die Arbeitsleistung des Landwirts noch die des Kohlenhauers. (Wander, Johann-Friedrich, Der Leerlauf in der bäuerlichen Arbeit, Diss. Göttingen 1952, S. 58.)

sonders schweren Arbeiten, wie zum Beispiel das Mähen,⁴⁰ Graben,⁴¹ Mistladen,⁴² Pflügen⁴³ und Melken,⁴⁴ werden durch mechanische und elektrische Kräfte erleichtert. Allerdings müssen auch heute noch in den meisten Betrieben zumindest das Melken und Mistladen allein durch menschliche Muskelkraft ausgeführt werden.

Die Landarbeit gilt allgemein als eine gesunde Tätigkeit. Wenn trotzdem körperliche Überbeanspruchung durch die Landarbeit und dadurch hervorgerufene gesundheitliche Schäden in verstärktem Maße auftreten,⁴⁵ so liegt der Grund vor allem darin, daß Arbeitskräfte mit Arbeiten beschäftigt werden, die ihrer körperlichen Leistungsfähigkeit nicht angemessen sind. Insbesondere in bäuerlichen Betrieben liegt die Gefahr einer gesundheitlichen Schädigung durch die starke Heranziehung der Frauen,⁴⁶ Kinder,⁴⁷ Jugendlichen⁴⁸ und älteren Personen nahe. Die weite Verbreitung der ständigen Beschäftigung von Personen mit 65 und mehr Jahren geht aus der Repräsentativerhebung im Juli 1956 hervor. Danach waren im Bundesgebiet (ohne Hamburg und Bremen) 10,6 vH der voll im landwirtschaftlichen Betrieb oder im Haushalt beschäftigten Betriebsinhaber, -inhaberinnen und Familienangehörigen 65 und mehr Jahre alt. Mit abnehmender Betriebsgröße stieg der Anteil der älteren familieneigenen Vollarbeitskräfte. In den Betrieben zwischen 0,5 und 10 ha standen 12,2 vH der vollbeschäftigten familieneigenen Arbeitskräfte im Alter von 65 und mehr Jahren, während die Betriebe über 20 ha nur 6,7 vH 65jährige und ältere Personen zählten.⁴⁹ Auch gegenüber der übrigen Wirtschaft sind in der Landwirtschaft mehr ältere Personen beschäftigt. Die Altersgliederung der Erwerbspersonen in Rheinland-Pfalz zählte in der Berufsabteilung Pflanzenbau und Tierwirtschaft 15,5 vH 60- und mehrjährige Personen, allein 9,2 vH 65- und mehrjährige Arbeitskräfte; dagegen waren in den übrigen Berufszweigen nur 5,9 vH 60- und mehrjährige Personen beschäftigt. 2,5 vH der Erwerbspersonen waren 65 und mehr Jahre alt.⁵⁰

Die Landarbeit verliert durch die Mechanisierung in zunehmendem Maße an Schwere. An die Stelle körperlicher Kolonnenarbeit treten erhöhte Aufmerksamkeit und Können bei maschineller Einzelarbeit. Fordert die gesteigerte nervliche Anforderung eine kurze Arbeitszeit, so macht die noch weit verbreitete Verlagerung der Landarbeit auf schwächere Schultern eine andere Arbeitsverteilung unter Ausschaltung der gesundheitsschädigenden schweren Arbeiten notwendig.

In vielen Fällen jedoch wird die verstärkte Maschinenanwendung sowohl die Arbeit erleichtern als auch die geforderte kurze Arbeitszeit durch schnellere maschinelle Arbeits erledigung ermöglichen.

3. Die Arbeitszeit der Frauen in der Landwirtschaft

Der Frauenarbeit kommt in der Landwirtschaft eine besondere Bedeutung zu. Gegenüber der übrigen Wirtschaft setzen sich die landwirtschaftlichen Arbeitskräfte zum überwiegen-

⁴⁰ Spitzer gibt den Kalorienbedarf je Minute mit 7,3 bis 8,3 kcal an. Das entspricht dem Radfahren auf glatter Straße ohne Gegenwind bei einer Geschwindigkeit von 20 km/Std. (Lehmann, a. a. O., S. 150, 152).

⁴¹ Nach Spitzer 7,5 bis 10,7 kcal/Min. (Lehmann, a. a. O., S. 151).

⁴² Nach Schapperelle 5 kcal/Min. (Schapperelle, Ermittlungen über die Schwere einer Arbeit, in: Die Landarbeit, Mitteilungen der Studiengesellschaft für landwirtschaftliche Arbeitswirtschaft, Bad Kreuznach, 5. Jg. (1954), Folge 8, S. 73 ff.)

⁴³ Bei vierscharigem pferdebespanntem Pflug werden nach Spitzer 3,6 bis 4,9 kcal/Min. verbraucht. (Lehmann, a. a. O., S. 151.)

⁴⁴ Spitzer gibt für das Handmelken einen Kalorienverbrauch von 2,2 bis 3,2 kcal/Min. an. (Lehmann, a. a. O., S. 152.)

Die Energieersparnis beim Maschinenmelken errechnete Wirths mit 25 bis 30 vH. (Wirths, W., Arbeitsphysiologische Meßmethoden, in: Arbeiten der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft, Band 36: Mit Stoppuhr und Meßband in Hof und Feld, Frankfurt a. M. 1956, S. 26.)

⁴⁵ Siehe z. B. von Dietze/Rolfes/Weippert, a. a. O., S. 125.

⁴⁶ Siehe S. 35 ff.

⁴⁷ Siehe S. 42 ff.

⁴⁸ Siehe S. 45 ff.

⁴⁹ Errechnet vom Verfasser nach: Statistische Berichte, Arb.-Nr. III/27/1, a. a. O., S. 26 f.

⁵⁰ Errechnet vom Verfasser nach: Die Berufszählung in Rheinland-Pfalz. Landesergebnisse, Statistik von Rheinland-Pfalz, Band 18, S. 36 f.

den Teil aus weiblichen Personen zusammen. Tabelle 10 vermittelt ein Bild von der Zusammensetzung der Erwerbspersonen nach der Berufszählung 1950. Von 100 Erwerbspersonen der Wirtschaftsabteilung 0⁵¹ waren 56, in den übrigen Wirtschaftsabteilungen dagegen nur 29 weiblichen Geschlechts. Dieses Übergewicht hat seine Ursache in der großen Anzahl der mithelfenden Familienangehörigen in der Landwirtschaft, die vorwiegend Frauen sind.

Tabelle 10

Die Zusammensetzung der Erwerbspersonen in Rheinhessen nach der Stellung im Beruf und dem Geschlecht in der Wirtschaftsabteilung 0 und den übrigen Wirtschaftsabteilungen nach der Berufszählung 1950⁵²

Wirtschafts- abteilung	von 100								Aufteilung der Mit- helfenden in vH
	Erwerbs- personen		Beamten, Angest., Arbeitern	Selbst., Mithelfenden		Mithelfenden			
	m	w	waren	m	w	m	w		
Wirtschafts- abteilung 0	44	56	69	31	39	61	18	82	83
übrige W.-Abtlg.	71	29	72	28	65	35	27	73	17
zusammen	62	38	72	28	47	53	20	80	100

In den einzelnen Betriebsgrößenklassen verteilten sich Männer- und Frauenleistung sehr unterschiedlich (Tabelle 11). Mit abnehmender Betriebsgröße stieg der Anteil der Frauen an den ständigen Arbeitskräften. In den Betrieben bis unter 2 ha arbeiteten 36,6 vH der familieneigenen weiblichen Arbeitskräfte und stellten damit 71 vH der ständigen Kräfte.⁵³ Hier wirkte sich besonders die außerlandwirtschaftliche Tätigkeit der Männer aus, die nur zeitweise im Betrieb mitarbeiten. 87,1 vH der Betriebsinhaber, die ihren Betrieb im Nebenberuf bewirtschafteten, gehörten der Betriebsgrößenklasse bis unter 2 ha an.⁵⁴

⁵¹ Wirtschaftsabteilung 0 = Landwirtschaft, Tierzucht, Forst-, Jagdwirtschaft, Gärtnerei und Fischerei.

⁵² Errechnet vom Verfasser nach: Volkszählung am 13. 9. 1950. Die Berufszählung in Rheinland-Pfalz, Statistik von Rheinland-Pfalz, Band 13, Heft IV: Rheinhessen, S. 2 f. Im folgenden zitiert: Statistik von Rheinland-Pfalz, Band 13, Heft IV.

⁵³ Otremba schreibt mit Recht: „In Rheinhessen arbeitet die Frau für den Mann, der in der Fabrik steht.“ (Otremba, Erich, Allgemeine Agrar- und Industriegeographie. Erde und Weltwirtschaft. Ein Handbuch der allgemeinen Wirtschaftsgeographie, hrsg. von Dr. E. Lütgens, Band 3, Stuttgart 1953, S. 186.)

⁵⁴ Errechnet vom Verfasser nach: Statistik von Rheinland-Pfalz, Band 16, a. a. O., S. 67.

Tabelle 11

Die ständigen weiblichen familieneigenen und familienfremden Arbeitskräfte in den einzelnen Betriebsgrößenklassen in Rheinhessen nach der LBZ 1949⁵⁵

Größenklassen nach der LN in ha	Ständige weibliche Arbeitskräfte				von 100 ständigen Arbeitskräften waren	
	fam. eigene*		fam. fremde		m	w
	in 1000	in vH	in 1000	in vH		
0,1 bis unter 2	11,3	36,6	0,4	10,7	29	71
2 " " 5	8,4	27,0	0,6	15,9	45	55
5 " " 10	7,2	23,2	0,9	24,4	50	50
10 " " 20	3,6	1,4	1,1	30,2	55	45
20 und darüber	0,6	1,8	0,7	18,8	64	36
zusammen:	31,1	100,0	3,7	100,0	45	55

* = ständig im Betrieb beschäftigte Familienangehörige (Personen von 14 Jahren und darüber) und Inhaber der Betriebe (Privatpersonen), die ihren Betrieb im Hauptberuf selbst leiten.

Erschwerend kommt für diese Betriebe hinzu, daß sie infolge geringer Größe keine rentable Maschinenanwendung erlauben. „Die überwiegende Handarbeit ist daher ein Kennzeichen dieser Betriebe“,⁵⁶ schreibt SCHILLER. In zunehmendem Maße setzt sich jedoch auch in diesen Betrieben dank der guten Verdienstmöglichkeiten außerhalb der Landwirtschaft die Eigenmotorisierung durch. Außerdem wird die industrielle Arbeitszeitverkürzung und insbesondere der freie Sonnabend eine die Frau entlastende Wirkung ausüben können.⁵⁷ Auch in der Betriebsgrößenklasse 2 bis unter 5 ha überwogen noch die Frauen. Fast 2/3 der familieneigenen und 1/4 der familienfremden Arbeitskräfte waren in Betrieben bis zu 5 ha beschäftigt. Die Betriebsstruktur Rheinhessens erklärt somit das Überwiegen der familieneigenen Arbeitskräfte, d. h. der Bäuerinnen und sonstiger mithelfender Familienangehöriger, gegenüber den familienfremden, die sich zu rund 60 vH aus in die Hausgemeinschaft aufgenommenen Arbeitskräften(Mägde) zusammensetzen.⁵⁸ Den landwirtschaftlichen familienfremden Arbeitskräften wurde erst relativ spät der Sonderschutz für Frauen gewährt. Während das Mutterschutzgesetz von 1927⁵⁹ die landwirtschaftliche Arbeitskraft aus seinem Geltungsbereich ausschloß, bezogen erst die

⁵⁵ Errechnet vom Verfasser nach: Statistik von Rheinland-Pfalz, Band 16, a. a. O., S. 67, 70 f.

Aus Mangel an neueren Zahlen für Rheinhessen mußte auf das Erhebungsmaterial der LBZ 1949 zurückgegriffen werden. Aus den Zahlen der Repräsentativerhebung 1956 wurde vom Verfasser für das gesamte Land Rheinland-Pfalz ebenfalls die prozentuale Aufteilung wie in Tabelle 11 ermittelt. Dabei ergaben sich nur geringe Abweichungen gegenüber den in Tabelle 11 aufgeführten rheinhessischen Prozentzahlen. Mit einer gewissen Berechtigung darf daher angenommen werden, daß die prozentuale Aufteilung die Verhältnisse in Rheinhessen auch über den Zeitpunkt der Erhebung im Jahre 1949 hinaus wiedergibt.

⁵⁶ Schiller, O., Bedeutung und Zustand der Kleinlandwirtschaft im nördlichen Baden-Württemberg, in: Berichte über Landwirtschaft N.F., Band XXXIII (1955), Heft 1, S. 40.

⁵⁷ Siehe S. 57.

⁵⁸ Errechnet vom Verfasser nach: Statistik von Rheinland-Pfalz, Band 16, a. a. O., S. 71, 73.

⁵⁹ Gesetz über die Beschäftigung vor und nach der Niederkunft vom 16. Juli 1927, RGBl. I, S. 184, § 1 Abs. 2 Nr. 1.

Mutterschutzgesetze von 1942⁶⁰ und 1952⁶¹ die Landarbeiterinnen in den besonderen Arbeitsschutz mit ein. Die Festsetzung eines Hausarbeitstages durch die Freizeitanordnung von 1943⁶² hingegen blieb auf den Geltungsbereich der Arbeitszeitordnung beschränkt, die Arbeiterinnen waren daher von den Bestimmungen ausgeschlossen. Soweit keine Hausarbeitstagesgesetze in den Bundesländern diese Lücke ausfüllen⁶³ und auch keine tarifliche Regelungen erfolgten,⁶⁴ gilt lediglich § 14 der vorläufigen Landarbeitsordnung, wonach Landarbeiterinnen zur Versorgung des Hauswesens abends früher von der Arbeit zu entlassen und an den Vortagen von Weihnachten, Ostern und Pfingsten von der Arbeit vollkommen zu entbinden sind.⁶⁵

Über die effektiven Jahresarbeitszeiten der weiblichen Arbeitskräfte geben neben amtlichen statistischen Erhebungen zahlreiche Einzeluntersuchungen Auskunft, die insbesondere in den Jahren 1951, 1952 und 1953 auf Wunsch des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zum Zwecke der Erforschung und Förderung der Hauswirtschaft und des Lebensstandards der Familie durchgeführt wurden. Die Zusammenfassung aus verschiedenen Erhebungen, die insgesamt 266 bäuerliche Familienbetriebe⁶⁶ des gesamten Bundesgebietes umfaßten, wird in Tabelle 12 wiedergegeben.

Sowohl die jährlichen Arbeitszeiten als auch der Anteil der von weiblichen ständigen Arbeitskräften geleisteten betrieblichen Arbeit stiegen mit der von Norden nach Süden fallenden Betriebsgröße. Die Arbeitsleistung der Frauen und insbesondere der Bäuerinnen nahm mit steigendem Anteil der Betriebsarbeit zu, da sich die Hausarbeiten nicht entsprechend einschränken ließen.⁶⁷ Aus der Tabelle geht weiterhin die durchweg längere Arbeitszeit der Frauen gegenüber den Männern hervor. Im Durchschnitt arbeiteten die

Tabelle 12

Der Anteil der Betriebsarbeit am Gesamtarbeitsaufwand der ständigen weiblichen Arbeitskräfte und die Jahresarbeitszeit der ständigen männlichen und weiblichen Arbeitskräfte von 16 bis unter 65 Jahren für Betrieb und Haushalt in 266 bäuerlichen Familienbetrieben des Bundesgebietes (Durchschnittswerte)⁶⁸

Untersuchungsgebiet	Zahl der unter- suchten Betriebe	Durch- schnittliche Betriebs- größe in ha LN	Durch- schnittliche Arbeitszeit d. ständ. weibl. Arb. Kräfte für den Betr. in vH der Ges. Arb. Zeit	Jahresarbeitszeit der ständigen Arbeitskräfte im Alter von 16 bis unter 65 Jahren für Betrieb und Haushalt in Stunden	
				Männer	Frauen
Spalte	1	2	3	4	5
Nordwesten					
(Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Westfalen, Niederrhein)	110	23,7	27,4	2947	3330
Mitte					
(Süd-Niedersachsen, Hessen, Eifel)	65	13,4	46,6	3135	3636
Süden					
(Baden-Württemberg, Bayern)	91	12,4	51,0	3260	3744
Bundesgebiet:	266	17,3	40,8	3105	3547

Frauen täglich 1-2 Stunden länger als die Männer, wöchentlich zwischen 64 und 72 Stunden. Die ausgedehnte und vielseitige Arbeit wird nur durch die weniger intensive Arbeitsweise der bäuerlichen Arbeitskraft ermöglicht. „Im allgemeinen ist die Frau im bäuerlichen Betrieb nicht geneigt, so intensiv zu arbeiten wie etwa die Fabrikarbeiterin, deren Arbeit vom Band geregelt wird. Dafür ist ihr Arbeitstag zu lang und ihr Aufgabengebiet zu vielseitig“, schreibt IFFLAND.⁶⁹ Eine genaue Abgrenzung zwischen Beschäftigung und Arbeit ist im landwirtschaftlichen Betrieb und insbesondere im Haushalt schwer zu ziehen. Eine Hauptursache der langen Arbeitszeiten und der Überbelastung der Frauen liegt auch in den Mechanisierungs-, Rationalisierungs- und Strukturmängeln der bäuerlichen Betriebe begründet. „Ein Teil der Überlastung ist aber ohne Zweifel auf die schlecht rationalisierte Arbeitswirtschaft der Betriebe zurückzuführen. Die mangelhafte Kapitalausstattung und rückständige Arbeitsmethoden führen zu einem hohen Stundenaufwand je ha. Es bedarf wohl kaum der Erwähnung, daß gerade in den stark zersplitterten Betrieben des Realteilungsgebietes die unproduktive Arbeitszeit sich stark erhöht.“⁷⁰

Auch die Sonntagsarbeit (Kochen und Stallarbeit) und der mangelnde Ausgleich in den Wintermonaten durch tägliche Stallarbeit und den häuslichen Nachholbedarf aus arbeitsreichen Wochen wirken sich auf die jährliche Arbeitsleistung aus.

Bei den in Tabelle 12 aufgeführten Werten handelt es sich nur um Durchschnitte. Letzten Endes bleiben die jeweilige Betriebssituation und die mehr oder weniger erfolgreiche Abstimmung von Arbeitsbedarf und Arbeitsvermögen maßgebend. Während der Bedarf von der Betriebsgröße und der Intensität abhängig ist, bestimmt die Leistungsfähigkeit der Familienmitglieder und der unter Umständen außerdem mitarbeitenden ständigen und nicht-ständigen familienfremden Arbeitskräfte das Arbeitsvermögen des Betriebes. Diese Faktoren sind nur in gewissem Umfang variabel. Die Verkleinerung der Familienarbeitskapazität zum Beispiel läßt sich nicht in jedem Fall und zugleich durch zusätzliche Arbeitskräfte, Verpachtung, Mechanisierung oder Extensivierung kompensieren. Neben arbeitsmarktpolitischen und finanziellen Erwägungen spielen betriebswirtschaftliche Fragen des rentablen Maschineneinsatzes, der möglichen Kostenprogression bei Extensivierung und allgemeine Preis- und Absatzverhältnisse eine ausschlaggebende Rolle. Unter arbeitswirtschaftlich ungünstigen Umständen können die Arbeitszeiten die festgestellten Durchschnittswerte weit übersteigen.⁷¹

Die überlangen Arbeitszeiten der weiblichen Arbeitskräfte erklären sich auch aus dem Nebeneinander verschiedener Aufgabengebiete. Familie, Haushalt und Betrieb stellen an

⁶⁹ Gesetz zum Schutze der erwerbstätigen Mutter (Mutterschutzgesetz) vom 17. Mai 1942, RGBl. I, S. 321, § 1 Abs. 1.

⁷⁰ Gesetz zum Schutze der erwerbstätigen Mutter (Mutterschutzgesetz) v. 24. Januar 1952, BGBl. I, S. 69, § 1.

⁷¹ Anordnung über Arbeitszeitverkürzung für Frauen, Schwerbeschädigte und minderleistungsfähige Personen (Freizeitanordnung) vom 22. 10. 1943, RABl., 23. Jg. (1943), Nr. 30, S. 1 508, § 1 Satz 2.

⁷² In Rheinland-Pfalz gibt es kein Hausarbeitstagesgesetz. Auch der Tarifvertrag enthält keine derartige Regelung.

⁷³ Für das Nachbarland Hessen existiert im Manteltarifvertrag eine diesbezügliche Bestimmung (Landarbeitermanteltarif für das Land Hessen vom 8. 3. 1956, § 7 Absatz 2).

⁷⁴ Verordnung, betreffend eine vorläufige Landarbeitsordnung vom 24. Januar 1919, RGBl., S. 111.

⁷⁵ Es wurden auch Betriebe mit ständigen familienfremden Kräften (vorwiegend Gesinde) berücksichtigt. Für Rheinhessen liegen keine Untersuchungen vor. Jedoch geht man nicht fehl, wenn man die für die Mitte und den Süden der Bundesrepublik ermittelten Jahresarbeitszeiten auf die rheinhessischen Verhältnisse überträgt, zumal in Intensivkulturen, wie Wein- und Zuckerrübenbau, bestimmte Arbeiten ausschließlich von Frauen verrichtet werden.

⁷⁶ Der Aufwand an Hausarbeit für eine Vollverpflegungsperson lag in allen Betriebsgrößen ungefähr gleich hoch (Hage/Noß, a. a. O., S. 27; sowie: Iffland, Th., Die Arbeit der Bäuerin und die Frauenarbeit in bäuerlichen Familienbetrieben Niedersachsens, in: Berichte über Landwirtschaft N.F., Band XXXIV (1956), Heft 4, S. 646).

⁷⁷ Spalte 1, 2, 4 und 5 zusammengestellt nach: Küper, a. a. O., S. 342.

⁷⁸ Spalte 3 zusammengestellt nach: Institut für landwirtschaftliche Betriebslehre der Universität Bonn, 1956, zitiert nach: Grüner Plan 1957, a. a. O., S. 35.

⁷⁹ Iffland, a. a. O., S. 634.

⁸⁰ von Dietze/Rolfes/Weippert, a. a. O., S. 76.

⁸¹ Küper, a. a. O., S. 340.

die Frauen und insbesondere an die Bäuerinnen Leistungsforderungen, deren Vielfalt neben rein körperlicher Belastung auch eine ständige geistige Anspannung der Frauen mit sich bringt, „weil sie ständig vor neuen Aufgaben oder Entscheidungen, manuellen Anforderungen und vor allem vor immer neu auferlegten Verantwortlichkeiten stehen“.⁷² Über die Folgen dieser Arbeitssituation schreibt IFFLAND:⁷³ „Die Menge der zu bewältigenden Arbeit gekoppelt mit dem Vielerlei geben den Frauen häufig das Gefühl, nicht fertig und von der Arbeit gehetzt zu werden. Das wieder behindert eine ruhige Arbeitsplanung und schafft so unproduktive Mehrarbeit. Manche Bäuerin arbeitet hart an der Grenze gesundheitlicher Gefährdung oder hat diese Grenze bereits überschritten.“ Daß hier die Situation richtig wiedergegeben wird, geht aus den oben erwähnten Dorfuntersuchungen hervor, die von Krankheitserscheinungen infolge arbeitsmäßiger Überlastung, insbesondere durch mangelnde Schonung vor und nach der Entbindung, berichten.⁷⁴ Eine Besserung des gesundheitlichen Zustandes wird durch die in vielen Fällen fehlende Krankenversicherung erschwert. Im Juli 1956 waren in Rheinland-Pfalz nur 59,7 vH der männlichen und nur 55,3 vH der weiblichen voll im landwirtschaftlichen Betrieb beschäftigten Angehörigen der Betriebsinhaber krankenversichert.⁷⁵ Die Gefahr der Überlastung liegt dann nahe, wenn zu der Arbeit der Hausfrau Feld- und Stallarbeit hinzukommen. MÜLLER⁷⁶ stellt auf Grund von Untersuchungen fest, daß in diesem Fall rasch die Grenze dessen überschritten sei, was auf die Dauer als tragbar gelten könne. Daß ein Großteil der Frauen, insbesondere der Bäuerinnen, neben dem gesamten hauswirtschaftlichen Bereich auch Feld- und Stallarbeit verrichten, kann aus dem Grünen Bericht gefolgert werden. Hier wird festgestellt: „Nach wissenschaftlichen Untersuchungen übernehmen die weiblichen Arbeitskräfte in bäuerlichen Familienbetrieben durchschnittlich 54 bis 56 vH des gesamten land- und hauswirtschaftlichen Arbeitsaufwandes. An den Hof- und Stallarbeiten sind sie mit 30 bis 40 vH und an der Außenwirtschaft mit bis zu 30 vH des betriebswirtschaftlichen Arbeitsaufwandes beteiligt; Melkarbeiten werden zu 70 bis 80 vH von Frauen ausgeführt. Der hauswirtschaftliche Arbeitsaufwand wird fast ausschließlich ebenfalls von den Frauen geleistet.“⁷⁷ Mit Rücksicht auf die eigene Gesundheit und vor allem hinsichtlich der besonderen Aufgabe in der Familie muß die Frau vor Arbeitsüberhäufung geschützt werden. Neben der Entlastung von mühsamer Feldarbeit muß es Ziel der Landwirtschaft bleiben, die Frauen in erster Linie von den täglich anfallenden Hof- und Stallarbeiten zu entlasten, wozu eine neue Arbeitsverteilung zwischen Mann und Frau und eine weitgehende Technisierung der Innenwirtschaft beitragen kann. Da die Aufteilung der Arbeiten zwischen Mann und Frau in vielen bäuerlichen Betrieben weniger von rationellen als von traditionellen Gesichtspunkten bestimmt wird,⁷⁸ verbleibt der Sozialberatung ein weites Aufgabenfeld.

Die Mechanisierung und Elektrifizierung der Hof-, Stall- und Hauswirtschaft wurden bislang vernachlässigt. Die folgenden Beispiele geben einen Einblick in den Stand der Technisierung im Jahre 1950 in rheinhessischen Betrieben von 5 bis unter 20 ha LN.⁷⁹ Von diesen

⁷² von Strantz, A., Weniger ermüden und doch mehr leisten, in: Archiv der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft, Band 12, hrsg. vom Vorstand der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft (DLG), Frankfurt a. M. 1953, S. 18.

⁷³ Iffland, a. a. O., S. 635.

⁷⁴ von Dietze/Rolfes/Weippert, a. a. O., S. 124 f.

⁷⁵ Die Arbeitskräfte der Landwirtschaft im Juli 1956 in Rheinland-Pfalz, Kleine Schriftenreihe des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz, Heft 44, S. 33. Im folgenden zitiert: Kleine Schriftenreihe des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz, Heft 44.

⁷⁶ Müller, E. A., Die Leistungsfähigkeit von Mann und Frau, in: Die Landarbeit, Mitteilungen der Studiengesellschaft für landwirtschaftl. Arbeitswirtschaft, Bad Kreuznach, 5. Jg. (1954), Folge 11, S. 103.

⁷⁷ Grüner Plan 1957, a. a. O., S. 35.

⁷⁸ Gmelin, W., Der Einfluß der Landfrau auf die bäuerliche Veredlungswirtschaft und seine Berücksichtigung bei der Beratung im bäuerlichen Betrieb, in: Berichte über Landwirtschaft N. F., Band XXX (1952), Heft 2, S. 191 ff. Ferner: Rheinwald, H. und Pinkau, J., Technische Ausrüstung und Frauenarbeit im Stall, in: Die Landarbeit, Mitteilungen der Studiengesellschaft für landwirtschaftliche Arbeitswirtschaft, Bad Kreuznach, 5. Jg. (1954), Folge 10, S. 92 ff.

⁷⁹ Diese 6439 Betriebe (= 27 vH der Betriebe mit LN in Rheinhessen) bearbeiteten 58,5 vH der LN von Rheinhessen (siehe Tabelle 4).

Betrieben war nur jeder zweite mit einem Elektromotor und nur jeder neunte mit einem Elektrofutterdämpfer ausgerüstet. Jeder zehnte Betrieb hatte keine Wasserleitung, und obwohl fast überall Anschlüsse für elektrischen Strom vorhanden waren, besaß nur jeder fünfte Betriebshaushalt einen Elektroherd; im gesamten Gebiet von Rheinhessen hatten nur 21 Betriebe eine Melkmaschinenanlage.⁸⁰ Inzwischen jedoch dürfte in der Innenwirtschaft die Technik weiter Boden gewonnen haben. Bereits Ende 1953 arbeiteten 53 Betriebe in Rheinhessen mit Melkmaschinen. Allerdings hatten von diesen Betrieben nur 1/4 höchstens fünf Kühe. Dabei ist zu beachten, daß die Rindviehhaltung in Rheinhessen fast vollkommen auf Betriebe mit höchstens fünf Kühen beschränkt bleibt.⁸¹

Die Mechanisierung der Außenwirtschaft hingegen bedeutet nicht überall und in jedem Fall eine Entlastung der Frauen. Denn „die Gefahr, daß die Motorisierung für kürzere oder längere Zeit zu einer Überlastung der Bauersfrauen und Bauerntöchter führt, ist nicht von der Hand zu weisen“.⁸² Eine durch höhere Kosten erzwungene Intensivierung bringt unter Umständen mehr Hof- und Stallarbeiten mit sich, denen nicht gleichzeitig eine entsprechende Mechanisierung der Innenwirtschaft folgt.

Auch den überbetrieblichen Einrichtungen, die sowohl einen Teil der Stall- als auch der Hausarbeiten übernehmen können, wird besondere Aufmerksamkeit zu widmen sein. Während die Dorfgemeinschaftshäuser und die gewerblichen Betriebe eine hauswirtschaftliche Entlastung herbeizuführen vermögen, können durch gemeinschaftliche oder genossenschaftliche Melkanlagen oder auch durch die Beschäftigung eines Melkers für mehrere Betriebe die Stallarbeiten verringert werden.

Die weitgehende Übereinstimmung der von MÜNZINGER⁸³ im Jahre 1929 ermittelten Jahresarbeitszeiten, die für den Bauern mit durchschnittlich 3554 und für die Bäuerin mit 3933 angegeben wurden, mit den in den Nachkriegsuntersuchungen in kleinbäuerlichen Betrieben festgestellten Werten führt ROLFES auf die Tatsache zurück, „daß die zunächst relativ bescheidene Wirkung der fortschreitenden technischen Ausrüstung der kleinbäuerlichen Wirtschaft zum großen Teil darin bestanden hat, den Menschenverlust zu überwinden, denn sonst müßte die schon vor 25 Jahren als überaus schwer dargestellte Arbeitsbelastung sich inzwischen zur völligen Unerträglichkeit weiterentwickelt haben“.⁸⁴ Im Gebiet Rheinhessens lassen sich diese Veränderungen statistisch nicht nachweisen. Die Zahl der Arbeitskräfte stimmte in den landwirtschaftlichen Betriebszählungen von 1925⁸⁵, 1933⁸⁶ und auch 1949⁸⁷ ungefähr überein.⁸⁸ Auch die Technisierung blieb auf wenige Geräte und Maschinen beschränkt.⁸⁹

⁸⁰ Errechnet vom Verfasser nach: Statistik von Rheinland-Pfalz, Band 16, a. a. O., S. 117, 131, 135.

⁸¹ Errechnet vom Verfasser nach: Statistik von Rheinland-Pfalz, Band 16, a. a. O., S. 101 und: Verwendung von Melkmaschinen im Bundesgebiet, Statistische Berichte, Arb.-Nr. III/22/10, erschienen am 10. 8. 1954, S. 10, hrsg. vom Statistischen Bundesamt Wiesbaden.

⁸² Sprengel, Aenne, Rückwirkung der Mechanisierung der Feldarbeiten auf die Mechanisierung in Hof und Haus und auf die Verteilung der Arbeit zwischen Mann und Frau, in: Berichte über Landtechnik, Heft 41: Die Mechanisierung landwirtschaftlicher Kleinbetriebe, hrsg. vom Kuratorium für Technik in der Landwirtschaft, München/Wolfratshausen 1954, S. 137.

⁸³ Münzinger, Adolf, Der Arbeitsertrag der bäuerlichen Familienwirtschaft, Band 2, Berlin 1929, S. 811.

⁸⁴ Rolfes, Max, Betriebsstruktur und wirtschaftliche Lage in kleinbäuerlichen Dörfern, in: Berichte über Landwirtschaft N.F., 160. Sonderheft: Lebensverhältnisse in kleinbäuerlichen Dörfern, Hamburg und Berlin 1954, S. 20.

⁸⁵ Volks-, Berufs- und Betriebszählung vom 16. Juni 1925. Landwirtschaftliche Betriebszählung. Personal, Viehstand, Maschinenverwendung, Statistik des Deutschen Reichs, Band 410, Berlin 1929, S. 102 f., 316 f.

⁸⁶ Volks-, Berufs- und Betriebszählung vom 16. Juni 1933. Landwirtschaftliche Betriebszählung. Das Personal der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe, Statistik des Deutschen Reichs, Band 461, 1, Berlin 1937, S. 1/88 f., 1/98 f.

⁸⁷ Statistik von Rheinland-Pfalz, Band 16, a. a. O., S. 67 ff.

⁸⁸ Von der Aufstellung einer Tabelle wurde abgesehen, da der Gebietsstand Rheinhessens nicht in allen Zählungen übereinstimmt.

⁸⁹ Volks-, Berufs- und Betriebszählung vom 16. Juni 1925. Die Landwirtschaft im Deutschen Reich, Textband, Statistik des Deutschen Reichs, Band 412, II, Berlin 1931, S. 149 ff. Ferner:

Volks-, Berufs- und Betriebszählung vom 16. Juni 1933. Landwirtschaftliche Betriebszählung. Maschinenverwendung in den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben, Statistik des Deutschen Reichs, Band 461, 2, Berlin 1936, S. 2/40 f., 2/44 f., 2/48 f., 2/52 f., 2/126 ff., 2/154.

PREUSCHEN dagegen hält es infolge der Einführung neuer Maschinen und Arbeitsverfahren für sehr unwahrscheinlich, daß noch genau so viel zu arbeiten ist, wie vor zwanzig Jahren.⁹⁰ In der Tat haben sich gerade in den letzten Jahren die Arbeitsbedingungen für die Frauenarbeit geändert. Während auf der einen Seite die verstärkte Mechanisierung, von Einzelfällen abgesehen, zweifellos zur Entlastung der Frau beizutragen vermochte,⁹¹ wirkte die Abwanderung auf der anderen Seite in entgegengesetzter Richtung auf die Frauenarbeit ein. Die Auswirkung dieser beiden Faktoren auf die Arbeit der Frau ist von Betrieb zu Betrieb verschieden. Hieraus erklären sich auch die Unterschiede in den Ansichten über die Veränderung des Umfangs der Frauenarbeit.

4. Die Arbeitszeit der Kinder in der Landwirtschaft

Durch das Aufwachsen der Kinder in der Arbeitswelt ihrer Eltern, durch die Vielzahl der Tätigkeiten im landwirtschaftlichen Betrieb, die unter Umständen auch von Kindern verrichtet werden können, aber auch durch den Arbeitskräftemangel liegt eine Beschäftigung der Kinder in der Landwirtschaft nahe. Über den Umfang der Kinderarbeit in Rheinhessen gab die LBZ 1949 nur in soweit Auskunft, als es sich um die Mithilfe der Familienangehörigen unter 14 Jahren handelte. Die Kinder wurden in „nichtständig beschäftigte“ und in „nicht beschäftigte“ eingeteilt. Tabelle 13 vermittelt ein Bild von der Beschäftigung der Familienangehörigen unter 14 Jahren in den verschiedenen Betriebsgrößen.

Tabelle 13

Die Beschäftigung der Familienangehörigen (Kinder unter 14 Jahren) in den verschiedenen Betriebsgrößenklassen in Rheinhessen nach der LBZ 1949⁹²

Größenklassen nach der LN in ha	von 100 im Haushalt lebenden Kindern unter 14 Jahren waren	
	nichtständig im Betrieb beschäftigte	nicht im Betrieb beschäftigte
	Familienangehörige	
0,1 bis unter 2	42	58
2 " " 5	48	52
5 " " 10	45	55
10 " " 20	43	57
20 und mehr	33	67
insgesamt	44	56

Die LBZ 1949 erfaßte nur die im eigenen Betrieb arbeitenden Kinder ohne nähere Angabe ihrer einzelnen Arbeitsleistung. Aus der Tabelle geht deutlich die zunehmende Beschäftigung der Kinder mit abnehmender Betriebsgröße hervor, ausgenommen die Parzellenbetriebe, in denen die Kinderarbeit weniger verbreitet ist. In erster Linie werden die Kinder zu den Handarbeiten in arbeitsintensiven Kulturen herangezogen. Im südlichen Niedersachsen und in Nordhessen wurde eine Untersuchung über Kinderarbeit auf dem Lande durchgeführt.⁹³ Wenn auch die Ergebnisse über den Umfang der

⁹⁰ Preuschen, G., Müssen wir so viel arbeiten? in: Die Landarbeit, Mitteilungen der Studiengesellschaft für landwirtschaftliche Arbeitswirtschaft, Bad Kreuznach, 4. Jg. (1953), Folge 1, S. 3.

⁹¹ Siehe S. 81.

⁹² Errechnet vom Verfasser nach: Statistik von Rheinland-Pfalz, Band 16, a. a. O., S. 67, 71.

⁹³ Frenzel-Meyer zur Capellen, Renate, Kinderarbeit auf dem Lande. Bericht über eine erste Untersuchung, in: Schriftenreihe für ländliche Sozialfragen, Heft 20: Kinderarbeit auf dem Lande, Veröffentlichungen der Agrarsozialen Gesellschaft e.V. Göttingen, Hannover 1957, S. 18 ff.

Kinderarbeit keinen Anspruch auf Allgemeingültigkeit erheben können, so verdienen doch einzelne Tatsachen festgehalten zu werden. Im allgemeinen arbeiten, prozentual gesehen, mehr Kinder aus landwirtschaftlichen Betrieben als andere Kinder; auch die Arbeitsdauer ist bei ersteren größer. Trotz stärkerem Arbeitermangel sind in ausgesprochenen Arbeiterwohngemeinden weniger Kinder mit landwirtschaftlicher Arbeit beschäftigt als in typischen Bauerngemeinden. Hier spielen Sitte und Gewohnheit noch eine ausschlaggebende Rolle, während in den anderen Gemeinden die Anschauung der Industriearbeiter auch auf die Bauernschaft übergreift. Auch veranlaßt weniger die wirtschaftliche Not die Eltern, ihre Kinder zur Arbeit anzuhalten. Nur 1/3 der im fremden Betrieb tätigen Kinder trägt zur Erhöhung des Familieneinkommens bei. Der Wunsch, sich etwas zu verdienen, steht bei den Arbeitsmotiven an erster Stelle. Bemerkenswert ist die Ansicht der Lehrer, daß etwa 1/4 der arbeitenden Kinder durch die Arbeit überfordert wird, die Kinder vielfach eine unentbehrliche Hilfe bedeuten, im allgemeinen aber ein Rückgang der Kinderarbeit gegenüber früheren Zeiten festgestellt werden kann.⁹⁴

Für die Beurteilung der landwirtschaftlichen Kinderarbeit ist die Abgrenzung der gesundheitlich schädigenden Arbeit von der körperlich wenig anstrengenden Beschäftigung, bei der Spiel und Arbeit nahe beieinander liegen, entscheidend. Die Pädagogen sprechen sich im allgemeinen für eine beschränkte Mitarbeit des Kindes aus, da sie hierin einen erzieherisch wertvollen Beitrag zur Entwicklung des jungen Menschen erblicken. Die Einstellung der Lehrkräfte zur Kinderarbeit in der Landwirtschaft kommt in folgendem deutlich zum Ausdruck: „Eine maßvolle, regelmäßige häusliche Mithilfe kann nichts schaden, im Gegenteil, sie ist von hohem erzieherischen Wert, der sich unter Umständen sogar für die schulische Arbeit positiv auswirkt.“⁹⁵

Der Gesetzgeber hat bislang die landwirtschaftliche Kinderarbeit nicht berücksichtigt und ging einer Abgrenzung aus dem Wege. Die Gründe mögen auf wirtschaftlichem Gebiet (Arbeitskräftemangel und mangelnde wirtschaftliche Leistungsfähigkeit), aber auch in der Mannigfaltigkeit der landwirtschaftlichen Arbeit zu suchen sein. Das Kinderschutzgesetz von 1903⁹⁶ bezog sich nur auf das Gewerbe; die vorläufige Landarbeitsordnung von 1919⁹⁷ enthält keine besonderen Bestimmungen für Kinder und Jugendliche, ganz abgesehen von dem privatrechtlichen Charakter der Verordnung. Auch das Jugendschutzgesetz von 1938 schließt „wegen der Eigenart der Arbeitsbedingungen“ die Landwirtschaft aus seinem Geltungsbereich aus.^{98 99} Die Kinderarbeit bleibt damit in der Landwirtschaft erlaubt. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden in Niedersachsen und in Württemberg-Hohenzollern neue Bestimmungen des Jugendarbeitsschutzes erlassen.¹⁰⁰ Lediglich das niedersächsische Arbeitsschutzgesetz für Jugendliche sieht keine Ausnahmeregelung für die Landwirtschaft vor und bestimmt in § 7 Abs. 1: „Kinderarbeit ist grundsätzlich verboten.“ Entsprechend ver-

⁹⁴ Frenzel-Meyer zur Capellen, a. a. O., S. 30 ff., 52 ff., 62 ff.

⁹⁵ Frenzel-Meyer zur Capellen, a. a. O., S. 25.

⁹⁶ Gesetz, betreffend Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben vom 30. März 1903, RGBl., S. 113 ff.

⁹⁷ Siehe Fußnote ⁹² S. 10.

⁹⁸ Gesetz über Kinderarbeit und über die Arbeitszeit der Jugendlichen (Jugendschutzgesetz) vom 30. April 1938, RGBl. I, S. 438, § 2 Abs. 1 Nr. 2.

⁹⁹ Molitor dehnt den Geltungsbereich der Vorschriften des Jugendschutzgesetzes von 1938 bezüglich der Arbeitszeit auf die Landwirtschaft aus (Molitor, Erich, Vorläufige Landarbeitsordnung, Kommentar, 2. neubearb. Auflage, München und Berlin 1952, S. 44).

Siebert sieht in der Fürsorgepflicht des Arbeitgebers auch ohne nähere gesetzliche Bestimmungen die Verpflichtung des Landwirts, Kinder und Jugendliche nicht unangemessen lang und zu jeder beliebigen Zeit (sonntags, nachts) zu beschäftigen (Siebert, Wolfgang, Jugendschutzgesetz, 2. Auflage, Stuttgart und Berlin 1944, § 3 Anm. 10, zitiert nach: Siebert, Wolfgang, Entwicklung und gegenwärtiger Stand des Arbeitsrechts in der Landwirtschaft, in: Schriftenreihe für ländliche Sozialfragen, Heft 21: Das Arbeitsrecht in der Landwirtschaft, Veröffentlichungen der Agrarsozialen Gesellschaft e. V. Göttingen, Hannover 1957, S. 62).

¹⁰⁰ Arbeitsschutzgesetz für Jugendliche vom 9. Dezember 1948, Niedersächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt, S. 179 ff.

Gesetz zur Änderung des Jugendarbeitsschutzes vom 6. August 1948, Regierungsblatt für das Land Württemberg-Hohenzollern, S. 103 f.

hielten sich auch die Tarifpartner in Rheinhessen. Der Manteltarifvertrag vom August 1949 schrieb in § 19 Ziffer 2 vor: „Die regelmäßige Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren ist unzulässig.“¹⁰¹ Spätere Tarifverträge enthalten keine derartige Regelung für Rheinhessen. Der von der Bundesregierung vorgelegte Entwurf eines Jugendarbeitsschutzgesetzes nimmt in § 1 Abs. 2 Nr. 2 „die Beschäftigung von Kindern und Jugendlichen in der Landwirtschaft (§ 26), falls sie mit dem Beschäftigten bis zum dritten Grade verwandt und in die häusliche Gemeinschaft aufgenommen sind“, aus dem Geltungsbereich aus, verbietet jedoch grundsätzlich die Kinderarbeit (§ 6 des Entwurfes), so daß die Beschäftigung verwandter Kinder erlaubt, fremder Kinder untersagt bleibt. Der Bundesregierung „schien es aus praktischen und wirtschaftlichen Gründen geboten, Kinder und Jugendliche, die im Haushalt oder im landwirtschaftlichen Betrieb der Eltern beschäftigt werden, aus dem Gesetz herauszunehmen“.¹⁰²

Demgegenüber beziehen sowohl der Änderungsvorschlag des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) als auch der Gesetzentwurf der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei die in der Landwirtschaft beschäftigten verwandten Kinder und Jugendlichen in eine gesetzliche Regelung mit ein. Die Kinderarbeit soll grundsätzlich verboten sein.¹⁰³ Der DGB begründet seine Ansicht mit dem auch für verwandte Kinder notwendigen Schutz vor Überanstrengung, da die allgemeine Vorschrift des § 1666 BGB keineswegs genüge. Die Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft forderte in den sozialpolitischen Richtlinien, die auf dem dritten ordentlichen Gewerkschaftstag vom 19. bis 22. Mai 1954 in Kiel beschlossen wurden: „Die Kinderarbeit in der Landwirtschaft vor Beendigung des 12. Lebensjahres muß untersagt werden.“¹⁰⁴

In der gesetzlichen Behandlung der Kinderarbeit vollzieht sich ein Wandel. Während vor dem Kriege den in der Landwirtschaft beschäftigten Kindern kein öffentlich rechtlicher Arbeitsschutz zuteil wurde, bemüht man sich nun allenthalben, auch der Landwirtschaft Rechnung zu tragen. Zwei extreme Richtungen stehen sich gegenüber: Nichtberücksichtigung verwandter Kinder einerseits, ein generelles Kinderarbeitsverbot andererseits. Während hier eine maßvolle Beschäftigung der Kinder unterbunden wird, droht dort die Gefahr der Überbeanspruchung. Ein dritter Weg liegt in der Mitte. Die Festlegung bestimmter, für Kinder verbotener Arbeiten, evtl. auch Arbeitsdauerbeschränkung, verbunden mit dem deutlichen Hinweis bei Eltern und Erziehern auf die Gefahren der übermäßigen Kinderarbeit böten die Gewähr für eine gefahrlose Kinderbeschäftigung. Erst die Einsicht der Erwachsenen verspricht den gewünschten Erfolg. Damit wird die Frage der Kinderarbeit in der Landwirtschaft zu einer Beratungsaufgabe. Hierin muß der Schwerpunkt liegen, zumal die Überwachung des Gesetzes in der Landwirtschaft mit fast unübersehbaren Schwierigkeiten verknüpft ist. Wie wenig ein generelles Verbot der Kinderarbeit von Nutzen ist, zeigt die Untersuchung aus Niedersachsen. Die obendargelegten Ergebnisse über die Kinderarbeit in der Landwirtschaft wurden in einem Lande ermittelt, das bereits 1948 die landwirtschaftliche Kinderarbeit untersagte.

¹⁰¹ Manteltarifvertrag für die Arbeitnehmer in landwirtschaftlichen Betrieben im Landesteil Rheinhessen vom 17. 8. bzw. 27. 8. 1949 (TR Rheinland-Pfalz 33/5).

¹⁰² Entwurf eines Gesetzes zum Schutze der arbeitenden Jugend (Jugendarbeitsschutzgesetz), 2. Wahlperiode 1953, Bundestagsdrucksache Nr. 3286, S. 26, in: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 2. Wahlperiode 1953, Anlage zu den stenographischen Berichten, Band 49, Drucksachen 3200 bis 3320, Bonn 1957. Im folgenden zitiert: Entwurf der Bundesregierung.

¹⁰³ Änderungsvorschlag des DGB zum Gesetzentwurf der Bundesregierung, in: Wann endlich Jugendarbeitsschutz? Stellungnahme des DGB zum Entwurf der Bundesregierung für ein Gesetz zum Schutze der arbeitenden Jugend (Jugendarbeitsschutzgesetz) (Bundestagsdrucksache Nr. 3286) und Sozialwissenschaftliche Untersuchung über die Kernfragen des Jugendarbeitsschutzes, hrsg. vom DGB, S. 17, 81. Im folgenden zitiert: Jugendarbeitsschutz.

Entwurf eines Gesetzes zum Schutze der arbeitenden Jugend (Jugendarbeitsschutzgesetz), Antrag der Fraktion der SPD, 2. Wahlperiode 1953, Bundestagsdrucksache Nr. 2429, S. 1 f., in: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 2. Wahlperiode 1953, Anlage zu den stenographischen Berichten, Band 42, Drucksachen 2341 bis 2480, Bonn 1956. Im folgenden zitiert: Entwurf der Fraktion der SPD.

¹⁰⁴ Sozialpolitische Richtlinien der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft, beschl. auf dem 3. ordentlichen Gewerkschaftstag vom 19.–22. 5. 1954 in Kiel. Nach Unterlagen der Landesleitung der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft Rheinland-Pfalz, Mainz.

Da durch den technischen Fortschritt auch die von den Kindern seither ausgeführten Handarbeiten nach und nach von mechanischen Kräften übernommen werden, wird die Frage der Kinderarbeit in der Landwirtschaft in Zukunft wahrscheinlich an Bedeutung verlieren.

5. Die Arbeitszeit der Jugendlichen in der Landwirtschaft

Zur Beurteilung der Arbeitszeitfrage der jugendlichen Arbeitskräfte in der Landwirtschaft ist ihre Stellung im Beruf von Bedeutung. Tabelle 14 gibt die Aufgliederung der Erwerbspersonen unter 25 Jahren¹⁰⁵ in der rheinland-pfälzischen Landwirtschaft nach ihrer beruflichen Stellung wieder.

Die Erwerbspersonen unter 25 Jahren waren zu 80 vH Mithelfende, die übrigen verteilten sich zu gleichen Teilen auf Gesindekräfte und sonstige Abhängige.¹⁰⁶ Während jedoch die Mithelfenden „bis unter 25 Jahren“ nur eine Minderheit darstellten, waren 6/10 der Gesindekräfte unter 25 Jahre, allein 2/10 unter 18 Jahre alt. Die Arbeitszeitfrage der jüngeren Arbeitskräfte gilt somit vornehmlich der Mithelfenden- und Gesindearbeitszeit.

Tabelle 14

Die Erwerbspersonen unter 25 Jahren in Rheinland-Pfalz und ihre Stellung im Beruf nach der Berufszählung 1950¹⁰⁷

Stellung im Beruf	von 100 Erwerbs- personen waren	von 100 Erwerbs- personen waren		von 100 ... waren Erwerbspersonen	
		bis unter 18 Jahren	bis unter 25 Jahren	bis unter 18 Jahren	bis unter 25 Jahren
Selbständige	26	—	1	—	1
Mithelfende Familienangehörige	63	83	79	11	29
Gesindekräfte	4	9	10	20	61
Sonstige Abhängige	7	8	10	10	33
Erwerbspersonen insgesamt	100	100	100	9	23

Die Landwirtschaft kennt, wie oben bereits erwähnt, keinen besonderen Arbeitsschutz für Jugendliche, im Gegenteil: die Tarifverträge enthalten für Gesindekräfte und somit für Jugendliche eine über die gewöhnliche Arbeitszeit hinausgehende Regelung.¹⁰⁸

¹⁰⁵ Die Erwerbspersonen über 21 bis unter 25 Jahren gehören nicht mehr zu den Jugendlichen. Die statistischen Unterlagen erlauben jedoch keine Abgrenzung der Jugendlichen unter den Erwerbspersonen. Die Erwerbspersonen über 21 bis unter 25 Jahren zählen noch zu den jüngeren Arbeitskräften, die ihre Arbeitszeitverhältnisse im allgemeinen einheitlich beurteilen, was eine geschlossene Behandlung der Arbeitszeitfrage vertretbar erscheinen läßt.

¹⁰⁶ Vorwiegend Landarbeiter.

¹⁰⁷ Errechnet vom Verfasser nach: Die Berufszählung in Rheinland-Pfalz, Statistik von Rheinland-Pfalz, Band 18, S. 36.

Für den Regierungsbezirk Rheinhessen liegen keine Auswertungen vor. Die klein- und mittelbäuerliche Betriebsstruktur in Rheinland-Pfalz und die damit zusammenhängende Aufgliederung der Erwerbspersonen ist auch für rheinhessische Verhältnisse charakteristisch.

¹⁰⁸ Siehe S. 26 f.

Über die Arbeitszeitbedingungen der Jugendlichen in der Landwirtschaft, insbesondere auch im Vergleich zu anderen Erwerbszweigen, gibt Tabelle 15 Aufschluß, der eine Befragung von rund 111 000 hessischen Berufsschülern im Jahre 1952 zugrunde liegt.¹⁰⁹ Die große Anzahl der befragten Jugendlichen gibt den Ergebnissen eine gewisse Allgemeingültigkeit.

Tabelle 15

Regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit der Jugendlichen nach der hessischen Berufsschülerbefragung 1952¹¹⁰

Regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit		Erwerbszweige innerhalb des Geltungsbereiches des JugSchG a)		Erwerbszweige außerhalb des Geltungsbereiches des JugSchG b)		darunter Landwirtschaft	
		Jugendliche in vH					
		m	w	m	w	m	w
bis	48 Stunden	65,8	55,8	10,3	16,1	10,3	7,5
über 48–54	"	23,5	29,4	8,4	6,3	29,4	15,6
über 54–60	"	7,0	10,1	21,0	13,3		
über 60	"	3,7	4,7	60,3	64,3	60,3	76,9
		100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

a) Jugendschutzgesetz

b) Haus-, Land-, Forstwirtschaft, Fischerei, Schifffahrt.

Während innerhalb des Geltungsbereichs des Jugendschutzgesetzes nur wenige Jugendliche über 60 Stunden beschäftigt waren (3,7 vH der männlichen und 4,7 vH der weiblichen Jugendlichen), leisteten außerhalb des Geltungsbereichs des Jugendschutzgesetzes 6/10 der Jugendlichen und im Bereich der Landwirtschaft sogar 3/4 der weiblichen Jugendlichen 60 und mehr Stunden in der Woche. Innerhalb des Geltungsbereichs des Jugendschutzgesetzes sind es vor allem die Bäcker, Fleischer und Friseure, die besonders ausgedehnte Arbeitszeiten kennen.¹¹¹

Auch die Betriebsgröße ist für die Dauer der Arbeitszeit von Bedeutung. Mit zunehmender Größe nahm der Anteil der Jugendlichen in der Landwirtschaft ab, die über 48 Stunden beschäftigt waren.¹¹²

¹⁰⁹ Auch die Tabellen 6, 7 und 8 lassen deutlich die Arbeitszeitverhältnisse jugendlicher Arbeitnehmer erkennen. Von den erfaßten männlichen Stundenlöhnern leisteten 24 vH zwischen 2750 und 3000 Stunden, 6,4 vH sogar über 3000 Stunden jährlich (Tabelle 7). Abgesehen davon, daß es sich hierbei in erster Linie um jugendliche Arbeitnehmer in größeren Betrieben mit in der Regel günstigeren Arbeitsbedingungen handelte, bezog sich die statistische Repräsentativerhebung 1953 bezüglich der Arbeitszeit nur auf Stundenlöhner. Gesindekräfte, die in der Regel im Monatslohn beschäftigt werden, wurden nicht erfaßt. Dies erklärt die Unterschiede zwischen der statistischen Erhebung und der hessischen Berufsschülerbefragung.

¹¹⁰ Zusammengestellt nach: Jugendarbeitsschutz in Hessen. Ergebnisse einer Erhebung, hrsg. vom Landesjugendausschuß Hessen, Wiesbaden 1953, S. 25 ff. Im folgenden zitiert: Jugendarbeitsschutz in Hessen.

¹¹¹ Jugendarbeitsschutz in Hessen, a. a. O., S. 28.

¹¹² Jugendarbeitsschutz in Hessen, a. a. O., S. 77.

Gegenüber anderen Erwerbszweigen zeichnete sich bei der hessischen Befragung die Landwirtschaft durch ausgedehnte Sonn- und Feiertagsarbeit aus. Im Mai 1952 wurden 48,9 vH der männlichen und 64,6 vH der weiblichen in der Landwirtschaft tätigen Jugendlichen an Sonn- und Feiertagen beschäftigt. Etwa die Hälfte aller Jugendlichen in der Landwirtschaft, die überhaupt an Sonn- und Feiertagen zur Arbeit herangezogen wurden, waren an allen sechs Sonn- und Feiertagen beschäftigt, so daß es sich wahrscheinlich um die üblichen Hof- und Stallarbeiten handelte.^{113 114}

Besonders deutlich zeigte sich, wie aus Tabelle 16 zu ersehen ist, die unzureichende Urlaubsgewährung in der Landwirtschaft im Gegensatz zu anderen Erwerbszweigen, obwohl die Urlaubsgesetzgebung für alle Zweige gleichermaßen gilt.

Tabelle 16

Urlaubsgewährung der Jugendlichen in verschiedenen Erwerbszweigen nach der hessischen Befragung 1952¹¹⁵

Erwerbszweig	von 100 urlaubsberechtigten Jugendlichen erhielten			
	keinen Urlaub		den gesetzl. Urlaub	
	m	w	m	w
Post, Bahn, Luftfahrt, Öffentliche Verwaltung	1,7	5,2	90,0	85,2
Industrie	3,3	14,1	73,2	55,0
Einzelhandel	10,5	12,5	62,7	66,8
Handwerk	10,2	13,5	51,6	53,1
Gaststättengewerbe	21,8	32,2	45,8	28,1
Hauswirtschaft	—	51,9	—	12,9
Land- und Forstwirtschaft	55,0	62,4	12,8	4,7

Schon die Jugendurlaubsverordnung vom 15. Juni 1939¹¹⁶ dehnte die Urlaubsvorschrift des Jugendschutzgesetzes von 1938 auf die Wirtschaftszweige außerhalb des Geltungsbereiches des Gesetzes und damit auf die Landwirtschaft aus. Die Urlaubsgesetze der Länder kennen keinen Unterschied in den einzelnen Erwerbszweigen. Das Urlaubsgesetz von Rheinland-Pfalz schreibt für alle Jugendliche einen Urlaub von 24 Werktagen vor.¹¹⁷

Die mangelhafte Urlaubsgewährung in der Landwirtschaft führte die hessische Untersuchung einerseits auf die große Anzahl der mit dem Arbeitgeber verwandten Jugendlichen

¹¹³ Jugendarbeitsschutz in Hessen, a. a. O., S. 86.

¹¹⁴ Im Einzelhandel arbeiteten an Sonn- und Feiertagen 5,1 vH der männlichen und 7,0 vH der weiblichen, in den Verkehrsbetrieben 4,8 vH der männlichen und 7,6 vH der weiblichen, bei Post, Bahn und Luftfahrt 8,7 vH der männlichen Jugendlichen. In anderen Erwerbszweigen blieb der Prozentsatz unter diesen Angaben, abgesehen vom Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe. Hier wurden 88,1 vH der männlichen und 79,5 vH der weiblichen Jugendlichen an Sonn- und Feiertagen im Mai 1952 beschäftigt. In der Abgeltung durch Freizeit unterscheiden sich Landwirtschaft und Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe wesentlich voneinander. Während die Sonn- und Feiertagsarbeit in der Landwirtschaft nur bei 2,3 vH der männlichen und 3,5 vH der weiblichen Jugendlichen teilweise oder voll durch Freizeit abgegolten wurde, tauschten im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe 72,5 vH der männlichen und 31,4 vH der weiblichen Jugendlichen ihre Sonn- und Feiertagsarbeit gegen Ruhezeit an Werktagen ein (Jugendarbeitsschutz in Hessen, a. a. O., S. 86 f.).

¹¹⁵ Jugendarbeitsschutz in Hessen, a. a. O., S. 38.

¹¹⁶ Verordnung über den Urlaub der Jugendlichen in der Hauswirtschaft, Land- und Forstwirtschaft, See- und Binnenschifffahrt und in den verwandten Wirtschaftszweigen (Jugendurlaubsverordnung) vom 15. Juni 1939, RGBl. I, S. 1029.

¹¹⁷ Landesgesetz zur Regelung des Urlaubs (Urlaubsgesetz) vom 8. Oktober 1948, Gesetz- und Verordnungsblatt der Landesregierung Rheinland-Pfalz, S. 370, § 2 Abs. 1.

zurück,¹¹⁸ denen in der Regel wohl zu Verwandtenbesuch und Familienfesten einige Tage im Jahr freigegeben wird, die auf einen festgesetzten geregelten Jahresurlaub jedoch verzichten müssen. Andererseits ist die Tatsache zu beachten, daß einem großen Teil der Bauern ein geregelter Urlaub bislang selbst unbekannt war. „Der Bauer kennt keinen Urlaub. Es gibt für ihn Zeiten mit viel Arbeit und Zeiten mit weniger Arbeit, aber ganz frei kann er sich nie machen. Seinen Arbeitern zu gewähren, was man selbst nicht hat und nie haben kann – das ist nicht ganz einfach.“¹¹⁹

Daß die Arbeitsbedingungen der mithelfenden verwandten Jugendlichen im allgemeinen keineswegs günstiger sind als die der fremden Arbeitskräfte, geht ebenfalls aus der hessischen Befragung hervor. Von den über 60 Stunden wöchentlich in der Landwirtschaft Beschäftigten waren rund 70 vH mit dem Arbeitgeber bis zum dritten Grad verwandte Jugendliche.¹²⁰ Die Landjugendumfrage, die ein repräsentatives Bild der Landjugendsituation im gesamten Bundesgebiet aufzeigte, kam zu dem Schluß, daß der Arbeitstag der jugendlichen Familienarbeitskräfte länger, der Urlaub kürzer und die Sonntagsarbeit weiter verbreitet ist als bei den Fremdarbeitskräften.¹²¹

Die Arbeitszeit der mithelfenden Jugendlichen unterscheidet sich somit nicht von jener der fremden Arbeitskräfte, es sei denn, eine wirtschaftlich günstige Betriebslage erlaubt den Verzicht auf die Mitarbeit der eigenen Kinder, eine insbesondere bei weiblichen Personen in größeren leistungsstarken Betrieben festzustellende Tatsache.¹²²

Wenn sich sowohl die Bundesregierung als auch die berufsständischen Vertreter der Bauernschaft gegen einen gesetzlichen Arbeitsschutz verwandter Jugendlicher aussprechen, so liegt darin die Gefahr, daß den Bedürfnissen der Jugendlichen nach genügend Freizeit zu wenig Beachtung geschenkt wird, was jungen Menschen eine nichtlandwirtschaftliche Tätigkeit um so verlockender erscheinen läßt. Unverständlich bleibt es, wenn die Bundesregierung die verwandten Jugendlichen in der Landwirtschaft aus praktischen und wirtschaftlichen Gründen aus dem Gesetz herausgenommen wissen möchte,¹²³ somit gesundheitliche Motive hintansetzt, gleichzeitig aber die verwandten Jugendlichen außerhalb der Landwirtschaft mit der Begründung der Gefahr der Überanstrengung durch die Arbeitszuweisung seitens der Eltern in einen (wenn auch mit Rücksicht auf das nahe Verwandtschaftsverhältnis lockeren) Arbeitsschutz einbezieht. „Werden Kinder von ihren eigenen Eltern in einem Arbeits- oder familienrechtlichen Dienstleistungsverhältnis beschäftigt, so müssen sie ebenso, wie wenn sie von einem Dritten beschäftigt würden, gegen zu frühzeitige oder zu schwere Arbeiten und gegen zu lange Arbeitszeiten geschützt und ihnen hinreichende Freizeiten zur Erholung gesichert werden. Es ist leider, wie die Erfahrung zeigt, nicht selbstverständlich, daß Kinder und Jugendliche von den eigenen Eltern nicht überanstrengt und mit ungeeigneten Arbeiten beschäftigt werden.“¹²⁴

Auf Grund der geschilderten Arbeitszeitverhältnisse ist es verständlich, wenn die Landjugend mit ihrer Arbeitszeitsituation wenig zufrieden ist und eine Verkürzung der Arbeitszeit wünscht. Eine Meinungsbefragung unter den Landwirtschaftsschülern ergab, daß eine Unzufriedenheit mit dem landwirtschaftlichen Beruf neben der Lohnhöhe insbesondere durch die landwirtschaftliche Arbeitszeitregelung hervorgerufen wird. „Neben dem Verlangen nach kürzerer Arbeitszeit und dem Wunsch nach einem freien Sonnabendnachmittag waren es oftmals die Unpünktlichkeit, sowohl bei den Arbeitspausen als auch beim

¹¹⁸ 85,5 vH der Jugendlichen, die keinen Urlaub erhielten, waren mit dem Arbeitgeber verwandt (Jugendarbeitsschutz in Hessen, a. a. O., S. 86).

¹¹⁹ Jugendarbeitsschutz in Hessen, a. a. O., S. 38.

¹²⁰ Landesjugendausschuß Hessen, zitiert nach: Jugendarbeitsschutz, a. a. O., S. 81.

¹²¹ Die Lebenslage der westdeutschen Landjugend, hrsg. von Hellmut Wollenweber und Ulrich Planck, 1. Band: Ulrich Planck, Grunddaten zur Struktur, sozialen Lage und Berufssituation der ländlichen Jugend, München 1956, S. 302.

¹²² Meis, Walter, Jugendarbeitslosigkeit und Nachwuchsfragen in Westdeutschland im Rahmen des Bevölkerungsaufbaues, der Berufsausbildungs- und Arbeitsmarktsituation in der Bundesrepublik und Westberlin, in: Arbeitslosigkeit und Berufsnot der Jugend, Band I, Köln 1952, S. 173.

¹²³ Siehe S. 44.

¹²⁴ Entwurf der Bundesregierung, a. a. O., S. 25 f. (Begründung).

Feierabend im bäuerlichen Betrieb als auch die schlechte Einteilung der Arbeitszeit, die Grund zu Klagen gaben.“¹²⁵

Bei dem Wunsch nach Arbeitszeitverkürzung wird die Arbeitsauffassung der Alten von der Unabdingbarkeit der langen und mühsamen Arbeit zugunsten einer aufgeschlossenen Haltung aufgegeben, die die Technik in den Dienst des Menschen stellt. „Der 10-14-Stunden-Tag und die Schwere der Landarbeit werden von der heranwachsenden Generation nicht mehr als eine unabdingbare Auflage des Schicksals betrachtet“, schreibt SCHULZE, „die man in Kauf nehmen muß, wenn man dem bäuerlichen Berufsstand angehört. Vielmehr gehen alle Überlegungen der jüngeren Generation dahin, sich das Dasein so weit wie möglich durch technische Hilfsmittel zu erleichtern, um dadurch zu einer Verkürzung der Arbeitszeit zu kommen.“¹²⁶

Eine Arbeitszeitverkürzung wird in Betrieben, in denen Familien- und Fremdarbeitskräfte nebeneinander arbeiten, auf Schwierigkeiten stoßen, falls sich diese nicht auf beide Arbeitsgruppen erstreckt. „Es dürfte z. B. für einen in die Hausgemeinschaft aufgenommenen jugendlichen Landarbeiter schwierig sein, eine achtstündige Arbeitszeit einzuhalten, wenn die Arbeitgeberfamilie 10 bis 12 Stunden arbeitet“, stellt DENEKE¹²⁷ mit Recht fest. „Angesichts der Gleichartigkeit der Lebens- und Sozialverhältnisse gegenüber anderen Sozialbereichen sowie der Überzahl der Familienkräfte wird von den Lohnarbeitern erwartet, daß sie sich in gleicher Weise wie die ersteren langen Arbeitszeiten und Konsumverzicht unterziehen.“¹²⁸ Schon aus diesem Gesichtspunkt heraus ergibt sich die Notwendigkeit einer gemeinsamen Regelung für familieneigene und familienfremde Arbeitskräfte. Damit ist jedoch nicht gesagt, daß unter Umständen der Bauer oder die Bäuerin beispielsweise am Sonntag nicht ohne Mithilfe der familienfremden Arbeitskraft die Viehpflege übernehmen und damit der Fremdarbeitskraft einen vollen freien Sonntag gewähren kann. Der Ausfall einer Melkzeit und die Beschränkung auf eine einmalige Fütterung der Schweine am Sonntag werden mit Rücksicht auf die Belange der familienfremden Arbeitskraft in Zukunft von steigender Bedeutung sein. Über die Auswirkungen bei den Tieren liegen bereits Untersuchungsergebnisse vor.¹²⁹

In Anbetracht der derzeitigen Arbeitszeitverhältnisse wird eine baldige gesetzliche Regelung der Arbeitszeit der Jugendlichen noch dringlicher. Im einzelnen sehen Entwürfe und Änderungsvorschläge folgendes vor: Die landwirtschaftlichen Fremdarbeitskräfte sollen im neuen Jugendarbeitsschutzgesetz mit Rücksicht auf den erhöhten Arbeitsanfall in den Sommermonaten eine von den allgemeinen Bestimmungen abweichende Arbeitszeitregelung erhalten. Während im Regierungsentwurf die tägliche Arbeitszeit acht Stunden, in zwei aufeinanderfolgenden Wochen 84 Stunden nicht überschreiten darf (§ 8), schreibt § 27

¹²⁵ von Tschirschky, Otto, Der Jugendliche und das soziale Klima des Dorfes. Ergebnisse und Erfahrungen aus zwei Meinungsbefragungen über die soziale Situation der Landjugend, in: Schriftenreihe für ländliche Sozialfragen, Heft 19: Wie steht die Jugend zur Landarbeit? Veröffentlichungen der Agrarsozialen Gesellschaft e.V. Göttingen, Hannover 1956, S. 39.

¹²⁶ Schulze, Ernst-Ulrich, Wie steht die Landjugend zur Vierzig-Stundenwoche? in: Die Landarbeit, Mitteilungen der Studiengesellschaft für landwirtschaftliche Arbeitswirtschaft, Bad Kreuznach, 6. Jg. (1955), Folge 7, S. 55.

¹²⁷ Deneke, Diether, Die soziale Situation der Jugend auf dem Lande, in: Schriftenreihe für ländliche Sozialfragen, Heft 12: Jugendarbeit auf dem Lande, Veröffentlichungen der Agrarsozialen Gesellschaft e.V. Göttingen, Hannover 1955, S. 32.

¹²⁸ Palmer, Siegfried, Dahm, Karola und Deneke, Diether, Material zur Landarbeiterfrage in Westdeutschland, in: Berichte über Landwirtschaft N.F., Band XXX (1952), Heft 2, S. 243.

¹²⁹ Vgl. Landau und Majerciak, Der Einfluß von wöchentlich einmaliger Futtervorenthaltung auf Lebendgewichtszunahme und Futterausnutzung der Schweine, in: The Agricultural Review, Band III, No 4 vom September 1957, S. 45, zitiert nach: Kurz und bündig, Auslese aus den neuesten landwirtschaftlichen Veröffentlichungen, hrsg. von der Landwirtschaftlichen Abteilung der BASF, 10. Jg., Folge 19, Limburgerhof/Pfalz, den 15. 11. 1957. Ferner:

Witt, M., Ausfall einer Melkzeit bei Kühen, in: Züchtungskunde, hrsg. von der Deutschen Gesellschaft für Züchtungskunde, Stuttgart z. Z. Ludwigsburg, Band 26 (1955), Heft 7, S. 285 bis 297.

Während bei einer 18stündigen Futtervorenthaltung bei Schweinen keine gesicherte Wirkung auf Gewichtszunahme und Futterausnutzung festgesellt werden konnte, ergab sich beim Ausfall einer Melkzeit bei Kühen eine um 20 vH und am nächsten Tag noch eine um 10 vH geringere Milchmenge bei niedrigerer Milchfetteinbuße.

für die Landwirtschaft in den Monaten November bis April acht Stunden täglich oder 84 Stunden in zwei aufeinanderfolgenden Wochen, in den Monaten Mai bis Oktober neun Stunden täglich oder 96 Stunden in zwei aufeinanderfolgenden Wochen vor.¹³⁰ Der Deutsche Gewerkschaftsbund, der ebenso wie die Sozialdemokratische Partei in den allgemeinen Bestimmungen die 40-Stunden-Woche wünscht, schließt sich, abgesehen von geringen Abweichungen, dem Regierungsentwurf an. Der Entwurf der Fraktion der SPD dehnt die wöchentliche Arbeitszeit vom 1. April bis 31. Oktober nur bis auf 48 Stunden aus, bei einer Überstundenvergütung im Falle der Überschreitung des Achtstundentages und der 40-Stunden-Woche.¹³¹

Im landwirtschaftlichen Haushalt gelten, falls regelmäßig auch landwirtschaftliche Tätigkeiten geleistet wird, die für die Landwirtschaft vorgesehenen Bestimmungen.¹³² Auch bezüglich der Nachtruhe sieht der Regierungsentwurf für die Landwirtschaft eine abweichende Regelung vor: „Mit Rücksicht darauf, daß die Arbeiten in der Landwirtschaft sich über den ganzen Tag verteilen und nicht hintereinander erledigt werden können, erscheint es geboten, die ununterbrochene tägliche Freizeit auf elf Stunden herabzusetzen und die Beschäftigung nur während der Stunden von 21 bis 6 Uhr (bei jugendlichen Melkern evtl. von 20 bis 5 Uhr) absolut zu verbieten.“¹³³ Die allgemeinen Bestimmungen im Regierungsentwurf sehen demgegenüber eine zusammenhängende Ruhezeit von mindestens zwölf Stunden vor.¹³⁴

Die Sonntagsarbeit soll in der Landwirtschaft ebenfalls abweichend von den allgemeinen Bestimmungen geregelt werden. Während, abgesehen von künstlerischen Darbietungen, Handreichungen beim Sport, Beschäftigung in Gaststätten und im Beherbergungswesen, in Krankenpflegenanstalten, im Markverkehr und in Verkaufsstellen an den Verkaufssonntagen vor Weihnachten, die Sonntagsarbeit der Jugendlichen auf dringende Fälle des Gemeinwohls oder zur Schadenverhütung für insgesamt sechs Sonn- und Feiertage im Kalenderjahr beschränkt bleiben soll,¹³⁵ bestimmt § 29 des Regierungsentwurfes für die Landwirtschaft, daß an Sonn- und Feiertagen naturnotwendige Arbeiten von Jugendlichen verrichtet werden dürfen. Die Arbeitszeit ist auf drei Stunden begrenzt. Jeder zweite Sonntag und Feiertag soll beschäftigungsfrei bleiben.¹³⁶

Die in den allgemeinen Bestimmungen ermöglichte Beschäftigung aus dringenden Gründen des Gemeinwohls oder zur Schadenverhütung ist nur für Jugendliche über 16 Jahren gestattet. Außerdem ist eine entsprechende Abgeltung durch Freizeit vorgesehen.

Die Regelung des Frühlusses vor Sonntagen soll auch für die Landwirtschaft Geltung haben. In § 15 des Regierungsentwurfes wird vorgesehen: „An Samstagen und am 24. und 31. Dezember dürfen Jugendliche unter 16 Jahren nicht nach 14 Uhr beschäftigt werden.“ Dasselbe gilt für Jugendliche über 16 Jahren in einschichtigen Betrieben.¹³⁷

Zusammenfassend betrachtet bedeutet die angestrebte Regelung einen Fortschritt auf dem Gebiet des landwirtschaftlichen Jugendarbeitsschutzes. Es bleibt zu hoffen, daß die Verabschiedung des Gesetzes bald erfolgen wird. Wenn sich die Bestimmungen auch nur auf die familienfremden Jugendlichen beschränken sollten, so darf doch mit einem positiven Einfluß auf die verwandten Jugendlichen gerechnet werden. Da die Überwachung des Gesetzes durch die Vielzahl der landwirtschaftlichen Betriebe und Arbeitsstätten erschwert wird, bleibt der Erfolg weitgehend von der Mitarbeit einsichtiger Arbeitgeber abhängig.

¹³⁰ Entwurf der Bundesregierung, a. a. O., S. 12.

¹³¹ Entwurf der Fraktion der SPD, a. a. O., S. 4, § 22.

¹³² Entwurf der Bundesregierung, a. a. O., S. 11, § 20. Sowie: Entwurf der Fraktion der SPD, a. a. O., S. 4, § 24.

¹³³ Entwurf der Bundesregierung, a. a. O., S. 37 (Begründung).

¹³⁴ Entwurf der Bundesregierung, a. a. O., S. 8, § 13.

Im Gegensatz hierzu sieht der Entwurf der Fraktion der SPD in den allgemeinen Bestimmungen (§ 13) eine zusammenhängende Ruhezeit von mindestens 14 Stunden, für die Landwirtschaft (§ 22) mindestens 10 Stunden und während der Arbeitszeit eine ununterbrochene Ruhepause von mindestens zwei Stunden vor (Entwurf der Fraktion der SPD, a. a. O., S. 3 f.).

¹³⁵ Entwurf der Bundesregierung, a. a. O., S. 9, § 16.

¹³⁶ Entwurf der Bundesregierung, a. a. O., S. 12, § 29.

¹³⁷ Entwurf der Bundesregierung, a. a. O., S. 9, § 15 Abs. 1.

Nicht allein die Dauer der Arbeitszeit, sondern auch ihre Unregelmäßigkeit, die unter Umständen zur dauernden Abhängigkeit vom Willen und von der Willkür des Arbeitgebers führen kann, geben der Gesindeverfassung ihr Gepräge und sind damit charakteristisch für die Arbeitsbedingungen eines Teiles der Jugendlichen. LINDE beschreibt das Gesindeverhältnis mit folgenden Worten: „Sozial gesehen, handelt es sich um ein Dienstverhältnis, bei dem der Arbeitnehmer dem Arbeitgeber zu nicht näher festgelegten wechselnden Arbeitsleistungen bei wechselnder täglicher Arbeitszeit zur Verfügung steht und praktisch auch an die stellvertretenden Weisungen der Ehefrau bzw. der übrigen erwachsenen Familienmitglieder des Arbeitgebers gebunden ist.“¹³⁸

Insbesondere die großbäuerlichen Betriebe, deren Arbeitsbedarf die Familienkapazität übersteigt, greifen gern auf die ledigen Gesindekräfte zurück, die sich dem von den Familienarbeitskräften bestimmten Arbeitsrhythmus einer elastischen Arbeitszeitgestaltung besser anpassen als die verheirateten Landarbeiter, die eine geregelte Arbeitszeit fordern und deshalb eine Umstellung in der Arbeitsverfassung notwendig machen.

Mit dem Verzicht auf einen eigenen Lebensbereich war früher eine Einbeziehung in den Familienverband verbunden. Heute zeichnet sich eine Isolierung der Gesindekräfte von der Familiengemeinschaft ab, der jedoch nicht gleichzeitig eine entsprechende Unabhängigkeit im privaten Bereich gefolgt ist. „Früher saß man gemeinsam am Herd, und wer mitarbeitete, war ein Teil der Familie. Heute geht es vielen Gehilfen schlechter als damals. Der Bauer hat seine Lebensformen gewandelt. Die persönliche Distanz ist größer geworden, und die menschliche Wärme der alten Gemeinschaft ging verloren. Nur die äußeren Lasten blieben voll bestehen: lange und unregelmäßige Arbeitszeit, das Gefühl, stets verfügbar sein zu müssen, und starke Abhängigkeit auch im Privatleben.“¹³⁹

Die Schaffung eines eigenen Lebensbereichs durch Gewährung genügender Freizeit, aber auch durch Bereitstellung eines eigenen behaglichen Wohnraums, wird man den Gesindekräften auf die Dauer nicht vorenthalten können, will man nicht ganz auf deren Mithilfe verzichten.

Wie wichtig gerade die Arbeitsbedingungen und insbesondere auch die Arbeitszeitverhältnisse von den abhängigen Jugendlichen eingeschätzt werden, geht aus einer Untersuchung hervor, die alle Bevölkerungsschichten einbezog und wobei die Urteile der Jugendlichen über die Arbeitsaufnahme in der Landwirtschaft erfragt wurden. Die selbst in Dörfern und Kleinstädten festgestellte Ablehnung der Landarbeit blieb keineswegs auf nichtlandwirtschaftliche Schichten beschränkt. Über die Gründe der Ablehnung lesen wir bei SCHELSKY:¹⁴⁰ „Die erste Gruppe trifft eindeutig die Charakteristika der vorindustriellen Arbeitsbedingungen: zu harte körperliche, oft gesundheitsschädigende und schmutzige Arbeit, zu lange und unregelmäßige Arbeitszeit, unzureichende Entlohnung, zu eintönige Kost und primitive Unterbringung, unbefriedigende Behandlung, d. h. ein im Verhältnis zur Enge der Arbeitsbindung zu distanzierendes Verhalten des Arbeitgebers, unerwünschte Vermischung von Berufs- und Privatleben und ungünstige Möglichkeiten der Freizeitgestaltung.“ Auch die Einwände mangelnder Aufstiegschancen und der Unmöglichkeit der Familiengründung sowie des niedrigen sozialen Ansehens, als Folgen der Arbeitsbedingungen, wurden genannt.

PRIEBEs Versuch einer Wertskala vom Standpunkt des Arbeitnehmers in der Landwirtschaft deutet ebenfalls auf die Wichtigkeit der Arbeitszeitfrage hin. Nach den menschlichen Beziehungen und der sozialen Stellung setzt PRIEBE an die zweite Stelle die Arbeitszeit, andere zeitliche Verpflichtungen und Bindungen, Freizeit, Urlaub usw. vor der Schwere der Arbeit, Lohnhöhe, Wohnung, Versorgung im Alter und der Sicherheit des Arbeitsplatzes.¹⁴¹ Dem Bauern erwächst die Aufgabe, auf die anders geartete Arbeitseinstellung seiner Mitarbeiter Rücksicht zu nehmen. Hierzu gehört in erster Linie die Festsetzung des Arbeits-

¹³⁸ Linde, Hans, Das Gesinde in der bäuerlichen Familienwirtschaft, in: Schriftenreihe für ländliche Sozialfragen, Heft 9: Die Landfamilien. Veröffentlichungen der Agrarsozialen Gesellschaft e.V. Göttingen, Hannover 1953, S. 70.

¹³⁹ Priebe, Hermann, Wer wird die Scheunen füllen? Sozialprobleme der deutschen Landwirtschaft, Düsseldorf 1954, S. 287. Im folgenden zitiert: Priebe, Sozialprobleme.

¹⁴⁰ Schelsky, a. a. O., S. 282.

¹⁴¹ Priebe, Sozialprobleme, a. a. O., S. 246.

schlusses zu einem vorher festgelegten Zeitpunkt, der auch noch Stunden zur Erholung und Unterhaltung übrig läßt. In dringenden Fällen wird sich der Arbeiter von der Notwendigkeit der Mehrarbeit überzeugen lassen. Wenn aber die unregelmäßige Arbeitszeit, bei der das Ende nicht abzusehen ist, zur Gewohnheit wird, stellt sich der Arbeiter in seinem Arbeitstempo darauf ein, da jede Beschleunigung der Arbeitsverrichtung sozusagen bestraft wird. Die Arbeitspsychologie bietet in der Landwirtschaft ein lohnendes Aufgabengebiet für Beratung und Lehre.

6. Die Landarbeitszeit und die Arbeitszeit im industriellen Bereich

Gleichzeitig mit dem Rückgang der landwirtschaftlichen Bevölkerung, der Ausbreitung der Industrie und schließlich durch die Kriegsfolgen im Evakuierten- und Flüchtlingsstrom kamen Stadt und Land, Industrie und Landwirtschaft in engere Verflechtung, wobei städtische Lebens- und Arbeitsauffassung auch auf dem Lande Fuß fassen konnten. Während im Jahre 1882 im Reichsgebiet (nach dem Stand vom 31. 12. 1937) noch 16 Mill. (= 39,9 vH der Bevölkerung) zum Wirtschaftsbereich Land- und Forstwirtschaft gehörten, waren es 1939 nur noch 12,3 Mill. (= 17,7 vH). Im Gebiet der Bundesrepublik sank der landwirtschaftliche Bevölkerungsanteil zwischen 1939 und 1950 von 17,9 auf 14,7 vH.¹⁴² Der Übergang von den durch die landwirtschaftliche Bevölkerung bestimmten Dörfern zu Gemeinden mit ausgeprägtem nichtlandwirtschaftlichem Bevölkerungsanteil kommt in Tabelle 17 deutlich zum Ausdruck. Hierin werden 165 rheinhessische Gemeinden bezüglich ihres landwirtschaftlichen Bevölkerungsanteils in den Jahren 1861 und 1950 verglichen.

Im Jahre 1861 zählten in 1/5 der Dörfer noch „über 70 und mehr vH“ zur landwirtschaftlichen Bevölkerung, 1950 waren keine Gemeinden mehr mit einem solch hohen Anteil an landwirtschaftlicher Bevölkerung vorhanden. Die Klasse „über 60 bis 70“ war 1861 mit 2/5, 1950 mit 1/15 der Gemeinden besetzt. Im Jahre 1861 bestand in fast 9/10 der Gemeinden die Bevölkerung noch zur Hälfte aus landwirtschaftlichen Berufszugehörigen, im Jahre 1950 machten diese Gemeinden knapp 3/10 aus. Die Hälfte der Gemeinden zählte 1950 zwischen 30 bis 50 vH landwirtschaftliche Bevölkerung; 1861 gehörten noch nicht 1/10 der Dörfer dieser Anteilsklasse an. Die Zahl der Gemeinden bis zu 30 vH landwirtschaftlicher Bevölkerung ist im Zeitraum der letzten 100 Jahre um das 5^{1/2}-fache gestiegen.

Tabelle 17

Die Verteilung von 165 Gemeinden nach dem Anteil der Berufszugehörigen der Wirtschaftsabteilung Land- und Forstwirtschaft in den Jahren 1861 und 1950¹⁴³

Anteil der landwirtschaftlichen Berufszugehörigen an der Bevölkerung der Gemeinden in vH	Verteilung der Gemeinden	
	1861 in vH	1950 in vH
bis 20	1,2	10,3
über 20 bis 30	3,0	12,1
über 30 bis 40	1,8	19,4
über 40 bis 50	6,1	29,1
über 50 bis 60	27,3	22,4
über 60 bis 70	40,6	6,7
über 70 bis 80	18,8	—
über 80	1,2	—
zusammen:	100,0	100,0

¹⁴² Die landwirtschaftliche Bevölkerung und die Erwerbspersonen in der Land- und Forstwirtschaft. Ergebnisse der Berufszählung vom 13. 9. 1950, in: Wirtschaft und Statistik, 5. Jg. N.F. (1953), Heft 10, S. 445.

¹⁴³ Errechnet nach: Frech, a. a. O., S. 186 ff. Sowie: Statistik von Rheinland-Pfalz, Band 13, Heft IV, a. a. O., S. 36 ff.

Durch die in der Stadt arbeitenden und in den Landgemeinden wohnenden Pendler werden der landwirtschaftlichen Bevölkerung die städtischen Lebensformen ständig vor Augen geführt. „Lebensvorbilder und Anregungen dringen auf diese Art in täglichem Kontakt in die Gemeinde ein und wirken auf eine gesellschaftliche Angleichung hin“,¹⁴⁴ stellt PFLAUM fest. Bezüglich des Einflusses der Pendler auf die landwirtschaftlichen Arbeitskräfte kommt EGGER zu folgendem Ergebnis: „Es ist keine Frage, daß die Auspendler ... moderne Einflüsse ins Dorf hereingebracht haben. Nicht zuletzt waren es ihre fest abgegrenzte Freizeit, ihr – besonders wenn sie Nebenerwerbslandwirte sind – relativ hoher Lebensstandard und ihre relativ reichlichen Bargeldmittel, die die Unlust und Unzufriedenheit der landwirtschaftlichen Hilfskräfte und auch des bäuerlichen Nachwuchses hervorriefen.“¹⁴⁵ Auch in bezug auf die Arbeitsbedingungen werden also städtisch-industrielle Verhältnisse Vorbild und Maßstab, was auch SCHELSKY zum Ausdruck bringt. „Diese industriell-bürokratischen Arbeitsbedingungen prägen den normalen Lebens- und Arbeitsstil unserer Zeit“, schreibt SCHELSKY und bestimmt Industriearbeiter-, Angestellten- und Beamtschaft zur tragenden Schicht der gegenwärtigen Gesellschaftsstruktur, was sich vor allem daran zeigt, „daß von ihr aus die als normal und sozialberechtigt angesehenen Lebens- und Arbeitsansprüche der Gesellschaft formuliert und alle anderen, günstigeren und ungünstigeren, Lebens- und Erwerbschancen daran abgemessen und beurteilt werden“.¹⁴⁶ Inwieweit von Arbeitszeitdifferenzen zwischen industrieller und landwirtschaftlicher Arbeit gesprochen werden kann, soll in folgendem kurz dargestellt werden. Für einen Arbeitszeitvergleich kann von landwirtschaftlicher Seite nur die Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1953 herangezogen werden. Neuere Angaben stehen nicht zur Verfügung.¹⁴⁷ Bedingt

Tabelle 18

Vergleich der durchschnittlich bezahlten Jahresarbeitsstunden männlicher Industriearbeiter und männlicher landwirtschaftlicher Arbeitskräfte im Jahre 1953¹⁴⁸

Arbeitnehmergruppe	Jahresarbeitszeit in Stunden		Die Arbeitszeit in der Landwirtschaft überstieg die industrielle Arbeitszeit um ... Stunden	
	Industrie- arbeiter	landw. Arbeitskraft	jährlich	wöchentlich
Hilfsarbeiter	2506	2858	352	6,8
Industrie: angel. Arbeiter bzw.	2543	2784	241	4,6
Landwirtschaft: Landarbeiter				
Facharbeiter	2548	2864	316	6,1

¹⁴⁴ Wurzbacher, Gerhard, Pflaum, Renate u. a., Das Dorf im Spannungsfeld industrieller Entwicklung. Untersuchung an den 45 Dörfern und Weilern einer westdeutschen ländlichen Gemeinde, Schriftenreihe des UNESCO-Instituts für Sozialwissenschaften Köln, Band 1, Stuttgart 1954, S. 20.

¹⁴⁵ Egger, Martin, Dörfliche Industriearbeiter und ihr Einfluß auf die Sozialstruktur des Dorfes, in: Mensch und Arbeit, Zeitschrift für schöpferische Betriebsführung, 10. Jg., München 1958, Heft 2, S. 52.

¹⁴⁶ Schelsky, a. a. O., S. 279.

¹⁴⁷ Bezüglich der Jugendarbeitszeit zeigte schon die hessische Berufsschülerbefragung sehr deutliche Unterschiede zwischen Landwirtschaft und der im Geltungsbereich des Jugendschutzgesetzes erfaßten Wirtschaftszweige (siehe Tabelle 15).

¹⁴⁸ Zusammengestellt und errechnet vom Verfasser nach: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1958, S. 441, sowie: Statistik der Bundesrepublik Deutschland, Band 92, Heft 2, a. a. O., S. 93.

durch den wechselnden Arbeitsanfall in der Landwirtschaft darf nur von Jahresarbeitszeiten ausgegangen werden. Die durchschnittlich bezahlten Wochenarbeitsstunden der Industriearbeiter werden zu diesem Zweck mit 52 multipliziert. Das Arbeitszeitgefälle zwischen Industrie und Landwirtschaft kommt in Tabelle 18 zum Ausdruck, die allerdings nur die landwirtschaftlichen Stundenlöhner berücksichtigt. Der Arbeitszeitunterschied betrug ungefähr eine Stunde täglich. Für Gesindekräfte (Monatslöhner) und Arbeitskräfte, denen auch die Fütterung und Pflege der Tiere obliegt (Gespannführer), treffen diese Angaben nicht zu. Die Arbeitszeit dieser Arbeitskräfte verlängert sich um die Vor- und Abschlußarbeiten auf dem Hofe sowie um die für die Betreuung der Tiere aufgewandte Zeit. Eine Befragung der als Arbeitskräfte in Hausgemeinschaft beschäftigten jugendlichen Sowjetzonenflüchtlinge ergab eine durchschnittliche Arbeitszeit von täglich zehn Stunden.¹⁴⁹

Im Zuge der fortschreitenden industriellen Arbeitszeitverkürzung darf damit gerechnet werden, daß sich die Arbeitszeitdifferenz in Zukunft nicht vermindern wird. Nach einer statistischen Erhebung im September 1955, die die an der monatlichen Industrieberichterstattung beteiligten Betriebe einbezog, betrug die Normalarbeitszeit¹⁵⁰ nur für 1/5 der erfaßten Arbeiter weniger als 48 Stunden. Für die Verkürzung der Normalarbeitszeit unter 48 Stunden waren außerdem weniger sozialpolitische Erwägungen maßgebend.¹⁵¹

Inwieweit Arbeitszeitverkürzung bereits tariflich vorgesehen sind, geht aus Tabelle 19 hervor, der Berechnungen des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften zugrunde liegen. Danach hatten im Oktober 1958 über die Hälfte der Beschäftigten eine tarifliche Arbeitszeit von 45 Stunden und weniger. In den letzten Jahren blieb, insbesondere durch die erhöhte Überstundenleistung, die durch Nachholbedarf und steigende Verbraucheransprüche bedingt war, die durchschnittlich bezahlte Wochenarbeitszeit der

Tabelle 19

Die Beschäftigten nach ihrer tariflich festgesetzten Arbeitszeit in den Monaten März und September 1957, Juni und Oktober 1958¹⁵²

Stand	Anteil der Beschäftigten mit tariflicher Arbeitszeit unter 48 Stunden Verkürzungen auf . . . Stunden			Anteil der Beschäftigten ohne Arbeitszeitverkürzungen
	47 und 46 in vH	45 in vH	unter 45 in vH	
März 1957	2,3	39,2	3,3	55,2
September 1957	2,2	46,8	3,3	47,7
Juni 1958	2,5	51,3	2,6	43,6
Oktober 1958	2,9	57,3	3,4	36,4

¹⁴⁹ Siehe S. 17.

¹⁵⁰ Regelmäßige betriebliche Arbeitszeit, in der Regel 48 Stunden wöchentlich.

¹⁵¹ Die Normalarbeitszeit in der Industrie, in: Wirtschaft und Statistik, 8. Jg. N.F. (1956), Heft 12, S. 637 ff.

¹⁵² Errechnet vom Verfasser nach: Berechnungen des WWI, zitiert nach: Mitteilungen des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften, 10. Jg. (1957), Heft 8, S. 198; 11. Jg. (1958), Heft 1, S. 15; Heft 7/8, S. 166; Heft 11, S. 264.

Beschäftigtenanzahl entnommen aus: Wirtschaft und Statistik, 10. Jg. N.F. (1958), Heft 8, S. 432 * und Heft 11, S. 588. Für den Oktober 1958 wurden die Beschäftigtenzahlen vom September 1958 zugrunde gelegt.

Industriearbeiter über 48 Stunden. Der Rückgang, der sich deutlich im Jahre 1957 abzeichnete, dürfte zum Teil auf die Arbeitszeitverkürzung zurückzuführen sein.¹⁵³

Ein anderes Bild im Arbeitszeitvergleich entsteht dann, wenn dem Landarbeiter der auf dem Lande wohnende, aber in der Stadt einer gewerblichen Tätigkeit nachgehende Pendler gegenübergestellt wird. Ein Vergleich zwischen Pendler und Landarbeiter ist insofern berechtigt, als der Landarbeiter mit diesem in täglichem Kontakt steht. Außerdem wird dem Landarbeiter die Ankunft des Pendlers im Wohnort täglich vor Augen geführt, und schließlich pflegt der Landarbeiter bei einem Berufswechsel in der Regel den Wohnort beizubehalten. Für den Pendler ist die tägliche Arbeit mit einem zeitraubenden An- und Abmarschweg verbunden. Die dafür benötigten Zeiten sind mit der Arbeitszeit zwangsläufig verbunden, weshalb sie VON STACKELBERG zu den arbeitsgebundenen Zeiten zählt, neben Arbeit und Freizeit eine besondere Form der Zeitverwendung. Die eigenartige Stellung der arbeitsgebundenen Zeit beschreibt VON STACKELBERG wie folgt: „Die arbeitsgebundene Zeit kann weder zur Freizeit noch zur Arbeitszeit gerechnet werden, weil einerseits der Arbeiter über sie nicht frei verfügen kann und weil sie andererseits zum Teil der Erholung dient.“¹⁵⁴ Bei Hinzuzählung der Pendelzeit¹⁵⁵ zu den Arbeitszeiten ergeben sich Zeitspannen, die den für Landarbeiter ermittelten Arbeitszeiten nahe liegen¹⁵⁶ (Tabelle 20). Ungefähr 12 vH der gesamten Zeit entfielen nach einer Untersuchung in 359 Gemeinden, gestreut über das ganze Bundesgebiet, auf die Pendelzeiten, was etwa einer Stunde täglich entsprach. Die im vorangegangenen Jahr durchgeführte Untersuchung ergab bei Zusammenrechnung von Arbeits- und Pendelzeit im Mittel bei den Männern 2774, bei den Frauen 2713 Stunden im Jahr.¹⁵⁷ Die Differenz im Ergebnis der beiden Untersuchungen ist durch die Auswahlmethode bedingt. In der letzten Erhebung wurde auf die Einbeziehung rein ländlicher Gemeinden verzichtet und dadurch Arbeitnehmer, deren nichtlandwirtschaftliche Beschäftigung mit besonders schwierigen Bedingungen verknüpft ist, nicht erfaßt.

Für rheinhessische Verhältnisse ist eine Untersuchung der Firma Schott & Gen., Mainz, aufschlußreich. Je nach Schicht ergab sich für Arbeits- und Fahrzeit Mainz-Alzey eine Zeitspanne zwischen 11 Std./4 Min. und 12 Std./40 Min. Unter ungünstigen Verkehrsverhältnissen wurden für Abfahrt und Ankunft von bzw. in einer Gemeinde des Landkreises Mainz 14 Std./41 Min. ermittelt. Dabei muß berücksichtigt werden, daß es sich hierbei nur um Aufenthalt und Fahrzeit handelte. Die Anmarschwege zur Bahnstation, die unter Umständen recht zeitraubend sein können, wurden nicht eingerechnet.¹⁵⁸

Wenn der Feierabend des Landarbeiters im Sommer zu einer Stunde angesetzt wird, zu der der Pendler bereits zu Hause angekommen ist, so liegt mit ein Grund in der Einteilung der Arbeitszeit. Durch den Verzicht auf die noch übliche lange Mittagspause und durch den Übergang zur durchgehenden Arbeitszeit mit kurzen Pausen könnte der Arbeits-

¹⁵³ Vgl. Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1958, S. 141.

Im Mai 1958 ergab sich gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres ein weiterer Arbeitszeitrückgang (Die Arbeitervdienste im Mai 1957, in: Wirtschaft und Statistik, 9. Jg. N.F. (1957), Heft 10, S. 530 und: Die Arbeitervdienste in der Industrie im Mai 1958, in: Wirtschaft und Statistik, 10. Jg. N.F. (1958), Heft 8, S. 475).

¹⁵⁴ von Stackelberg, Heinrich, Arbeitszeit und Volkswirtschaft, in: Schmollers Jahrbuch, 66. Jg. (1942), S. 258.

¹⁵⁵ An- und Abfahrzeit zum bzw. vom Arbeitsplatz (Kötter, H. und Dahm, K., Einkommensverhältnisse von gewerblichen Arbeitnehmern in ländlichen Gebieten, in: Agrarwirtschaft, 6. Jg. (1957), Heft 1, S. 10).

¹⁵⁶ Bei den Landarbeitern treten nur in seltenen Fällen größere An- und Abmarschwege auf. Sie können deshalb vernachlässigt werden.

In diesem Zusammenhang muß darauf hingewiesen werden, daß in der Landwirtschaft die Arbeitszeit in der Regel auf dem Hof beginnt und endet, so daß die Wege zur Arbeitsstätte auf dem Feld als Arbeitszeiten gelten. Im § 8 Ziffer 5 des Manteltarifvertrags für Landwirtschaft und Weinbau in Rheinland-Pfalz vom 1. 7. 1958 heißt es:

„Die Arbeitszeit beginnt und endet auf dem Hofe. Begibt sich der Arbeitnehmer auf Anweisung der Betriebsleitung zu Arbeitsbeginn von seiner Wohnung unmittelbar zum Arbeitsplatz oder nach Arbeitschluß vom Arbeitsplatz unmittelbar in seine Wohnung, so rechnet der Weg insoweit als Arbeitszeit, als er den Weg zwischen seiner Wohnung und dem Hof übersteigt.“

¹⁵⁷ Kötter/Dahm, a. a. O., S. 10.

¹⁵⁸ Werkzeitschrift der Firma Schott & Gen., Mainz, Dezember 1955, S. 10 f.

Tabelle 20

Durchschnittliche Arbeits- und Pendelzeiten der Arbeitnehmer in 359 Gemeinden des Bundesgebietes vom 1. 4. 1956 bis zum 31. 3. 1957¹⁵⁹

	Arbeitszeit	Pendelzeit	Arbeits- plus Pendelzeit	Anteil der Pendelzeit an Arbeits- plus Pendelzeit
		Std./Jahr		in vH
Männer	2299	305	2604	11,7
Frauen	2287	305	2592	11,8

schluß des Landarbeiters vorverlegt werden. Die Gespanntiere, deren Fütterung zur längeren Mittagspause zwang, werden in zunehmendem Maße durch Schlepper ersetzt. Der Änderung der Arbeitseinteilung im Hinblick auf eine Arbeitszeitleichung an andere Erwerbszweige widmet PRIEBE besonderes Augenmerk, da sich seiner Auffassung nach die tarifliche Arbeitszeit nur unwesentlich von dem Achtstundentag in der Industrie unterscheidet. Daher sei nicht so sehr die Zahl der Arbeitsstunden, als vielmehr ihre Einteilung entscheidend. Der freie Samstagnachmittag und die durchgehende Arbeitszeit stünden dabei im Vordergrund.¹⁶⁰

Der tariflichen Regelung des freien Samstagnachmittages wird in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg besondere Beachtung geschenkt.¹⁶¹ Seither galt nur die Regelung eines früheren Arbeitsschlusses an Vorabenden vor Festtagen.¹⁶² Die Festlegung eines freien Samstagnachmittags bedeutet daher einen Fortschritt auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen Arbeitszeitregelung. Allerdings ist auch in diesem Fall ein Teil der Industrie der Landwirtschaft eine Stufe voraus. Der volle freie Samstag beginnt sich im Zuge der 45-Stunden-Woche in der Industrie durchzusetzen.

¹⁵⁹ Zusammengestellt vom Verfasser nach: Kötter, H., Dahm, K. und van Deenen, B., Die wirtschaftliche und soziale Lage von Arbeitnehmern in agrar-industriellen Mischgemeinden der Bundesrepublik 1957, in: Berichte über Landwirtschaft N.F., Band XXXVI (1958), Heft 1, S. 10.

¹⁶⁰ Priebe, Hermann, Fragen der Landarbeitsverfassung in Westdeutschland, in: Schriftenreihe für ländliche Sozialfragen, Heft 3: Die Arbeitskräfte der westdeutschen Landwirtschaft, Veröffentlichungen der Agrarsozialen Gesellschaft e.V. Göttingen, Hannover 1951, S. 26.

¹⁶¹ Vgl. Ernert, Wulf-Dieter, Die Arbeitszeit und der Arbeitslohn des deutschen Landarbeiters, rechts- und staatswissenschaftliche Dissertation Göttingen 1953, S. 30 ff.

¹⁶² Manteltarifordnung zur Regelung der Arbeitsverhältnisse für die in der Landwirtschaft und im Weinbau beschäftigten Arbeiter in Rheinhessen vom 11. 10. 1934 (TR Nr. 551/1, RABl., N.F., 15. Jg. (1935), Nr. 1 vom 5. 1. 1935, S. VI 15), § 2 Abs. 2.

Tarifordnung und Lohnordnung für die landwirtschaftlichen Betriebe des Regierungsbezirkes Wiesbaden und des früheren Freistaates Hessen vom 9. 5. 1935 (TR Nr. 990/1, RABl., N.F., 15. Jg. (1935), Nr. 15 vom 25. 5. 1935, S. VI 326), § 3 Abs. 5.

Tarifordnung zur Regelung der Arbeitsverhältnisse der landwirtschaftlichen Arbeiter und Arbeiterinnen im Regierungsbezirk Wiesbaden und im Lande Hessen vom 1. 12. 1938 (TR Nr. 790/6, RABl., N.F., 18. Jg. (1938), Nr. 35 vom 15. 12. 1938, S. VI 1594), § 3 Abs. IV.

Manteltarifvertrag für Landwirtschaft und Weinbau in Rheinland-Pfalz vom 19. 3. 1954 (TR Rheinland-Pfalz 33/27), § 7 Ziffer 4.

Manteltarifvertrag für Landwirtschaft und Weinbau in Rheinland-Pfalz vom 1. 7. 1958 (TR Rheinland-Pfalz 33/56), § 8 Ziffer 6.

Der erste Satz des § 8 Ziffer 6 lautet:

„An Vorabenden von Neujahr, Ostern, Pfingsten und Weihnachten ist zwei Stunden früher Arbeitsschluß.“

Für Rheinhausen wurde im Gegensatz zu anderen Tarifgebieten¹⁶³ der freie Samstagnachmittag in der Landwirtschaft relativ spät tariflich normiert. Erst der neueste Tarifvertrag bestimmt in § 8 Ziffer 2:¹⁶⁴

„Die Verteilung der Arbeitsstunden auf die einzelnen Tage soll so erfolgen, daß ein Nachmittag in der Woche – in der Regel der Sonnabendnachmittag – arbeitsfrei bleibt. Die Gewährung dieses freien halben Tages kann aus betrieblichen Gründen abgelehnt werden mit der Maßgabe, daß der ausfallende freie halbe Tag innerhalb von vier Wochen nachgewährt wird. Im Falle der Verlegung besteht kein Anspruch auf Mehrarbeitszuschlag.“

Damit wurde eine die besonderen landwirtschaftlichen Produktionsbedingungen berücksichtigende elastische Lösung gefunden.

Die Fünftageswoche des Pendlers mit landwirtschaftlichem Nebenerwerb kann auch zu einer anderen Arbeitsverteilung zwischen Mann und Frau und damit zu einer Entlastung der weiblichen Arbeitskräfte von schwerer Feldarbeit beitragen. Am Samstag können vom Pender Arbeiten übernommen werden, die sonst wegen der späten Ankunft am Wohnort von der Ehefrau und sonstigen Familienangehörigen verrichtet werden müssen. Allerdings ist zu berücksichtigen, daß ein Großteil der Pender zu den Schichtarbeitern zählt,¹⁶⁵ deren Arbeitseinteilung auch tagsüber Gelegenheit zur Bearbeitung des Bodens gibt.

Auch dem landwirtschaftlichen Arbeitnehmer mit landwirtschaftlichem Nebenerwerb bleibt durch den freien Samstagnachmittag mehr Zeit zur Bewirtschaftung des eigenen Betriebes.¹⁶⁶ Die Beseitigung der Arbeitszeitunterschiede, die in industrienahen Gemeinden besonders deutlich zutage treten, und die Gleichstellung des Landarbeiters mit dem Industriearbeiter in bezug auf die Arbeitszeit werfen noch eine Reihe von Fragen auf. Dabei spielen Lohn-, Abwanderungs- und Produktionserwägungen eine besondere Rolle.

7. Landarbeitszeit und Landarbeitslohn

Arbeitszeit, Freizeit und Arbeitslohn stehen in einem engen Zusammenhang. Das Arbeitszeitangebot richtet sich in der Regel nach der Höhe des Arbeitslohnes. Eine Lohnsteigerung z. B. wird sich im Arbeitszeitangebot niederschlagen. Dabei wird der einzelne, falls ihm die Entscheidung über sein Angebot freisteht, so vorgehen, „daß im Gleichgewicht der gewogenen (d. h. durch den Lohnsatz dividierte) Grenznutzen der Freizeit dem gewogenen (d. h. durch den Lebenshaltungskostenindex dividierten) Grenznutzen des Realeinkommens gleich wird. Anders ausgedrückt: im Gleichgewicht wird die Grenzrate der Substitution des Realeinkommens durch die Freizeit dem Reallohn gleich“.¹⁶⁷ Im Sinne des Zweiten GOSENschen Gesetzes wird der Arbeiter demnach ein harmonisches Gleichgewicht anstreben, bei dem weder eine Freizeiterhöhung durch eine entsprechende Einkommensminderung, noch eine Freizeitverkürzung durch eine entsprechende Einkommensvermehrung aufgewogen werden.

Wenn sich nun zeigt, „daß bei niedrigem Einkommen und langer Arbeitszeit eine Besserung des Stundenenertrages den Arbeiter in der Regel zu einer Einschränkung seiner Arbeitszeit veranlaßt“,¹⁶⁸ so kommt darin das Bestreben zum Ausdruck, das durch die Lohnerhöhung

¹⁶³ Niedersachsen, Hessen, Bayern, Nordrhein-Westfalen (Ernert, a. a. O., S. 30 ff.).

¹⁶⁴ Manteltarifvertrag für Landwirtschaft und Weinbau in Rheinland-Pfalz vom 1. 7. 1958 (TR Rheinland-Pfalz 33/56).

¹⁶⁵ Nach der Berufszählung 1950 gehörten 23,1 vH der Erwerbspersonen (Arbeitnehmer) mit landwirtschaftlichem Nebenberuf und Hauptberuf außerhalb der Wirtschaftsabteilung 0 (Landwirtschaft und Tierzucht, Forst- und Jagdwirtschaft, Gärtnerei und Fischerei) der Wirtschaftsabteilung 8 (Verkehrswesen) und 12,3 vH der Abteilung 2 (Eisen- und Metallerzeugung und -verarbeitung) an. (Errechnet vom Verfasser nach: Statistik von Rheinland-Pfalz, Band 13, Heft IV, a. a. O., S. 2 f.) Diese beiden Wirtschaftsabteilungen, zu denen die Arbeitnehmer der Bundesbahn und der Firma Adam Opel AG zählen, dürften den größten Teil der Schichtarbeiter stellen.

¹⁶⁶ Rund 10 vH (751) der nebenberuflichen Inhaber der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe gehörten 1949 nach ihrem Hauptberuf zu den land- und forstwirtschaftlichen Arbeitnehmern (errechnet vom Verfasser nach: Statistik von Rheinland-Pfalz, Band 16, a. a. O., S. 67).

¹⁶⁷ von Stackelberg, Heinrich, Grundlagen der theoretischen Volkswirtschaftslehre, 2. Auflage, Bern und Tübingen 1951, S. 278.

¹⁶⁸ von Stackelberg, Heinrich, Arbeitszeit und Volkswirtschaft, in: Schmollers Jahrbuch, 66. Jg. (1942), S. 272.

gestörte Gleichgewicht wieder herzustellen. Außerdem äußert sich hier die als anti-konjunkturelle oder inverse Reaktion bekannte Erscheinung, daß bei niedrigem Realeinkommen Preis- und Lohnsteigerungen zu einer Angebotseinschränkung führen. Durch die einheitliche Arbeitszeitregelung wird im Gegensatz zu den einkommensschwachen und hauswirtschaftlich bestimmten Produktionszweigen auf dem Arbeitsmarkt eine derartige anomale Reaktion nicht sichtbar. „Immerhin kann nicht bezweifelt werden, daß auch hier die gleiche Gesetzmäßigkeit gilt. Die Bestrebungen der Arbeiter im vorigen Jahrhundert, sowohl ihren Stundenlohn zu erhöhen als auch die Arbeitszeit zu verkürzen, dürften zum Teil darin ihre Erklärung finden.“¹⁶⁹

Auch heute noch laufen Bestrebungen und Forderungen der Arbeitnehmerorganisationen sowohl auf eine Arbeitszeitverkürzung als auch auf eine Lohnerhöhung hinaus. Wenn behauptet wird, daß die Landarbeitergewerkschaft sich bemühe, „unter Verzicht auf Arbeitszeitverkürzungen tariflich nachzuziehen und die Chancen des ‚Grünen Planes‘ lohnpolitisch zu nutzen“,¹⁷⁰ so mag dies berechtigt sein, wenn man die Bemühungen der Gewerkschaften um Arbeitszeitverkürzung im industriellen Bereich zum Maßstab nimmt. Im Bereich der Landwirtschaft veranlassen natürliche Besonderheiten der agrarischen Produktionsweise, aber auch die Rücksichtnahme auf Arbeitsproduktivität, damit auf die Lohnhöhe, und die Lohndifferenz zwischen Land- und Industriearbeiterschaft die Arbeitnehmervertreter zu einer maßvollen Forderung nach Arbeitszeitverkürzung. „Eine Arbeitnehmerkoalition in der Landwirtschaft kann erst dann für die Begrenzung der Arbeitszeit und eine Gleichstellung mit den Industriearbeitern wirksam eintreten, wenn der Stundenverdienst bzw. die Arbeitsproduktivität es zuläßt.“¹⁷¹

Obwohl in den letzten Jahren auch die Löhne der Landarbeiter gestiegen sind, bleibt doch noch ein deutliches Arbeitslohngefälle bestehen. Die durchschnittlichen landwirtschaftlichen Tariflöhne (Bartlöhne) stiegen von 1950 bis Juli 1957 um 98 vH,¹⁷² umbasiert auf 1951 entsprach dies einer Steigerung von 64 vH. Im Tarifgebiet Rheinhessen betrug die Zunahme der Tariflöhne in der Zeit vom 1. 4. 1951 bis 1. 5. 1957 bei den landwirtschaftlichen Arbeitskräften außerhalb der Hausgemeinschaft in der niedrigsten Ortsklasse zwischen 54 und 71 vH, bei den Arbeitskräften innerhalb der Hausgemeinschaft in der gleichen Ortsklasse zwischen 54 und 96 vH.¹⁷³

Die Darstellung der Unterschiede zwischen industriellen und landwirtschaftlichen Löhnen wird durch die erst begonnenen laufenden Verdiensterhebungen in der Landwirtschaft erschwert. Im folgenden greifen wir deshalb auf eine Repräsentativuntersuchung des Lohngefüges in 360 über das ganze Bundesgebiet gestreuten ländlichen Gemeinden zurück. Die Verdienstangaben wurden in der Zeit zwischen dem 1. 4. 1956 und dem 31. 3. 1957 gewonnen und in der Zusammenstellung als durchschnittliche Brutto-Monatsverdienste wiedergegeben (siehe Tabelle 21). Neben dem Zeitlohn sind alle Lohnzuschläge und -zulagen, die Werte der Naturalentlohnung und zusätzliche Sozialleistungen enthalten. Die durchschnittlichen Brutto-Monatsverdienste lagen für die männlichen gewerblichen Arbeiter im Mittel rund 100 DM oder 33 vH über denen der landwirtschaftlichen Arbeitnehmer, die weiblichen gewerblichen Arbeitskräfte verdienten im Durchschnitt 53 DM oder 30 vH mehr als die weiblichen Arbeitnehmer in der Landwirtschaft. Eine besonders große Differenz ergab sich bei den Hilfsarbeitern. Der Brutto-Monatsverdienst der männlichen gewerblichen Hilfsarbeiter betrug 48 vH mehr als der der landwirtschaftlichen Hilfskräfte. Die Verdienste der Facharbeiter unterschieden sich nur wenig (17 vH) voneinander, während bei Spezial- und angelernten Arbeitern die Differenz mit 33 vH dem Gesamtdurchschnitt entsprach.

¹⁶⁹ Siehe Fußnote ¹⁰⁸.

¹⁷⁰ Lohnpolitik im Wahljahr, gez.: fw, in: Der Volkswirt, 11. Jg., Nr. 14 vom 6. 4. 1957, S. 631.

¹⁷¹ Schmied, Rudolf, Die agrarpolitischen Ziele der landwirtschaftlichen Arbeitnehmerkoalition in Westdeutschland, landwirtschaftliche Dissertation München 1951, Göttingen 1952, S. 25.

¹⁷² BML, zitiert nach: Bericht über die Lage der Landwirtschaft gemäß § 4 des Landwirtschaftsgesetzes (Grüner Bericht 1958), 3. Wahlperiode, Bundestagsdrucksache 200, S. 36. Im folgenden zitiert: Grüner Bericht 1958.

¹⁷³ Errechnet vom Verfasser nach: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1952, S. 442 f. Sowie: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1958, S. 458 f.

Tabelle 21

Durchschnittliche Brutto-Monatsverdienste von gewerblichen und landwirtschaftlichen Arbeitnehmern in 360 ländlichen Gemeinden in der Zeit vom 1. 4. 1956 bis 31. 3. 1957¹⁷⁴

Arbeitnehmergruppe	DM/Monat				
	Männer				Frauen
	Lohn- gruppe	Lohn- gruppe	Lohn- gruppe	Ø	Lohn- gruppe
	1	2	3		2
gewerbliche Arbeitnehmer	444	376	340	390	231
landwirtschaftliche Arbeitnehmer	379	282	230	293	178
gewerbliche Bruttoverdienste höher als landwirtschaftliche absolut	65	94	110	97	53
vH	17	33	48	33	30

Lohngruppe 1: Meister und Facharbeiter, die besonders schwierige, verantwortungsvolle oder vielgestaltige Arbeiten ausführen

Lohngruppe 2: Spezialarbeiter und angelernte Arbeiter, die gleichmäßig wiederkehrende, weniger schwierige oder verantwortungsvolle Arbeiten ausführen

Lohngruppe 3: Arbeiter, die einfache oder Hilfsarbeiten ausführen, die keine fachliche Ausbildung voraussetzen.

Im Vergleich zur Untersuchung im Vorjahr zeichnete sich eine Verringerung der Lohn-differenz ab.¹⁷⁵

Bei der Gegenüberstellung landwirtschaftlicher und industrieller Arbeitsverdienste ist zu beachten, daß die unbaren Leistungen (Sachleistungen) bei den Landarbeitern einen viel größeren Teil des Bruttoverdienstes ausmachen als bei den gewerblichen Arbeitnehmern,¹⁷⁶ so daß durch die Bewertung, die bei einzelnen Erzeugnissen vom Erzeugerpreis ausgeht,¹⁷⁷ bei den landwirtschaftlichen Arbeitnehmern versteckte Lohnanteile auftreten.

Bei den Pendlern hingegen, die in der Regel dem gewerblichen Bereich angehören, sind die Fahrkosten abzusetzen.

Andererseits ist zu berücksichtigen, „daß die dargestellten Verdienste von der Industrie-
arbeiterschaft in einer kürzeren Arbeitszeit, allerdings unter unterschiedlichen Arbeits-
bedingungen, erzielt wurden als in der Landwirtschaft“.¹⁷⁸ Stellt man die Stundenlöhne,¹⁷⁹
vermehrt um einen zehnprozentigen Zuschlag für die über die tariflichen Vereinbarungen

¹⁷⁴ Untersuchung der Forschungsgesellschaft für Agrarpolitik und Agrarsoziologie, zitiert nach: Grüner Bericht 1958, S. 29.

¹⁷⁵ Vgl. Kötter/Dahm, a. a. O., S. 12.

¹⁷⁶ Der Anteil der unbaren Leistungen am Brutto-Jahresverdienst der Arbeitnehmer belief sich bei den männlichen Arbeitskräften in der Landwirtschaft auf 21,1 vH, bei den Frauen auf 26,6 vH, im Gewerbe auf 0,9 bzw. 3,9 vH (Bundesdurchschnitt nach: Kötter/Dahm/van Deenen, a. a. O., S. 12).

¹⁷⁷ So wurden beispielsweise Gerste und Hafer, Saatkartoffeln und Ölfrüchte nach dem Erzeugerpreis berechnet (Statistik der Bundesrepublik Deutschland, Band 92, Heft 2, a. a. O., S. 9).

¹⁷⁸ Grüner Bericht 1958, a. a. O., S. 29.

¹⁷⁹ Barlöhne plus Zuschläge, die sich aus dem tariflich vereinbarten verbilligten Zukauf von Betriebs-
erzeugnissen ergeben (Grüner Bericht 1958, a. a. O., S. 27).

hinausgehenden Sachleistungen,¹⁸⁰ dem Bruttostundenverdienst der Industriearbeiter gegenüber, so ergibt sich, daß der Landarbeiter rund die Hälfte länger arbeiten muß, um das gleiche zu verdienen. Anders ausgedrückt: Der Industriearbeiter hat in knapp 3/4 Stunden (42 Minuten) einen landwirtschaftlichen Bruttostundenverdienst erarbeitet, während eine landwirtschaftliche Arbeitskraft eine Stunde und 24 Minuten benötigt, um den Bruttostundenlohn eines Industriearbeiters zu verdienen (siehe Tabelle 22). Solange noch deutliche Lohndifferenzen zwischen Industrie und Landwirtschaft bestehen werden Arbeitnehmerorganisationen und auch der einzelne Arbeiter zur Vergrößerung des Anteils am Produktionsergebnis nach Lohnangleichung und -erhöhung streben. Dadurch verliert die Frage der Arbeitszeitverkürzung keineswegs an Bedeutung. Die Landwirtschaft wird bei den Aufgaben ihre besondere Aufmerksamkeit widmen müssen. Ein geringer Landarbeitslohn kann jedoch insofern eine Arbeitszeitverkürzung erschweren, als in diesem Fall die Verkürzung der Arbeitszeit in besonderem Maße an den Lohnausgleich gebunden ist.

Tabelle 22

Gegenüberstellung der Stundenlöhne industrieller und landwirtschaftlicher Arbeitnehmer¹⁸¹

Arbeitnehmergruppe	Stundenlöhne + 10 vH Zuschlag der landwirtsch. Arbeitskr. a)	Bruttostunden- verdienst der Industrie- arbeiter b)	in ... Stunden ... Minuten verdiene eine landw. industr. Arbeitskraft einen industr. landw. Stundenlohn
Landwirtschaft: Spezialarbeiter	162,0		1 Std./24 Min. 42 Minuten
Industrie: Leistungsgruppe 2 c)		233,1	
Landwirtschaft: Landarbeiter für leichte Arbeiten d) 104,5			1 Std./24 Min. 42 Minuten
Industrie: Frauen aller Leistungsgruppen		146,1	

a) Stundenlöhne, Stand 1. 5. 1957

b) Bruttostundenverdienst, Stand 1957

c) entspricht ungefähr den landwirtschaftlichen Spezialarbeitern

d) früher Frauen

Eine Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich wird bei den derzeitigen Lohnverhältnissen in der Landwirtschaft wohl kaum im Interesse der landwirtschaftlichen Arbeitskraft liegen. Unter Beibehaltung der seitherigen Produktionsweise führt eine Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich zu zusätzlichen Arbeitskosten.

Die folgende Übersicht (Tabelle 23) vermittelt ein Bild von der Reinertragsschmälerung bei Arbeitszeitverkürzung.

¹⁸⁰ Im Grünen Bericht 1958 wird der tatsächliche Unterschied des Gesamtstundenverdienstes zum Tariflohn mit 7 bis 10 vH angenommen (Grüner Bericht 1958, a. a. O., S. 28).

¹⁸¹ Errechnet vom Verfasser nach: Durchschnittliche landwirtschaftliche Tariflöhne im Bundesgebiet, entnommen aus: Grüner Bericht 1958, a. a. O., S. 27 und: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1958, S. 441.

Es handelt sich hierbei nur um Durchschnittswerte. In einzelnen Industriezweigen wird der Arbeiter mehr als Dreiviertelstunden brauchen, um einen landwirtschaftlichen Bruttostundenlohn zu verdienen.

Tabelle 23

Die Verminderung des Reinertrages bei 17prozentiger Steigerung des Wirtschaftsausgabepostens: „Barlöhne, Sozialversicherung und Wirtschaftshaushalt“ unter Zugrundelegung der Buchführungsergebnisse landwirtschaftlicher Betriebe in Rheinhessen (Wirtschaftsjahr 1954/55) ¹⁸²

Anzahl der Betriebe	Durchschnittliche LN ha	Reinertrag je ha LN DM	Verminderung des Reinertrages	
			DM/ha	vH
34 a)	9,48	281	48,8	17,4
41 b)	11,22	398	43,2	10,9
25 c)	31,69	326	55,1	16,9
46 d)	23,48	335	63,9	19,1
146 e) ø	18,11	336	53,0	15,8

a) unter 15 ha LN und unter DM 2400 Einheitswert je ha LN

b) unter 15 ha LN und über DM 2400 Einheitswert je ha LN

c) über 15 ha LN und unter DM 2400 Einheitswert je ha LN

d) über 15 ha LN und über DM 2400 Einheitswert je ha LN

e) Gesamtdurchschnitt

Dabei wird von der Annahme ausgegangen, daß 3 000 Arbeitsstunden jährlich auf 2 500¹⁸³ (= 17 vH) reduziert werden. Selbst wenn sich die Arbeitszeitverkürzung nur auf die familienfremden Arbeitskräfte bezöge, ergäbe sich eine Schmälerung des Reinertrages um 1/10 bis 1/5. Dabei ist zu beachten, daß die Ertragslage durch den Weinbau sehr starken Schwankungen unterworfen ist.¹⁸⁴ In den in die Untersuchung einbezogenen Betrieben betragen die Einnahmen aus dem Weinbau zwischen 14 bis 38 vH der Gesamteinnahmen. Bei dieser Zusammenstellung wurde gleichbleibende Intensität unterstellt; die Betriebe bleiben auf zusätzliche Arbeitskräfte angewiesen. Die Abwälzung auf die familieneigenen Kräfte verbietet sich allein aus arbeitsphysiologischen Gründen. Im Hinblick auf die gegenwärtige Arbeitsmarktsituation und Ertragslage der Landwirtschaft kommt daher der Steigerung der Arbeitsproduktivität eine erhöhte Bedeutung zu.

8. Die Arbeitszeit auf dem Land und die Abwanderung aus der Landwirtschaft

Durch den hohen Fixkostenanteil der landwirtschaftlichen Produktion, der in den letzten vier Jahrzehnten dauernd gestiegen ist, sind einer Extensivierung enge Grenzen gesetzt, und eine Verringerung des Aufwandes, hervorgerufen durch einen Mangel an Arbeitskräften, wird sich daher in der Regel betriebswirtschaftlich nachteilig auswirken.

Die Aufrechterhaltung des derzeitigen Intensitätsgrades mit einer verringerten Anzahl an Arbeitskräften setzt eine Steigerung der Arbeitsproduktivität voraus. Die Abwanderung der Arbeitskräfte wird der Einführung einer Arbeitszeitverkürzung für die auf dem Land Zurückbleibenden keine besonderen Schwierigkeiten entgegenstellen, solange ein Stamm an Arbeitskräften erhalten bleibt und eine Produktivitätssteigerung es ermöglicht, daß in weniger Arbeitsstunden gleich viel an Produktionswert erzielt werden kann und kein

¹⁸² Errechnet vom Verfasser nach: Landwirtschaftskammer Rheinhessen, Alzey, Jahresbericht 1956, Abschnitt D: Agrarstatistische Übersichten und Auswertungen von Rheinhessen.

¹⁸³ Entspricht der 48-Stunden-Woche.

¹⁸⁴ Grüner Bericht 1958, a. a. O., S. 144 ff.

Rückgang des Arbeitseinkommens je Arbeitskraft eintritt. Je größer allerdings die Zahl der abwandernden Arbeitskräfte, desto schwieriger wird dieser Ausgleich zu erreichen sein. Die Abwanderung aus der Landwirtschaft zwingt jedoch gerade dann, wenn die Beibehaltung des derzeitigen Intensitätsgrades in Frage gestellt wird und die Steigerung der Arbeitsproduktivität auf Schwierigkeiten stößt, zu einer raschen Angleichung an die industrielle Arbeitszeit, um der Landwirtschaft den notwendigen Stamm an Arbeitskräften zu erhalten.

Hiermit wurden kurz die Fragen angedeutet, die durch die Abwanderung vom Land hinsichtlich der Einführung einer Arbeitszeitverkürzung auftreten können. Im folgenden sollen nun die tatsächlichen Verhältnisse und die Entwicklungslinien bezüglich der Abwanderung aus der Landwirtschaft anhand des vorliegenden Zahlenmaterials erörtert werden.

Die Abwanderung, die unter dem Begriff der Landflucht zum politischen Schlagwort wurde, bedarf nach Ausmaß, Richtung und Wirkung hin einer Darstellung.

Da die der Totalerhebung der landwirtschaftlichen Betriebsverhältnisse im Jahre 1949 folgenden Erhebungen der arbeitswirtschaftlichen Lage der Landwirtschaft nur auf repräsentativer Basis bei einem Stichprobenumfang von nur rund 8 vH durchgeführt wurden, vermögen sie nur Landesergebnisse zu erbringen.¹⁸⁵ Auf die Wiedergabe der Entwicklung der familieneigenen Arbeitskräfte im Regierungsbezirk Rheinhessen muß deshalb verzichtet werden; statt dessen mögen die Entwicklungsreihen der familieneigenen Arbeitskräfte im Lande Rheinland-Pfalz ein Bild der Arbeitskräfteentwicklung seit der Vorkriegszeit vermitteln (Tabelle 24). Daraus geht deutlich der Rückgang der familieneigenen Arbeitskräfte hervor. Ein Teil dieser Personen arbeitete nur noch nichtständig oder vorübergehend im Betrieb mit.

Die starke Abwanderung vom Lande, die in der Nachkriegszeit in sämtlichen Bundesländern einsetzte,¹⁸⁶ darf auch für den Regierungsbezirk Rheinhessen angenommen werden, zumal günstige Verkehrslage und Industrienähe einen Berufswechsel, die Aufnahme der früheren industriellen Beschäftigung oder eine Zweitbeschäftigung begünstigten. In den verschiedenen Betriebsgrößenklassen verlief die Entwicklung uneinheitlich. Am stärksten war der Rückgang in den kleineren Betriebsgrößen, die zwischen 1939 und 1949 auch die höchsten Steigerungen ausgewiesen hatten.¹⁸⁷ Der Abbau der Arbeitskräfte nach dem

Tabelle 24

Die Inhaber land- und forstwirtschaftlicher Betriebe und ihre im Betriebshaushalt lebenden Familienangehörigen und Verwandten in Rheinland-Pfalz 1939, 1949, 1953 und 1954¹⁸⁸

1939 = 100

Jahr	ständig beschäftigt a)		nicht ständig oder vorübergehend beschäftigt b)		nicht beschäftigt	
	insgesamt	darunter männlich	insgesamt	darunter männlich	insgesamt	darunter männlich
1939	100	100	100	100	100	100
1949	101	97	102	85	62	64
1953	85	92	108	79	86	77
1954	84	90	112	82	102	89

- a) ständig beschäftigte Familienangehörige und hauptberuflich leitende Betriebsinhaber
b) nicht ständig oder vorübergehend beschäftigte Familienangehörige und nicht ständig hauptberuflich leitende Betriebsinhaber.

1939 und 1949 Totalerhebungen; 1953 und 1954 Repräsentativerhebungen: Beschränkung auf Stichprobenauswahl, deren Ergebnisse dann im Wege der Hochrechnung verallgemeinert wurden. Unter Hochrechnung versteht man das Ausfüllen der Lücken in der Vollständigkeit des Erhebungsmaterials durch besondere statistische Methoden.

Kriege kann zum Teil als eine Erscheinung der Normalisierung der aus zeitbedingten Gründen überhöhten Arbeitskräftebesetzung angesehen werden. In der Gegenüberstellung der ständig Beschäftigten in den Jahren 1953 und 1954 (Tabelle 25) kommt der starke Rückgang der Arbeitskräfte in den Betrieben bis unter 10 ha zum Ausdruck, während die größeren Betriebe ihren Bestand an Arbeitskräften zum Teil sogar erweiterten.

Tabelle 25

Die ständig a) in den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Betriebsinhaber und ihre Familienangehörigen und Verwandten b) in ihrer Entwicklung 1954 gegenüber 1953 in vH¹⁸⁹

Größenklasse in ha	insgesamt	männlich	weiblich
0,1 bis unter 2	./ 5,1	./ 7,5	./ 3,7
2 " " 5	./ 1,5	./ 3,2	./ 0,1
5 " " 10	./ 1,4	./ 2,2	./ 0,6
10 " " 20	+ 0,1	./ 0,6	+ 0,8
20 " " 50	./ 2,3	./ 4,7	+ 0,2
50 und darüber	+ 5,9	./ 1,1	+ 14,4
Ø :	./ 2,2	./ 3,6	./ 1,1

a) ständig im land- und forstwirtschaftlichen Betrieb beschäftigt, d. h. im Erhebungszeitraum unter Aufrechnung sämtlicher Arbeitszeiten länger als drei Monate im Betrieb oder Betriebshaushalt beschäftigt. Die Erhebungszeiträume umfaßten jeweils sechs Monate.

b) Nur Personen über 14 Jahre alt.

Aus methodischen Gründen kann die Entwicklung bis zum Jahre 1956 nur für die Familienarbeitskräfte insgesamt wiedergegeben werden. Wie aus Tabelle 26 zu ersehen ist, blieb die Abwanderung der familieneigenen Arbeitskräfte auf die Betriebe unter 10 ha beschränkt.

¹⁸⁵ Kleine Schriftenreihe des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz, Heft 44, a. a. O., S. 10.

¹⁸⁶ Vgl. Die Entwicklung des Arbeitskräftebestandes der Land- und Forstwirtschaft in der Zeit von 1939 bis 1953, in: Wirtschaft und Statistik, 6. Jg. N.F. (1954), Heft 7, S. 339 und 341*.

¹⁸⁷ Siehe Fußnote¹⁸⁶ und: Die Inhaber der landwirtschaftlichen Betriebe und ihre Familienangehörigen nach ihrer Beschäftigung in den Betrieben und ihrer Erwerbsquelle, in: Wirtschaft und Statistik, 7. Jg. N.F. (1955), Heft 6, S. 291*.

¹⁸⁸ Zusammengestellt vom Verfasser nach: Die familieneigenen Arbeitskräfte in den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben 1953 und 1954 in Rheinland-Pfalz, Kleine Schriftenreihe des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz, Heft 33, S. 9. Im folgenden zitiert: Kleine Schriftenreihe des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz, Heft 33.

¹⁸⁹ Kleine Schriftenreihe des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz, Heft 33, a. a. O., S. 24.

Tabelle 26

**Die familieneigenen Arbeitskräfte a) in Rheinland-Pfalz in ihrer Entwicklung
1956 gegenüber 1954 in vH¹⁹⁰**

Größenklasse in ha	insgesamt	männlich	weiblich
0,5 bis unter 2 b)	./ 12,4	./ 10,8	./ 13,7
2 " " 5	./ 12,8	./ 10,0	./ 15,3
5 " " 10	./ 6,8	./ 4,6	./ 8,9
10 " " 20	+ 3,2	+ 9,0	./ 2,3
20 " " 50	+ 11,9	+ 14,9	+ 8,9
50 und darüber	+ 32,6	+ 34,0	+ 31,2
Ø :	./ 9,6	./ 6,9	./ 12,0

a) 1954: ständig und nicht ständig beschäftigte Personen

1956: voll, regelmäßig und unregelmäßig beschäftigte Personen

b) 1954: 0,1 a bis unter 2 ha

Bei der Wiedergabe der Zahl der familienfremden Arbeitskräfte kann auf die Meldungen des Arbeitsamtes Mainz¹⁹¹ zurückgegriffen werden. Auch hier zeigt die Entwicklungsreihe den Abbau kriegs- und nachkriegsbedingter Überbesetzung an Arbeitskräften und bei den männlichen Personen eine Unterschreitung des Vorkriegsstandes¹⁹² (Tabelle 27).

Tabelle 27

**Beschäftigte a) in der Landwirtschaft und Tierzucht im Arbeitsamtsbezirk Mainz in der Zeit
von 1938 bis 1958¹⁹³**

1938 = 100

Zeitpunkt	insgesamt	Männer	Frauen
25. 6. 1938	100	100	100
30. 9. 1946	223	184	360
30. 9. 1948	171	142	272
30. 9. 1950	155	129	243
30. 9. 1952	96	88	126
28. 9. 1954	98	88	132
30. 9. 1956	87	73	135
30. 9. 1958	78	65	122

a) Arbeiter und Angestellte

In der Gegenüberstellung der Anzahl der männlichen Arbeitnehmer in der Landwirtschaft mit anderen für Rheinhesen typischen Wirtschaftszweigen wird die Richtung des Berufswechsels deutlich (siehe Tabelle 28).

Während die Anzahl der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft zurückging, stieg die Beschäftigungszahl im Baugewerbe, Straßenfahrzeug- und Maschinenbau teilweise um ein Vielfaches an.

Tabelle 28.

Männliche Beschäftigte mit Wohnsitz im Landkreis Alzey in Landwirtschaft und Tierzucht und anderen Erwerbszweigen im September 1952 und September 1958¹⁹⁴

September 1952 = 100

Wirtschaftszweig	Männliche Beschäftigte			
	September 1952		September 1958	
	absolut	Sept. 1952 = 100	absolut	Sept. 1952 = 100
Landwirtschaft und Tierzucht	1556	100	1100	71
Maschinen-, Apparate- und Amaturenba	234	100	1072	478
Straßenfahrzeugbau	473	100	1292	273
Bau-, Ausbau- u. Bauhilfsgewerbe	1913	100	3223	169

Das industrialisierte Rhein-Main-Gebiet übt hierbei einen besonders starken Sog auf die Arbeitskräfte in Rheinhesen aus. Die zahlenmäßig längst überholte Statistik der Pendelwanderungen 1950 deutete auf den auch noch heute gültigen Einpendlerschwerpunkt Mainz hin. Die Stadt Mainz nahm 6 vH der Auspendler des Landkreises Worms, 25 vH des Landkreises Bingen, 33 vH des Landkreises Alzey und 64 vH des Landkreises Mainz auf.¹⁹⁵ Einer Auswertung der Firma Adam Opel AG zufolge hatten im September 1956 fast 1/10 der damals knapp 28 000köpfigen Belegschaft ihren Wohnsitz im rheinheissischen Hinterland.¹⁹⁶ Die günstige Erwerbsmöglichkeit für die Arbeitnehmer in Rheinhesen kommt auch in der

¹⁹⁰ Kleine Schriftenreihe des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz, Heft 44, a. a. O., S. 13.

¹⁹¹ Der Arbeitsamtsbezirk Mainz umfaßt den Regierungsbezirk Rheinhesen ohne Stadt- und Landkreis Worms.

¹⁹² Vgl. hierzu auch die Zahlenangaben für die einzelnen Bundesländer nach: Bundesministerium für Arbeit und Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, in: Die Inhaber der landwirtschaftlichen Betriebe und ihre Familienangehörigen nach ihrer Beschöftigung in den Betrieben und ihrer Erwerbsquelle, in: Wirtschaft und Statistik, 7. Jg. N.F. (1955), Heft 6, S. 306.

¹⁹³ Errechnet vom Verfasser nach Unterlagen des Arbeitsamtes Mainz, 1938 bis 1950: Bericht des Arbeitsamtes Mainz vom 2. 10. 1952 (Gz IV c/4055 Re/z), S. 3.
ab 1952: Unterlagen des Arbeitsamtes Mainz.

¹⁹⁴ Zusammengestellt und errechnet vom Verfasser nach Unterlagen des Arbeitsamtes Mainz. Der Kreis Alzey wurde wegen seines gegenüber anderen Kreisen rein ländlichen Charakters ausgewählt. Die Angaben aus den Bezirken Mainz und Bingen bieten durch die nicht getrennt ausgewiesenen Zahlen der Stadtbezirke keine eindeutigen Beweisunterlagen eines Berufswechsels.

¹⁹⁵ Die Pendelwanderung in Rheinland-Pfalz. Nach den Ergebnissen der Berufszählung 1950, Statistik von Rheinland-Pfalz, Band 28, S. 29 f.

¹⁹⁶ Errechnet vom Verfasser nach Unterlagen der Firma Adam Opel AG.

Bei der Berechnung sollte die Wirkung des benachbarten Großbetriebes auf die Arbeitskräfte auf dem Lande gezeigt werden. Daher wurden bei der Zusammenstellung die Stadtkreise Mainz und Worms sowie die Städte Bingen und Alzey nicht berücksichtigt.

geringen Arbeitslosenquote¹⁹⁷ in den Arbeitsamtsbezirken Mainz und Worms zum Ausdruck. Im Winter (31. 12. 1956) wurde die Arbeitslosenquote für beide Bezirke mit „2 bis unter 4,5“, im Sommer (30. 6. 1957) mit „bis unter 4“ angegeben und als „durchweg günstig“ beurteilt.¹⁹⁸

Die Abwanderung der ledigen Gesindekräfte hängt zum überwiegenden Teil mit der Arbeitsverfassung in der Landwirtschaft zusammen. Arbeitsorganisatorische und wirtschaftliche Gründe halten viele Landwirte davon ab, verheiratete Landarbeiter zu beschäftigen. Somit ist der Wunsch zur Familiengründung für viele Gesindekräfte mit dem Zwang des Berufswechsels verbunden. Nur einer von sechs Knechten hat Aussicht, als verheiratete Arbeitskraft weiter in der Landwirtschaft beschäftigt zu werden.¹⁹⁹ Die Abwanderung der Knechte und Mägde darf deshalb nicht allein unter dem Gesichtspunkt mangelhafter sozialer Rücksichtnahme gesehen werden. Daß die kleineren Betriebe von der Abwanderung stärker betroffen werden als die größeren, mag sich einerseits aus den besseren Aufstiegschancen in größeren Betrieben, andererseits aber auch aus den in der Regel dort vorherrschenden günstigeren sozialen Verhältnissen ableiten. Tabelle 29 zeigt die stärkere Abwanderung aus den kleineren Betrieben.

Auch in der unterschiedlichen Entwicklung der einzelnen Bundesländer spiegelt sich die verschiedenartige Betriebsgrößenstruktur ihrer Landwirtschaft wider. Die größte Abnahme verzeichnen Rheinland-Pfalz und Bayern (38 vH gegenüber dem Vorkriegsstand).²⁰⁰

Tabelle 29

Die Abnahme der Gesindekräfte und Lehrlinge bzw. der familienfremden Arbeitskräfte in Kost und Wohnung in den verschiedenen Betriebsgrößenklassen im Bundesgebiet (ohne Hamburg und Bremen) von 1949 bis 1956²⁰¹

Größenklassen nach der LN	Gesinde und Lehrlinge der land- und forstw. Betriebe (LBZ 1949)	Familienfremde Arbeitskräfte in Kost u. Wohnung 1956 a)	Abnahme 1956 gegen- über 1949
in ha	in 1 000		1949 = 100
0,5 bis unter 2	26,9	23,3	86,6
2 " " 5	54,9	25,3	46,1
5 " " 10	107,9	37,1	34,4
10 " " 20	203,5	88,0	43,2
20 " " 50	241,4	145,6	60,3
50 und darüber	77,9	54,1	69,4
zusammen bzw. ø:	712,5	373,4	52,4

a) Einschließlich des Verwaltungspersonals in Kost und Wohnung. Die aus methodischen Gründen bedingte Differenz in den Erhebungsmassen kann wegen Geringfügigkeit vernachlässigt werden.

¹⁹⁷ Arbeitslosenquote = Arbeitslose in vH der unselbständigen Erwerbspersonen.

¹⁹⁸ Karte der Erwerbsmöglichkeiten, in: Informationen des Institutes für Raumforschung Bad Godesberg 8. Jg. (1958), Nr. 2, S. 31.

¹⁹⁹ Linde, a. a. O., S. 72.

²⁰⁰ Statistische Berichte, Arb.-Nr. III/27/1, a. a. O., S. 18. Während die männlichen Arbeitskräfte in Kost und Wohnung in Rheinland-Pfalz nur um 25 vH abnahmen, ging die Anzahl der weiblichen um 64 vH zurück.

Grüner Plan 1957, a. a. O., S. 31.

Bei der Abnahme der Lohnarbeitskräfte in den einzelnen Bundesländern in der Zeit von 1952/53 bis 1955/56 steht Rheinland-Pfalz mit 12 vH hinter Hessen mit 18 vH an zweiter Stelle.

²⁰¹ Errechnet vom Verfasser nach: Statistik der Bundesrepublik Deutschland, Band 23, a. a. O., S. 13. 55 sowie: Statistische Berichte, Arb.-Nr. III/27/1, a. a. O., S. 21.

Die geringe Abnahme in den Betrieben „bis unter 2 ha LN“ dürfte auf deren Betriebsstruktur zurückzuführen sein. Bei diesen Betrieben, die familienfremde Personen beschäftigen, wird es sich in der Regel um wirtschaftlich gesunde Sonderkulturbetriebe (Gartenbau) handeln.

Das Vorherrschen der klein- und mittelbäuerlichen Betriebe in Rheinhessen und die starke Besetzung dieser Betriebe mit Gesindekräften lassen auf einen größeren Rückgang der Kräfte in Kost und Wohnung schließen.
Tabelle 30 vermittelt ein Bild von der Verteilung der Knechte und Mägde auf die verschiedenen Betriebsgrößenklassen.

Tabelle 30

Die Verteilung der Knechte und Mägde auf die verschiedenen Betriebsgrößenklassen in Rheinhessen nach der landwirtschaftlichen Betriebszählung 1949²⁰²

Betriebsgrößenklassen nach der LN in ha	Verteilung der Betriebe mit LN in vH	Verteilung der	
		Knechte in vH	Mägde in vH
0,1 bis unter 2	45,8	2,3	10,1
2 " " 5	25,0	12,2	16,4
5 " " * 10	18,4	31,0	26,2
10 " " 20	8,6	37,5	31,2
20 " " 50	1,3	15,5	14,1
50 und darüber	0,9	1,5	2,0
zusammen:	100,0	100,0	100,0

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß die Abnahme der Arbeitskräfte in Rheinhessen sowohl durch die klein- und mittelbäuerliche Betriebsstruktur als auch durch die Industrienähe begründet werden kann; nicht dagegen läßt sich nachweisen, inwieweit die Abnahme der Arbeitskräfte nur ein Abbau kriegs- und nachkriegsbedingter Überbesetzung bedeutet oder schon ein Arbeitermangel eingetreten ist.²⁰³

Von einem Übersatz an Arbeitskräften kann dann gesprochen werden, wenn bei der Aufteilung des Einkommens ein besonders geringer Anteil, im Verhältnis zu anderen Wirtschaftszweigen, auf die einzelne an der Schaffung des Einkommens beteiligte Person entfällt. Dabei braucht die Überbesetzung nicht in einer Unterbeschäftigung in Erscheinung zu treten. Auch unrationelles Wirtschaften, verbunden mit ungünstigen Strukturverhältnissen, vermag trotz voll ausgelasteter Arbeitskräfte zu einer Überbesetzung zu führen. Eine allgemeine Berechnung der Überbevölkerung ist durch die für jeden Betrieb verschiedenen Intensitäts- und Arbeitskräfteverhältnisse als auch durch die statistische Gesamterfassung der Betriebs- und Haushaltsleistungen nicht möglich. Der Vergleich der Arbeits-

²⁰² Errechnet vom Verfasser nach: Statistik von Rheinland-Pfalz, Band 16, a. a. O., S. 22, 73.

²⁰³ Da viele Landwirte wegen der Unmöglichkeit, Arbeitskräfte zu erhalten, die Meldung einer offenen Stelle für nutzlos betrachten, können die Anschreibungen bei den Arbeitsämtern keine genaue Auskunft über den eigentlichen Bedarf an Arbeitskräften geben. Im Jahre 1956 schwankte die Anzahl der offenen Stellen in der Berufsgruppe Ackerbauer, Tierzüchter und Gartenbauer im Arbeitsamtbezirk Mainz zwischen 188 (31. März) und 35 (30. November). (Nach Angaben des Arbeitsamtes Mainz.)

kräftebesetzung je 100 ha LN (die statistische Bezeichnung lautet: „Arbeitskräftebesatz“) in den verschiedenen Betriebsgrößen in Rheinhessen nach der LBZ 1949 (siehe Tabelle 31), bei Abzug einer Arbeitskraft je Betrieb für den Haushalt;²⁰⁴ läßt den Schluß zu, daß insbesondere in den kleineren Betriebsgrößen eine Überbesetzung vorhanden war, die nicht allein durch die gegenüber größeren Betrieben intensivere Wirtschaftsweise begründet sein kann.

Für Rheinland-Pfalz schätzte REIS die Überbesetzung auf etwa 15 bis 20 vH der ständig Beschäftigten.²⁰⁵ Die arbeitsintensiven Kulturen (Wein- und Obstbau) und die Industrienähe in Rheinhessen sprechen für einen geringeren Überbesatz als ihn REIS für das Land Rheinland-Pfalz annahm. BOSCH rechnete mit einer Überbevölkerung von etwa 50 000 Menschen in den rheinland-pfälzischen Höhengebieten der Eifel, des Hunsrücks und des Westerwalds.²⁰⁶ In der stärkeren Arbeitskräftebesetzung der fruchtbaren rheinland-pfälzischen Talgebiete sah BOSCH im allgemeinen keinen Nachteil, weil die Erträge infolge intensiver Bewirtschaftung hoch seien. Rheinhessen und insbesondere der Landkreis Mainz zählten zu diesen Gebieten mit überdurchschnittlichen Hektarerträgen.²⁰⁷

Tabelle 31

Die ständigen Arbeitskräfte je 100 ha LN in den verschiedenen Betriebsgrößenklassen unter Berücksichtigung einer Arbeitskraft je Betrieb für den Haushalt in Rheinhessen nach der LBZ 1949²⁰⁸

Größenklassen nach der LN	Ständige Arbeitskräfte je 100 ha LN /. 1 Arb. Kraft je Betrieb	Größenklassen nach der LN	Ständige Arbeitskräfte je 100 ha LN /. 1 Arb. Kraft je Betrieb
in ha		in ha	
0,1 bis unter 2	50,7	10 bis unter 20	30,3
2 " " 5	52,7	20 " " 50	31,3
5 " " 10	38,0	50 und darüber	24,3
		Ø :	39,4

Auf die Unterschiede im Arbeitskräftebesatz innerhalb des Landes Rheinland-Pfalz mag die Gegenüberstellung (siehe Tabelle 32) des arbeitsintensiven Regierungsbezirks Rheinhessen mit dem arbeitsextensiven Regierungsbezirk Trier hindeuten.

In der geringeren Besetzung je 100 ha LN in den kleineren Betrieben in Rheinhessen gegenüber Trier und im umgekehrten Verhältnis in den größeren Betrieben, bedingt durch den größeren Besatz an familienfremden Arbeitskräften, kommen der Intensitätsunterschied und die geringere Besetzung an familieneigenen Arbeitskräften in Rheinhessen zum Ausdruck. Die durchweg geringere Anzahl an familieneigenen Arbeitskräften je 100 Betriebe in allen Größenklassen Rheinhessens weist ebenfalls auf den geringeren Arbeitskräfteüberhang an familieneigenen Personen in Rheinhessen hin.

²⁰⁴ In Anlehnung an Priebe, H. und Kündiger, K., Der Arbeitskräftebesatz der deutschen Landwirtschaft, in: Agrarwirtschaft, 1. Jg. (1952), S. 271.

²⁰⁵ Reis, Norbert Johannes, Probleme der Agrarstruktur und des ländlichen Arbeitseinsatzes in Rheinland-Pfalz, staatsw. Dissertation Mainz 1956, S. 48.

Vgl. hierzu auch: Die Landwirtschaft von Rheinland-Pfalz, Statistik von Rheinland-Pfalz, Band 27, S. 38 f.

²⁰⁶ Bosch, Werner, Rheinland-Pfalz, Eine Analyse seiner wirtschaftlichen Struktur, Band II (Statistische Übersichten), Untersuchung des Forschungsinstituts für Wirtschaftspolitik an der Universität Mainz, 1957, S. 31.

²⁰⁷ Bosch, Werner, Rheinland-Pfalz, Eine Analyse seiner wirtschaftlichen Struktur, Band I (Textteil), Untersuchung des Forschungsinstituts für Wirtschaftspolitik an der Universität Mainz, 1957, S. 48.

²⁰⁸ Errechnet vom Verfasser nach: Statistik von Rheinland-Pfalz, Band 16, a. a. O., S. 22, 67, 73.

Tabelle 32

Die Arbeitskräftebesetzung in den Regierungsbezirken Rheinhessen und Trier nach der LBZ 1949²⁰⁹

Größenklassen nach der LN in ha	Besatz an fam. eig. a) und fam. fremden Arbeitskräften je 100 ha		Besatz an fam. eig. a) Arbeitskräften je 100 Betriebe	
	Rheinhessen	Trier	Rheinhessen	Trier
0,1 bis unter 2	149,0	162,6	143,4	182,5
2 " " 5	82,9	90,4	246,8	289,9
5 " " 10	52,1	55,3	304,6	362,5
10 " " 20	37,9	34,0	324,6	394,5
20 " " 50	35,1	21,5	308,8	429,9
50 und darüber	25,5	16,4	195,5	274,7
Ø :	63,3	62,6	217,5	285,7

a) ständig im Betrieb beschäftigte Familienangehörige (Personen von 14 Jahren und darüber) und Inhaber der Betriebe (Privatpersonen), die ihren Betrieb im Hauptberuf selbst leiten

Diese Überbevölkerung, insbesondere in den kleineren Betrieben, dürfte sich in der Zwischenzeit durch die oben dargestellten Abwanderungen seit 1949 weiter verringert haben. Diese Entwicklung wurde im Bundesgebiet zahlenmäßig erfaßt. Nach dem Grünen Bericht für 1958 ging der Besatz an Vollarbeitskräften²¹⁰ je 100 ha LN im Bundesgebiet in der Zeit von 1952/53 bis 1956/57 in den Betrieben unter 5 ha von 53,8 auf 39,8 (= 26 vH) und in Betrieben über 5 ha von 19,6 auf 17,2 (= 12 vH) zurück.²¹¹

Die Abwanderung birgt nicht nur eine quantitative sondern auch eine qualitative Frage, denn in der Regel wandern die aufgeschlossensten und intelligentesten Menschen in nicht-landwirtschaftliche Berufe ab. Dieser negative Ausleseprozeß, der verschiedentlich an Dorfuntersuchungen nachgewiesen wurde,²¹² bleibt nicht auf die abhängigen Kräfte beschränkt. Die Bauernschaft selbst fördert durch ihre eigentümliche Nachfolgerauswahl diesen „ständigen Verlust biologischer Substanz und aktiver junger Kräfte des Landvolkes“.²¹³ „Heute gilt es schon fast als selbstverständlich“, schreibt PRIEBE, „daß von mehreren Bauernsöhnen die geistig beweglicheren für einen anderen Beruf ausgebildet werden, während man für den des Bauern auch bescheidenere Gaben als ausreichend ansieht.“²¹⁴

Durch die Änderung der landwirtschaftlichen Arbeitsweise und die damit verbundenen Anforderungen an die Arbeitskraft wird dieser Verlust besonders spürbar. Die Arbeiten,

²⁰⁹ Errechnet vom Verfasser nach: Statistik von Rheinland-Pfalz, Band 16, a. a. O., S. 18, 22, 59, 62, 65, 67, 70 und 73.

²¹⁰ Die nichtständigen und nicht voll leistungsfähigen Personen wurden auf die Leistungen von Vollarbeitskräften umgerechnet. Außerdem ist nur die effektive betriebliche Arbeitsleistung berücksichtigt, d. h. ohne Arbeitsleistung für Privathaushalt und Bauernwald (Grüner Bericht 1958, a. a. O., S. 24).

²¹¹ Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, zitiert nach: Grüner Bericht 1958, a. a. O., S. 24.

²¹² Vgl. Stolte, Georg, Die gesundheitliche Bedeutung der Landflucht, in: Agrarwissenschaft und Agrarpolitik, Heft 16: Probleme ländlicher Sozialwissenschaften, Köln und Opladen 1951, S. 129 ff. und: von Dietze/Rolfes/Weippert, a. a. O., S. 112 f.

²¹³ Palmer/Dahm/Deneke, a. a. O., S. 239.

²¹⁴ Priebe, Sozialprobleme, a. a. O., S. 33.

die früher von Arbeiterkolonnen in tagelangen eintönigen Verrichtungen erledigt wurden, werden heute zum größten Teil von mechanischen Kräften übernommen. An die Stelle der Kolonnenarbeit tritt die Bedienung und Führung der Maschinen, die Aufmerksamkeit, Können und Denken erfordert. Die Arbeitskraft bleibt auf sich selbst gestellt, der Erfolg der Arbeit ist weitgehend vom einzelnen und vom Zusammenspiel aller abhängig. Insbesondere aus den auf die familienfremden Arbeitskräfte angewiesenen Betrieben häufen sich die Klagen über Arbeitermangel. Aus solchen Betrieben „wandern diese Kräfte heute schon in einem Umfang ab, der trotz der stärkeren Mechanisierung dieser Betriebe die Bewältigung und die Organisation der gesamten Arbeit zu einem Sonderproblem macht“.²¹⁵ Die Nachfrage richtet sich hierbei in erster Linie auf die ledigen jungen Arbeitskräfte. Gegenwärtig trägt die vorübergehende Beschäftigung von Sowjetzonenflüchtlings zur Schließung dieser Lücke bei.²¹⁶ ROHM rechnet nicht nur mit einem weiteren Rückgang der familienfremden Arbeitskräfte, sondern auch mit der Abnahme des Arbeitskräftebestandes in Familienbetrieben, „weil auch die nachgeborenen Bauernkinder, die als ‚mithelfende Familienangehörige‘ tätig sind, sich heute viel schneller als früher entschließen, wenn schon nicht vom Lande, so doch in nichtlandwirtschaftliche Berufe abzuwandern“.²¹⁷ Zuversichtlicher äußert sich FOURASTIE über die Entwicklung der Anzahl der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft. „In dem Maße, in dem die Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftigten absinkt, wird ihre weitere Verringerung unwahrscheinlich; vor allem werden immer weniger Menschen davon betroffen. Es scheint sogar unmöglich, ein Absinken der Zahl der landwirtschaftlichen Bevölkerung weit unter 10 vH der Gesamtbevölkerung zu erwarten.“²¹⁸

Die derzeitigen Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt deuten darauf hin, daß die Vermittlung der notwendigen Landarbeiter in den kommenden Jahren zu einer schwierigen Aufgabe wird. Neben der vollbeschäftigten Wirtschaft führen die Anforderungen der Bundeswehr und zurückgehende Schülerabgänge²¹⁹ künftig zu einer angespannten Arbeitsmarktlage.²²⁰ Die Beschäftigung italienischer Arbeitskräfte bietet keine dauerhafte Lösung, da die notwendige Änderung der Arbeitskräftestruktur dadurch nur verzögert und erschwert wird. Unter diesen Arbeitsmarktverhältnissen stößt die Arbeitszeitverkürzung auf besondere Schwierigkeiten, denn sie hängt auch vom Vorhandensein genügender Arbeitskräfte ab. Auf zusätzliche Arbeitskräfte muß aus arbeitsmarktpolitischen und betriebswirtschaftlichen Gründen verzichtet werden, einen Stamm an Arbeitskräften aber kann auch die beste und weitestgehende Rationalisierung nicht überflüssig machen.²²¹ Im Aufbau eines Landarbeiterstandes, der sich aus wenigen aber gut ausgebildeten und gut ausgerüsteten Kräften zusammensetzt, liegt die Chance der Landwirtschaft im Hinblick auf die Arbeitskräftefrage und damit auch bezüglich der Einführung der Arbeitszeitverkürzung. Es dürfte leichter fallen, diesem Personenkreis industrieähnliche Arbeitsbedingungen einzuräumen.

²¹⁵ Röhm, Helmut, Die soziale Entwicklung auf dem Lande im Blickfeld der Landvolkwissenschaft, in: Berichte über Landwirtschaft N.F., Band XXXI (1953), Heft 2, S. 204 f.

²¹⁶ Am 31. 12. 1957 waren in Rheinhessen 268 männliche jugendliche Sowjetzonenflüchtlings beschäftigt, die zum überwiegenden Teil nach einem Jahr in andere Wirtschaftszweige eingegliedert wurden. Seit 1953 arbeiteten insgesamt 1753 Jugendliche in der Landwirtschaft Rhein Hessens. (Nach Angaben des Jugendsozialwerkes e.V., Neustadt a. d. W.)

²¹⁷ Röhm, a. a. O., S. 205.

²¹⁸ Fourastié, Jean, Die große Hoffnung des zwanzigsten Jahrhunderts, Köln-Deutz 1954, S. 124 f.

²¹⁹ Nach Schätzungen nehmen die Entlassungen und Schülerabgänge bis 1960 ab und steigen in den folgenden Jahren langsam wieder an (Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung. Ergebnisse der Berufsberatungsstatistik, Nürnberg 1957, S. 51).

²²⁰ Auch der auf dem Land sich abzeichnende Rückgang der Geburtenhäufigkeit soll im Zusammenhang mit Fragen zukünftiger Arbeitsmarktgestaltung nicht unerwähnt bleiben. Bezüglich des Geburtenchwundes siehe:

Ipsen, Gunther, Die Landfamilie in Wirtschaft und Gesellschaft, in: Schriftenreihe für ländliche Sozialfragen, Heft 9: Die Landfamilie, Hannover 1953, S. 18 f. und S. 32.

Siehe auch: von Dietze/Rolfes/Weippert, a. a. O., S. 107, S. 110.

²²¹ Priebe rechnet mit einem zukünftigen Bedarf von rund 0,8 bis 1 Million landwirtschaftlichen Arbeitnehmern aller Gruppen (Priebe, Sozialprobleme, a. a. O., S. 215 f.).

Die Bemühungen der Bundesregierung, aber auch die tatkräftige Selbsthilfe einzelner Betriebsleiter laufen darauf hinaus, einen Landarbeiterstand zu bilden, der seinem Beruf treu bleibt, Interesse an der Landarbeit bekundet und entsprechende Fachkenntnisse mitbringt. Der verheiratete Landarbeiter mit Eigenheim oder Werkwohnung und womöglich mit Eigenwirtschaft dient als Vorbild. Zur Förderung der Selbsthaftmachung verheirateter Landarbeiter sehen die Grünen Pläne besondere Mittel vor.²²²

Zweifelloos wird ein verheirateter Landarbeiter nicht so oft die Stelle wechseln wie ein lediger, für den die landwirtschaftliche Tätigkeit nur eine Übergangsbeschäftigung darstellt.²²³ Ein kontinuierliches Arbeiten im landwirtschaftlichen Betrieb wird durch den dauernden Wechsel der Arbeitskräfte gestört. Auf die heutige ungesunde Arbeitskräftestruktur in vielen Betrieben weist LINDE hin: „Der als Arbeitsstätte sozial isolierte Bauernhof ist heute in erster Linie das Durchgangslager anonymer und heimatloser Jugendlicher.“²²⁴ Andererseits sind unter den heutigen Arbeitsbedarfsverhältnissen viele Betriebe nicht in der Lage, allen Ledigen die Möglichkeit der Familiengründung zu bieten. Denn „das Betriebseinkommen, selbst von leistungsstarken Betrieben, reicht nicht, wenn alle mitarbeitenden Kräfte Verheiratete sind“.²²⁵ Insbesondere die Betriebe, die seither vorübergehend oder dauernd auf die Mitarbeit einer Gesindearbeitskraft nicht verzichten konnten, werden gezwungen sein, sich auf familieneigene Arbeitskräfte zu beschränken und entweder durch Mechanisierung oder Betriebsverkleinerung den Arbeitsausfall auszugleichen, oder aber ihre Gesindekraft für die Mehrarbeit in den arbeitsreichen Sommermonaten durch ausgedehnte Arbeitsruhe in Schlechtwetterperioden und im Winter zu entschädigen.

Im allgemeinen darf beim verheirateten Landarbeiter mehr Interesse an der Landarbeit und an der Erlangung einer Fachbildung erwartet werden als beim unverheirateten vorübergehend Beschäftigten.

Die Landarbeiterstelle mit Eigenwirtschaft wirft neue Fragen auf. Wohl dient der eigene Besitz zur Hebung der sozialen Sicherheit, des Ansehens und evtl. als Ausgangspunkt für einen eigenen Hof. In vielen Fällen jedoch liegt der Grund für das Betreiben einer Eigenwirtschaft im niedrigen Lohnniveau. Eine Untersuchung einzelner Landarbeiterstellen in überdurchschnittlich gut situierten Betrieben, deren Betriebsleiter als erfolgreich und den Sozialfragen gegenüber als aufgeschlossen galten, zeigte, „daß der derzeitige Stundenlohn bei normaler Arbeitszeit für die Bildung eines befriedigenden Einkommens nicht ausreicht“.²²⁶ Lediglich bei Facharbeitern in gehobener Lohnstufe, die die Möglichkeit zu Leistungslohn und Überstunden haben, reicht der reine Geldlohn aus.

Im Gegensatz zum grundbesitzenden Industriearbeiter und Angestellten stellt die Beschäftigung des Landarbeiters auf eigenem Land keinen Ausgleich zur täglichen Arbeit dar. Das Arbeiten in der Eigenwirtschaft nach Feierabend bedeutet eine zusätzliche Belastung des Arbeiters, die im Hinblick auf die zunehmenden Anforderungen an die Arbeitskraft im Hauptberuf besondere Aufmerksamkeit verdient. Aus diesem Grund findet die Eigenwirtschaft des Arbeiters nicht ungeteilte Zustimmung. „Ganz besonders nachteilig wirkt sich eine Eigenwirtschaft bei den Schlüsselkräften aus, zum Beispiel Schlepperführer, Mähdrescher usw., da die zeitlich größte Beanspruchung am Arbeitsplatz mit dem größten Arbeitsanfall in der Eigenwirtschaft zusammenfällt.“²²⁷

²²² Maßnahmen gemäß § 5 des Landwirtschaftsgesetzes vom 5. September 1955 (BGBl. I, S. 565) (Grüner Plan 1958), 3. Wahlperiode, zu Bundestagsdrucksache 200, S. 21 ff.

²²³ Die Beschäftigung von Flüchtlingen und Fürsorgezöglingen trägt zur Fluktuation auf dem landwirtschaftlichen Arbeitsmarkt bei (von Dietze/Rolfes/Weippert, a. a. O., S. 49).

²²⁴ Linde, a. a. O., S. 75.

²²⁵ Schulze-Lammers, H., Der Ausgleich zwischen Landflucht und Arbeitsproduktivität, dargestellt am dänischen Beispiel, in: Die Landarbeit, Mitteilungen der Studiengesellschaft für landwirtschaftliche Arbeitswirtschaft, Bad Kreuznach, 3. Jg. (1952), Folge 11, S. 85.

²²⁶ Priebe, Hermann, Boesler, Martin und Schubert, Eberhard, Der Lebensbereich des Landarbeiters, in: Schriftenreihe für ländliche Sozialfragen, Heft 16: Der Lebensbereich des Landarbeiters. Veröffentlichungen der Agrarsozialen Gesellschaft e.V. Göttingen, Hannover 1956, S. 16.

²²⁷ Lassen, Harald, Landarbeiter ohne Eigenwirtschaft, in: Schriftenreihe für ländliche Sozialfragen, Heft 16: Der Lebensbereich des Landarbeiters. Veröffentlichungen der Agrarsozialen Gesellschaft e.V. Göttingen, Hannover 1956, S. 93.

Der Arbeitsaufwand in der Eigenwirtschaft bleibt von deren Größe, aber auch von der Arbeitsregelung abhängig. Durch Vereinbarungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, bestimmte Arbeiten im Rahmen der betrieblichen Arbeitszeit auszuführen, können spürbare Entlastungen eintreten. Die obengenannte Untersuchung kam bezüglich des Einkommens und des Arbeitsaufwandes zu folgendem Ergebnis: Von 34 Landarbeiterstellen mit und ohne Eigenwirtschaft mußten zwischen 3704 und 4704 Gesamtarbeitsstunden aufgewandt werden, um ein Gesamteinkommen zwischen DM 4 427,- und DM 6 154,- zu erarbeiten. Dies entsprach einem Gesamteinkommen je Arbeitsstunde zwischen DM 1,12 und DM 1,31 (einschließlich Lohnarbeit der Ehefrau).²²⁸ Die Eigenwirtschaft bedeutet demnach in vielen Fällen ein notwendiger und schwer erarbeiteter Einkommenszuwachs zum geringen Lohn-einkommen.

Inwieweit die Arbeitszeitverhältnisse die Abwanderung aus der Landwirtschaft fördern, kann nicht exakt ermittelt werden. ABEL schreibt mit Recht von der Landflucht: „Der Begriff ist bis heute so wenig geklärt wie es – für den wissenschaftlich-systematisch Interessierten – die ‚Ursachen‘ der Landflucht sind.“²²⁹ „Die Ursachen der Abwanderung aus der Landwirtschaft oder vom Lande sind recht mannigfaltig. Das oft genannte ‚Leidgefälle‘ zwischen landwirtschaftlicher und gewerblicher Arbeit läßt sich objektiv zwar kaum messen, doch empfindet auch ohne solche exakten Maßstäbe der Landarbeiter seine Arbeit – und gegen-über nicht wenigen anderen Berufen sicher zu Recht – vielfach als besonders schwer, mühevoll und langwierig.“²³⁰

Daß der Landarbeiter seiner Arbeitszeit besondere Bedeutung beimißt, wurde schon an anderer Stelle erwähnt.²³¹ Man wird daher den Arbeitszeitverhältnissen einen gewissen Einfluß auf die Entscheidung des Berufswechsels zubilligen dürfen. RIES und PREUSCHEN stellen bezüglich der Jugend fest: „Sie verlangt ihre zusammenhängende und damit für Sport und andere Liebhabeereien verwendbare Freizeit am Abend und am Wochenende. Sie läuft nicht nur den höheren Löhnen der Fabrik nach, sondern geht ebensosehr der täglichen, abendlichen langen Bindung an den Betrieb und nebenbei ebensosehr der schmutzigen Arbeit aus dem Wege, indem sie vom Lande abwandert. Und das gilt nicht nur für den Landarbeiternachwuchs, sondern ebensosehr, wenn nicht gar noch mehr für den bäuerlichen.“²³² Die Gründe, die für die Entscheidung zur Abwanderung von aus-schlaggebender Bedeutung sind, liegen nach Befragungen in erster Linie in den Verdienst- und Aufstiegsmöglichkeiten, aber auch im Wunsch zur Familiengründung.²³³ In der Land-wirtschaft trifft also auch das zu, worauf BEDNARIK,²³⁴ CATTEPOEL²³⁵ und TARTLER²³⁶

²²⁸ Priebe/Boesler/Schubert, a. a. O., S. 31.

²²⁹ Abel, Wilhelm, Landarbeitsverfassung, in: Schriftenreihe für ländliche Sozialfragen, Heft 10: Landarbeiter in Westeuropa. Veröffentlichungen der Agrarsozialen Gesellschaft e.V. Göttingen, Hannover 1954, S. 10.

²³⁰ Abel, Wilhelm, Die agrarpolitischen Grundlagen der Landwirtschaft, in: Handbuch der Landwirt-schaft, 2. Auflage, 5. Band: Wirtschaftslehre des Landbaues, hrsg. von Prof. Dr. E. Woermann, Berlin und Hamburg 1954, S. 33.

²³¹ Siehe S. 48 f. und 51 f.

Nach der Landjugendbefragung gaben von 261 Bauernburschen und -mädchen als Grund für die Bevorzugung einer nichtlandwirtschaftlichen Tätigkeit bei freier Berufswahl 31 vH der Burschen und 29 vH der Mädchen „geregelter Arbeits- und Freizeit“, 25 bzw. 12 vH „höheren Verdienst“ und 16 bzw. 19 vH „leichtere Arbeit und günstigere Arbeitsbedingungen“ an. (Die Lebenslage der west-deutschen Land-Jugend, hrsg. von H. Wollenweber und U. Planck, 1. Band: Planck, U., Grunddaten zur Struktur, sozialen Lage und Berufssituation der ländlichen Jugend, München 1956, S. 212.) Seiler und Hildebrandt sahen in der Arbeitsüberlastung eine der entscheidendsten Landfluchtursachen (Seiler, Karl und Hildebrandt, Walter, Die Landflucht in Franken. Berichte zur Raumforschung und Raumordnung, Band 3, Leipzig 1940, S. 124 ff.).

²³² Ries, Ludwig Wilhelm und Preuschen, Gerhard, Die Arbeit in der Landwirtschaft. Grundlagen und Grundzüge der Arbeitstechnik und Arbeitswirtschaft des landwirtschaftlichen Betriebes, 3. Neubearb. Auflage, Stuttgart 1956, S. 52.

²³³ Kötter, H. und Dahm, K., a. a. O., S. 10. Ferner: Kötter/Dahm/van Deenen, a. a. O., S. 9.

²³⁴ Bednarik, Karl, Der junge Arbeiter von heute – ein neuer Typ, Stuttgart 1953, S. 66 f.

²³⁵ Cattepoel, Dirk, Sozialreise durch Deutschland, Düsseldorf 1954, S. 233.

²³⁶ Tartler, Rudolf, Die soziale Gestalt der heutigen Jugend und das Generationsverhältnis in der Gegenwart, in: Arbeiterjugend gestern und heute. Sozialwissenschaftliche Untersuchungen von H. Kluth, U. Lohmar, R. Tartler, hrsg. und eingeführt von Prof. Dr. H. Schelsky, Heidelberg 1955, S. 295:

hinweisen, daß jede Idealisierung des Arbeitsverhältnisses der heutigen Jugend fremd sei und das Geldverdienen der ausschlaggebende Faktor bleibe. Die Landwirtschaft wird sich danach richten und der Arbeitslohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung gleichermaßen Rechnung tragen müssen.

Bei der Beurteilung der landwirtschaftlichen Sozialverhältnisse ist außerdem zu beachten, daß für die Entscheidungen des einzelnen weniger die absolute soziale Situation und die Besserung gegenüber früheren Zeiten als vielmehr das Sozialgefälle zu anderen Berufssparten ausschlaggebend ist. „Das Realeinkommen ist überall gestiegen. Aber man vergleicht seine jetzige Lage nicht mit der seiner Großväter, sondern mit der seiner Nachbarn, denen es besser geht. Und es scheint, daß wirtschaftliche und soziale Unterschiede heute weniger ertragen werden als früher.“²³⁷

Die Gleichstellung des Landarbeiters mit dem Arbeitnehmer entsprechender Wirtschaftszweige, sowohl in bezug auf die äußeren Lebensverhältnisse als auch auf die menschliche Stellung des Landarbeiters schlechthin, ist nicht allein aus sozialen, sondern auch aus betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten zur Erhaltung des notwendigen Arbeiterstammes unbedingt erforderlich. Die Forderung nach Arbeitszeitangleichung darf deshalb nicht auf die Arbeitnehmer und die Arbeitnehmerorganisationen beschränkt bleiben, sondern muß zum Anliegen des gesamten Landvolkes werden. Von Arbeitnehmerseite ist die Forderung nach Angleichung der Landarbeit an den Achtstundentag nie verstummt. Auch heute noch fordert die Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft: „Die 48-Stunden-Woche – verbunden mit dem freien Samstagmittag – muß für die Arbeitnehmerschaft unserer Wirtschaftszweige als Sofortmaßnahme gesetzlich geregelt werden.“²³⁸ Von landwirtschaftlicher Seite selbst wird die Notwendigkeit der Neugestaltung der Arbeitszeitverhältnisse, insbesondere im Hinblick auf die Erhaltung des Nachwuchses, erkannt. Die Agrar-soziale Gesellschaft, in der sich Vertreter von Wissenschaft und Praxis zusammengeschlossen haben, schlägt in den Leitsätzen zur Landarbeitspolitik u. a. vor: „Die bisherigen Sonderbestimmungen für die Gestaltung der Arbeitszeit in der Landwirtschaft sind fallen zu lassen. Der Achtstundentag mit freiem Wochenende liegt im Interesse der Erhaltung und Bildung eines dauerhaften Landarbeiterstandes. Der Achtstundentag soll dem Landarbeiter die gleichen Möglichkeiten zum Aufbau eines eigenen Lebensbereiches, insbesondere Nebenerwerbsbetriebes, geben, wie sie die Angehörigen anderer Berufe besitzen. Bei guter Betriebsorganisation und ordnungsgemäßer Bewirtschaftung bedeutet der Achtstundentag keinen Nachteil für den Betrieb.“²³⁹

Allerdings darf die Abwanderung aus der Landwirtschaft nicht überschätzt werden. Wohl bedeutet für manchen Betrieben die Abwanderung eine zusätzliche Belastung für die zurückgebliebenen, meist familieneigenen Arbeitskräfte, und insbesondere für die Bäuerin. Wissenschaft und Technik stellen dem landwirtschaftlichen Betrieb jedoch Mittel zur Verfügung, die es erlauben, die landwirtschaftliche Produktion trotz Arbeitskräfterrückgang zu steigern (siehe Anhang II).

In den letzten 30 Jahren nahm die Anzahl der ständigen Arbeitskräfte um 1/4 ab, während der Realwert der Produktion absolut um die Hälfte und die Produktion je Fläche sogar um fast 3/4 anstiegen. Entscheidend bleibt allein das Verhältnis von aufgewandter Arbeit und erzielter Leistung, so daß unter Umständen die Abwanderung aus der Landwirtschaft sich zugunsten des Einkommens der Zurückgebliebenen, aber auch der gesamten Volkswirtschaft auszuwirken vermag.

²³⁷ Niehaus, H., Lage und Aussichten der Kleinbauern in der gegenwärtigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, in: Berichte über Landwirtschaft N.F., 160. Sonderheft: Lebensverhältnisse in kleinbäuerlichen Dörfern, Hamburg und Berlin 1954, S. 54.

²³⁸ Sozialpolitische Richtlinien der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft, beschlossen auf dem 3. ordentlichen Gewerkschaftstag vom 19.–22. Mai 1954 in Kiel, Nach Unterlagen der Landesbezirksleitung der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft Rheinland-Pfalz, Mainz.

²³⁹ Leitsätze zur Landarbeitspolitik, aufgestellt vom Arbeitskreis „Landarbeitsverfassung“ der Agrar-sozialen Gesellschaft, in: Schriftenreihe für ländliche Sozialfragen, Heft 3: Die Arbeitskräfte der westdeutschen Landwirtschaft, Veröffentlichungen der Agrarsozialen Gesellschaft e.V. Göttingen, Hannover 1951, S. 56.

9. Kurze Betrachtung der Ansätze internationaler Landarbeitszeitregelung und der Gestaltung der Landarbeitszeit in einigen europäischen Ländern

Die Fragen der Landarbeitszeit waren wiederholt Gegenstand internationaler Gespräche. Auf der dritten Arbeitskonferenz der Internationalen Arbeitsorganisation in Genf im Jahre 1921 standen u. a. auch landwirtschaftliche Fragen auf der Tagesordnung. Über die Anwendung der Washingtoner Beschlüsse der ersten Internationalen Arbeitskonferenz im Jahre 1919 auf die landwirtschaftlichen Arbeiten, d. h. über die Einführung einer Arbeitszeitregelung, über Maßnahmen zur Verhütung der Arbeitslosigkeit und über den besonderen Schutz von Frauen und Kindern sollte beraten werden.²⁴⁰ Das Internationale Arbeitsamt schlug vor, daß jedes Mitglied dafür eintreten solle, damit durch Kollektivverträge zwischen den Sozialpartnern die Jahreshöchststundenzahl und die Grenze der Abweichungen von der durchschnittlichen täglichen Arbeitszeit unter Berücksichtigung besonderer Umstände und regionaler Bedingungen festgesetzt werden.²⁴¹

Die Arbeitszeitfrage wurde jedoch von der Tagesordnung abgesetzt, da die von der französischen Regierung angeregte Abstimmung über die Opportunitätsfrage nicht die erforderliche 2/3 Mehrheit ergab. Die zuvor von einigen Teilnehmern bezweifelte Zuständigkeit der Konferenz bezüglich der landwirtschaftlichen Fragen wurde vom Ständigen Gerichtshof zugunsten der Konferenz entschieden.²⁴²

Weiterhin wurde den Mitgliedern der Internationalen Arbeitskonferenz auf dieser dritten Tagung vorgeschlagen, bezüglich des Schutzes der beschäftigten Frauen vor und nach der Niederkunft, der Nacharbeit der Frauen, Kinder und Jugendlichen Maßnahmen zu ergreifen. Die Nacharbeit der landwirtschaftlichen Lohnarbeiterinnen sollte derart geregelt werden, „daß eine den Bedürfnissen und der Natur ihres Körpers entsprechende wenn möglich ununterbrochene Ruhezeit von mindestens 9 Stunden gewährleistet ist“.²⁴³ Den Kindern unter 14 Jahren sollte mit Rücksicht auf Natur und Bedürfnisse ihres Körpers eine Ruhezeit von mindestens 10 aufeinanderfolgenden Stunden verbleiben.²⁴⁴

Außerdem stand der „Entwurf eines Übereinkommens betreffend das Alter für die Zulassung von Kindern zur Arbeit in der Landwirtschaft“ auf der Tagesordnung. Gemäß Artikel 1 sollen Kinder unter 14 Jahren in öffentlichen und privaten landwirtschaftlichen Betrieben oder ihren Nebenbetrieben nur außerhalb und ohne Beeinträchtigung des Schulunterrichts beschäftigt werden dürfen.²⁴⁵

Erst im Jahre 1938 wurde die Frage der Arbeitszeit wieder aufgegriffen. Trotz der im landwirtschaftlichen Bereich auftretenden Schwierigkeiten sprachen sich die Arbeitnehmervertreter für die Einführung einer durchschnittlichen 48-Stunden-Woche aus, wobei saisonale Schwankungen im Arbeitsfall durch Über- oder Unterschreiten dieses Durchschnittswertes berücksichtigt werden sollten. Eine internationale Konvention sollte die Grundzüge festlegen, die näheren Bestimmungen nationaler Gesetzgebung und den Sozialpartnern vorbehalten bleiben.²⁴⁶

Der Ständige Ausschuß vertrat die Ansicht, daß die Arbeitszeit in der Landwirtschaft geregelt werden sollte, hielt jedoch weitere Untersuchungen für notwendig, bevor die Arbeitszeitregelung auf die Tagesordnung der Internationalen Arbeitskonferenz gesetzt werde.²⁴⁷

Das Internationale Agrarinstitut in Rom, das ebenfalls die Arbeitszeitregelung bejahte, verwies auf die Mannigfaltigkeit der Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft und sprach

²⁴⁰ Tänzler, Fritz, Internationale Sozialpolitik, Schriften der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände e.V., Heft 14, Berlin 1926, S. 56 f.

²⁴¹ The International Labour Code 1951. A systematic arrangement of the Conventions and Recommendations adopted by the International Labour Conference, 1919-1951, Vol. II: Appendices, Geneva 1952, S. 587. Im folgenden zitiert: The International Labour Code 1951.

²⁴² Tänzler, a. a. O., S. 37 und 58.

²⁴³ Tänzler, a. a. O., S. 132.

²⁴⁴ Tänzler, a. a. O., S. 134.

²⁴⁵ Siehe Fußnote ²⁴³.

²⁴⁶ The International Labour Code 1951, a. a. O., S. 587 f.

²⁴⁷ The International Labour Code 1951, a. a. O., S. 589.

sich für Übereinkommen zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen innerhalb begrenzter und einheitlicher Gebiete aus.²⁴⁸ Elf Jahre später, im September 1949, legte der Ständige Ausschuß einen neuen Entwurf vor. Darin wurden alle Landarbeiter mit Ausnahme von leitenden Personen, Familienangehörigen und nichtständig Beschäftigten erfaßt. Die Jahreshöchstarbeitszeit wurde in dem Entwurf auf 2 400 Stunden einschließlich der Wegezeiten, aber ohne Berücksichtigung der Pausen begrenzt. Normalerweise soll die tägliche Arbeitszeit neun, die wöchentliche 54 Stunden betragen.²⁴⁹ Über das Entwurfsstadium hinaus ist dieser Vorschlag nicht gekommen.

Die Regelung der Arbeitszeitfrage auf nationaler Basis mag durch die im folgenden aufgeführten Beispiele einiger europäischer Länder angedeutet werden.

In Großbritannien beträgt die landwirtschaftliche Arbeitszeit 48 Stunden in der Woche bei freiem Sonnabendnachmittag.²⁵⁰ Norwegen hat seit 1948 den Achtstundentag in der Landwirtschaft,²⁵¹ und in Finnland arbeiten die Landarbeiter normalerweise im Sommer wöchentlich 51½, im Winter 42 und im Frühjahr 47 Stunden; für Fuhrleute und Viehknechte erhöhen sich diese Angaben.²⁵² Das Gesetz zum Schutze der Arbeitskraft der in der Landwirtschaft Beschäftigten vom 12. Dezember 1949 sieht für die Landarbeiter der DDR eine regelmäßige Arbeitszeit von täglich acht, wöchentlich 48 Stunden vor, wobei Fütterung und Pflege der Tiere als Arbeitszeit gilt. Die Zahl der Überstunden darf 300 Stunden jährlich nicht übersteigen. Für Jugendliche von 14 bis 16 Jahren beträgt die tägliche Arbeitszeit sieben, die wöchentliche 42 Stunden; für 16- bis 18jährige 7½ Stunden täglich oder 45 Stunden wöchentlich.²⁵³ In Schweden regelt das Gesetz vom 4. Juni 1948 die landwirtschaftliche Arbeitszeit. Sie beträgt durchschnittlich 48 Stunden wöchentlich, und zwar von November bis Februar 45, in den übrigen Monaten 50 Stunden wöchentlich.²⁵⁴ Für Dänemark wird die landwirtschaftliche Arbeitszeit mit 51 Stunden wöchentlich und 8½ Stunden täglich angegeben. Die Sommerarbeitszeit beträgt 54, die Winterarbeitszeit 48 Stunden wöchentlich. Knechte und Mägde arbeiten etwa 9 bis 10 Stunden täglich.²⁵⁵ In den Niederlanden ist die jährliche Arbeitszeit zum größten Teil durch Tarifverträge geregelt und auf 2 600 Stunden jährlich begrenzt. Frauen dürfen am Sonnabend nur bis 13 Uhr beschäftigt werden. Für 12- bis 14jährige Kinder beträgt die tägliche Höchstarbeitszeit fünf Stunden.²⁵⁶

Anders liegen die Verhältnisse in südeuropäischen Ländern. „Der Arbeitstag ist lang. Die Löhne sind niedriger als in den Städten, weshalb stets eine Abwanderung in die Städte stattfindet. ... In der toten Saison sind die besitzlosen Tagelöhner ohne Verdienst und arbeitslos“, schreibt KLAUDER über die spanischen Landarbeiterverhältnisse.²⁵⁷ Für viele italienische Landarbeiter fehlt es an Arbeitsmöglichkeiten. Die Arbeitszeitfrage steht hier unter dem Aspekt der Schaffung ausreichender Arbeitsgelegenheiten.

Bedingt durch unterschiedliche Klima- und Bodenverhältnisse, aber auch durch die jeweiligen Preis- und Kostenstrukturen sind die Arbeitszeitregelungen der Lohnarbeitskräfte in den einzelnen Ländern verschieden. In einer Reihe von Staaten hat der durchschnittliche Achtstundentag und die durchschnittliche 48-Stunden-Woche auch in der Landwirtschaft Eingang gefunden.

²⁴⁸ Siehe Fußnote 247.

²⁴⁹ The International Labour Code 1951, a. a. O., S. 608 ff.

²⁵⁰ Klauder, Gottlieb, Landarbeiterverhältnisse in westeuropäischen Ländern, in: Berichte über Landwirtschaft N.F., Band XXX (1952), Heft 4, S. 495. Im folgenden zitiert: Klauder, Landarbeiterverhältnisse.

²⁵¹ Klauder, Landarbeiterverhältnisse, a. a. O., S. 490.

²⁵² von Gadow, Axel, Arbeitszeitverkürzung und 40-Stunden-Woche in Finnland, in: Haller, H., Kroebe, G. und Seischab, H., Die 40-Stunden-Woche. Lebendige Wirtschaft, Veröffentlichungen der Deutschen Volkswirtschaftlichen Gesellschaft e.V., Band 16, Darmstadt 1955, S. 249 f.

²⁵³ Gesetz zum Schutze der Arbeitskraft der in der Landwirtschaft Beschäftigten vom 12. Dezember 1949, Gesetzblatt der DDR, S. 113, § 3 Abs. 1 und 2.

²⁵⁴ Klauder, Landarbeiterverhältnisse, a. a. O., S. 488.

²⁵⁵ Siehe auch: Dahm, K., Sozialverhältnisse der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte in Schweden, in: Berichte über Landwirtschaft N.F., Band XXX (1952), Heft 2, S. 279.

²⁵⁶ Hill, D., Die Landarbeiterverhältnisse in Dänemark, in: Agrarwirtschaft, 4. Jg. (1955), S. 87.

²⁵⁷ Klauder, Landarbeiterverhältnisse, a. a. O., S. 497.

²⁵⁸ Klauder, Landarbeiterverhältnisse, a. a. O., S. 508 f.

Die Gründe für eine möglichst kurze Arbeitszeit dürften, außer in sozialen Motiven, vor allem in der Schwierigkeit der Arbeitskräftebeschaffung und in der Lohnkostenfrage zu suchen sein. Arbeitskräftemangel und hohe Löhne halten den Landwirt zum rationalen Arbeitseinsatz bei sparsamster Verwendung des relativ teuren Produktionsfaktors Arbeit und zu möglichst weitgehendem Ersatz menschlicher Arbeitskräfte durch Mechanisierung an. Im Gegensatz zum deutschen Landwirt benötigt zum Beispiel sein schwedischer Kollege die Hälfte mehr an Naturaleinheiten zur Bezahlung eines Landarbeiterjahreslohnes.²⁵⁸ Bei mittlerem Ernteertrag von 22 dz je ha sind für die Entlohnung eines Arbeiters 5 bis 7 ha erforderlich. „Dieser hohe Flächenaufwand für Löhne ist eine der wichtigsten Ursachen für die starke Mechanisierung und besondere Betriebsweise der schwedischen Landwirtschaft.“²⁵⁹ Der Ersatz von Arbeit durch Kapital und die verbesserte Betriebsorganisation erwies sich für die schwedische Landwirtschaft als wirtschaftlich.²⁶⁰ Vergleicht man die Arbeitsproduktivität (ausgedrückt in Getreideeinheiten je Arbeitskraft) deutscher und schwedischer Betriebe, so kommen die unterschiedlichen Preis- und Kostenverhältnisse beider Länder in der höheren Arbeitsproduktivität schwedischer Betriebe zum Ausdruck. Die höhere Produktionsleistung je Arbeitskraft in schwedischen Betrieben führt BLOHM vor allem auf die arbeitswirtschaftliche und arbeitstechnische Rationalisierung zurück.²⁶¹ Die Arbeitsproduktivität, ausgedrückt in Getreideeinheiten je Arbeitskraft, sagt an sich noch nichts über die Rentabilität des Betriebes aus. Von zwei Arbeitsverfahren kann dasjenige das wirtschaftlichste sein, das mehr Arbeitskräfte, dafür aber weniger Sachaufwand erfordert. Eine Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich ist wirtschaftlich erst durch gestiegenes Arbeitseinkommen je Arbeitskraft gerechtfertigt. Da aber, wie aus PRIEBEs Untersuchung hervorgeht, der Anteil der Lohnausgaben am Rohertrag in verschiedenen europäischen Ländern nur in engen Grenzen schwankt,²⁶² sind die Möglichkeit zu hoher Entlohnung und verkürzter Arbeitszeit um so größer, je höher die Produktionsleistung je Arbeitskraft ist. PRIEBE stellt deshalb mit Recht fest: „Günstige soziale Verhältnisse sind vor allem das Ergebnis hoher Produktionsleistungen je Arbeitskraft.“²⁶³ Der Grund für diese Zusammenhänge mag darin liegen, daß die Freisetzung von Arbeitskraft nicht allein durch kostspielige Investitionen, sondern auch durch weniger aufwendige Rationalisierungsmaßnahmen und durchdachte Arbeitsweise erfolgen konnte. Die im Verhältnis zu Schweden, Dänemark, Belgien, Großbritannien und den Niederlanden ungünstige Produktionsleistung je Arbeitskraft in Westdeutschland²⁶⁴ deutet auf die zum Teil weniger erfreuliche soziale Situation unserer landwirtschaftlichen Bevölkerung und auf die Schwierigkeiten einer Arbeitszeitverkürzung in der Bundesrepublik gegenüber anderen europäischen Ländern hin.

²⁵⁸ Zöllner, Detlev, Landarbeiterlöhne. Ein internationaler Vergleich, in: Schriftenreihe für ländliche Sozialfragen, Heft 10: Landarbeiter in Westeuropa, Veröffentlichungen der Agrarsozialen Gesellschaft e.V. Göttingen, Hannover 1954, S. 51.

²⁵⁹ Klauder, Landarbeiterverhältnisse, a. a. O., S. 489.

²⁶⁰ Holmström, Sven, Entwicklungslinien der schwedischen Landwirtschaft, in: Berichte über Landwirtschaft N.F., Band XXX (1952), Heft 4, S. 473 ff.

²⁶¹ Blohm, Georg und Vogel, Gisbert, Kostensenkung, Betriebs- und Arbeitswirtschaft in der Praxis, Heft 2, Hamburg und Berlin 1955, S. 30.

²⁶² Priebe, Hermann, Die Arbeitskräfte- und Sozialprobleme der westdeutschen Landwirtschaft im Hinblick auf die Bildung einer europäischen Agrargemeinschaft, in: Gutachten zu Fragen einer europäischen Agrargemeinschaft, hrsg. vom Auswärtigen Amt, Bonn 1953, S. 373. Im folgenden zitiert: Priebe, Die Arbeitskräfte- und Sozialprobleme.

²⁶³ Priebe, Die Arbeitskräfte- und Sozialprobleme, a. a. O., S. 377.

²⁶⁴ Stamer, H., Die Arbeitsproduktivität in der Weltagrarswirtschaft, in: Agrarwirtschaft, 6. Jg. (1957), S. 279.

D. Die Steigerung der Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft

1. Die Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft

Die Möglichkeit einer Arbeitszeitverkürzung hängt entscheidend davon ab, ob es gelingt, die Arbeitsproduktivität der Landwirtschaft zu erhöhen. Wie bereits oben dargelegt, stößt die Beschaffung zusätzlicher Arbeitskräfte bei der derzeitigen Arbeitsmarktlage auf besondere Schwierigkeiten, und außerdem wäre die Beschäftigung zusätzlicher Kräfte mit beachtlichen Ertragseinbußen verbunden. Die gegenwärtige wirtschaftliche Lage der Landwirtschaft erlaubt keinen Rentabilitätsrückgang. Im Gegenteil wird die Landwirtschaft bemüht bleiben müssen, ihren Anteil am Sozialprodukt je Erwerbsperson zu erhöhen. Das Nettoinlandprodukt zu Faktorkosten der Land- und Forstwirtschaft entsprach 1950 nicht dem Anteil der landwirtschaftlichen Erwerbspersonen an der Gesamtheit der Erwerbspersonen. In der Land- und Forstwirtschaft schufen 23,2 vH der gesamten Erwerbspersonen nur 12,4 vH des gesamten Nettoinlandprodukts zu Faktorkosten.¹ Dieses Zurückbleiben der Einkommen der Landwirtschaft beschränkt sich nicht auf die Bundesrepublik.² Die größeren Möglichkeiten des technischen Fortschritts außerhalb des landwirtschaftlichen Bereichs, insbesondere in der Industrie, mögen entscheidend zu diesem Rückstand beigetragen haben.

Diese geringe Pro-Kopf-Wertschöpfung der Landwirtschaft gegenüber der übrigen Wirtschaft findet in der Ertrags-Aufwandsrechnung der Grünen Berichte ihren deutlichen Ausdruck. In keiner Betriebsgröße der rheinland-pfälzischen Hackfrucht-Getreidebaubetriebe und auch in den bis zu 20 ha großen Hackfruchtbaubetrieben des Landes konnten der Vergleichslohn,³ der Betriebsleiterzuschlag⁴ und der Zinsansatz⁵ im Wirtschaftsjahr 1956/57 erwirtschaftet werden. Lediglich in den Hackfruchtbaubetrieben von 20 bis 50 ha Größe ergab sich eine positive Ertrags-Aufwandsdifferenz.⁶ Auf Grund dieser Ertragslage der Landwirtschaft ist es verständlich, daß ein erhöhtes Arbeitseinkommen je Arbeitskraft nicht allein einer Arbeitszeitverkürzung zugute kommen kann, sondern auch einer Erhöhung des verfügbaren Einkommens dienen muß. Zur Vergrößerung des Arbeitseinkommens kommt bestimmten Maßnahmen besondere Bedeutung zu.

2. Preiserhöhung

Durch eine Preiserhöhung landwirtschaftlicher Produkte könnten die Einnahmen und damit der Betriebsertrag gesteigert werden. Die Steigerung des Wertes der Nahrungsmittelproduktion der letzten Jahre geht zum Teil auf die erhöhten Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse zurück. Im Zeitraum von 1950/51 bis 1956/57 stieg das landwirtschaftliche Preisniveau um 27 vH an.⁷ Eine Erhöhung des Arbeitseinkommens durch eine Preissteigerung zu erreichen versuchen, hieße dem Konsumenten die Last aufbürden. KLAUDER errechnete, daß eine Preiserhöhung für landwirtschaftliche Produkte zum Beispiel um 30 vH die Er-

¹ Errechnet vom Verfasser nach: Statistisches Handbuch über Landwirtschaft und Ernährung der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Hamburg und Berlin 1956, S. 7 ff.

² Abel, Wilhelm, Agrarpolitik, 2. neubearb. Auflage, Grundriß der Sozialwissenschaft, Band 11, Göttingen 1958, S. 46.

³ Unter Vergleichslohn versteht man das Einkommen vergleichbarer gewerblicher Berufsgruppen (siehe Grüner Bericht 1958, a. a. O., S. 108 und 158 ff.).

⁴ Der Betriebsleiterzuschlag wurde mit DM 50,- je ha LN angerechnet (siehe Grüner Bericht 1958, a. a. O., S. 160 f.).

⁵ Für das betriebsnotwendige Kapital wurde ein Zinsanspruch von 3 1/3 vH angesetzt (siehe Grüner Bericht 1958, a. a. O., S. 161 ff.).

⁶ Grüner Bericht 1958, a. a. O., S. 221 ff.

Die Hackfruchtbaubetriebe und die Hackfrucht-Getreidebaubetriebe von Rheinland-Pfalz wurden deshalb herangezogen, da sie am nächsten den in Rheinessen üblichen Bodennutzungssystemen liegen (siehe: Die landwirtschaftlichen Betriebe mit 2 und mehr ha LN nach Bodennutzungssystemen. Statistische Berichte, Arb.-Nr. III/1/29).

⁷ Grüner Bericht 1958, a. a. O., S. 36.

nährungskosten um 17,4 vH und die Lebenshaltungskosten um 9 vH steigert.⁸ Eine Preiserhöhung in diesem Ausmaß bliebe nicht ohne Wirkung auf die industriellen Löhne und Preise. Auch im Hinblick auf den Außenhandel ist dieses Mittel wenig geeignet. Die Landwirtschaft wird nach anderen Möglichkeiten suchen müssen.

3. Die Mechanisierung der Landarbeit

Die Frage, die in diesem Kapitel behandelt werden soll, läßt sich vereinfachend so formulieren: Ermöglicht die Mechanisierung, d. h. der vermehrte Einsatz von Kapitalgütern eine Erhöhung des Arbeitseinkommens je Arbeitskraft? Die Ursachen und Folgen der besseren Kombination der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital unterscheiden sich in der Landwirtschaft sehr wesentlich von denen im industriellen Bereich.

Bewirkt die Einführung von Maschinen in der Industrie eine Freisetzung von Arbeitskraft, so veranlaßt sehr oft erst die Abwanderung der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte den Landwirt zur Technisierung. WEBER formuliert: „Die Mechanisierung ist hier ein Sekundärprozeß, der zwangsläufig erst einsetzt, wenn die Arbeitskräfte abwandern.“⁹ Auch fehle dem Landwirt oft der Zwang zur Mechanisierung, da der weniger gut ausgerüstete Betrieb nicht vom Markt verdrängt werde, sondern sich mit einem geringeren Einkommen begnügen müsse, während die Einführung der Maschinen in der Industrie eine Lebensfrage sei.¹⁰ Für die Lohnarbeiter ist jedoch ein geringeres Einkommen auf die Dauer nicht zumutbar. Die Mechanisierung ist für die Lohnarbeitsbetriebe heute schon eine Lebensfrage. Im Gegensatz zur Industrie entzieht sich in der Landwirtschaft der Vorgang der Produktion selbst der Einwirkungsmöglichkeit durch Mensch und Maschine. Die Vorteile der Mechanisierung beruhen in der Landwirtschaft vor allem in der Schaffung günstiger Produktionsbedingungen, in der Beschleunigung der einzelnen Arbeitsgänge und in der schnelleren und besseren Abarbeitung und weiteren Behandlung und Verwertung der Produkte nach der eigentlichen Produktion. Im besonderen Maße bleibt in der Landwirtschaft das Produktionsergebnis von natürlichen Gegebenheiten abhängig. Wohl erlaubt die vergrößerte und schnellere Einsatzbereitschaft eine bessere Einhaltung der Termine und verhindert dadurch Produktionsausfälle und Ernteverluste. Im allgemeinen sind jedoch durch die Mechanisierung nur in beschränktem Maße direkte Ertragssteigerungen möglich.

Noch ein dritter Punkt ist für den Unterschied der Maschinenanwendung in Industrie und Landwirtschaft von Bedeutung. Im Gegensatz zu den in der Industrie laufend eingesetzten Maschinen arbeitet ein Großteil der maschinellen Einrichtungen nur kurze Zeit im landwirtschaftlichen Betrieb. Eine Freisetzung von Arbeitskraft tritt demnach nur vorübergehend auf,¹¹ es sei denn, es handelt sich um täglich im Gebrauch befindliche Maschinen, wie sie insbesondere in der Viehwirtschaft Anwendung finden.

Die Möglichkeit einer Arbeitszeitverkürzung ohne Rentabilitätseinbuße ist nur dann gegeben, wenn die Mechanisierung neben der schnelleren Arbeits erledigung dazu führt, daß die Mehrkosten durch Einsparungen oder Produktionssteigerungen ausgeglichen werden.

Der Übergang von der menschlichen und tierischen Arbeitskraft zur Maschinenarbeit ver-

⁸ Klauder, Gottlieb, Über die Unterbewertung der Landarbeit und ihre Beseitigung durch Preisveränderungen, in: Weltwirtschaftliches Archiv, Band 61 (1948), S. 102. In kleineren Betrieben ist unter Zugrundelegung der rheinland-pfälzischen Hackfruchtbau- und Hackfrucht-Getreidebaubetrieben nach dem Grünen Bericht 1958 eine 30prozentige Erhöhung des Betriebsertrages notwendig, um zum Ausgleich zwischen Ertrag und Aufwand zu kommen (errechnet vom Verfasser nach: Grüner Bericht 1958, a. a. O., S. 221 ff.).

⁹ Weber, Hilde, Die Landwirtschaft in der volkswirtschaftlichen Entwicklung. Eine Betrachtung über Beschäftigung und Einkommen, Berichte über Landwirtschaft N.F., 161. Sonderheft, Hamburg und Berlin 1955, S. 57.

¹⁰ Siehe Fußnote⁹.

¹¹ Priebe, Hermann, Der Einfluß der Mechanisierung auf die Arbeitswirtschaft und den Ertrag der Kleinbetriebe, in: Berichte über Landtechnik, Heft 41: Die Mechanisierung landwirtschaftlicher Kleinbetriebe, hrsg. vom Kuratorium für Technik in der Landwirtschaft, München/Wolfratshausen 1954, S. 81 f. Im folgenden zitiert: Priebe, Der Einfluß der Mechanisierung.

Aus den von Priebe aufgeführten Arbeitsaufritten gehen der unterschiedliche Arbeitsbedarf und die verschiedenen Einsparungsmöglichkeiten durch die Mechanisierung im Laufe eines Jahres hervor.

mag zur Verminderung des Arbeitsbedarfs beizutragen. Die mögliche Arbeitseinsparung wurde wiederholt errechnet.¹²

Insbesondere durch die Einführung des Schleppers kann der Arbeitsbedarf gegenüber Kuh- und Pferdeanspannungsbetriebe wesentlich vermindert werden.¹³ Die Vollmotorisierung¹⁴ erlaubt im seitherigen Kuhbetrieb etwa 50 vH, im seitherigen Einpferdbetrieb 40 vH und im seitherigen Zweipferdebetrieb 35 vH der bisherigen Spannstunden einzusparen.¹⁵ Für den Umfang der Arbeitszeitminderung bleibt die Art der Schlepperbenutzung entscheidend. Am geringsten ist die Arbeitersparnis im Pferdebetrieb mit zusätzlicher Schleppernutzung. Je weitgehender die tierische Anspannung ersetzt wird, desto zahlreicher werden die einzusparenden Arbeitsstunden.¹⁶

Daß die Vollmotorisierung und Mechanisierung der landwirtschaftlichen Betriebe sich bei entsprechendem Rückgang der Beschäftigtenzahl zum Vorteil der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte auszuwirken vermag, geht ebenfalls aus den Untersuchungen von BERGMANN und HEUSER hervor. Allein durch die Mechanisierung wird eine Angleichung an das Arbeitseinkommen industrieller Arbeiter, wie BERGMANN errechnet, kaum durchführbar sein. Auch nach der Vollmotorisierung bewegt sich das Arbeitseinkommen der 6- und 12ha-Betriebe noch nicht im industriellen Lohnbereich kleinerer Gemeinden.¹⁷

Soweit die Möglichkeit besteht, die freizusetzenden Arbeitskräfte zu entlassen oder anderweitig nutzbringend zu beschäftigen, sei es durch Betriebsvergrößerung oder Intensivierung, erhöht sich durch den Übergang vom bespannten zum motorisierten und mechanisierten Betrieb das Arbeitseinkommen je Arbeitskraft.

Je nach der Arbeitsverfassung der Betriebe hat der Übergang zur Technisierung verschiedene Wirkungen. Für den Lohnarbeitsbetrieb wird es im Hinblick auf die Entwicklung der Preis- und Lohnindizes vorteilhafter sein, die durch die Technik freigesetzten Arbeiter zu entlassen und sich auf wenige qualifizierte Arbeitskräfte zu beschränken, anstatt durch Intensivierung die Mehrkosten auszugleichen.¹⁸ Während die Einkaufspreise für landwirtschaftliche Betriebsmittel von 1950/51 bis Juli 1957 um 22 vH anstiegen, erhöhten sich die durchschnittlichen landwirtschaftlichen Tariflöhne (Barlöhne) um 98 vH.¹⁹

Im Familienbetrieb dagegen besteht wegen der geringen Zahl an Arbeitskräften oft nicht

¹² Vgl. Blohm, Georg, Die Betriebsplanung, in: Handbuch der Landwirtschaft, 2. Auflage, 5. Band: Wirtschaftslehre des Landbaues, hrsg. von Prof. Dr. E. Woermann, Berlin und Hamburg 1954, S. 569. Ferner:

Blohm, Georg, Riebe, Klaus und Vogel, Gisbert, Arbeitsleistung und Arbeitskalkulation in der Landwirtschaft, 2. neubearb. Auflage, Stuttgart 1956.

Bergmann, H., Der Einfluß der Mechanisierung auf Produktivität, Einkommen und Kosten landwirtschaftlicher Betriebe, in: Berichte über Landwirtschaft N.F., Band XXXVI (1958), Heft 3, S. 503.

Heuser, O. E., Vollerwerbs- und Nebenerwerbsbetriebe in der Landwirtschaft, in: Agrarwirtschaft, 6. Jg. (1957), S. 99 f.

Stamer, a. a. O., S. 278 ff.

¹³ Ries, Ludwig Wilhelm, Vier Stufen der Motorisierung. Bericht aus einer Erhebung in 60 familienbäuerlichen Schlepperbetrieben, in: Berichte über Landtechnik, Heft 38: Die Motorisierung im bäuerlichen Familienbetrieb, hrsg. vom Kuratorium für Technik in der Landwirtschaft, München/Wolfratshausen 1954, S. 6 f. Im folgenden zitiert: Ries II. Siehe auch:

Kreher, Gerhard, Auswertungsergebnisse der 1949er und 1950er Tagebücher aus Betrieben unter 50 ha LN, in: Die Landarbeit, Mitteilungen der Studiengesellschaft für landwirtschaftliche Arbeitswirtschaft, Bad Kreuznach, 3. Jg. (1952), Folge 1 und 2.

¹⁴ Unter Vollmotorisierung versteht man den vollständigen Ersatz tierischer Zugkräfte durch motorische Kraft.

¹⁵ Hoehstetter, H., Vorläufige Ergebnisse aus den KTL-Vergleichsbetrieben, in: Berichte über Landtechnik, Heft 38: Die Motorisierung im bäuerlichen Familienbetrieb, hrsg. vom Kuratorium für Technik in der Landwirtschaft, München/Wolfratshausen 1954, S. 13.

¹⁶ Ries II, a. a. O., S. 6 f.

¹⁷ Bergmann, a. a. O., S. 521.

Der industrielle Lohnbereich kleinerer Gemeinden wurde mit DM 3700,- bis 5500,- angesetzt.

¹⁸ Blohm, Grenzen der Technik, a. a. O., S. 47.

¹⁹ Grüner Bericht 1958, a. a. O., S. 36. Siehe auch:

Woermann, E., Wandlungen in den Arbeitskosten der Landwirtschaft, in: Agrarwirtschaft, 2. Jg. (1953), S. 274 ff.

die Möglichkeit, eine volle Kraft freizusetzen.²⁰ „Die Technisierung im kleinbäuerlichen Betrieb wird fast immer nur dann zu einer Kostensenkung je Produkteinheit oder zu einem höheren Arbeitseinkommen führen, wenn sie gleichzeitig mit Intensivierung, d. h. nachhaltiger Umstellung der ganzen Betriebsorganisation verbunden ist. Andernfalls kann sie höchstens der Arbeiterleichterung und der Einschränkung einer übermäßigen Arbeitsbeanspruchung und Arbeitsüberlastung der bäuerlichen Familie dienen.“²¹ Falls durch die Vollmotorisierung und Mechanisierung im Familienbetrieb außer dem Ersatz der Pferde bzw. Kühe keine weiteren Umstellungen durchgeführt werden, ändert sich das Familieneinkommen (Betriebsertrag abzüglich Sachaufwand einschließlich Abschreibungen) nur in engen Grenzen.²²

Das wirkliche Betriebsgeschehen unterscheidet sich von diesen konstruierten Betriebsmodellen. Nicht nur die Lohnausgaben bleiben im Familienbetrieb in gleicher Höhe, sondern auch die oft neben dem Schlepper beibehaltenen Pferde vermehren die Gesamtkosten des Betriebes. „Die allem Neuen gegenüber mißtrauische Vorsicht und das Bedürfnis nach größtmöglicher Sicherung, die den Bauern in aller Welt kennzeichnen, lassen ihn lieber die Mehrkosten des beibehaltenen Pferdegespannes ertragen, als daß er sich durch seine Abschaffung möglicherweise Arbeitsschwierigkeiten aussetzt.“²³ Allerdings erlauben sehr ungünstige Bodenverhältnisse keinen restlosen Verzicht auf Spannvieh. Da außerdem mit der Schlepperanschaffung in vielen Fällen nicht gleichzeitig sämtliche Zusatzgeräte gekauft werden können bzw. die seitherigen, für die Pferdezugkraft eingerichteten, nicht umgestellt werden können, verbietet sich eine sofortige Abschaffung der tierischen Zugkraft. Auch der Anschaffung eines kleineren Zweitschleppers für Bestellung und Pflegearbeiten setzt die Betriebsgröße enge Grenzen. Trotzdem führte die zunehmende Mechanisierung zur Verminderung des Pferdebestandes. In der Zeit von 1950 bis 1956 nahm die Anzahl der Pferde in Rheinhessen um 29,3 vH ab.²⁴

Über den wirtschaftlichen Nutzeffekt der Technisierung schreiben BLOHM und VOGEL: „Im allgemeinen ist schon viel erreicht, wenn zur Zeit in Westdeutschland ein weitgehend technisierter Betrieb das angelegte Kapital verzinsen und abschreiben kann und im Reinertrag nicht schlechter abschneidet als ein gut bewirtschafteter und wenig technisierter Betrieb.“²⁵

Die Buchführungsergebnisse rheinhessischer Betriebe zeigen, daß durch die Lohn- und Preisbewegungen der letzten Jahre trotz fortschreitender Mechanisierung keine Verminderung der Lohnkosten eingetreten ist. Im Gegenteil stiegen sämtliche Arbeitskosten an, wobei sich die Maschinenkosten stärker erhöhten als die Lohnkosten (siehe Anhang III). Aus dieser Zusammenstellung geht außerdem hervor, daß nur durch die Rohertragssteigerung die Verfeuerung der Arbeitskosten ausgeglichen werden konnte. Inwieweit dies aus Preis- oder Mengensteigerungen resultiert, ist nicht mit Sicherheit nachzuweisen. Beide Verhaltensweisen dürften daran beteiligt sein.

Daß in den kleinbäuerlichen Betrieben die Aufwendungen für Löhne und Maschinen im Zuge der Technisierung der Betriebe ansteigen, ist auch aus anderen Buchführungsunterlagen zu erkennen.²⁶ Diese Betriebsergebnisse zeigen keinen einwandfreien Zusammenhang zwischen der Entwicklung der Arbeitseinkommen und dem Grad der Technisierung. „Es ist im Gegenteil klar ersichtlich, daß es nicht in allen Betrieben gelungen ist, die Aus-

²⁰ Priebe, Der Einfluß der Mechanisierung, a. a. O., S. 81. Siehe auch: Hoechstetter, a. a. O., S. 13.

²¹ Blohm, Georg, Wie kann der Kleinbauernbetrieb ertragreicher gestaltet werden? Schriftenreihe des Land- und Hauswirtschaftlichen Auswertungs- und Informationsdienstes (AID), Heft 96, Frankfurt a. M. 1955, S. 36 f. Im folgenden zitiert: Blohm, Schriftenreihe des AID, Heft 96.

²² Bergmann, a. a. O., S. 519.

²³ Ries II, a. a. O., S. 5.

²⁴ Errechnet vom Verfasser nach: Die Viehwirtschaft 1949 bis 1955 in Rheinland-Pfalz, Statistik von Rheinland-Pfalz, Band 45, hrsg. vom Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, Bad Ems 1957, S. 24 f. und: Die Viehwirtschaft in Rheinland-Pfalz 1956, Statistik von Rheinland-Pfalz, Band 54, hrsg. vom Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, Bad Ems 1958, S. 30.

²⁵ Blohm/Vogel, a. a. O., S. 67.

²⁶ Stehle, Die Grenzen des Arbeitsaufwandes, in: Deutsche Landwirtschaftliche Presse vom 18. 2. 1956, Nr. 7, S. 59 f.

gaben für die Technisierung beim Lohnaufwand einzusparen.“ STEHLE führt dies auf die rasche technische Durchdringung der Landwirtschaft zurück, auf die sich der Landwirt zuerst einzurichten habe. „Die notwendige und späterhin auch mögliche Einsparung beim Lohnkonto usw. wird erst allmählich, wenn der Betriebsführer sich mit dem ‚Neuen‘ vertraut gemacht hat, durchgeführt.“²⁷ RIES rechnet mit einer 2- bis 3jährigen Übergangszeit bis zur Einarbeitung mit der Maschine und bis zur Änderung der Betriebsweise. In dieser Zeit seien Mehrkosten eine zwangsläufige Folge.²⁸ Der RIESschen Untersuchung lagen auch Beobachtungen rheinhessischer familienbäuerlicher Schlepperbetriebe zugrunde. Nach übereinstimmender Aussage wird der Schlepper vom Landwirt und auch von den Frauen im bäuerlichen Betrieb²⁹ als eine wesentliche Arbeiterleichterung empfunden, obwohl nach Betriebsbeobachtungen von nennenswerten Arbeitsstundenverminderungen nicht die Rede sein konnte.³⁰ „Wird nämlich nach Einführung des Schleppers der Besatz des Betriebes mit Arbeitskräften nicht vermindert, und das ist in den Familienwirtschaften die Regel, so mag wohl einmal an einzelnen Tagen der Feierabend etwas früher angesetzt werden als ehemals, aber insgesamt werden etwa ebensoviel Arbeitsstunden geleistet wie vorher, da sich die verhandenen, arbeitsfähigen Familienmitglieder nach wie vor so lange betätigen als es das Tageslicht eben erlaubt.“³¹

Wenn auch der Arbeitszeitverkürzung heute noch die bäuerliche Denkweise entgegensteht, so kann doch die Arbeiterleichterung im Hinblick auf die Arbeitsüberlastung, insbesondere der Frauen³² und Jugendlichen,³³ nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Beim Übergang zur Motorisierung und Mechanisierung im bäuerlichen Betrieb treten sehr oft wirtschaftliche Erwägungen in den Hintergrund. Psychologische und soziale Gründe entscheiden in vielen Fällen über den Maschinenkauf. Auch der Wunsch nach schnellerer, leichter und unabhängiger Arbeiterledigung spielt eine wichtige Rolle. Allerdings können auch hierbei indirekt wirtschaftliche Vorteile entstehen. Das Arbeiten mit Maschinen vermag zur Arbeitsfreude, zur Steigerung von Arbeitswillen und -intensität beizutragen und auch einer Abwanderung entgegenzuwirken. In der Regel liegen demnach der Maschinenanschaffung keine genauen betriebswirtschaftliche Kalkulationen zugrunde. „Über die durch die Technisierung hervorgerufenen Kosten machen sich die wenigsten Bauern irgendwelche Gedanken; sie glauben vielmehr, alle diesbezüglichen Probleme durch die Finanzierung des Maschinenankaufs restlos gelöst zu haben.“³⁴ Wie wenig der Landwirt über die wirtschaftlichen Vorfälle seines Betriebes unterrichtet ist, mag daraus hervorgehen, daß im gesamten Bundesgebiet nur rund 50 000 land- und forstwirtschaftliche Betriebe Bücher führen.³⁵

Allerdings erlaubt der bereits oben dargestellte Zwang zur Mechanisierung mitunter keine Rücksichtnahme auf betriebswirtschaftliche Kalkulation. „Die Mechanisierung wird der

²⁷ Stehle, a. a. O., S. 60.

²⁸ Ries II, a. a. O., S. 5.

Daß sich viele pfälzische Weinbaubetriebe noch in dieser Übergangsperiode befinden, geht aus den Untersuchungen von Zangerle hervor. Er kommt zu dem Ergebnis, daß die Schlepperbetriebe keine Arbeitskraft einsparen, sondern sogar höhere Lohnkosten aufweisen, da die Betriebsleiter die technischen Möglichkeiten und die Zusatzgeräte noch nicht zu nutzen verstünden. Die Arbeitszeit, die der Schlepper einspare, werde durch unrationellen Einsatz wieder voll ausgeglichen. Der Schlepper verteuere im Endeffekt die Bodenarbeiten (Zangerle, Karl, Kostenstruktur, betriebswirtschaftliche Tendenzen und Gegenwartsfragen im pfälzischen Weinbau, staatswissenschaftliche Diss. Mainz, bisher noch nicht veröffentlicht).

²⁹ Aus den Aussagen war zu entnehmen, daß im allgemeinen der Mann, durch den Schlepper in der Feldwirtschaft entlastet, der Frau die schweren Stallarbeiten abnimmt.

³⁰ Ries II, a. a. O., S. 6.

³¹ Siehe Fußnote³⁰.

³² Siehe S. 35 ff.

³³ Siehe S. 45 ff.

³⁴ Blohm, Grenzen der Technik, a. a. O., S. 44.

³⁵ Müller, A., Das landwirtschaftliche Rechnungswesen in der Bundesrepublik, in: Berichte über Landwirtschaft N.F., Band XXXII (1954), Heft 1, S. 118.

Zum Vergleich hierzu: Rheinhessen zählte 1949 23 670 land- und forstwirtschaftliche Betriebe.

Landwirtschaft vom Arbeitsmarkt her aufgezwungen. Sie erfolgt insofern unorganisch, oft auch ohne eine gesunde betriebswirtschaftliche Begründung.“³⁶ Fehlinvestitionen sind deshalb nicht zu vermeiden. Insbesondere die mit einem relativ hohen Besatz an Maschinen und Geräten ausgerüsteten Sonderkulturbetriebe Rhein Hessens sind bedroht. „Hier besteht besonders die Gefahr, daß sich im Bestreben weiterer Vervollkommnung und zum Ausgleich mangelnder Arbeitskräfte eine ungünstige Verschiebung zwischen notwendigem und tragbarem Aufwand an Besatz und vorhandener Wirtschaftsfläche herausbildet.“³⁷

Die veränderte Kombination von Arbeit und Kapital hat einen großen Kapitalbedarf zur Folge, der bei der gegenwärtigen Rentabilitätslage der Landwirtschaft von den Betrieben, die der Mechanisierung und Rationalisierung am wenigsten bedürfen, am wenigsten aufgebracht werden kann. Die Berechnungen BERGMANNs geben ein Bild von dem Maschinenkapitalbedarf bei der Umstellung von der tierischen Spannkraft auf Vollmotorisierung mit den zugehörigen Maschinen. Unter Berücksichtigung des verminderten Arbeitskräftebedarfs steigt bei der Umstellung zur Vollmotorisierung das Maschinenkapital je Arbeitskraft in den Hackfruchtbau- und Hackfrucht-Getreidebaubetrieben von 6, 12 und 24 ha um DM 4-6 000,-, das bedeutet das Doppelte des beim bespannten Betrieb notwendigen Maschinenkapitals.³⁸ Der Kapitalbedarf, der durch die Einsparung einer Arbeitskraft entsteht, ist in den gleichen Betriebstypen verschieden hoch. In den 6 ha-Betrieben werden DM 10 000,- benötigt, während die Betriebe von 12 und 24 ha Größe zwischen DM 23 000,- und DM 58 000,- zum Ersatz einer Arbeitskraft erfordern. Bei den gegenwärtigen Lohnverhältnissen in der Landwirtschaft wäre theoretisch ein wirtschaftlicher Ersatz von Arbeit durch Kapital demnach lediglich in den kleineren Betrieben und in den 40- und 60ha-Betrieben gegeben.³⁹

Im Gegensatz zu vielen Industriezweigen war der Landwirtschaft nach der Währungsreform wegen der auf zahlreichen Gebieten beibehaltenen Marktregulierung der Weg der Finanzierung über den Preis weitgehend versperrt. Auf Grund des hierdurch hervorgerufenen Kapitalmangels blieben die landwirtschaftlichen Investitionen in starkem Maße von öffentlichen Förderungsmaßnahmen abhängig. Zuschüsse, Kredite und Zinsverbilligungen sind die Instrumente, mit denen der Staat auch die Mechanisierung der Landwirtschaft unterstützt. Das Mißverhältnis zwischen eigener Kapitalbildung und Kapitalbedarf hatte eine steigende Verschuldung zur Folge. Nach dem Grünen Bericht ist etwa 1/10 des landwirtschaftlichen Kapitalwertes mit Kredit belastet.⁴⁰ Die zukünftige Aufgabe sowohl der Agrarpolitik als auch des einzelnen Landwirts wird in der verstärkten Kapitalbildung liegen müssen. „Alles in allem mag der Kredit für den Augenblick eine leichte bequeme Lösung der Betriebsmittelknappheit sein, aber auf die Dauer macht er die eigene Kapitalbildung nicht überflüssig, täuscht nur über ihre Notwendigkeit hinweg“, stellt BECKMANN mit Recht fest.⁴¹

Die Technisierung der Landwirtschaft setzte auch in Rhein hessen stürmisch ein. Der Fleiß und Konsumverzicht der landwirtschaftlichen Bevölkerung vergrößerten den Kapitalfonds, der für die Mechanisierung zur Verfügung gestellt werden konnte. Die Sonderkulturbetriebe in Rhein hessen waren durch die Preisentwicklung nach der Währungsumstellung begünstigt. Durch Verallgemeinerung von Einzelfeststellungen kommt NOELL zu dem Er-

³⁶ Sonnemann, Th., Zur Entwicklung der westdeutschen Landwirtschaft seit Kriegsende, in: Berichte über Landwirtschaft N.F., Band XXXIV (1956), S. 202.

³⁷ Landwirtschaftskammer Rhein hessen, Alzey, Jahresbericht 1956, S. 132.

³⁸ Bergmann, a. a. O., S. 511.

Es muß berücksichtigt werden, daß Bergmann in den Betrieben, für die die verbundene Maschinenhaltung rentabel ist, diese den Berechnungen zugrunde gelegt hat.

³⁹ Von den näheren Berücksichtigungen der 40- und 60ha-Betriebe wurde wegen der geringen Bedeutung dieser Betriebsgrößen in Rhein hessen abgesehen. Der Kapitalbedarf, der durch die Einsparung einer Arbeitskraft entsteht, liegt in diesen Betriebsgrößen zwischen DM 6 000,- und DM 13 000,- (Bergmann, a. a. O., S. 518).

⁴⁰ Grüner Bericht 1958, a. a. O., S. 33.

⁴¹ Beckmann, Fritz, Kreditpolitik und Kreditlage der deutschen Landwirtschaft seit der Währungsstabilisierung, in: Berichte über Landwirtschaft N.F., Band IV (1926), S. 267.

gebnis, daß die Mechanisierung zu rund 80 vH aus eigenen Mitteln und zu rund 20 vH durch Kreditaufnahme finanziert wurde.⁴²

Die rheinhessische Landwirtschaft befindet sich noch im Übergang vom bespannten zum vollmotorisierten und weitgehend mechanisierten Betrieb. Soweit statistische Unterlagen zur Verfügung stehen, sollen sie im folgenden dargestellt werden. Die Zunahme der Schlepper in der Zeit von 1950 bis 1954 in den verschiedenen Betriebsgrößenklassen zeigt Tabelle 33.

Tabelle 33

Der Schlepperbestand in den verschiedenen Betriebsgrößen in Rheinhessen 1950 und 1954⁴³

Größenklassen nach den LN in ha	Gesamtzahl der land- u. forstw. Betriebe mit LN	Betriebseigene Schlepper (ohne Einachsschlepper) am	
		14. 4. 50	31. 12. 54
unter 5	16 861	110	902
5 bis unter 10	4 386	216	1 496
10 " " 20	2 053	490	1 522
20 " " 50	320	247	395
50 und darüber	22	36	53
zusammen:	23 642	1 099	4 368

In dem Zeitraum von vier Jahren stieg der Schlepperbestand um das Vierfache an. Insbesondere die kleineren Betriebe waren an der Motorisierung beteiligt. Inzwischen nahm die Anzahl der Schlepper weiter zu. Der landwirtschaftliche Schlepperbestand wird zum 1. Juli 1958 mit 8 816 Einheiten angegeben.⁴⁴

Tabelle 34

Zugkrafteinheiten a) in Rheinhessen 1950 und 1954⁴⁵

Art der Zugkraft	1950	1954
	in vH	
Pferde	63,5	37,0
Zugochsen und Zugstiere	3,9	1,3
Arbeitskühe	7,3	3,8
Schlepper b)	25,3	57,9
zusammen:	100,0	100,0

a) Zugkrafteinheit = ZKE
 1 Arbeitspferd = 1,0 ZKE
 1 Zugochse, -stier = 0,5 ZKE
 1 Arbeitskuh = 0,2 ZKE
 1 Schlepper-PS = 0,2 ZKE

b) Schlepper
 bis 12 PS = 2,4 ZKE
 13 – 17 PS = 3,0 ZKE
 18 – 24 PS = 4,2 ZKE
 25 – 34 PS = 5,8 ZKE
 über 34 PS = 6,8 ZKE

⁴² Noell, G., Die Mechanisierung der Landwirtschaft und ihre Finanzierung, in: Landtechnik, Mitteilungen des Kuratoriums für Technik in der Landwirtschaft und der Max Eyth-Gesellschaft, München, 8. Jg. (1953), Heft 2, S. 32.

⁴³ Zusammengestellt vom Verfasser nach: Statistik von Rheinland-Pfalz, Band 16, a. a. O., S. 224 und: Betriebseigene Schlepper in der Landwirtschaft am 31. 12. 1954, Statistische Berichte, Arb.-Nr. III/22/11, erschienen am 16. 1. 1956, hrsg. vom Statistischen Bundesamt Wiesbaden, S. 22.

⁴⁴ Landwirtschaftskammer Rheinhessen, Alzey, Jahresbericht 1958, S. 147.

⁴⁵ Die Viehwirtschaft 1949 bis 1955 in Rheinland-Pfalz, Statistik von Rheinland-Pfalz, Band 45, hrsg. vom Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, Bad Ems 1957, S. 28 f.

Dem Schlepperzugang steht ein Rückgang der tierischen Zugkraft gegenüber. In Tabelle 34 wird die Änderung der Zusammensetzung der Zugkraft in der Zeit von 1950 bis 1954 verdeutlicht. Während 1950 nur 1/4 der Zugkraft vom Schlepper gestellt wurde, war es 1954 schon über die Hälfte.

Neben der Motorisierung wurde auch die Mechanisierung der Landwirtschaft vorangetrieben. Die Aufwendungen für Landmaschinen verteilen sich im Bundesgebiet im Wirtschaftsjahr 1956/57 zu etwa gleichen Teilen auf Ackerschlepper (einschließlich Einachs-schlepper) und sonstige Landmaschinen.⁴⁶ In der Steigerung der Mähdrescherbestände zeichnet sich die rasch fortschreitende Entwicklung der Mechanisierung in der Landwirtschaft ab. Während in Rheinhessen 1950 nur drei Mähdrescher gezählt wurden, stieg deren Anzahl bis 1953 auf 143 und bis 1957 auf bereits 680 Einheiten an. 37,2 vH der rheinhessischen Getreidefläche wurden im Jahre 1957 mit betriebseigenen oder betriebsfremden Mähdreschern abgeerntet.⁴⁷

Zur Verminderung der Maschinenkosten für den einzelnen Betrieb haben sich im Laufe der Zeit die verschiedensten Formen der Maschinenhaltung herausgebildet. In Rheinhessen hatten bislang nur die Winzergenossenschaften⁴⁸ und die verbundene Dreschmaschinenhaltung⁴⁹ eine besondere Bedeutung in der überbetrieblichen Maschinen- und Gerätehaltung erlangt. Nicht nur der bäuerliche Individualismus sondern auch die Einhaltung bestimmter Termine bei zeitgebundenen Arbeiten setzen der verbundenen Maschinenhaltung Grenzen.⁵⁰ Der Zwang zur Mechanisierung führt heute jedoch in zunehmendem Maße zum überbetrieblichen Maschineneinsatz.⁵¹ Die Unternehmen, die sowohl die Maschinen als auch das Bedienungspersonal stellen, werden im Hinblick auf die zunehmende Arbeitskraftverknappung an Bedeutung gewinnen. Die staatlichen Förderungen allein genügen nicht, diese Unternehmen in den landwirtschaftlichen Produktionsprozeß einzugliedern. Nur die Vielseitigkeit im Maschinenpark, verbunden mit einer gesicherten Dauerbeschäftigung, verbürgen die Rentabilität dieser Unternehmen. Übereinkommen zwischen Lohnunternehmer und Landwirt werden notwendig sein.

Welche Vorteile eine Mechanisierungsgemeinschaft im Weinbau gegenüber einer Eigenmechanisierung aufweist, geht aus einer Untersuchung SCHULZE-LAMMERS' hervor. Bedingt durch die besonderen Verhältnisse in den Weinbergsgemarkungen wird nach seiner Ansicht nur die Form der Gemeinschaftsnutzung von Vorteil sein, die die einzelnen Parzellen in der Reihenfolge, wie sie aneinander grenzen, ohne Rücksicht auf den Eigentümer, bearbeitet.

⁴⁶ Padberg, K. und Nieschulz, A., Produktion, Verkaufserlöse und Betriebsausgaben der Landwirtschaft im Bundesgebiet, in: Agrarwirtschaft, 7. Jg. (1958), Heft 2, S. 48.

⁴⁷ Der Mähdreschereinsatz in Rheinland-Pfalz, in: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, 11. Jg. (1958), Heft 2, S. 57 f.

⁴⁸ Die Winzergenossenschaften verdanken ihr Entstehen weniger arbeitswirtschaftlichen Gesichtspunkten als vielmehr den Absatzsorgen der Winzer (Müller, Fr., Die geschichtliche Entwicklung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens in Deutschland von 1848/49 bis zur Gegenwart, Leipzig 1901, S. 474 f.).

Rheinhessen zählte im Jahre 1957 54 Winzergenossenschaften mit 3 392 Mitgliedern (Erwerbsweinbaubetriebe und Winzergenossenschaften. Vorläufige Ergebnisse der Weinbaubetriebserhebung 1958, in: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, 11. Jg. (1958), Heft 11, S. 346).

Zum Vergleich hierzu: 1949 gab es in Rheinhessen 18 470 Betriebe mit Rebfläche (Statistik von Rheinland-Pfalz, Band 16, a. a. O., S. 41).

⁴⁹ Statistik von Rheinland-Pfalz, Band 16, a. a. O., S. 137.

⁵⁰ Dem überbetrieblichen Schleppereinsatz steht die nicht jederzeit mögliche Einsatzbereitschaft dieser relativ oft einzusetzenden Maschine entgegen. Nur rund 6 vH der Schlepper waren im Jahre 1953 Gemeinschafts-, Genossenschafts- oder Lohnschlepper (Erhebung über die Benutzung von Schleppern, Bodenfräsen und Mähdreschern in der Land- und Forstwirtschaft. Endgültige Ergebnisse der Schleppererhebung vom Mai 1953, Statistische Berichte, Arb.-Nr. III/22/9, erschienen am 27. 11. 1953, hrsg. vom Statistischen Bundesamt Wiesbaden, S. 3).

⁵¹ Die hohen Anschaffungskosten und die kurze Einsatzmöglichkeit des Mähdreschers begünstigen seinen überbetrieblichen Einsatz. Von den Mähdreschern in Rheinhessen waren 1957 31,8 vH bei Gemeinschaften, 0,4 vH bei Genossenschaften und 19,4 vH bei Lohnunternehmen eingesetzt. Die übrigen verteilen sich zu 27,7 vH auf Betriebe bis unter 20 ha LN und 20,7 vH auf Betriebe von 20 und mehr ha LN (Landwirtschaftskammer Rheinhessen, Alzey, Jahresbericht 1957, S. 128).

„Die Grenzen bleiben jedoch streng gewahrt und das Eigentum unangetastet.“⁵² Somit werden unnütze Wege- und Rüstzeiten vermieden. Die Mithilfe des Weinbauern richtet sich nach seiner anteiligen Fläche. Am Beispiel einer bereits zusammengelegten Gemarkung mit 40 ha Rebfläche erläutert SCHULZE-LAMMERS die wirtschaftlichen Vorteile. Danach betragen die Anschaffungskosten und die jährlichen Kapitalkosten je ha Weinberg bei Eigenmechanisierung das Doppelte als bei genossenschaftlicher Mechanisierung.⁵³ „Der Zeitaufwand für die Bodenbearbeitung und Schädlingsbekämpfung sinkt gegenüber der bisherigen Bearbeitungsweise auf mindestens die Hälfte.“⁵⁴ Auch die Bedenken, daß der Weinbauer durch die Gemeinschaftsnutzung in seiner Selbständigkeit zu sehr eingeengt und zum Kolonnenarbeiter werde, weiß SCHULZE-LAMMERS zu zerstreuen. „Der Weinstock stellt immer noch einen individuellen Arbeitsanspruch, der mit keiner Maschine erfüllt werden kann, so z. B. beim Schneiden, Biegen und Heften. Diese Arbeiten werden auch in Zukunft noch Handarbeit bleiben und die Hand eines erfahrenen und tüchtigen Winzers verlangen.“⁵⁵

Die Betriebsgröße spielt bei der Mechanisierung eine entscheidende Rolle. Einerseits vermag der größere Betrieb bei der Technisierung schrittweise vorzugehen, während die Anschaffung einer Maschine im kleineren Betrieb eine relativ große augenblickliche Belastung darstellt. Andererseits erlaubt die Geringfügigkeit der einzelnen Anbauarten im kleinen Betrieb nicht die Anschaffung sämtlicher dafür passenden Maschinen. Der Anteil der Rüstzeiten an der Gesamtarbeitszeit wird um so größer, je kleiner die zu bearbeitende Fläche wird, so daß die Ausführung durch Handarbeit mitunter wirtschaftlicher und schneller möglich ist.

Die auf Grund geringerer Arbeitsbreite verminderte Leistungsfähigkeit kleinerer Maschinen, deren Kosten nicht proportional der verkleinerten Aggregatgröße sinken, die schlechtere Ausnutzung und der damit verbundene höhere Festkostenanteil sowie der Zwang, hintereinander anstatt wie im größeren Betrieb nebeneinander arbeiten zu müssen, tragen zur Kostendegression mit wachsender Betriebsgröße und damit Anbaufläche bei. Obwohl mit zunehmender Betriebsgröße die Kapitalbelastung des Betriebes, bezogen auf die Betriebsfläche, abnimmt, erreicht der größere Betrieb einen höheren Mechanisierungsgrad.

Daß die kleineren Betriebe teurer wirtschaften als die größeren, geht aus einer Untersuchung MÜNZINGERS⁵⁶ hervor. Die Differenzen der Erzeugungskosten in den einzelnen Betriebsgrößen waren bei Getreide am größten, bei den Hackfrüchten, der Milcherzeugung und der Viehhaltung geringer, da in diesen Zweigen die Vorteile des größeren Betriebs aus maschinellen Einrichtungen nur unbedeutend sind.

Der technische Fortschritt kommt nicht allen Betriebszweigen in gleichem Maße zugute. Die Reduzierung des Handarbeitsbedarfs bleibt vom Arbeitsbereich abhängig.⁵⁷ Der Hackfruchtanbau und die Viehhaltung stellen der Maschinenanwendung technische Schwierigkeiten entgegen. Wenn in diesen Betriebszweigen die Erzeugungskostendifferenzen nicht so deutlich in Erscheinung treten, so ist es für den kleineren Betrieb vorteilhafter, sich diesen Erzeugungsrichtungen verstärkt zuzuwenden. Auch die relativ hohe Arbeitskräftebesetzung in kleineren Betrieben erfordert arbeitsintensive Betriebszweige.⁵⁸

⁵² Schulze-Lammers, H., Gemeinschaftliche Maschinenarbeit im Weinbau, in: Weinberg und Keller, 5. Band (1958), Heft 4, S. 173. Im folgenden zitiert: Schulze-Lammers, Gemeinschaftliche Maschinenarbeit.

⁵³ Schulze-Lammers, Gemeinschaftliche Maschinenarbeit, a. a. O., S. 174 f.

Bei der Mechanisierung handelt es sich um die Bodenbearbeitung und die Schädlingsbekämpfung.

⁵⁴ Schulze-Lammers, Gemeinschaftliche Maschinenarbeit, a. a. O., S. 175.

⁵⁵ Schulze-Lammers, Gemeinschaftliche Maschinenarbeit, a. a. O., S. 176.

⁵⁶ Münzinger, Adolf, Die Erzeugungskosten der württembergischen Landwirtschaft. Eine betriebswirtschaftliche Untersuchung zur Frage der zukünftigen Preise landwirtschaftlicher Produkte, Stuttgart 1948, S. 126 ff.

⁵⁷ Blohm/Vogel, a. a. O., S. 43.

⁵⁸ Nach der LBZ 1949 war die Viehhaltung in den Betrieben zwischen 2 und 5 ha LN am größten (Viehhaltung in den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben, Statistik der Bundesrepublik Deutschland, Band 24, Heft 2, S. 51 f.).

Nach der LBZ 1949 waren $\frac{2}{3}$ der Betriebe mit Rebland unter 5 ha groß (Statistik von Rheinland-Pfalz, Band 16, a. a. O., S. 41).

Für den kleineren Betrieb ist außerdem die Tatsache von Bedeutung, daß die Technik sich zuerst der Feldwirtschaft zuwandte und die Innenwirtschaft vernachlässigte, die mit abnehmender Betriebsgröße an Bedeutung gewinnt. Im bäuerlichen Betrieb entfallen nach Aufzeichnungen auf die Innenwirtschaft 64 bis 71 vH des Gesamtarbeitsaufwandes.⁵⁹ Der bäuerliche Betriebsleiter hat demnach vor allem diesem Arbeitsgebiet erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen. Erschwert wird die Mechanisierung der Innenwirtschaft durch die vielfach engen und veralteten Gebäude, die oft kostspielige Umbauten erfordern.

Die Mechanisierung vermag nur einen Teil der menschlichen Arbeitskraft zu ersetzen, da weite Bereiche in der Landwirtschaft der Mechanisierung verschlossen bleiben. Selbst für die der Mechanisierung relativ leicht zugänglichen Außenarbeiten stellen PREUSCHEN und FULDA fest: „Von den 50% Außenarbeiten waren bisher ein Drittel und mögen in Zukunft die Hälfte vom Schlepper mit seinen Maschinen beeinflußbar sein. Selbst wenn in allen Jahreszeiten die Hochmechanisierung eine Halbierung des bisherigen Menschenbedarfes bringen würde, wäre das für den Handarbeitsaufwand des Betriebes gerechnet nicht mehr als 12 bis 15% und das sehr oft nur zu einigen wenigen Jahreszeiten, keineswegs während der ganzen Arbeitssaison.“⁶⁰ Auch bezüglich des Weinbaues darf die mögliche Arbeitsersparung durch Mechanisierung nicht überschätzt werden. „Die Aussichten, die Arbeitsproduktivität im Weinbau mit Hilfe der Motorstufe der Technik steigern zu können, scheinen zunächst nicht günstig zu sein, wenn wir bedenken, daß von den Weinbauarbeiten zur Zeit nur etwa 30% mechanisierbar sind.“⁶¹

Die Arbeitersparnis durch die Mechanisierung wird zudem durch die meist notwendige Betriebsvergrößerung oder Intensivierung geschmälert.

4. Betriebsvergrößerung und Intensivierung

Im kleinbäuerlichen Betrieb besteht im Zuge der Mechanisierung die Gefahr, daß anstelle des Mißverhältnisses zwischen Ertrag und Arbeit ein Mißverhältnis zwischen Ertrag und Kapitalaufwand geschaffen wird. ROLFES schreibt hierzu: „Der Mangel an Ertrag wird häufig durch eine ebenso unerfreuliche, aber auch durchführbare Drosselung des eigenen Verbrauchs abgefangen. Wenn wir es aber mit einem Mißverhältnis zwischen Arbeit und Kapitaleinsatz zu tun haben, können mit den eben erwähnten Mitteln nicht die Gelder beschafft werden, die zur Verzinsung und Rückzahlung von Kapitalkrediten notwendig sind und die auch zur Deckung der laufenden baren Ausgaben benötigt werden, die im mechanisierten Betrieb neu auftreten. Hier tritt uns das Problem der Erzielung hoher Ertragsleistungen in unmittelbarer Beziehung zur Kapitalinvestition im kleinbäuerlichen Betrieb entgegen.“⁶² Die durch Mechanisierung entstandenen Mehrkosten bei gleicher Arbeitskräftezahl können durch Betriebsvergrößerung oder Intensivierung ausgeglichen werden. Die Mechanisierung erleichtert durch die Arbeitsbeschleunigung und die Arbeitskraftfreisetzung die Möglichkeiten hierzu. Wenden wir uns zuerst der Betriebsvergrößerung zu. Nach BERGMANNs Berechnungen wird ein Hackfruchtbaubetrieb, der mit 1,3 Arbeitskräften besetzt ist, durch die Vollmotorisierung und Mechanisierung in die Lage versetzt, bei gleichem Arbeitsaufwand⁶³ 2 ha mehr zu bebauen und das Familieneinkommen⁶⁴ um nahezu DM 2 000,- jährlich zu erhöhen. Mehrbedarf an Maschinenkapital entsteht dabei in Höhe von DM 4 bis 5 000,-.⁶⁵

⁵⁹ Kreher, Gerhard, Auswertungsergebnisse der 1949er und 1950er Tagebücher aus Betrieben unter 50 ha LN, in: Die Landarbeit, Mitteilungen der Studiengesellschaft für landwirtschaftliche Arbeitswirtschaft, Bad Kreuznach, 3. Jg. (1952), Folge 2, S. 9.

⁶⁰ Preuschen, G. und Fulda, E., Die Grenzen der Mechanisierung, in: Deutsche Landwirtschaftliche Presse vom 9. 6. 1956, Nr. 23, S. 220.

⁶¹ Broicher, K., Arbeitswirtschaftliche Probleme im Weinbau (I. Teil), in: Weinberg und Keller, 3. Band (1956), Heft 1, S. 4.

⁶² Rolfes, a. a. O., S. 22.

⁶³ Für eine Arbeitskraft wurden 2 233 Stunden jährlich angesetzt.

⁶⁴ Unter Familieneinkommen ist die Betriebsleistung abzüglich Sachaufwand einschließlich Abschreibung zu verstehen.

⁶⁵ Bergmann, a. a. O., S. 503, 505, 511, 524.

Bei der Angabe des Mehrbedarfs an Maschinenkapital wurde der 6 ha Hackfruchtbaubetrieb zugrunde gelegt.

Die Betriebsvergrößerung ist jedoch an das Vorhandensein des dazu notwendigen Bodens gebunden, insofern also mehr von Faktoren abhängig, die außerhalb des Einflußbereiches des Landwirtes liegen. Die guten Verdienstmöglichkeiten außerhalb der Landwirtschaft, aber auch die agrarpolitischen Maßnahmen fördern die Betriebsvergrößerung. Eine Entwicklung zum größeren Betrieb zeichnet sich ab. Während die Anzahl der Betriebe unter 10 ha in Rheinhessen seit 1949 abnahm, stieg die Zahl der Betriebe über 10 ha an.⁶⁶

Die Steigerung der Flächenleistung wirft neue Fragen auf. Daß hohe Flächenproduktivität und hohe Arbeitsproduktivität sich nicht in jedem Falle ausschließen, geht aus einer Untersuchung bäuerlicher Familienbetriebe in Nordrhein-Westfalen hervor. In verschiedenen Gebieten dieses Bundeslandes konnte festgestellt werden, daß Betriebe mit geringer Bodenleistung fast immer auch eine geringe Nettoproduktion je Arbeitskraft (Arbeitsproduktivität) aufwiesen. Daraus wurde geschlossen, daß sich im Hinblick auf das Ertragsgesetz offenbar die meisten Betriebe in der Zone steigender Grenzerträge und nicht in jener abnehmender Zuwachserträge befinden. „Theoretisch betrachtet, muß ein Punkt kommen, in dem bei weiterer Steigerung der Flächenleistung der Aufwand relativ stärker wächst, das Ertragsgesetz also dominant wird, so daß die Nettoproduktion sinkt. Doch dieser Bereich der optimalen Produktivität scheint in den meisten Betrieben noch nicht erreicht zu sein, und manches spricht dafür, daß die sinnvolle Intensitätsgrenze im Zuge der produktionstechnischen Entwicklung unserer Zeit noch weiter hinausgeschoben wird.“⁶⁷

Aus einem Vergleich einiger europäischer Staaten geht ebenfalls eine Übereinstimmung hoher Produktionsleistung je ha mit hoher Wertschöpfung je Arbeitskraft hervor.⁶⁸ PRIEBE zeigt an einigen europäischen Ländern, daß die Beispiele überwiegen, wonach „hohe Produktionsleistungen je Arbeitskraft und günstige soziale Verhältnisse mit hohen Flächenleistungen übereinstimmen“.⁶⁹

Solange nicht das Gesetz vom abnehmenden Ertragszuwachs wirksam wird, bedeutet jede Intensivierung ein höheres Arbeitseinkommen. Den Maßnahmen, die eine Ertragssteigerung zur Folge haben, kommt eine besondere Bedeutung zu, da der Aufwand in der Landwirtschaft vom Ertrag relativ unabhängig ist.⁷⁰ Zu den ertragssteigernden Betriebsmitteln zählen der Handelsdünger, die Mittel zur Unkrautbekämpfung und zum Pflanzenschutz sowie hochwertiges Saatgut. Obwohl der Handelsdüngerverbrauch beträchtlich gestiegen ist,⁷¹ bieten sich noch Anwendungsmöglichkeiten.

Auf Böden mit günstiger Ertragsfähigkeit ist ein verstärkter Verkaufshackfruchtbau vorteilhaft. Die Verbesserung der Ertragslage der süddeutschen Hackfrucht- und Hackfrucht-Getreidebaubetriebe ist nach dem Grünen Bericht in vielen Fällen am sichersten durch eine Ausweitung der Verkaufshackfruchtfläche, in rübenfähigen Böden insbesondere des Zuckerrübenanbaues, zu erreichen. Dieser Weg wird von der rheinhessischen Landwirt-

⁶⁶ Die Betriebsgrößenentwicklung in der Landwirtschaft, in: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, 11. Jg. (1958), Heft 7, S. 202. Siehe auch:

Reis, a. a. O., S. 21.

Grüner Bericht 1958, a. a. O., S. 13.

⁶⁷ Priebe, Hermann, Bäuerliche Familienbetriebe in Nordrhein-Westfalen, hrsg. von der Forschungsgesellschaft für Agrarpolitik und Agrarsoziologie e.V., Bonn 1956, S. 23.

⁶⁸ Krohn, Hans-Broder, Die Produktivität in der Landwirtschaft im europäischen Vergleich. Methodik eines internationalen Produktivitätsvergleichs, in: Berichte über Landwirtschaft N.F., Band XXXII (1954), Heft 1, S. 28.

⁶⁹ Priebe, Die Arbeitskräfte- und Sozialprobleme, a. a. O., S. 375.

Eine bestimmte Relation zwischen Produktionsleistung je ha und je Arbeitskraft war allerdings nicht festzustellen.

⁷⁰ Je nach der Betriebsform ist der Hauptaufwand, nämlich der Arbeitsaufwand, zu 80 bis 90 vH flächenbedingt (Preuschen, G., Sorgen um den Kleinbetrieb (II), in: Archiv der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft, hrsg. vom Vorstand der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft (DLG), Frankfurt a. M. 1953, S. 167).

⁷¹ In der Zeit von 1938/39 bis 1956/57 (vorläufiges Ergebnis) stieg der Verbrauch an Stickstoff (mengenmäßig) um die Hälfte an (Grüner Bericht 1958, a. a. O., S. 58).

schaft beschriftet. Der Anbau von Zuckerrüben stieg in der Zeit von 1949 bis 1957 um 68 vH an.^{72 73}

Aus folgender Gegenüberstellung des Arbeitseinkommens je Arbeitskraft in verschiedenen Bodennutzungssystemen (Tabelle 35) geht die Abhängigkeit des Arbeitseinkommens sowohl von der Betriebsgröße als auch vom Ausmaß des Hackfruchtanbaus hervor. Zu

Tabelle 35

Arbeitseinkommen in DM je Arbeitskraft in verschiedenen Bodennutzungssystemen Süddeutschlands⁷⁴

Bodennutzungssystem	Betriebsgrößenklasse in ha LN			
	bis 10	10-20	20-50	über 50
Hackfruchtbaubetriebe	3 059	3 602	4 022	4 634
Hackfrucht-Getreidebaubetriebe	2 787	2 922	3 034	3 532
Getreide-Hackfruchtbaubetriebe	2 520	2 517	.	.

einem ähnlichen Resultat führen die Buchführungsunterlagen aus rheinhessischen Betrieben (Tabelle 36). Dem Übergang zu einem anderen Bodennutzungssystem setzen allerdings die Bodenverhältnisse gewisse Grenzen. Unter der Voraussetzung der Absatzmöglichkeiten bietet jedoch ein verstärkter Hackfruchtbaubau, solange dadurch keine extremen Arbeitspitzen entstehen, für viele Betriebe eine Möglichkeit zur Erhöhung des Arbeitseinkommens und des Ertrages.

Der Weg zur Ertragssteigerung über die Einführung oder Verstärkung der Sonderkulturen wird vom Grünen Bericht den kleinbäuerlichen Hackfruchtbaubetrieben Süddeutschlands dort empfohlen, wo eine starke Parzellierung und die damit verbundenen Schwierigkeiten bei der Mechanisierung eine Ausdehnung des Zuckerrübenanbaues erschweren.⁷⁵ Damit werden sowohl absatz- als auch arbeitswirtschaftliche Fragen aufgeworfen. Eine Untersuchung zur Feststellung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Landwirtschaft kommt zu dem Ergebnis, daß die Arbeitsproduktivität, ausgedrückt in Betriebseinkommen je Arbeitskraft, wohl in Sonderkulturbetrieben und Hackfrucht-Getreidebaubetrieben gegenüber anderen Bodennutzungssystemen am größten war, im ganzen gesehen jedoch die letzte Gruppe das bessere Betriebseinkommen je Arbeitskraft aufzuweisen hatte. „Das ist wahrscheinlich darauf zurückzuführen, daß die außerordentlich hohen AK-Besatzzahlen vor allem im Weinbau den Vergleich zu Ungunsten der Sonderkulturbetriebe ausfallen lassen.“⁷⁶ Die Vollaussnutzung der verfügbaren Familienarbeitskräfte durch Anbau von Sonderkulturen zu erreichen, führt demnach nicht zu einem erhöhten Arbeitseinkommen. Da aber die Familienarbeitskräfte keine Lohnkosten verursachen, kommt die unproduktive Arbeitsweise vielen Landwirten nicht zum Bewußtsein. PREUSCHEN, ein Kenner rheinhessischer Verhältnisse, schreibt hierzu: „Wenn in rheinhessischen Betrieben festgestellt wird, daß das

⁷² Errechnet vom Verfasser nach: Bodennutzung in den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben, Statistik der Bundesrepublik Deutschland, Band 22, Heft 2, S. 255, 257 und: Bodennutzung und Ernte in Rheinland-Pfalz, Statistik von Rheinland-Pfalz, Band 58, S. 58.

⁷³ Allerdings finden die Absatzmöglichkeiten für Hackfrüchte und insbesondere für Zuckerrüben bereits ihre Grenzen. Nicht zuletzt gebieten außenhandelspolitische Rücksichtnahmen keine allzu große Ausweitung des Zuckerrübenanbaus in der Bundesrepublik.

⁷⁴ Zusammenge stellt vom Verfasser nach: Grüner Bericht 1958, a. a. O., S. 109.

Nur die Einheitswertklasse über 1600 DM/ha LN wurde hierbei berücksichtigt.

⁷⁵ Grüner Bericht 1958, a. a. O., S. 77.

⁷⁶ Forschungsgesellschaft für Agrarpolitik und Agrarsoziologie e.V., Bonn, Materialien zur Feststellung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Landwirtschaft in verschiedenen Gebieten der Bundesrepublik. Aus der Gesamtuntersuchung „Soziale Sicherung auf dem Lande“, Bonn 1956, S. 129.

Tabelle 36

Arbeitseinkommen in DM je Arbeitskraft in verschiedenen Bodennutzungssystemen Rhein Hessens

Bodennutzungssystem	Wirtschaftsjahr	
	1955/56 ⁷⁷	1956/57 ⁷⁸
Sonderkulturbetriebe (Sonderkulturanteil 10-15 vH der LN)	4 030	3 710
Sonderkulturbetriebe (Sonderkulturanteil über 15 vH der LN)	4 190	2 710
Hackfruchtbaubetriebe bis 15 ha LN	3 080	3 430
Hackfruchtbaubetriebe über 15 ha LN	5 120	4 270
Hackfrucht-Getreidebaubetriebe I bis 15 ha LN a)	3 220	2 890
Hackfrucht-Getreidebaubetriebe I über 15 ha LN a)	4 030	3 790
HG b) II- und GH-Betriebe c) bis 15 ha LN d)	2 430	2 320
HG b) II- und GH-Betriebe c) über 15 ha LN d)	3 350	3 680

a) Hackfruchtanteil 20-25 vH, Getreideanteil über 20 vH, Futterbau 0 bis 50 vH der LN

b) Hackfrucht-Getreidebaubetriebe

c) Getreide-Hackfruchtbaubetriebe

d) Hackfruchtanteil 10-20 vH, Getreideanteil über 20 vH, Futterbau 0 bis 60 vH der LN

höchste Arbeitseinkommen bei rein landwirtschaftlichen Kleinbetrieben liegt und Betriebe mit Weinbau ein kleineres Arbeitseinkommen haben, so ist das nur der Ausdruck für die allen Fachleuten heute bekannte Tatsache, daß das Arbeitseinkommen je Stunde bei den Weinbauarbeiten in sehr vielen Betrieben kleiner ist als in der Landwirtschaft.“⁷⁹ Auch mit Rücksicht auf die europäische Agrarintegration bleibt die Intensivierung des Weinbaues zweifelhaft.

Die Steigerung der Flächenleistung und die Betriebsvergrößerung stellen zwei Wege dar, die durch Mechanisierung freigesetzte Arbeitskraft zum Kostenausgleich teilweise wieder einzusetzen.⁸⁰ PRIEBE zeigt im Modell eines 10 ha-Betriebes die durch Mechanisierung mögliche Intensivierung bei ungefähr gleichem Arbeitsaufwand und erhöhtem Arbeitseinkommen je Arbeitskraft.⁸¹ Diese Steigerung des Arbeitseinkommens kann zum Teil einer Arbeitszeitverkürzung zugute kommen.

⁷⁷ Errechnet vom Verfasser nach: Landwirtschaftskammer Rheinhausen, Alzey, Einzel- und Gruppenergebnisse aus 168 landwirtschaftlichen Betrieben des Wirtschaftsjahres 1955/56, S. 61, 64, 70. Das Arbeitseinkommen wurde errechnet aus dem Betriebseinkommen ohne Steuern, vermindert um den Zinsanspruch des Anlagekapitals. Der Zinsanspruch wurde mit 5,6 vH des Einheitswertes angenommen.

⁷⁸ Zusammenge stellt vom Verfasser nach: Landwirtschaftskammer Rheinhausen, Alzey, Buchführungsergebnisse des Wirtschaftsjahres 1956/57 aus 206 landwirtschaftlichen Betrieben, S. 65. Wegen der geringen Anzahl der untersuchten Betriebe und der Ertragsunterschiede in den beiden Jahren sind die beiden aufgeführten Reihen nicht miteinander vergleichbar.

⁷⁹ Preuschen, G., Sorgen um den Kleinbetrieb (II), in: Archiv der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft, hrsg. vom Vorstand der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft (DLG), Frankfurt a. M. 1953, S. 174.

⁸⁰ Auch zusätzlicher Arbeitsaufwand zur Qualitätssteigerung kann zum Kostenausgleich beitragen.

⁸¹ Priebe, Der Einfluß der Mechanisierung, a. a. O., S. 80, 84.

Welcher der beiden Wege beschritten wird, hängt letzten Endes von den Absatzverhältnissen, der jeweiligen Bodenqualität, der bereits erzielten Intensität, der Betriebsgröße, aber auch vom Vorhandensein freien Bodens ab. Je kleiner der Betrieb und je weitgehend die Intensivierung bereits durchgeführt ist, desto vorteilhafter wird die Betriebsvergrößerung.

5. Die Verbesserung der Arbeitsverfahren

Die hier zu behandelnde Frage der Verbesserung der Arbeitsverfahren unterscheidet sich von den seither erörterten Maßnahmen dadurch, daß es sich hierbei in erster Linie um weniger kostspielige Aufgaben handelt. Durchdachtes und überlegtes Handeln ermöglicht zumeist ohne aufwendige Investitionen rationelleres Wirtschaften. Dem steht in den bäuerlichen Betrieben die Arbeitsauffassung der Familienmitglieder, aber auch die relativ hohe Arbeitskräftebesetzung entgegen, die dazu führt, daß veraltete Arbeitsverfahren trotz Mechanisierung beibehalten und dadurch der Erfolg der Mechanisierung geschmälert oder gar vollkommen in Frage gestellt wird. Erst der Arbeitskräftemangel läßt die Fehler in den Arbeitsverfahren und der Arbeitsorganisation zutage treten.

In weiten Kreisen des Bauerntums wird ein erhöhter Arbeitsbedarf eher durch Mehrarbeit ausgeglichen, als durch Arbeitsplanung und Überlegungen, zu möglichst rationellem Arbeitsverfahren zu kommen. „Wenn der Kleinbauer gewöhnlich so überlastet erscheint, so deshalb, weil häufig der Arbeitsablauf im Kleinbetrieb nicht ein geplantes Ineinandergreifen, sondern eine ungenügend abgestimmte Aufeinanderfolge von Arbeiten ist.“⁸²

Im landwirtschaftlichen Betrieb kommt den reinen Handarbeiten⁸³ eine besondere Bedeutung zu. Denn selbst im weitgehend technisierten Betrieb bleibt der Anteil der reinen Handarbeit relativ hoch.⁸⁴ Die Beibehaltung veralteter unrationeller Arbeitsverfahren wirkt sich demnach besonders spürbar auf das Verhältnis von Ertrag und Arbeitsaufwand aus. In der Verbesserung der Arbeitsverfahren und der Einführung einer geplanten Arbeitsorganisation liegt die Möglichkeit einer Arbeitszeitverkürzung.

In der Überalterung der landwirtschaftlichen Betriebsleiter⁸⁵ kommt deutlich zum Ausdruck, daß ein Großteil landwirtschaftlicher Betriebe spät in die Hände Jüngerer übergeht. Dadurch wird in vielen Fällen die Einführung neuer Arbeitsverfahren gehemmt. Denn den jüngeren Kräften, die in der Regel den wirtschaftlichen Erfordernissen aufgeschlossener gegenüberstehen, wird zumeist die Anwendung neuer Arbeitsverfahren verwehrt. Hierunter leidet nicht nur das Betriebsergebnis, sondern auch die Arbeitsfreude der Jugend, der eine Eigeninitiative versagt bleibt. Inwieweit die Altershilfe den Landwirt zu einer früheren Betriebsübergabe veranlassen wird, ist angesichts des kurzen Bestehens dieser Einrichtung noch nicht mit Bestimmtheit zu sagen.

Zur Hebung der Arbeitsintensität kann auch der Leistungslohn beitragen. Allerdings setzen die Vielfalt der Arbeiten, aber auch die durch klimatische Einflüsse sich rasch

⁸² Wirtschaftswissenschaftliches Institut der Gewerkschaften, Probleme westdeutscher Agrarpolitik, Köln 1953, S. 84.

⁸³ Unter reinen Handarbeiten versteht man die Arbeiten mit bewehrter und unbewehrter Hand ohne eine andere zusätzliche Energieform als die der menschlichen Muskelkraft.

⁸⁴ Rund 80 vH der im normal mechanisierten bäuerlichen Betrieb und rund 65 vH der im weitgehend mechanisierten Kleinbetrieb geleisteten Arbeit entfielen nach Untersuchungen auf reine Handarbeiten (ohne Berücksichtigung der Hausarbeit) (Biesalski, a. a. O., S. 866).

⁸⁵ Nach betriebswirtschaftlichen Untersuchungen im rheinhessischen Weinbau im Jahre 1954 entfielen rund die Hälfte der Bewauungskosten in rheinhessischen Gemischtbetrieben auf den Ausgabeposten „Löhne, Sozialversicherung und Wirtschaftshaushalt“ (nach Unterlagen der Landwirtschaftskammer Rheinhessen, Alzey).

Decker errechnete in seiner Untersuchung von 1929-1930, daß im rheinhessischen Weinbau die Kosten der Handarbeit 53 vH der Bewauungskosten ausmachten (Decker, K., Winzer und Rationalisierung, in: Der Deutsche Weinbau, 1954, Heft 16, S. 440).

Siehe auch: Kühborth, Walter, Gegenwartsprobleme des deutschen Rotweinbaus, staatsw. Diss. Mainz 1957, S. 41 f.

⁸⁶ Im Juli 1956 waren im Bundesgebiet 57,9 vH der voll im landwirtschaftlichen Betrieb oder im Haushalt beschäftigten Betriebsinhaber zwischen 45 bis unter 65 Jahren, 18,2 vH sogar 65 Jahre und darüber (Statistische Berichte, Arb.-Nr. III/27/1, a. a. O., S. 26).

ändernden Arbeitsvoraussetzungen der Einführung eines Leistungslohnsystems enge Grenzen. Bei den Spezialarbeitern werden in verstärktem Maße Leistungslöhne angewandt. Im übrigen haben einmalige Zulagen in der Landwirtschaft mehr Eingang gefunden.

6. Verbesserung der Betriebsstruktur

Größe und Form der Felder hemmen den wirtschaftlichen Einsatz der Technik. Außerdem führt die zersplitterte und unregelmäßige Feldform zu unproduktiven Wege-, Rüst- und Wendezeiten. Der Arbeitsmehrbedarf im bäuerlichen Betrieb wird zum großen Teil durch die ungünstigen Auswirkungen der Schlagform und -größe bedingt.⁸⁷ Mit zunehmender Feldgröße nimmt der Arbeitsaufwand je ha unterproportional ab.⁸⁸ Von einer bestimmten Größe an ist die Feldgröße nur noch von geringer Bedeutung. Andererseits besteht eine kritische Größe, von der ab der Arbeitsaufwand je ha rasch ansteigt. Je nach Anbau-richtung, Art der Zugkraft und der Möglichkeit, mehrere Arbeitsgänge zu koppeln, ergeben sich für diese Grenze verschiedene Werte. Betriebe, deren Feldgrößen unter 1 ha liegen, werden solange im Wettbewerb mit strukturell günstigeren Betrieben unterliegen und zur gleichen Leistungserstellung mehr Arbeitsaufwand benötigen, als es nicht gelingt, die einzelnen Teilstücke zu vergrößern. Außerdem erlaubt eine günstige Struktur einen rentablen Maschineneinsatz und erweitert damit den Vorsprung strukturell begünstigter Betriebe.

Die in Rheinhessen verbreitete Erbsitte der Realteilung hatte eine weitgehende, die Nebenzeiten verlängernde Flurzersplitterung zur Folge. Nach der LBZ 1949 bearbeiteten 54,6 vH der Betriebe mit LN in Rheinhessen bis 10, 37,9 vH zwischen 11 und 30 und 7,5 vH der Betriebe 31 und mehr räumlich voneinander getrennt liegende Teilstücke. Eine Mindestfeldgröße von 1 ha ergab sich daher theoretisch nur bei etwa 4 vH der Betriebe.⁸⁹ Allerdings ist hierbei zu berücksichtigen, daß 12 vH der LN in Rheinhessen auf Rebland entfallen, das infolge des höheren Aufwands je Fläche eine stärkere Zersplitterung zuläßt. Die dargestellten Tatsachen deuten darauf hin, daß der Zusammenlegung der Felder in Rheinhessen heute eine besondere Bedeutung zukommt. Die früheren Flurbereinigungen hatten meist eine andere Zielsetzung, so daß die Zusammenlegung nur in bescheidenem Maße durchgeführt wurde.⁹⁰ Nach Unterlagen des Ministeriums für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten in Rheinland-Pfalz war die Flurbereinigung der LN Rheinhessens am 1. 1. 1958 zu 64 vH durchgeführt, davon 28 vH seit 1945. In den einzelnen Flurbereinigungsbezirken ist die Flurbereinigung unterschiedlich vorangeschritten. Während der Kreis Worms fast vollständig bereinigt ist, wurde die Flurbereinigung im Kreis Alzey nur zu 64 vH, im Kreis Bingen zu 53 vH und im Stadt- und Landkreis Mainz sogar nur zu 30 vH durchgeführt.⁹¹ Dem zur Verkürzung des zeitraubenden Flurbereinigungsverfahrens dienenden beschleunigten Umlegungsverfahren, das sich unter Verzicht auf Vermessungsarbeiten und die Anlage neuer Wege auf die Zusammenlegung beschränkt, stehen im Landkreis Mainz die ungünstigen Wasser- und Wegeverhältnisse entgegen.⁹² Während die Flurbereinigung auf die Erbsitten keinen Einfluß hat,⁹³ dient die Höfeordnung

⁸⁷ Blohm, Schriftenreihe des AID, Heft 96, a. a. O., S. 29.

⁸⁸ Siehe hierzu: Wander, a. a. O., S. 17, 21.

Ferner: Dencker, C. H. und Wefelshütten, W., Führt die Technik im Bauernhof zur Kollektivierung? in: Mitteilungen für die Landwirtschaft, 57. Jg. (1942), Heft 16, S. 275 ff.

⁸⁹ Errechnet vom Verfasser nach: Statistik von Rheinland-Pfalz, Band 16, a. a. O., S. 49.

15,2 vH der Betriebe zwischen 5 und 10 ha LN und 7,5 vH der Betriebe zwischen 10 und 20 ha LN hatten eine durchschnittliche Teilstückgröße von 1 ha.

⁹⁰ Schiller, Otto, Mittel und Wege einer beschleunigten Flurbereinigung und Reform einer Flurverfassung, Stuttgart z. Z. Ludwigsburg 1949, S. 8 f.

⁹¹ Nach Unterlagen des Ministeriums für Landwirtschaft, Weinbau und Forsten des Landes Rheinland-Pfalz.

⁹² Beschleunigte Zusammenlegung kaum möglich, gez. DK, in: Mainzer Allgemeine Zeitung vom 27. 11. 1957, S. 7.

⁹³ Vgl. Hennen, Werner, Die betriebswirtschaftlichen Auswirkungen der Flurbereinigung, dargestellt an Flurbereinigungsverfahren im Kreise Schleiden, landw. Diss. Bonn 1952, S. 90.

von Rheinland-Pfalz,⁹⁴ die ein fakultatives Anerbenrecht mit staatlicher Unterstützung vorsieht, als Gegenmaßnahme gegen die Wiederzersplitterung. Am 30. September 1957 waren in Rheinhessen 31 Betriebe in die Höferolle eingetragen, und 47 Anträge waren vom Höfeausschuß genehmigt.⁹⁵ Auch der Zusammenlegung des Reblandes ist in Rheinhessen besondere Beachtung zu schenken. Bis zum 1. 1. 1958 war für etwa 1/4 der Rebfläche Rheinhessens die Flurbereinigung abgeschlossen.⁹⁶ Auf die Bedeutung der Zusammenlegung im Weinbau weist SARTORIUS hin: „Eine Vergrößerung der Parzellen und damit eine Verminderung ihrer Zahl ist zur Notwendigkeit geworden. Sie ist eine der aktuellsten Aufgaben.“⁹⁷

Es ist verständlich, daß die Zusammenlegung im Weinbau auf den Widerstand der Winzer stößt, da bestimmte Qualitäten an verhältnismäßig begrenzte Räume gebunden sind. Daraus ergibt sich die Möglichkeit, die Zusammenlegung im Rahmen dieser Gebiete ungefähr gleicher Qualität durchzuführen. Die Bearbeitung einer Vielzahl kleiner Parzellen läßt sich wirtschaftlich nicht vertreten. SARTORIUS hält selbst unter Berücksichtigung der Qualitätsunterschiede bei einem mittleren Winzer etwa drei Weinberge für den Risikoausgleich ausreichend.⁹⁸ Erst größere zusammenhängende Weinberge helfen die Kosten senken. Daneben muß die Weinbergsgemarkung durch Wege erschlossen werden, um den Schleppereinsatz zur Bodenbearbeitung, zu Transport- und Spritzarbeiten zu ermöglichen. Als Mittel gegen die Realteilung kann sich auch die Mechanisierung auswirken. „Ein Bauer, der sich bei einer bestimmten Betriebsgröße einen Traktor angeschafft hat, wird zögern, den Betrieb wieder zu zerschlagen. Das Eindringen der modernen Technik in Realteilungsgebiete muß auf die Dauer integrierend auf die Betriebsgrößen wirken.“⁹⁹

Die Vorteile der Flurbereinigung, die in einer Ertragssteigerung, einer Verringerung des Arbeitsaufwandes und der Erhöhung der Arbeitsproduktivität liegen können, wurden wiederholt an Beispielen demonstriert.¹⁰⁰ Wie bedeutend allein die Wegeersparnisse durch die Zusammenlegung sind, mögen folgende Beispiele erläutern: Um vom Hof einmal zu jedem Besitzstück zu kommen, benötigte man in einem Betrieb von 14,12 ha LN im Kreise Alzey vor der Flurbereinigung rund 72 km; nach der Zusammenlegung nur noch rund 14 km. In zwei weiteren Betrieben von 10 bzw. 18,5 ha LN ermäßigten sich die Wege von 48 auf 11,6 km bzw. von 66,8 auf 20 km.¹⁰¹

Aufschlußreich sind auch die in Betriebsbeispielen verfolgten Veränderungsmöglichkeiten der Wirtschaftsweise durch Verbesserung der Agrarstruktur, die von PRIEBE und OPPENMANN untersucht wurden. Durch die Flurbereinigung kann die Produktionsleistung (Bodenproduktion je ha in DM) je nach Betriebsgröße und Zugkraftart um 14 bis 29 vH erhöht, der Jahresbedarf an Arbeitsstunden um 4 bis 17 vH gesenkt und die Arbeitsproduktivität (Nettoproduktion in DM je Arbeitskraft) um 29 bis 108 vH gesteigert werden. Falls eine Aussiedlung aus dem Dorfverband durchgeführt wird, eine Maßnahme, der im engen rheinhessischen Haufendorf eine besondere Bedeutung zukommt, ist es nach den Berechnungen von PRIEBE und OPPERMANN sogar möglich, je nach Betriebsgröße und Zug-

⁹⁴ Landesgesetz über die Einführung einer Höfeordnung in Rheinland-Pfalz (Höfeordnung) vom 7. Oktober 1953, Gesetz- und Verordnungsblatt der Landesregierung Rheinland-Pfalz, S. 101 f.

⁹⁵ Landwirtschaftskammer Rheinhessen, Alzey, Jahresbericht 1958, S. 59.

⁹⁶ Siehe Fußnote ⁹⁴.

⁹⁷ Sartorius, Otto, Besitzverhältnisse und Parzellierung im Weinbau, Mainz 1950, S. 69.

⁹⁸ Sartorius, a. a. O., S. 71.

⁹⁹ Niehaus, H., Lage und Aussichten der Kleinbauern in der gegenwärtigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, in: Berichte über Landwirtschaft N.F., 160. Sonderheft: Lebensverhältnisse in kleinbäuerlichen Dörfern, Hamburg und Berlin 1954, S. 55.

¹⁰⁰ Vgl. von der Schulenburg, Leopold, Die Umlegung von Grundstücken und ihre wirtschaftlichen Vorteile, dargestellt an drei Beispielsgemeinden des Obereichsfeldes, in: Kühn-Archiv, Arbeiten aus den landwirtschaftlichen Instituten der Universität Halle, 25. Band, Berlin 1930, S. 341 ff. Ferner: Hennen, a. a. O., S. 81 ff.

Senke, Walter, Untersuchungen über den Einfluß der Gemengelage auf den Arbeitsaufwand, in: Landwirtschaftliche Jahrbücher, 86. Band, Heft 1, Berlin 1938, S. 122 ff.

¹⁰¹ Errechnet vom Verfasser nach Unterlagen des Kulturamtes Bingen.

kräftform die Produktionsleistung um 22 bis 49 vH zu erhöhen und durch die Möglichkeit, den Arbeitsbedarf an Stunden um 16 bis 27 vH zu senken, die Arbeitsproduktivität um 70 bis 129 vH zu steigern.¹⁰²

7. Die Bildungsfrage

Die Vielseitigkeit der landwirtschaftlichen Produktion stellt an das Wissen und Können der landwirtschaftlichen Arbeitskraft hohe Anforderungen. Mit zunehmender Marktverflechtung erlangen auch betriebs- und marktwirtschaftliche Fragen steigende Bedeutung. Gerade heute, wo Mechanisierung und Abwanderung eine gut ausgebildete Arbeitskraft verlangen, gilt das Wort AEREBOEs: „Der Bodenmelioration muß immer erst die Melioration in den Köpfen der Menschen vorausgehen.“¹⁰³

Trotz der wirtschaftlichen Vorteile, die eine Ausbildung bietet,¹⁰⁴ wird die Notwendigkeit einer Berufsausbildung in weiten Kreisen der landwirtschaftlichen Bevölkerung noch nicht genügend erkannt. Von den Landwirtschaftsschulen zum Beispiel wird nur ein Teil der zukünftigen Betriebsleiter und Betriebsleiterinnen erfaßt. Das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten errechnete nach Maßgabe der Schülerzahlen in den Oberklassen der Landwirtschaftsschule, daß im Durchschnitt aller Betriebsgrößen über 5 ha LN im Bundesgebiet nur 53,2 vH der zukünftigen Betriebsleiter und nur 39,4 vH der zukünftigen Betriebsleiterinnen eine Fachschule besucht haben werden. In den kleineren Betrieben ist der geschulte Nachwuchs geringer als in größeren. Nur 21,7 vH der männlichen und 20,3 vH der weiblichen zukünftigen Betriebsleiter der Betriebsgrößenklasse von 5 bis 10 ha werden eine Fachschulausbildung nachweisen können.¹⁰⁵ Der wirtschaftliche Vorteil aufgrund einer besseren Ausbildung kommt demnach nur einer kleinen Elite zugute. Nicht nur die theoretische Ausbildung, sondern auch im besonderen Maße die praktische Lehre wird von vielen Landwirten noch nicht genügend beachtet. Man begnügt sich in vielen Fällen mit dem Weitervermitteln der Fertigkeiten und Erfahrungen vom Vater auf den Sohn. Damit bleiben aber neue landwirtschaftliche Erkenntnisse diesen Betrieben weitgehend verschlossen. Zu der Aufnahme einer Lehre im fremden Betrieb, wie sie im Handwerk als Selbstverständlichkeit gilt, sind nur wenige Jugendliche zu bewegen. Zu dieser für die landwirtschaftliche Fortentwicklung so betrüblichen Tatsache stellt die Landwirtschaftskammer Rhein Hessens in ihrem Jahresbericht 1957 fest: „Die Erkenntnis, daß neben dem Besuch der Berufs- und Fachschule auch eine gediegene praktische Berufsausbildung notwendig ist, dürfte unter der bauerlichen Jugend bzw. deren Eltern mehr Platz greifen.“¹⁰⁶ Finanzielle Unterstützungen vermögen diesem Mangel allein nicht abzuwehren. Als Hinde-

¹⁰² Priebe, Hermann und Oppermann, Erich, Wirtschaftliche Auswirkungen von Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur im Rahmen der Flurbereinigung. Schriftenreihe für Flurbereinigung, Heft 15, hrsg. vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Stuttgart 1957, S. 53, 65, 92. Die obengenannten Angaben bezüglich der Auswirkung der Flurbereinigung und Aus-siedlung beziehen sich auf das Kleinbauerndorf im Klimagebiet Oberrhein, Main, Neckar.

¹⁰³ Aereboe, F., Betriebsleitung und Ausbildung des Landwirts und seiner Hilfskräfte, in: Handbuch der Landwirtschaft, Band 1: Wirtschaftslehre des Landbaues, Berlin 1930, S. 595.

¹⁰⁴ Vgl. Lucas, W., Die Ernährung aus eigener Scholle – eine Bildungsfrage, in: Ernährungswirtschaft, 2. Jg. (1928), Heft 8, S. 186 ff. Ferner: Birnbeck, St., Produktionssteigerung – eine Bildungsfrage?, in: Landwirtschaftliches Jahrbuch für Bayern, 31. Jg. (1954), Heft 1/2, S. 3 ff.

Schöttler, Rudolf, Untersuchungen über die Ursachen des unterschiedlichen Handelsdüngerverbrauches in der Landwirtschaft und die Möglichkeit seiner Steigerung. Landwirtschaft – Angewandte Wissen-schaft, Nr. 11, hrsg. vom BELF, Hiltrup bei Münster 1954, S. 78 ff., 148 f.

Kettmann, Hans, Der Bildungsstand der Bauern als Produktionsfaktor, in: Priebe, Hermann, Bäuerliche Familienbetriebe in Nordrhein-Westfalen, hrsg. von der Forschungsgesellschaft für Agrarpolitik und Agrarsoziologie e.V., Bonn 1956, S. 197 ff.

Westermarck, N., The human factor and success in farming, in: Acta Agriculturae Scandinavica, Vol. I., Stockholm 1951, S. 123 ff.

¹⁰⁵ Nach Unterlagen des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Bonn, Akt.-Zeichen II A 2 a – 2095.10 –.

¹⁰⁶ Landwirtschaftskammer Rhein Hessens, Alzey, Jahresbericht 1957, S. 120.

rungsgrund für die Fremdlehre wird von der Mehrzahl der Landjugend die Unabkömmlichkeit im eigenen Betrieb infolge Arbeitskräftemangel angegeben.¹⁰⁷

Für den Landarbeiter fehlen die entsprechenden Schulungsmöglichkeiten. Mit dem Abschluß der landwirtschaftlichen Berufsschule erschöpft sich in den meisten Fällen die schulische Ausbildung. Solange für einen Großteil der Arbeiter noch der Zwang zur Abwanderung besteht, bietet die Lehre nur für wenige Kräfte einen Anreiz. Die praktische Unterrichtung in der Landarbeit durch eine Landarbeiterschule, wie sie von der Wissenschaft immer wieder gefordert wird, böte die Ergänzung zur landwirtschaftlichen Berufsschule, die nach dem Vorschlag LIPPMANNs¹⁰⁸ die theoretische Ausbildung zum qualifizierten Facharbeiter zu übernehmen hätte.

Da eine schulische Ausbildung nur landwirtschaftliche Erkenntnisse des derzeit gültigen Forschungsstandes zu vermitteln vermag, kommt der Beratung der Betriebsleiter aufgrund der neuesten Forschungsergebnisse für die Aufrechterhaltung des Wirtschaftserfolges große Bedeutung zu.

Für die Verbreitung der Kenntnisse ist nicht nur die Schaffung der Ausbildungsmöglichkeiten entscheidend. Dem Wissensdurstigen stehen heute schon mannigfache Möglichkeiten offen. Die Weckung des Interesses, der Aufgeschlossenheit landwirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Fragen gegenüber, eine Aufgabe, der sich auch schon die Volksschule annehmen kann, steht dabei an erster Stelle.

Eine hohe Allgemeinbildung ist die Voraussetzung dafür, daß Arbeitsauffassungen, die sich mit den wirtschaftlichen Erfordernissen nicht vereinbaren lassen, einer vernünftigeren Arbeitseinteilung weichen. Im Hinblick auf eine Arbeitszeitverkürzung spielt die Sozialberatung hierbei eine wichtige Rolle.

Schlußbetrachtung

Erst im ausgehenden 19. Jahrhundert greift die Wissenschaft im Zusammenhang mit der Landarbeiterfrage die Untersuchung der Landarbeitszeit auf. Die Abwanderung vom Lande in die rasch wachsenden Industriestädte und das steigende Interesse für die soziale Frage mögen die Hauptursachen für die intensive Beschäftigung auf sozialpolitischem Gebiet gewesen sein. Diese Anfänge beschränken sich allerdings im großen und ganzen auf die Beschreibung der Landarbeiterverhältnisse.

Die Arbeitszeitverkürzung wird zuerst von den Sozialisten aus gesundheitlichen und kulturellen Motiven gefordert. Aber erst der Erste Weltkrieg und seine innenpolitischen Folgen schaffen die Voraussetzungen für eine gesetzliche Regelung. Seit dieser Zeit ist die Diskussion um die Arbeitszeit in der Landwirtschaft nicht mehr verstummt.

Bei der Untersuchung der derzeitigen Arbeitszeitverhältnisse in der Landwirtschaft mußte festgestellt werden, daß der überwiegende Teil der Frauen und Jugendlichen im bäuerlichen Betrieb Arbeitsleistungen vollbringt, die sowohl aus gesundheitlichen als auch aus kulturellen und wirtschaftlichen Erwägungen heraus einer dringenden Änderung bedürfen. Die Arbeitszeitfrage der Landwirtschaft bleibt also nicht auf die familienfremden Arbeitskräfte beschränkt, sondern hat sich im besonderen Maße der Familienarbeitskräfte zu widmen. Die Ursachen für eine derartige Überforderung leistungsschwacher Personen in der Landwirtschaft liegen in dem mancherorts vorhandenen Arbeitskräftemangel, in der eigenartigen bäuerlichen Arbeitsauffassung und in der geringen Produktivität der Arbeit begründet.

Durch die Abwanderung aus der landwirtschaftlichen Arbeit sind manche Betriebe auf eine verstärkte Heranziehung der Zurückbleibenden angewiesen, um die derzeitige Intensität beibehalten zu können.

Aber auch die vor allem bei älteren bäuerlichen Personen festzustellende Denkweise,

¹⁰⁷ Vgl. Die Lebenslage der westdeutschen Landjugend, hrsg. von Hellmut Wollenweber und Ulrich Planck, 2. Band: Planck, Ulrich, Meinungen und Verhaltensweisen der ländlichen Jugend, München 1956, S. 115.

¹⁰⁸ Lippmann, K., Die zukünftige Stellung der Landwirtschaftsschulen, in: Berichte über Landwirtschaft N.F., Band XXXII (1954), Heft 1, S. 66.

wonach nicht der Arbeitserfolg sondern in erster Linie die Arbeitsleistung zählt, steht der Arbeitszeitänderung entgegen.

Insbesondere die geringe Arbeitsproduktivität in den kleinbäuerlichen Betrieben zwingt die landwirtschaftlichen Arbeitskräfte zur Erreichung eines angemessenen Lebensstandards zu überlangen Arbeitszeiten. Ungünstige Betriebsstrukturen, mangelnde Technisierung und die Beibehaltung veralteter Arbeitsverfahren haben einen geringen Wirtschaftsertrag zur Folge, der nicht zur Modernisierung des Betriebes ausreicht. Das Überwiegen der Handarbeit und die daraus resultierenden überlangen Arbeitsstunden bleiben daher weiterhin bestehen.

Bedingt durch die geringe Pro-Kopf-Wertschöpfung der Landwirtschaft ist die Möglichkeit einer Arbeitszeitverkürzung von der Steigerung der Arbeitsproduktivität abhängig. Bei der Beurteilung der Steigerungsmöglichkeiten der Arbeitsproduktivität wurde der Gegensatz von industrieller und landwirtschaftlicher Mechanisierung herausgestellt und davor gewarnt, die Technisierung der Landwirtschaft hinsichtlich der Möglichkeit der Arbeitskraft-freisetzung zu überschätzen. Wohl vermag die Mechanisierung zur Arbeits erleichterung beizutragen. Ein großer Teil der Arbeiten im landwirtschaftlichen Betrieb läßt sich jedoch nicht mechanisieren. Die überwiegende Mehrzahl der Maschinen kann nur vorübergehend eingesetzt werden, und daher ist die Arbeitszeitersparnis nur zeitweilig möglich. Zudem bedingt die mit der Mechanisierung oft verbundene Gesamtkosten-erhöhung eine Intensivierung oder Betriebsvergrößerung und somit den erneuten Einsatz ersparter Arbeitskraft. Die Vielseitigkeit des landwirtschaftlichen Betriebs erlaubt es dem Landwirt nicht, sich für alle Produktionszweige die notwendigen maschinellen Einrichtungen zu beschaffen. Die beschränkte Aufnahmefähigkeit des Marktes steht einer beliebigen Produktionsaus- weitung entgegen.

Trotz diesen Schwierigkeiten wird der Landwirt nicht nur im Interesse der familienfremden Arbeitskräfte, sondern auch zur Aufrechterhaltung des Betriebes nach Möglichkeiten suchen müssen, die Arbeitsbedingungen und nicht zuletzt die Arbeitszeit den industriellen Ver- hältnissen anzugleichen. Denn auf einen Stamm an familienfremden Arbeitskräften wird auch in Zukunft die Landwirtschaft nicht verzichten können. Nicht überall ist der Übergang zum landwirtschaftlichen Nebenerwerbs-, zum Ein-Mann-¹ oder zum reinen Familienbetrieb möglich. Der Entwicklung zu diesen Betriebstypen kommt jedoch heute eine große Be- deutung zu.

Die Aufmerksamkeit des Landwirtes hat sich mehr als seither auf die Verbesserung der Arbeitsverfahren zu richten. Auch die landwirtschaftlichen Strukturverhältnisse bedürfen im Untersuchungsgebiet noch einer durchgreifenden Änderung, zu der allerdings die Mit- tel der Landwirtschaft selbst kaum ausreichen werden. Der Zusammenlegung der Felder, dem Ausbau und der Verbesserung des Wegenetzes und der Aussiedlung muß erhöhte Bedeutung beigemessen werden. Schließlich müssen noch die Bildungsmöglichkeiten ge- nannt werden, von denen bei weitem nicht im notwendigen Maß Gebrauch gemacht wird. Die geringe Pro-Kopf-Wertschöpfung der Landwirtschaft im Vergleich zu nichtlandwirt- schaftlichen Berufen erlaubt allerdings nicht, daß die Steigerung der Arbeitsproduktivität ausschließlich der Arbeitszeitverkürzung zugute kommen kann. Nur ein Teil dieser Produk- tivitätserhöhung wird der Landwirt zur Arbeitszeitverkürzung verwenden. Die Aufteilung auf Einkommen und Freizeit bleibt dem einzelnen überlassen. Der Landwirt wird bei der Verwendung der erhöhten Arbeitsproduktivität aus gesundheitlichen, sozialen und wirt- schaftlichen Gesichtspunkten die Interessen der familieneigenen und der familienfremden Arbeitskräfte zu berücksichtigen haben.

¹ Siehe hierzu: Fulda, Eckart, Der Ein-Mann-Betrieb. Eine arbeits- und betriebswirtschaftliche Studie zur Gestaltung kleinbäuerlicher Wirtschaften, landw. Diss. Hohenheim 1956, S. 133 ff.

TABELLENVERZEICHNIS

Tabelle	Seite
1 Arbeitszeit der deutschen Landwirtschaft in den Jahren 1913, 1920 und 1925 ..	11
2 Intensitäts- und Arbeitszeitentwicklung in vier landwirtschaftlichen Großbetrieben	13
3 Die landwirtschaftlichen Arbeitslosen nach Ländern in den Jahren 1953 und 1956 in 1000	17
4 Die Betriebs- und Arbeitskräftestruktur in Rheinhessen nach der LBZ 1949 ..	20
5 Aufteilung der ständigen familienfremden Arbeitskräfte in Rheinhessen nach der LBZ 1949	21
6 Erfaßte Arbeitskräfte nach Geschlecht, Jahresarbeitszeit- und Arbeitergruppen	28
7 Erfaßte Arbeitskräfte im Stundenlohn nach ausgewählten Arbeitergruppen, Geschlecht und Jahresarbeitszeitklassen, Februar 1953 bis Januar 1954	30
8 Erfaßte Arbeitskräfte im Stundenlohn nach ausgewählten Arbeitergruppen, Geschlecht und Jahresarbeitszeitklassen, Februar 1953 bis Januar 1954	31
9 Die Entwicklung der durchschnittlich bezahlten Arbeitsstunden in der Landwirtschaft	33
10 Die Zusammensetzung der Erwerbspersonen in Rheinhessen nach der Stellung im Beruf und dem Geschlecht in der Wirtschaftsabteilung 0 und den übrigen Wirtschaftsabteilungen nach der Berufszählung 1950	36
11 Die ständigen weiblichen familieneigenen und familienfremden Arbeitskräfte in den einzelnen Betriebsgrößenklassen in Rheinhessen nach der LBZ 1949 ..	37
12 Der Anteil der Betriebsarbeit am Gesamtarbeitsaufwand der ständigen weiblichen Arbeitskräfte und die Jahresarbeitszeit der ständigen männlichen und weiblichen Arbeitskräfte von 16 bis unter 65 Jahren für Betrieb und Haushalt in 266 bäuerlichen Familienbetrieben des Bundesgebietes (Durchschnittswerte) ..	38
13 Die Beschäftigung der Familienangehörigen (Kinder unter 14 Jahren) in den verschiedenen Betriebsgrößenklassen in Rheinhessen nach der LBZ 1949 ..	42
14 Die Erwerbspersonen unter 25 Jahren in Rheinland-Pfalz und ihre Stellung im Beruf nach der Berufszählung 1950	45
15 Regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit der Jugendlichen nach der hessischen Berufsschülerbefragung 1952	46
16 Urlaubsgewährung der Jugendlichen in verschiedenen Erwerbszweigen nach der hessischen Befragung 1952	47
17 Die Verteilung von 165 Gemeinden nach dem Anteil der Berufszugehörigen der Wirtschaftsabteilung Land- und Forstwirtschaft in den Jahren 1861 und 1950 ..	52
18 Vergleich der durchschnittlich bezahlten Jahresarbeitsstunden männlicher Industriearbeiter und männlicher landwirtschaftlicher Arbeitskräfte im Jahre 1953 ..	53
19 Die Beschäftigten nach ihrer tariflich festgesetzten Arbeitszeit in den Monaten März und September 1957, Juni und Oktober 1958	54
20 Durchschnittliche Arbeits- und Pendelzeiten der Arbeitnehmer in 359 Gemeinden des Bundesgebietes vom 1. 4. 1956 bis zum 31. 3. 1957	56
21 Durchschnittliche Brutto-Monatsverdienste von gewerblichen und landwirtschaftlichen Arbeitnehmern in 360 ländlichen Gemeinden in der Zeit vom 1. 4. 1956 bis 31. 3. 1957	59
22 Gegenüberstellung der Stundenlöhne industrieller und landwirtschaftlicher Arbeitnehmer	60
23 Die Verminderung des Reinertrages bei 17prozentiger Steigerung des Wirtschaftsausgabepostens: „Barlöhne, Sozialversicherung und Wirtschaftshaushalt“ unter Zugrundelegung der Buchführungsergebnisse landwirtschaftlicher Betriebe in Rheinhessen (Wirtschaftsjahr 1954/55)	61

24	Die Inhaber land- und forstwirtschaftlicher Betriebe und ihre im Betriebshaushalt lebenden Familienangehörigen und Verwandten in Rheinland-Pfalz 1939, 1949, 1953 und 1954	62
25	Die ständig in den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Betriebsinhaber und ihre Familienangehörigen und Verwandten in ihrer Entwicklung 1954 gegenüber 1953 in vH	63
26	Die familieneigenen Arbeitskräfte in Rheinland-Pfalz in ihrer Entwicklung 1956 gegenüber 1954 in vH	64
27	Beschäftigte in der Landwirtschaft und Tierzucht im Arbeitsamtsbezirk Mainz in der Zeit von 1938 bis 1958	64
28	Männliche Beschäftigte mit Wohnsitz im Landkreis Alzey in Landwirtschaft und Tierzucht und anderen Erwerbszweigen im September 1952 und September 1958	65
29	Die Abnahme der Gesindekräfte und Lehrlinge bzw. der familienfremden Arbeitskräfte in Kost und Wohnung in den verschiedenen Betriebsgrößenklassen im Bundesgebiet (ohne Hamburg und Bremen) von 1949 bis 1956	66
30	Die Verteilung der Knechte und Mägde auf die verschiedenen Betriebsgrößenklassen in Rheinhessen nach der landwirtschaftlichen Betriebszählung 1949	67
31	Die ständigen Arbeitskräfte je 100 ha LN in den verschiedenen Betriebsgrößenklassen unter Berücksichtigung einer Arbeitskraft je Betrieb für den Haushalt in Rheinhessen nach der LBZ 1949	68
32	Die Arbeitskräftebesetzung in den Regierungsbezirken Rheinhessen und Trier nach der LBZ 1949	69
33	Der Schlepperbestand in den verschiedenen Betriebsgrößen in Rheinhessen 1950 und 1954	83
34	Zugkrafteinheiten in Rheinhessen 1950 und 1954	83
35	Arbeitseinkommen in DM je Arbeitskraft in verschiedenen Bodennutzungssystemen Süddeutschlands	88
36	Arbeitseinkommen in DM je Arbeitskraft in verschiedenen Bodennutzungssystemen Rheinhessens	89

LITERATURVERZEICHNIS

1. Monographien und Lehrbücher

- | | |
|---|---|
| Abel, Wilhelm | Agrarpolitik, 2. neubearb. Auflage, Grundriß der Sozialwissenschaft, Band 11, Göttingen 1958. |
| Aereboe, Friedrich | Die ländliche Arbeiterfrage nach dem Kriege (Vortrag, gehalten am 18. 2. 1918), 2. Auflage, Betriebswirtschaftliche Vorträge aus dem Gebiet der Landwirtschaft, Heft 2, Berlin 1922. |
| Ausschuß zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft (Enquête-Ausschuß) | Untersuchungen über Landarbeitsverhältnisse, Verhandlungen und Berichte des Unterausschusses für Landwirtschaft (II. Unterausschuß), Band 7, Berlin 1929. |
| Ausschuß zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft | Verhandlungen und Berichte des Unterausschusses für Arbeitsleistung (IV. Unterausschuß), Band 8: Die Arbeitsleistung in landwirtschaftlichen Betrieben und ihre Abhängigkeit von Arbeitszeit, Arbeitslohn und anderen Faktoren, dargestellt auf Grund der dem Arbeitsleistungsausschuß vorliegenden Materialien und Verhandlungsergebnissen, Berlin 1930. |
| Bednarik, Karl | Der junge Arbeiter von heute – ein neuer Typ, Stuttgart 1953. |
| Bernier, Wilhelm | Die Lebenshaltung, Lohn- und Arbeitsverhältnisse von 145 deutschen Landarbeiterfamilien, Schriften des Deutschen Landarbeiterverbandes, Nr. 32, Berlin 1931. |
| Blohm, Georg | Wie kann der Kleinbauernbetrieb ertragreicher gestaltet werden? Schriftenreihe des Land- und Hauswirtschaftlichen Auswertungs- und Informationsdienstes (AID), Heft 96, Frankfurt am Main 1955. |
| Blohm, Georg, Riebe, Klaus und Vogel, Gisbert | Arbeitsleistung und Arbeitskalkulation in der Landwirtschaft, 2. neubearb. Auflage, Stuttgart 1956. |
| Blohm, Georg und Vogel, Gisbert | Kostensenkung, Betriebs- und Arbeitswirtschaft in der Praxis, Heft 2, Hamburg und Berlin 1955. |
| Bosch, Werner | Rheinland-Pfalz, Eine Analyse seiner wirtschaftlichen Struktur, Band I (Textteil), Untersuchung des Forschungsinstituts für Wirtschaftspolitik an der Universität Mainz, 1957. |
| Bosch, Werner | Rheinland-Pfalz, Eine Analyse seiner wirtschaftlichen Struktur, Band II (Statistische Übersichten), Untersuchung des Forschungsinstituts für Wirtschaftspolitik an der Universität Mainz, 1957. |
| Buchenberger, Adolf | Agrarwesen und Agrarpolitik, 1. Band, Leipzig 1892. |
| Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Bonn | Der Grüne Plan 1957, 2. Grüner Bericht der Bundesregierung, Bonn-München-Wien 1957. |
| Cattepoel, Dirk | Sozialreise durch Deutschland, Düsseldorf 1954. |
| David, Eduard | Sozialismus und Landwirtschaft, 2. Auflage, Leipzig 1922. |

- Deutscher Gewerkschaftsbund Stellungnahme des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum Entwurf der Bundesregierung für ein Gesetz zum Schutze der arbeitenden Jugend (Jugendarbeitsschutzgesetz) (Bundestagsdrucksache Nr. 3286) und Sozialwissenschaftliche Untersuchung über die Kernfragen des Jugendarbeitsschutzes, o. O., o. J.
- von Dietze, C., Rolfes, M. und Weippert, G. Lebensverhältnisse in kleinbäuerlichen Dörfern. Ergebnisse einer Untersuchung in der Bundesrepublik 1952, Berichte über Landwirtschaft N.F., 158. Sonderheft, Hamburg und Berlin 1953.
- Dupuis, H., Preuschen, R. und Schulte, B. Zweckmäßige Gestaltung des Schlepperführerstandes, Schriftenreihe Landarbeit und Technik, Heft 20, 1955.
- Ernert, Wulf-Dieter Die Arbeitszeit und der Arbeitslohn des deutschen Landarbeiters, rechts- und staatsw. Diss. Göttingen 1953.
- Forschungsgesellschaft für Agrarpolitik und Agrarsoziologie e. V., Bonn Materialien zur Feststellung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Landwirtschaft in verschiedenen Gebieten der Bundesrepublik. Aus der Gesamtuntersuchung „Soziale Sicherung auf dem Lande“, Bonn 1956.
- Fourastié, Jean Die große Hoffnung des zwanzigsten Jahrhunderts, Köln-Deutz 1954.
- Frech, Franz Waldemar Die Struktur der rheinhessischen Landwirtschaft, Darmstadt und Leipzig 1941.
- Fulda, Eckart Der Ein-Mann-Betrieb. Eine arbeits- und betriebswirtschaftliche Studie zur Gestaltung kleinbäuerlicher Wirtschaften, landw. Diss. Hohenheim 1956.
- Gerhard, Stephan Die geltenden Preußischen Gesindeordnungen, Band I, 2. Auflage, Guttentagsche Sammlung Nr. 31a: Preußische Gesetze, Berlin 1914.
- Gerhard, Stephan Die geltenden Preußischen Gesindeordnungen, Band II, Guttentagsche Sammlung Nr. 31b: Preußische Gesetze, Berlin 1902.
- von der Goltz, Theodor Die ländliche Arbeiterfrage und der preußische Staat, Jena 1893.
- von der Goltz, Theodor Die Lage der ländlichen Arbeiter im Deutschen Reich. Bericht an die vom Congress Deutscher Landwirthe niedergesetzte Commission zur Ermittlung der Lage der ländlichen Arbeiter im Deutschen Reich, Berlin 1875.
- Grüneisen, Karl-Guenther Landbevölkerung im Kraftfeld der Stadt. Gemeindestudie des Institutes für Sozialwissenschaftliche Forschung Darmstadt, Monographie II, Darmstadt 1952.
- Hage, Karl und Noß, Elisabeth Umfang und Bedeutung der Frauenarbeit in bäuerlichen Familienbetrieben. Untersuchungen an Hand von Arbeitstagebuchaufzeichnungen in 41 bäuerlichen Familienbetrieben Hessens, Schriftenreihe B der Bundesforschungsanstalt für Hauswirtschaft, Hamburg 1953.
- Heck, Andreas Die Regelung der Arbeitszeit in der Landwirtschaft, rechts- und wirtschaftsw. Diss. Tübingen, Sigmaringen 1929.

- Helmerking, Wilhelm Untersuchungen über die vergleichsweise Höhe der Landarbeiterlöhne in Deutschland vor und nach dem Kriege, Schriften des Deutschen Landarbeiterverbandes, Nr. 30, Berlin 1931.
- Hennen, Werner Die betriebswirtschaftlichen Auswirkungen der Flurbereinigung, dargestellt an Flurbereinigungsverfahren im Kreise Schleiden, landw. Diss. Bonn 1952.
- Kähler, W. Gesindewesen und Gesinderecht in Deutschland, Jena 1896.
- Kautsky, Karl Die Agrarfrage, Stuttgart 1899.
- Kühborth, Walter Gegenwartsprobleme des deutschen Rotweinbaus, staatl. Diss. Mainz 1957.
- Landesjugendausschuß
Hessen, Wiesbaden Jugendarbeitsschutz in Hessen, Ergebnisse einer Erhebung, 1953.
- Lehmann, Gunther Praktische Arbeitsphysiologie, Stuttgart 1953.
- Molitor, Erich Vorläufige Landarbeitsordnung, Kommentar, 2. neubearb. Auflage, München und Berlin 1952.
- Müller, Fr. Die geschichtliche Entwicklung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens in Deutschland von 1848/49 bis zur Gegenwart, Leipzig 1901.
- Münzinger, Adolf Der Arbeitsertrag in der bäuerlichen Familienwirtschaft, Band 2, Berlin 1929.
- Münzinger, Adolf Die Erzeugungskosten der württembergischen Landwirtschaft. Eine betriebswirtschaftliche Untersuchung zur Frage der zukünftigen Preise landwirtschaftlicher Produkte, Stuttgart 1948.
- Niehaus, H. Der Bauer in der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Versuch einer agrarpolitischen Orientierung, Agrarwissenschaft und Agrarpolitik, Heft 12, Köln und Opladen 1948.
- Olfenius, Eberhard Über den Einfluß der verkürzten Arbeitszeit und Arbeitsrationalisierung in der Landwirtschaft, Diss. Rostock 1922.
- Otremba, Erich Allgemeine Agrar- und Industriegeographie. Erde und Weltwirtschaft. Ein Handbuch der allgemeinen Wirtschaftsgeographie, Band 3, Stuttgart 1953.
- Priebe, Hermann Bäuerliche Familienbetriebe in Nordrhein-Westfalen, hrsg. von der Forschungsgesellschaft für Agrarpolitik und Agrarsoziologie e. V., Bonn 1956.
- Priebe, Hermann Landarbeit heute und morgen, Hamburg und Berlin 1953.
- Priebe, Hermann Wer wird die Scheunen füllen? Sozialprobleme der deutschen Landwirtschaft, Düsseldorf 1954.
- Priebe, Hermann und
Oppermann, Erich Wirtschaftliche Auswirkungen von Maßnahmen zur Verbesserung der Agrarstruktur im Rahmen der Flurbereinigung, Schriftenreihe für Flurbereinigung, Heft 15, hrsg. vom Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Stuttgart 1957.

- Reis, Norbert Johannes Probleme der Agrarstruktur und des ländlichen Arbeitseinsatzes in Rheinland-Pfalz, staatsw. Diss. Mainz 1956.
- Ries, Ludwig Wilhelm Die Arbeit in der Landwirtschaft, 2. Auflage, Stuttgart z. Z. Ludwigsburg 1950.
- Ries, Ludwig Wilhelm Mehr Leistung und weniger Mühe in der Landarbeit, Stuttgart z. Z. Ludwigsburg 1952.
- Ries, Ludwig Wilhelm und Preuschen, Gerhard Die Arbeit in der Landwirtschaft. Grundlagen und Grundzüge der Arbeitstechnik und Arbeitswirtschaft des landwirtschaftlichen Betriebes, 3. neubearb. Auflage, Stuttgart 1956.
- Rinderspacher, Friedrich Die besondere Bedeutung der Arbeitszeitfrage für das Landarbeiterproblem, wirtschaftsw. Diss. Heidelberg, Borna-Leipzig 1935.
- Samuelson, Paul, A. Volkswirtschaftslehre. Eine einführende Analyse, Köln 1952.
- Sartorius, Otto Besitzverhältnisse und Parzellierung im Weinbau, Mainz 1950.
- Schiller, Otto Mittel und Wege einer beschleunigten Flurbereinigung und Reform einer Flurverfassung, Stuttgart z. Z. Ludwigsburg 1949.
- Schmied, Rudolf Die agrarpolitischen Ziele der landwirtschaftlichen Arbeitnehmerkoalition in Westdeutschland, landw. Diss. München 1951, Göttingen 1952.
- Schmidt, Georg Lohnformen und Arbeitsverhältnisse in der Landwirtschaft. Ein Beitrag zur Beurteilung der Lage der deutschen Landarbeiterschaft, Berlin 1913.
- Schmitt, Julius Tarifverträge in der Landwirtschaft, Schriften des Deutschen Landarbeiterverbandes, Nr. 13, Berlin 1922.
- Schöttler, Rudolf Untersuchungen über die Ursachen des unterschiedlichen Handelsdüngerverbrauches in der Landwirtschaft und die Möglichkeit seiner Steigerung, Landwirtschaft – Angewandte Wissenschaft, Nr. 11, Hiltrup bei Münster 1954.
- Seiler, Karl und Hildebrandt, Walter Die Landflucht in Franken, Berichte zur Raumforschung und Raumordnung, Band 3, Leipzig 1940.
- von Stackelberg, Heinrich Grundlage der theoretischen Volkswirtschaftslehre, 2. Auflage, Bern und Tübingen 1951.
- Stieger, Georg Der Mensch in der Landwirtschaft, Berlin 1922.
- Suchsland, K. Vorschläge zur gesetzlichen Neuregelung der ländlichen Arbeitsverhältnisse des Deutschen Reiches. Gesetzentwurf mit ausführlicher Begründung und einer Übersicht des bestehenden Rechtszustandes des Deutschen Reiches, Berlin 1894.
- Tänzler, Fritz Internationale Sozialpolitik, Schriften der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände e. V., Heft 14, Berlin 1926.

Thomas, Adolf	Beiträge zur Geschichte der Bauernbefreiung und der Entlastung des ländlichen Grundbesitzes im Großherzogtum Hessen, Mainz 1910.
Tschajanow, Alexander	Die Lehre von der bäuerlichen Wirtschaft. Versuch einer Theorie der Familienwirtschaft im Landbau. Aus dem Russischen übersetzt von Friedrich Schlömer, Berlin 1923.
Verein für Sozialpolitik	Die Verhältnisse der Landarbeiter in Deutschland, 1. bis 3. Band, Schriften des Vereins für Sozialpolitik, LIII, LIV, LV, Leipzig 1892.
Wander, Johann-Friedrich	Der Leerlauf in der bäuerlichen Arbeit, Diss. Göttingen 1952.
Weber, Hilde	Die Landwirtschaft in der volkswirtschaftlichen Entwicklung. Eine Betrachtung über Beschäftigung und Einkommen, Berichte über Landwirtschaft N.F., 161. Sonderheft, Hamburg und Berlin 1955.
Wirtschaftswissenschaftliches Institut der Gewerkschaften	Probleme westdeutscher Agrarpolitik, Köln 1953.
Wollenweber, Hellmut und Planck, Ulrich	Die Lebenslage der westdeutschen Land-Jugend, 1. Band: Planck, Ulrich, Grunddaten zur Struktur, sozialen Lage und Berufssituation der ländlichen Jugend, 2. Band: Planck, Ulrich, Meinungen und Verhaltensweisen der ländlichen Jugend, München 1956.
Wurzbacher, Gerhard	Leitbilder gegenwärtigen deutschen Familienlebens, Dortmund 1951.
Wurzbacher, Gerhard, Pflaum, Renate u. a.	Das Dorf im Spannungsfeld industrieller Entwicklung. Schriftenreihe des UNESCO-Institutes für Sozialwissenschaften Köln, Band 1, Stuttgart 1954.
Wygodcinski, W.	Die Landarbeiterfrage in Deutschland, Tübingen 1917.
Zangerle, Karl	Kostenstruktur, betriebswirtschaftliche Tendenzen und Gegenwartsfragen im pfälzischen Weinbau, staatsw. Diss. Mainz, bisher noch nicht veröffentlicht.
von Zwiedineck-Südenhorst, Otto	Sozialpolitik, Leipzig und Berlin 1911.

2. Artikel und Aufsätze in Nachschlagewerken, Zeitschriften, Schriftenreihen und Zeitungen

Abel, Wilhelm	Die agrarpolitischen Grundlagen der Landwirtschaft, in: Handbuch der Landwirtschaft, 2. Auflage, 5. Band: Wirtschaftslehre des Landbaues, hrsg. von Prof. Dr. E. Woermann, Berlin und Hamburg 1954, S. 1 ff.
Abel, Wilhelm	Landarbeitsverfassung, in: Schriftenreihe für ländliche Sozialfragen, Heft 10: Landarbeiter in Westeuropa, Hannover 1954, S. 5 ff.

- Aereboe, Friedrich Betriebsleitung und Ausbildung des Landwirts und seiner Hilfskräfte, in: Handbuch der Landwirtschaft, 1. Band: Wirtschaftslehre des Landbaues, Berlin 1930, S. 592 ff.
- Arbeitskreis „Landarbeitsverfassung“ der Agrar-sozialen Gesellschaft Leitsätze zur Landarbeitspolitik, in: Schriftenreihe für ländliche Sozialfragen, Heft 3: Die Arbeitskräfte der westdeutschen Landwirtschaft, Hannover 1951, S. 54 ff.
- Beckmann, Fritz Der Bauer im Zeitalter des Kapitalismus, in: Schmollers Jahrbuch, 50 Jg. (1926), S. 719 ff.
- Beckmann, Fritz Kreditpolitik und Kreditlage der deutschen Landwirtschaft seit der Währungsstabilisierung, in: Berichte über Landwirtschaft N.F., Band IV (1926), S. 211 ff.
- Bergmann, H. Der Einfluß der Mechanisierung auf Produktivität, Einkommen und Kosten landwirtschaftlicher Betriebe, in: Berichte über Landwirtschaft N.F., Band XXXVI (1958), Heft 3, S. 501 ff.
- Biesalski, E. Der Umfang der Handarbeit im bäuerlichen Betrieb, in: Berichte über Landwirtschaft N.F., Band XXXV (1957), Heft 4, S. 861 ff.
- Birnbeck, St. Produktionssteigerung – eine Bildungsfrage? in: Landwirtschaftliches Jahrbuch für Bayern, 31. Jg. (1954), Heft 1/2, S. 3 ff.
- Blohm, Georg Die Betriebsplanung, in Handbuch der Landwirtschaft, 2. Auflage, 5. Band, Wirtschaftslehre des Landbaues, hrsg. von Prof. Dr. E. Woermann, Berlin und Hamburg 1954, S. 491 ff.
- Blohm, Georg Grenzen der Technik in wirtschaftlicher, finanzieller und sozialer Beziehung, in: Archiv der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft, Band 12, Frankfurt a. M. 1953, S. 41 ff.
- Broicher, K. Arbeitswirtschaftliche Probleme im Weinbau (I. Teil), in: Weinberg und Keller, 3. Band (1956), Heft 1, S. 1 ff.
- Dahm, K. Sozialverhältnisse der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte in Schweden, in: Berichte über Landwirtschaft N.F., Band XXX (1952), Heft 2, S. 277 ff.
- Decker, K. Winzer und Rationalisierung, in: Der Deutsche Weinbau, 9. Jg. (1954), Heft 16, S. 440 ff.
- Dencker, C. H. und Wefelshütten, W. Führt die Technik im Bauernhof zur Kollektivierung? in: Mitteilungen für die Landwirtschaft, 57. Jg. (1942), S. 275 ff.
- Deneke, Diether Die soziale Situation der Jugend auf dem Lande, in: Schriftenreihe für ländliche Sozialfragen, Heft 12: Jugendarbeit auf dem Lande, Hannover 1955, S. 5 ff.
- Egger, Martin Dörfliche Industriearbeiter und ihr Einfluß auf die Sozialstruktur des Dorfes, in: Mensch und Arbeit, 10. Jg., München 1958, Heft 2, S. 52 ff.
- Frenzel-Meyer zur Capellen, Renate Kinderarbeit auf dem Lande. Bericht über eine erste Untersuchung, in: Schriftenreihe für ländliche Sozialfragen, Heft 20: Kinderarbeit auf dem Lande, Hannover 1957, S. 18 ff.

- von Gadolin, Axel Arbeitszeitverkürzung und 40-Stunden-Woche in Finnland, in: Haller, H., Kroebe, G. und Seischab, H., Die 40-Stunden-Woche. Lebendige Wirtschaft, Veröffentlichungen der Deutschen Volkswirtschaftlichen Gesellschaft e. V., Band 16, Darmstadt 1955, S. 243 ff.
- Gmelin, W. Der Einfluß der Landfrau auf die bäuerliche Veredlungswirtschaft und seine Berücksichtigung bei der Beratung im bäuerlichen Betrieb, in: Berichte über Landwirtschaft N.F., Band XXX (1952), Heft 2, S. 191 ff.
- von der Goltz, Theodor Die Lage der ländlichen Arbeiterverhältnisse, in: Berichte über die Verhandlungen der 22. Versammlung des Deutschen Landwirtschafts-Rats vom 5. bis 8. 3. 1894, Charlottenburg, S. 234 ff.
- Heuser, O. E. Vollerwerbs- und Nebenerwerbsbetriebe in der Landwirtschaft, in: Agrarwirtschaft, 6. Jg. (1957), S. 97 ff.
- Hill, D. Die Landarbeiterverhältnisse in Dänemark, in: Agrarwirtschaft, 4. Jg. (1955), S. 83 ff.
- Hoechstetter, H. Vorläufige Ergebnisse aus den KTL-Vergleichsbetrieben, in: Berichte über Landtechnik, hrsg. vom Kuratorium für Technik in der Landwirtschaft, Heft 38: Die Motorisierung im bäuerlichen Familienbetrieb, München/Wolfratshausen 1954, S. 10 ff.
- Holmström, Sven Entwicklungslinien der schwedischen Landwirtschaft, in: Berichte über Landwirtschaft N.F., Band XXX (1952), Heft 4, S. 473 ff.
- Howald, Oskar Die sozialen Probleme der bäuerlichen Wirtschaft und ihre Bedeutung für die westliche Zivilisation, in: Agrarwissenschaft und Agrarpolitik, Heft 16: Probleme ländlicher Sozialwissenschaften, Köln und Opladen 1951, S. 53 ff.
- Iffland, Th. Die Arbeit der Bäuerin und die Frauenarbeit in bäuerlichen Familienbetrieben Niedersachsen, in: Berichte über Landwirtschaft N.F., Band XXXIV (1956), Heft 4, S. 630 ff.
- Ipsen, Gunther Die Landfamilie in Wirtschaft und Gesellschaft, in: Schriftenreihe für ländliche Sozialfragen, Heft 9: Die Landfamilie, Hannover 1953, S. 14 ff.
- Kettmann, Hans Der Bildungsstand der Bauern als Produktionsfaktor, in: Priebe, Hermann, Bäuerliche Familienbetriebe in Nordrhein-Westfalen, hrsg. von der Forschungsgesellschaft für Agrarpolitik und Agrarsoziologie e. V., Bonn 1956, S. 197 ff.
- Klauder, Gottlieb Landarbeiterverhältnisse in westeuropäischen Ländern, in: Berichte über Landwirtschaft N.F., Band XXX (1952), Heft 4, S. 484 ff.
- Klauder, Gottlieb Über die Unterbewertung der Landarbeit und ihre Beseitigung durch Preisveränderungen, in: Weltwirtschaftliches Archiv, Band 61 (1948), S. 75 ff.
- Kötter, H. und Dahm, K. Einkommensverhältnisse von gewerblichen Arbeitnehmern in ländlichen Gebieten, in: Agrarwirtschaft, 6. Jg. (1957), Heft 1, S. 7 ff.

- Kötter, H., Dahm K. und van Deenen, B. Die wirtschaftliche und soziale Lage von Arbeitnehmern in agrar-industriellen Mischgemeinden der Bundesrepublik 1957, in: Berichte über Landwirtschaft N.F., Band XXXVI (1958), Heft 1, S. 1 ff.
- Kötter, H. und Müller, G. Wirtschaftliche und soziale Bestimmungsgründe der Lage der westdeutschen Landwirtschaft, in: Berichte über Landwirtschaft N.F., Band XXXIV (1956), Heft 3, S. 393 ff.
- Kreher, Gerhard Auswertungsergebnisse der 1949er und 1950er Tagebücher aus Betrieben unter 50 ha LN, in: Die Landarbeit, 3 Jg. (1952), Folge 1 und 2.
- Krohn, Hans-Broder Die Produktivität in der Landwirtschaft im europäischen Vergleich. Methodik eines internationalen Produktivitätsvergleichs, in: Berichte über Landwirtschaft N.F., Band XXXII (1954), Heft 1, S. 1 ff.
- Küper, M. Die Berechnung des Arbeitskräftebesatzes bäuerlicher Familienbetriebe unter Berücksichtigung leistungsbedingter Abschläge, in: Berichte über Landwirtschaft N.F., Band XXXV (1957), Heft 2, S. 337 ff.
- Lassen, Harald Landarbeiter ohne Eigenwirtschaft, in: Schriftenreihe für ländliche Sozialfragen, Heft 16: Der Lebensbereich des Landarbeiters, Hannover 1956, S. 92 ff.
- Linde, Hans Das Gesinde in der bäuerlichen Familienwirtschaft, in: Schriftenreihe für ländliche Sozialfragen, Heft 9: Die Landfamilien, Hannover 1953, S. 69 ff.
- Lippmann, K. Die zukünftige Stellung der Landwirtschaftsschulen, in: Berichte über Landwirtschaft N.F., Band XXXII (1954), Heft 1, S. 65 ff.
- Lucas, W. Die Ernährung aus eigener Scholle – eine Bildungsfrage, in: Ernährungswirtschaft, 2. Jg. (1928), Heft 8, S. 186 ff.
- Meis, Walter Jugendarbeitslosigkeit und Nachwuchsfragen in Westdeutschland im Rahmen des Bevölkerungsaufbaues, der Berufsausbildungs- und Arbeitsmarktsituation in der Bundesrepublik und Westberlin, in: Arbeitslosigkeit und Berufsnot der Jugend, Band I, Köln 1952, S. 71 ff.
- Müller, A. Das landwirtschaftliche Rechnungswesen in der Bundesrepublik, in: Berichte über Landwirtschaft N.F., Band XXXII (1954), Heft 1, S. 105 ff.
- Müller, E. A. Die Leistungsfähigkeit von Mann und Frau, in: Die Landarbeit, 5. Jg. (1954), Folge 11, S. 101 ff.
- Müller, G. und Schmidt, H. Der betriebsnotwendige Arbeitskräftebesatz, in: Berichte über Landwirtschaft N.F., Band XXXVI (1958), Heft 2, S. 257 ff.
- Niehaus, H. Lage und Aussichten der Kleinbauern in der gegenwärtigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, in: Berichte über Landwirtschaft N.F., 160. Sonderheft: Lebensverhältnisse in kleinbäuerlichen Dörfern, Hamburg und Berlin 1954, S. 40 ff.

- Niehaus, H. Probleme der Bauernwirtschaft im internationalen Urteil, in: Berichte über Landwirtschaft N.F., Band XXX (1952), Heft 1, S. 45 ff.
- Noell, G. Die Mechanisierung der Landwirtschaft und ihre Finanzierung, in: Landtechnik, Mitteilungen des Kuratoriums für Technik in der Landwirtschaft und der Max Eyth-Gesellschaft, München, 8. Jg. (1953), Heft 2, S. 31 ff.
- Padberg, K. und Nieschulz, A. Produktion, Verkaufserlöse und Betriebsausgaben der Landwirtschaft im Bundesgebiet, in: Agrarwirtschaft, 7. Jg. (1958), Heft 2, S. 33 ff.
- Palmer, Siegfried, Dahm, Karola und Deneke, Diether Material zur Landarbeiterfrage in Westdeutschland, in: Berichte über Landwirtschaft N.F., Band XXX (1952), Heft 2, S. 219 ff.
- Preuschen, G. Müssen wir so viel arbeiten? in: Die Landarbeit, 4. Jg. (1953), Folge 1, S. 3 f.
- Preuschen, G. Sorgen um den Kleinbetrieb (II), in: Archiv der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft (DLG), Frankfurt a. M. 1953, S. 165 ff.
- Preuschen, G. und Fulda, E. Die Grenzen der Mechanisierung, in: Deutsche Landwirtschaftliche Presse vom 9. 6. 1956, Nr. 23, S. 219 f.
- Preuschen, G. und Hesselbach, J. Anpassung von Arbeitsbedarf an den Arbeitsbesatz im Familienbetrieb, in: Agrarwirtschaft, 7. Jg. (1958), Heft 3, S. 69 ff.
- Priebe, Hermann Der Einfluß der Mechanisierung auf die Arbeitswirtschaft und den Ertrag der Kleinbetriebe, in: Berichte über Landtechnik, hrsg. vom Kuratorium für Technik in der Landwirtschaft, Heft 41: Die Mechanisierung landwirtschaftlicher Kleinbetriebe, München/Wolfratshausen 1954, S. 67 ff.
- Priebe, Hermann Die Arbeitskräfte- und Sozialprobleme der westdeutschen Landwirtschaft im Hinblick auf die Bildung einer europäischen Agrargemeinschaft, in: Gutachten zu Fragen einer europäischen Agrargemeinschaft, hrsg. vom Auswärtigen Amt, Bonn 1953, S. 341 ff.
- Priebe, Hermann Die Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft, in: Berichte über Landwirtschaft N.F., Band XXX (1952), Heft 2, S. 167 ff.
- Priebe, Hermann Fragen der Landarbeitsverfassung in Westdeutschland, in: Schriftenreihe für ländliche Sozialfragen, Heft 3: Die Arbeitskräfte der westdeutschen Landwirtschaft, Hannover 1951, S. 5 ff.
- Priebe, Hermann, Boesler, Martin und Schubert, Eberhard Der Lebensbereich des Landarbeiters, in: Schriftenreihe für ländliche Sozialfragen, Heft 16: Der Lebensbereich des Landarbeiters, Hannover 1956, S. 5 ff.
- Priebe, Hermann und Kündiger, K. Der Arbeitskräftebesatz der deutschen Landwirtschaft, in: Agrarwirtschaft, 1. Jg. (1952), S. 269 ff.
- Rheinwald, H. und Pinkau, J. Technische Ausrüstung und Frauenarbeit im Stall, in: Die Landarbeit, 5 Jg. (1954), Folge 10, S. 92 ff.

- Ries, Ludwig Wilhelm Arbeitstechnik und Arbeitswirtschaft, in: Handbuch der Landwirtschaft, 2. Auflage, 5. Band: Wirtschaftslehre des Landbaues, hrsg. von Prof. Dr. E. Woermann, Berlin und Hamburg 1954, S. 265 ff.
- Ries, Ludwig Wilhelm Vier Stufen der Motorisierung. Bericht aus einer Erhebung in 60 familienbäuerlichen Schlepperbetrieben, in: Berichte über Landtechnik, hrsg. vom Kuratorium für Technik in der Landwirtschaft, Heft 38: Die Motorisierung im bäuerlichen Familienbetrieb, München/Wolfratshausen 1954, S. 5 ff.
- Ritter, Fritz Arbeitswirtschaftliche Probleme im Gemischtbetrieb, in: Weinberg und Keller, 5. Band (1958), Heft 4, S. 163 ff.
- Röhm, Helmut Die soziale Entwicklung auf dem Lande im Blickfeld der Landvolkwissenschaft, in: Berichte über Landwirtschaft N.F., Band XXXI (1953), Heft 2, S. 199 ff.
- Rolfes, Max Betriebsstruktur und wirtschaftliche Lage in kleinbäuerlichen Dörfern, in: Berichte über Landwirtschaft N.F., 160. Sonderheft: Lebensverhältnisse in kleinbäuerlichen Dörfern, Hamburg und Berlin 1954, S. 14 ff.
- Schapperelle Ermittlungen über die Schwere einer Arbeit, in: Die Landarbeit, 5. Jg. (1954), Folge 8, S. 73 ff.
- Schelsky, Helmut Die Jugend der industriellen Gesellschaft und die Arbeitslosigkeit, in: Arbeitslosigkeit und Berufsnot der Jugend, Band II, Köln 1952, S. 269 ff.
- Schiller, O. Bedeutung und Zustand der Kleinlandwirtschaft im nördlichen Baden-Württemberg, in: Berichte über Landwirtschaft N.F., Band XXXIII (1955), Heft 1, S. 8 ff.
- von der Schulenburg, Leopold Die Umlegung von Grundstücken und ihre wirtschaftlichen Vorteile, dargestellt an drei Beispielsgemeinden des Oberereichsfeldes, in: Kühn-Archiv, Arbeiten aus den landwirtschaftlichen Instituten der Universität Halle, 25. Band, Berlin 1930, S. 341 ff.
- Schulze, Ernst-Ulrich Wie steht die Landjugend zur Vierzig-Stundenwoche? in: Die Landarbeit, 6. Jg. (1955), Folge 7, S. 55 f.
- Schulze-Lammers, H. Der Ausgleich zwischen Landflucht und Arbeitsproduktivität, dargestellt am dänischen Beispiel, in: Die Landarbeit, 3. Jg. (1952), Folge 11, S. 85 f.
- Schulze-Lammers, H. Gemeinschaftliche Maschinenarbeit im Weinbau, in: Weinberg und Keller, 5. Band (1958), Heft 4, S. 171 ff.
- Senke, Walter Untersuchungen über den Einfluß der Gemengelage auf den Arbeitsaufwand, in: Landwirtschaftliche Jahrbücher, 86. Jg., Heft 1, Berlin 1938, S. 122 ff.
- Siebert, Wolfgang Entwicklung und gegenwärtiger Stand des Arbeitsrechts in der Landwirtschaft, in: Schriftenreihe für ländliche Sozialfragen, Heft 21: Das Arbeitsrecht in der Landwirtschaft, Hannover 1957, S. 5 ff.

- Sonnemann, Th. Zur Entwicklung der westdeutschen Landwirtschaft seit Kriegsende, in: Berichte über Landwirtschaft N.F., Band XXXIV (1956), S. 197 ff.
- Sprengel, Aenne Rückwirkung der Mechanisierung der Feldarbeiten auf die Mechanisierung in Hof und Haus und auf die Verteilung der Arbeit zwischen Mann und Frau, in: Berichte über Landtechnik, hrsg. vom Kuratorium für Technik in der Landwirtschaft, Heft 41: Die Mechanisierung landwirtschaftlicher Kleinbetriebe, München/Wolfratshausen 1954, S. 133 ff.
- von Stackelberg, Heinrich Arbeitszeit und Volkswirtschaft, in: Schmollers Jahrbuch, 66 Jg. (1942), S. 257 ff.
- Stamer, H. Die Arbeitsproduktivität in der Weltagrarwirtschaft, in: Agrarwirtschaft, 6. Jg. (1957), S. 278 ff.
- Stehle Die Grenzen des Arbeitsaufwandes, in: Deutsche Landwirtschaftliche Presse vom 18. 2. 1956, Nr. 7, S. 59 f.
- Stolte, Georg Die gesundheitliche Bedeutung der Landflucht, in: Agrarwissenschaft und Agrarpolitik, Heft 16: Probleme ländlicher Sozialwissenschaften, Köln und Opladen 1951, S. 126 ff.
- von Strantz, A. Weniger ermüden und doch mehr leisten, in: Archiv der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft, Band 12, Frankfurt a. M. 1953, S. 16 ff.
- Strisch, H. und Weippert, G. Die Eingliederung der Landwirtschaft in die Marktwirtschaft, in: Berichte über Landwirtschaft N.F., Band XXXIV (1956), Heft 3, S. 369 ff.
- Tartler, Rudolf Die soziale Gestalt der heutigen Jugend und das Generationsverhältnis in der Gegenwart, in: Arbeiterjugend gestern und heute, Heidelberg 1955, S. 263 ff.
- von Tschirschky, Otto Der Jugendliche und das soziale Klima des Dorfes, in: Schriftenreihe für ländliche Sozialfragen, Heft 19: Wie steht die Jugend zur Landarbeit? Hannover 1956, S. 15 ff.
- Weippert, Georg Kleinbäuerliche Lebensverhältnisse in soziologischer Sicht, in: Berichte über Landwirtschaft N.F., 160. Sonderheft: Lebensverhältnisse in kleinbäuerlichen Dörfern, Hamburg und Berlin 1954, S. 23 ff.
- Westermarck, N. The human factor and success in farming, in: Acta Agriculturae Scandinavica, Vol. I., Stockholm 1951, S. 123 ff.
- Wirths, W. Arbeitsphysiologische Meßmethoden, in: Arbeiten der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft, Band 36: Mit Stoppuhr und Meßband in Hof und Feld, Frankfurt a. M. 1956, S. 21 ff.
- Witt, M. Ausfall einer Melkzeit bei Kühen, in: Züchtungskunde, hrsg. von der Deutschen Gesellschaft für Züchtungskunde, Stuttgart z. Z. Ludwigsburg, Band 26 (1955), Heft 7, S. 285 ff.
- Woermann, E. Wandlungen in den Arbeitskosten der Landwirtschaft, in: Agrarwirtschaft, 2. Jg. (1953), S. 274 ff.

- Zöllner, Detlev Landarbeiterlöhne. Ein internationaler Vergleich, in: Schriftenreihe für ländliche Sozialfragen, Heft 10: Landarbeiter in Westeuropa, Hannover 1954, S. 28 ff.
- Ohne Verfasser:
gez. DK Beschleunigte Zusammenlegung kaum möglich, in: Mainzer Allgemeine Zeitung vom 27. 11. 1957, S. 7.
- . - 45-Stunden-Woche in der Landwirtschaft, in: Handelsblatt, 10. Jg. (1955), Nr. 75 vom 1. 7. 1955, S. 2.
- . - Die 5-Tage-Woche in einem großbäuerlichen Betrieb, in: Rundbrief VI/7 der Agrarsozialen Gesellschaft e. V. Göttingen vom 21. Juli 1955, S. 100 f.
- gez. fw Lohnpolitik im Wahljahr, in: Der Volkswirt, 11. Jg., Nr. 14 vom 6. 4. 1957, S. 631.
- . - Werkzeitschrift der Firma Schott & Gen., Mainz, Dezember 1955, S. 10 ff.
- . - Kurz und bündig, Auslese aus den neuesten landwirtschaftlichen Veröffentlichungen, hrsg. von der Landwirtschaftlichen Abteilung der BASF, 10. Jg., Folge 19, Limburgerhof/Pfalz, den 15. 11. 1957.

3. Statistische Quellen, Berichte und Bundestagsdrucksachen

- Bundesanstalt für
Arbeitsvermittlung und
Arbeitslosenversicherung Ergebnisse der Berufsberatungsstatistik, Nürnberg 1957.
- Bundesministerium für
Ernährung, Landwirtschaft
und Forsten Statistisches Handbuch über Landwirtschaft und Ernährung der Bundesrepublik Deutschland, Hamburg und Berlin 1956.
- Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten der Bundesrepublik Deutschland 1957, Hamburg und Berlin 1958.
- Bericht über die Lage der Landwirtschaft gemäß § 4 des Landwirtschaftsgesetzes (Grüner Bericht 1958), 3. Wahlperiode, Bundestagsdrucksache 200.
- Maßnahmen gemäß § 5 des Landwirtschaftsgesetzes vom 5. September 1955 (BGBl. I, S. 565) (Grüner Plan 1958), 3. Wahlperiode, zu Bundestagsdrucksache 200.
- Institut für Raumforschung,
Bad Godesberg Karte der Erwerbsmöglichkeiten, in: Informationen des Institutes für Raumforschung, 8. Jg. (1958), Nr. 2, S. 31.
- Landwirtschaftskammer
Rheinhausen, Alzey Buchführungsergebnisse des Wirtschaftsjahres 1956/57 aus 206 landwirtschaftlichen Betrieben.
- Einzel- und Gruppenergebnisse aus 168 landwirtschaftlichen Betrieben des Wirtschaftsjahres 1955/56.

Jahresbericht 1956.

Jahresbericht 1957.

Jahresbericht 1958.

Statistisches Bundesamt,
Wiesbaden

Statistische Berichte, Arb.-Nr. III/1/29.

Statistische Berichte, Arb.-Nr. III/22/9.

Statistische Berichte, Arb.-Nr. III/22/10.

Statistische Berichte, Arb.-Nr. III/22/11.

Statistische Berichte, Arb.-Nr. III/27/1.

Statistische Berichte, Arb.-Nr. VI/16/1.

Statistische Berichte, Arb.-Nr. VI/16/2.

Bodennutzung in den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben, Statistik der Bundesrepublik Deutschland, Band 22, Heft 2, Stuttgart-Köln 1953.

Personalverhältnisse in den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben, Statistik der Bundesrepublik Deutschland, Band 23, Stuttgart und Köln 1952.

Viehhaltung in den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben, Statistik der Bundesrepublik Deutschland, Band 24, Heft 2, Stuttgart-Köln 1952.

Die Verdienste in der Land- und Forstwirtschaft, Heft 2: Verdienste der Arbeiter und Angestellten in der Landwirtschaft, Statistik der Bundesrepublik Deutschland, Band 92, Stuttgart 1958.

Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1952.

Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1958.

Die landwirtschaftliche Bevölkerung und die Erwerbspersonen in der Land- und Forstwirtschaft. Ergebnisse der Berufszählung vom 13. 9. 1950, in: Wirtschaft und Statistik, 5. Jg. N.F. (1953), Heft 10, S. 445 ff.

Die Entwicklung des Arbeitskräftebestandes der Land- und Forstwirtschaft in der Zeit von 1939 bis 1953, in: Wirtschaft und Statistik, 6. Jg. N.F. (1954), Heft 7, S. 336 ff. und 341*.

Die Inhaber der landwirtschaftlichen Betriebe und ihre Familienangehörigen nach ihrer Beschäftigung in den Betrieben und ihrer Erwerbsquelle, in: Wirtschaft und Statistik, 7. Jg. N.F. (1955), Heft 6, S. 305 ff.

Die Normalarbeitszeit in der Industrie, in: Wirtschaft und Statistik, 8. Jg. N.F. (1956), Heft 12, S. 637 ff.

Statistisches Landesamt
Rheinland-Pfalz, Bad Ems

Die Arbeiterverdienste im Mai 1957, in: Wirtschaft und Statistik, 9. Jg. N.F. (1957), Heft 10, S. 528 ff.

Die Arbeiterverdienste in der Landwirtschaft, in: Wirtschaft und Statistik, 10. Jg. N.F. (1958), Heft 8, S. 440 ff.

Die Arbeiterverdienste in der Industrie im Mai 1958, in: Wirtschaft und Statistik, 10. Jg. N.F. (1958), Heft 8, S. 473 ff.

Die Lohnerhebungen 1949/50 in der Landwirtschaft, im Weinbau und in der Forstwirtschaft, in: Rheinland-Pfalz, Kleine Schriftenreihe des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz, Heft 21, 1952.

Die familieneigenen Arbeitskräfte in den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben 1953 und 1954 in Rheinland-Pfalz, Kleine Schriftenreihe des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz, Heft 33, 1955.

Die Arbeitskräfte der Landwirtschaft im Juli 1956 in Rheinland-Pfalz, Kleine Schriftenreihe des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz, Heft 44, 1957.

Der Mähdreschereinsatz in Rheinland-Pfalz, in: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, 11. Jg. (1958), Heft 2, S. 57 f.

Die Arbeitskräfte der landwirtschaftlichen Betriebe im Wirtschaftsjahr 1956/57, in: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, 11. Jg. (1958), Heft 6, S. 169 ff.

Erwerbsweinbaubetriebe und Winzergenossenschaften. Vorläufige Ergebnisse der Weinbaubetriebserhebung 1958, in: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, 11. Jg. (1958), Heft 11, S. 344 ff.

Die Betriebsgrößenentwicklung in der Landwirtschaft, in: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, 11. Jg. (1958), Heft 7, S. 201 ff.

Volkszählung am 13.9.1950. Die Berufszählung in Rheinland-Pfalz, Statistik von Rheinland-Pfalz, Band 13, Heft IV: Rheinhessen, 1952.

Landwirtschaftliche Betriebszählung am 22.5.1949 und Schleppererhebung 1950 in Rheinland-Pfalz, Statistik von Rheinland-Pfalz, Band 16, 1951.

Die Berufszählung in Rheinland-Pfalz. Landesergebnisse, Statistik von Rheinland-Pfalz, Band 18, 1953.

Die Landwirtschaft von Rheinland-Pfalz, Statistik von Rheinland-Pfalz, Band 27, 1953.

Die Pendelwanderung in Rheinland-Pfalz. Nach den Ergebnissen der Berufszählung 1950, Statistik von Rheinland-Pfalz, Band 28, 1954.

Die Gehalts- und Lohnstrukturerhebungen in Rheinland-Pfalz, Statistik von Rheinland-Pfalz, Band 33C/D, 1956.

Die Viehwirtschaft 1949 bis 1955 in Rheinland-Pfalz, Statistik von Rheinland-Pfalz, Band 45, 1957.

Die Viehwirtschaft in Rheinland-Pfalz 1956, Statistik von Rheinland-Pfalz, Band 54, 1958.

Bodennutzung und Ernte in Rheinland-Pfalz 1957, Statistik von Rheinland-Pfalz, Band 58, 1958.

Statistisches Reichsamt,
Berlin

Volks-, Berufs- und Betriebszählung vom 16. Juni 1925. Landwirtschaftliche Betriebszählung. Personal, Viehstand, Maschinenverwendung, Statistik des Deutschen Reichs, Band 410, 1929.

Volks-, Berufs- und Betriebszählung vom 16. Juni 1925. Die Landwirtschaft im Deutschen Reich, Textband, Statistik des Deutschen Reichs, Band 412, II, 1931.

Volks-, Berufs- und Betriebszählung vom 16. Juni 1933. Landwirtschaftliche Betriebszählung. Das Personal der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe, Statistik des Deutschen Reichs, Band 461, 1, 1937.

Volks-, Berufs- und Betriebszählung vom 16. Juni 1933. Landwirtschaftliche Betriebszählung. Maschinenverwendung in den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben, Statistik des Deutschen Reichs, Band 461, 2, 1936.

Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, 59 Jg. (1941/42), 1942.

Tarifmäßige Landarbeiterlöhne im Jahre 1924, in: Wirtschaft und Statistik, 4. Jg. (1924), S. 677.

Tarifmäßige Landarbeiterlöhne im Jahre 1925, in: Wirtschaft und Statistik, 5. Jg. (1925), S. 579 ff.

Die amtliche Lohnerhebung in der Landwirtschaft für das Jahr 1937, in: Wirtschaft und Statistik, 21. Jg. N.F. (1941), S. 403 ff.

Vorstand des Deutschen
Landarbeiter-Verbandes,
Berlin

Niederschrift der 2. Generalversammlung des Deutschen Landarbeiter-Verbandes zu Berlin vom 16. bis 21. 2. 1920, Schriften des Deutschen Landarbeiter-Verbandes, Nr. 8, 1920.

Bericht des Verbandsvorstandes über die Verbandsarbeit in den Jahren 1923 bis 1925, Schriften des Deutschen Landarbeiter-Verbandes, Nr. 17, 1926.

Die wirtschaftliche Lage der Landarbeiter und Landarbeiterinnen in Deutschland, Schriften des Deutschen Landarbeiter-Verbandes, Nr. 19, 1928.

Wirtschaftswissen-
schaftliches Institut der
Gewerkschaften, Köln

Mitteilungen des Wirtschaftswissenschaftlichen Institutes der Gewerkschaften, 10. Jg. (1957), Heft 8, S. 198, 11. Jg. (1958), Heft 1, S. 15, Heft 7/8, S. 166, Heft 11, S. 264.

- .- Klimakunde des Deutschen Reiches, Band II, Berlin 1933.
- .- Sozialpolitische Richtlinien der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft, beschlossen auf dem 3. ordentlichen Gewerkschaftstag vom 19.-22. 5. 1954 in Kiel.
- .- The International Labour Code 1951. A systematic arrangement of the Conventions and Recommendations adopted by the International Labour Conference, 1919-1951, Vol. II: Appendices, Geneva 1952.

4. Quellen zur Gesetzgebung (zeitlich geordnet) und Tarifordnungen und -verträge (zeitlich geordnet)

Sammlung der Verordnungen und Beschlüsse, erlassen durch den Regierungs-Kommissär in den vier neuen Departementen des linken Rhein-Ufers, erster Teil, erstes und zweites Heft sowie dritter Teil, fünftes Heft, Straßburg im VIIten Jahre der Frankenrepublik.

Patent vom 8. Juli 1816, in: Archiv der Großherzoglich Hessischen Gesetze und Verordnungen, Band 2, vom Januar 1814 bis zum Ende des Jahres 1819, Darmstadt 1834.

Gesetz, betreffend Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben vom 30. März 1903, RGBl., S. 113 ff.

Gesetz-Sammlung für das Großherzogtum Hessen 1819 bis 1905, enthaltend sämtliche hessischen Gesetze und Verordnungen in der zeitlichen Reihenfolge und dem geltenden Wortlaut, 3. Band, 1899 bis 1904, Mainz 1905.

(Die Gesindeordnungen wurden den Werken von Gerhard und Suchsland entnommen. Siehe Monographien.)

Verhandlungen des Reichstags, XII. Legislaturperiode, I. Session, Band 239, Anlage zu dem stenographischen Bericht Nr. 1 bis Nr. 106, Berlin 1907.

Verhandlungen des Reichstags, XII. Legislaturperiode, I. Session, Band 234, stenographische Berichte, Berlin 1909.

Verhandlungen des Reichstags, XIII. Legislaturperiode, I. Session, Band 298, Anlage zu dem stenographischen Bericht Nr. 1 bis Nr. 351, Berlin 1914.

Aufruf des Rates der Volksbeauftragten an das deutsche Volk vom 12. November 1918, RGBl., S. 1303.

Verordnung, betreffend eine vorläufige Landarbeitsordnung vom 24. Januar 1919, RGBl., S. 111 ff.

Gesetz über einen Ausschuß zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft vom 15. April 1926, RGBl. I, S. 195 ff.

Gesetz über die Beschäftigung vor und nach der Niederkunft vom 16. Juli 1927, RGBl. I, S. 184 ff.

Gesetz zur Regelung des Arbeitseinsatzes vom 15. Mai 1934, RGBl. I, S. 381 f.

Gesetz über Kinderarbeit und über die Arbeitszeit der Jugendlichen (Jugendschutzgesetz) vom 30. April 1938, RGBl. I, S. 437 ff.

Arbeitszeitordnung vom 30. April 1938, RGBI. I, S. 447 ff.

Verordnung über den Urlaub der Jugendlichen in der Hauswirtschaft, Land- und Forstwirtschaft, See- und Binnenschifffahrt und in den verwandten Wirtschaftszweigen (Jugendurlaubsverordnung) vom 15. Juni 1939, RGBI. I, S. 1029.

Gesetz zum Schutze der erwerbstätigen Mutter (Mutterschutzgesetz) vom 17. Mai 1942, RGBI. I, S. 321 ff.

Anordnung über Arbeitszeitverkürzung für Frauen, Schwerbeschädigte und minderleistungsfähige Personen (Freizeitverordnung) vom 2. 10. 1943, RABl., 23. Jg. (1943), Nr. 30, S. 1508 ff.

Gesetz zur Änderung des Jugendarbeitsschutzes vom 6. August 1948, Regierungsblatt für das Land Württemberg-Hohenzollern, S. 103 f.

Landesgesetz zur Regelung des Urlaubs (Urlaubsgesetz) vom 8. Oktober 1948, Gesetz- und Verordnungsblatt der Landesregierung Rheinland-Pfalz, S. 370 ff.

Arbeitsschutzgesetz für Jugendliche vom 9. Dezember 1948, Niedersächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt, S. 179 ff.

Gesetz zum Schutze der Arbeitskraft der in der Landwirtschaft Beschäftigten vom 12. Dezember 1949, Gesetzblatt der DDR, S. 113 ff.

Gesetz zum Schutze der erwerbstätigen Mutter (Mutterschutzgesetz) vom 24. Januar 1952, BGBl. I, S. 69 ff.

Landesgesetz über die Einführung einer Höfeordnung in Rheinland-Pfalz (Höfeordnung) vom 7. Oktober 1953, Gesetz- und Verordnungsblatt der Landesregierung Rheinland-Pfalz, S. 101 ff.

Entwurf eines Gesetzes zum Schutze der arbeitenden Jugend (Jugendarbeitsschutzgesetz), Antrag der Fraktion der SPD, 2. Wahlperiode 1953, Bundestagsdrucksache Nr. 2429, in: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 2. Wahlperiode 1953, Anlage zu den stenographischen Berichten, Band 42, Drucksachen 2341 bis 2480, Bonn 1956.

Entwurf eines Gesetzes zum Schutze der arbeitenden Jugend (Jugendarbeitsschutzgesetz), 2. Wahlperiode 1953, Bundestagsdrucksache Nr. 3286, in: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 2. Wahlperiode 1953, Anlage zu den stenographischen Berichten, Band 49, Drucksachen 3200 bis 3320, Bonn 1957.

Manteltarifordnung zur Regelung der Arbeitsverhältnisse für die in der Landwirtschaft und im Weinbau beschäftigten Arbeiter in Rheinhessen vom 11. 10. 1934 (TR Nr. 551/1, RABl. N. F. 15 Jg. (1935), Nr. 1 vom 5. 1. 1935, S. VI 15).

Die Tarifordnung und Lohnordnung für die landwirtschaftlichen Betriebe des Regierungsbezirkes Wiesbaden und des früheren Freistaates Hessen vom 9. 5. 1935 (TR Nr. 990/1, RABl. N. F. 16. Jg. (1935), Nr. 15 vom 25. 5. 1935, S. VI 326).

Tarifordnung zur Regelung der Arbeitsverhältnisse der landwirtschaftlichen Arbeiter und Arbeiterinnen im Regierungsbezirk Wiesbaden und im Lande Hessen vom 1. 12. 1938 (TR Nr. 790/6, RABl. N. F. 18. Jg. (1938), Nr. 35 vom 15. 12. 1938, S. VI 1594).

Manteltarifvertrag für die Arbeitnehmer in landwirtschaftlichen Betrieben im Landesteil Rheinhessen vom 17. 8. bzw. 27. 8. 1949 (TR Rheinland-Pfalz 33/5).

Rahmentarifvertrag für die landwirtschaftlichen Betriebe im Lande Niedersachsen vom 27. 3. 1950.

Rahmentarif für landwirtschaftliche Arbeitnehmer in Kost und Wohnung (Dienstboten) in Bayern vom 5. 6. 1951.

Rahmentarifvertrag für Landarbeiter in Berlin vom 16. 3. 1953.

Manteltarifvertrag für Landwirtschaft und Weinbau in Rheinland-Pfalz vom 19. 3. 1954 (TR Rheinland-Pfalz 33/27).

Landarbeiter-Manteltarif für das Land Hessen vom 8. 3. 1956.

Manteltarifvertrag für Landarbeiter im Nordrheinland vom 23. 4. 1956.

Manteltarifvertrag für Landarbeiter in Westfalen/Lippe vom 20. 5. 1957.

Rahmentarifvertrag für Landarbeiter in Schleswig-Holstein vom 24. 5. 1957.

Rahmentarifvertrag für Landarbeiter in Bayern vom 26. 6. 1957.

Manteltarifvertrag für Landwirtschaft und Weinbau in Rheinland-Pfalz vom 1. 7. 1958 (TR Rheinland-Pfalz 33/56).

Anhang I

Arbeitslose, übrige Arbeitssuchende und offene Stellen der Berufsgruppe Ackerbauer, Tierzüchter und Gartenbauer im Arbeitsamtbezirk Mainz vom 31. 1. 1956 bis 30. 6. 1957¹

Stichtag	M ä n n e r			F r a u e n		
	Arbeitslose insgesamt	übrige Arbeits- suchende	offene Stellen	Arbeitslose insgesamt	übrige Arbeits- suchende	offene Stellen
	A n z a h l					
31. 1. 1956	128	11	42	183	1	20
29. 2. 1956	328	3	157	185	—	21
31. 3. 1956	106	14	164	89	2	24
30. 4. 1956	17	8	141	31	—	25
31. 4. 1956	8	5	75	—	—	33
30. 6. 1956	10	3	88	2	2	22
31. 7. 1956	14	6	81	3	2	21
31. 8. 1956	16	5	64	2	2	25
30. 9. 1956	17	4	80	21	2	19
31. 10. 1956	14	7	58	10	—	6
30. 11. 1956	68	3	32	100	2	3
31. 12. 1956	130	3	56	152	1	8
31. 1. 1957	231	1	70	176	—	13
28. 2. 1957	193	1	90	149	1	20
31. 3. 1957	62	5	164	51	1	21
30. 4. 1957	32	2	117	12	2	17
31. 5. 1957	26	2	70	3	—	17
30. 6. 1957	30	2	24	1	1	16

¹ Zusammengestellt nach Unterlagen des Arbeitsamtes Mainz.

Die Entwicklung der ständigen Arbeitskräfte, der landwirtschaftlichen Produktion und der Produktion je Flächeneinheit seit 1925 bezogen auf das Bundesgebiet¹

1925 bzw. 1924/25 bis 1928/29 = 100

Ständige Arbeitskräfte a)		Gesamtproduktion b)		Produktion je Flächeneinheit c)
Jahr	1925 = 100	Jahr	1924/25–1928/29 = 100 d)	
1925 e)	100	1924/25–1928/29	100	100
1939 f)	93	1935/36–1938/39	125	135
1949 f)	103	1946/47–1948/49	85	95
1954 g)	84	1950/51–1952/53	135	151
1956/57 h) i) k)	73	1954/55–1956/57	154	170

a) Betriebsinhaber im Hauptberuf, ständig beschäftigte Familienangehörige und Arbeitnehmer in Landwirtschaft, Tierzucht und Gärtnerei

b) Unter der Annahme, daß der Anteil des Bundesgebietes an der Nahrungsmittelproduktion des Reichsgebietes von 1937 konstant bei 54 vH gelegen hat

c) Unter der Annahme, daß der durchschnittliche Hektarertrag im Bundesgebiet konstant um 6 vH über dem durchschnittlichen Hektarertrag im Reichsgebiet gelegen hat

d) Errechnet durch Verknüpfung der Meßziffern über das Volumen der Nahrungsmittelproduktion von 1881–1938 (ermittelt durch Bewertung der Erzeugungsmengen mit den Erzeugerpreisen des Jahres 1927/28–1928/29) mit den Meßziffern des Getreidewertes der Nahrungsmittelproduktion im Bundesgebiet ab 1935/36–1938/39

e) Ständige Arbeitskräfte in Betrieben mit 0,5 und mehr ha LN

f) Ständige Arbeitskräfte in Betrieben mit 0,1 Ar und mehr LN

g) Nach der Erhebung der familieneigenen Arbeitskräfte; ständige Arbeitskräfte in Betrieben mit 0,1 Ar und mehr LN

h) Nach der Erhebung der Arbeitskräfte in landwirtschaftlichen Betrieben vom Juli 1956 bis Juni 1957. Hamburg und Bremen geschätzt

i) Ständige Arbeitskräften in Betrieben ab 0,5 ha LN einschließlich Erwerbsgartenbau- und Erwerbsweinbaubetriebe mit einer LN auch unter 0,5 ha

k) Statt Betriebsinhaber im Hauptberuf im Wirtschaftsjahr 1956/57: voll beschäftigte Betriebsinhaber

¹ Statistisches Bundesamt, Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Institut für Konjunkturforschung Berlin, Institut für landwirtschaftliche Marktforschung Völkerode, BML, zusammengestellt und umbasiert nach: Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten der Bundesrepublik Deutschland 1957, Hamburg und Berlin 1958, S. 41 und S. 101.

Entwicklung der Arbeitskosten^{a)} in rheinhessischen Betrieben in den Jahren 1952/53-1954/55¹

1952/53 = 100

Kosten/Ertrag	Betriebstypen								
	S-Betriebe b)			H-Betriebe c)			HG-Betriebe d)		
	52/53	53/54	54/55	52/53	53/54	54/55	52/53	53/54	54/55
Betr. unter 15 ha LN									
Energiekosten e)	100,0	106,5	111,3	100,0	108,0	112,0	100,0	111,1	108,3
Maschinenkosten f)	100,0	113,4	135,1	100,0	123,1	147,9	100,0	126,2	158,9
Lohnkosten g)	100,0	107,3	116,8	100,0	108,0	115,2	100,0	107,8	110,5
Arbeitskosten h)	100,0	108,6	120,4	100,0	110,9	121,4	100,0	111,2	118,8
Rohrertrag	100,0	107,3	119,3	100,0	111,5	123,8	100,0	112,3	118,4
Betr. über 15 ha LN									
Energiekosten e)	100,0	104,6	106,2	100,0	105,6	109,4	100,0	105,0	105,0
Maschinenkosten f)	100,0	115,7	136,0	100,0	118,2	128,1	100,0	123,7	150,4
Lohnkosten g)	100,0	110,1	111,2	100,0	107,8	114,0	100,0	109,6	113,6
Arbeitskosten h)	100,0	111,1	116,5	100,0	110,1	117,0	100,0	112,0	120,1
Rohrertrag	100,0	106,6	117,2	100,0	113,3	119,3	100,0	111,3	121,3

a) Von der Einbeziehung der Kosten für die tierische Zugkraft wurde abgesehen, da diese Kosten nur kalkulatorisch eingesetzt werden können und da sich die weitere Schwierigkeit ergäbe, daß der Rohrertrag um die Leistung des Zugtierfutters erhöht werden müßte. Ebenfalls sind die unbedeutenden Kosten der Sachversicherung, die zwar auch als Arbeitskosten anzusprechen sind, nicht mit in Ansatz gebracht worden.

b) Sonderkulturbetriebe (Sonderkulturanteil von mehr als 10 vH der LN)

c) Hackfruchtbaubetriebe (Hackfruchtanteil von mehr als 25 vH der LN)

d) Hackfrucht-Getreidebaubetriebe (Hackfruchtanteil von 20-25 vH der LN)

e) Aufwand für Treibstoff, Brennstoff und elektrischen Strom. Die Strom- und Heizungskosten werden nur mit 50 vH der ermittelten Werte in Ansatz gebracht, da die elektrische Energie, soweit sie zu Beleuchtungs- und Wärmezwecken dient, nicht als Arbeitsmittel gewertet werden kann.

f) Aufwand für Unterhaltungs- und Abschreibungskosten der Maschinen und Geräte

g) Summe aus dem Barlohn für Fremdarbeiter, den Ausgaben für den Wirtschaftshaushalt und Deputat, sowie dem Lohnanspruch für den Betriebsleiter und seiner mitarbeitenden Familienangehörigen.

h) Energie- plus Maschinen- plus Lohnkosten

¹ Zusammengesellt nach Unterlagen der Landwirtschaftskammer Rheinhessen, Alzey.

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

AK	Arbeitskraft
Anm.	Anmerkung
BGBI.	Bundesgesetzblatt
ha	Hektar
JugSchG	Jugendschutzgesetz
kcal	Kilogrammkalorie
LBZ	Landwirtschaftliche Betriebszählung
LN	Landwirtschaftliche Nutzfläche
m	männlich
PS	Pferdestärke
RABl.	Reichsarbeitsblatt
RGBI.	Reichsgesetzblatt
TR	Tarifregister
w	weiblich
ZKE	Zugkrafteinheit

Lebenslauf

Am 6. September 1931 wurde ich als Sohn des Kaufmanns Hans Kraus und seiner Ehefrau Martha, geborene Schönfelder, in Mainz geboren. Von 1938 bis 1942 besuchte ich die Grundschule, alsdann bis Herbst 1944 die Oberschule in Mainz und nach der Evakuierung nach Armsheim (Rheinhessen) im Oktober 1944 die Oberschule in Alzey (Rheinhessen). Im Juli 1951 legte ich dort die Reifeprüfung ab.

Vom Wintersemester 1951/52 bis zum Wintersemester 1954/55 studierte ich Wirtschaftswissenschaften an der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz. Im Mai 1955 bestand ich die Diplom-Volkswirte-Prüfung.

Ich verlegte im Januar 1955 meinen Wohnsitz wieder nach Mainz.

Seit Mai 1959 bin ich als Mitarbeiter der Geschäftsführung der Arbeitsgemeinschaft Möbeltransport e. V. und der Deutschen Möbeltransport - G. m. b. H., Frankfurt a. M., tätig.

Die mündliche Doktorprüfung fand am 28. Juli 1959 statt.

Dr. Hanns Krach, Mainz